

DIE VERFASSUNGSPOLITISCHEN
AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE
SOZIALISIERUNG IN HESSEN 1946

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung der Doktorwürde des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg

Vorgelegt von

HANS-CHRISTOFFER BEYER

aus Burg/Fehmarn

Marburg 1977

1978

Druck: Görich & Weiershäuser, Marburg

DIE VERFASSUNGSPOLITISCHEN
AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE
SOZIALISIERUNG IN HESSEN 1946

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung der Doktorwürde des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg



Vorgelegt von

HANS-CHRISTOFFER BEYER

aus Burg/Fehmarn

Marburg 1977

Druck: Görich & Weiershäuser, Marburg



Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität als Dissertation
angenommen am: 23. 10. 1977

Abschluß der mündlichen Prüfung am: 16. 1. 1978

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. jur. Peter Römer
1. Mitberichterstatter: Prof. Dr. phil. Hans Karl Rupp
2. Mitberichterstatter: Prof. Dr. phil. Theo Schiller

GLIEDERUNG

A. <u>Einführung</u>	1
I. Die Vernachlässigung der Zeit von 1945 bis 1949 in der zeitgeschichtlichen Forschung	1
II. Thema der Arbeit und Literaturübersicht	4
B. <u>Die amerikanische Deutschlandpolitik 1945/1946</u>	10
I. Die Grundeinstellungen in den USA zur Frage der Behandlung Deutschlands nach Beendigung des II. Weltkrieges	10
II. Die theoretische Formulierung und praktische Handhabung der amerikanischen Deutschlandpolitik	14
III. Die Auswirkungen auf die Neugestaltung der hessischen Wirtschaftsverfassung	18
C. <u>Grundzüge der Geschichte des Landes Hessen 1945/1946</u>	21
I. Die wirtschaftliche und soziale Lage	21
1. Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen und der Erwerbstätigenzahlen und der Industrieproduktion	21

2. Die Entwicklung der Löhne, der Ernährungs- und Wohnungslage	25
3. Die Auswirkungen auf die Sozialisierungsdebatte	27
II. Das Wiederentstehen der Staatlichkeit	29
1. Der Aufbau der Stadt-, Kreis- und Regionalverwaltung	29
2. Überlegungen zur Gründung des Landes Groß-Hessen	31
3. Die Bildung der hessischen Landesregierung	34
4. Das Verhältnis von Militär- und Zivilregierung und seine Bedeutung für die Verfassungsberatungen	40
III. Die Gründung der politischen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände	43
1. Die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht	43
1.1. Die Parteien-Politik	43
1.2. Die Gewerkschafts-Politik	46
1.3. Die Politik gegenüber den Unternehmerverbänden	50
2. Die einzelnen Gründungen	53
2.1. Die SPD	53

2.2. Die CDU	57
2.3. Die KPD	62
2.4. Die LDP	66
2.5. Sonstige Parteien	69
2.6. Die Gewerkschaften	71
2.7. Die Unternehmerverbände	74
3. Die Bedeutung der politischen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände für die Sozialisierungsdebatte	77
IV. Die ersten Wahlen und der Beratende Landesausschuß	79
D. <u>Der Vorbereitende Verfassungsausschuß</u>	86
I. Die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht	86
II. Die Tätigkeit des Vorbereitenden Verfassungsausschusses	88
1. Die Konstituierung des Vorbereitenden Verfassungsausschusses	88
2. Die Verfassungsvorschläge der Ausschußmitglieder	89
3. Die Fragebogenaktion	91

4. Der Entwurf einer Verfassung für Hessen	98
4.1. Die Entstehungsgeschichte	98
4.2. Die Wirtschaftsverfassung	102
4.3. Die Sozialisierungsbe- stimmungen	103
E. <u>Die Wirtschafts- insbesondere die So- zialisierungskonzeptionen der vier in der Verfassungsberatenden Landesver- sammlung vertretenen Parteien und ihre Umsetzung in Verfassungsentwürfe</u>	106
I. Die Konzeption der SPD	107
1. Die Entstehungsgeschichte	107
2. Die Wirtschaftsverfassung	111
3. Die Sozialisierungsbe- stimmungen	113
II. Die Konzeption der CDU	117
1. Die Entstehungsgeschichte	117
2. Die Wirtschaftsverfassung	125
3. Die Sozialisierungsbe- stimmungen	128

III. Die Konzeption der KPD	132
1. Die Entstehungsgeschichte	132
2. Die Wirtschaftsverfassung	136
3. Die Sozialisierungsbe- stimmungen	138
IV. Die Konzeption der LDP	143
1. Die Entstehungsgeschichte	143
2. Die Wirtschaftsverfassung	145
3. Die Sozialisierungsbe- stimmungen	148
V. Die Bedeutung der Sozialisierungs- konzeptionen für die Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landes- versammlung	151
F. <u>Die Auseinandersetzungen um eine neue Wirtschaftsverfassung, insbesondere um die Sozialisierung in der Verfassungs- beratenden Landesversammlung</u>	154
I. Die Konstituierung der Verfassungs- beratenden Landesversammlung	154
1. Die amerikanische Deutschland- politik	154

2. Die Wahl	157
3. Die personelle Zusammensetzung	158
4. Organisation und Arbeitsbedingungen	164
5. Die Ausgangsmaterialien	166
 II. Die drei Lesungen der Verfassung	 167
1. Die 1. Lesung der Verfassung und die sich anschließenden Verhandlungen (15. Juli - 27. September)	167
1.1. Die Generaldebatte über die Verfassung	167
1.2. Die Verhandlungen im Verfassungs-Ausschuß und im Siebener-Ausschuß	174
1.2.1. Die Diskussion der Parteien-Entwürfe zum 3. Abschnitt der Verfassung	174
1.2.2. Die Einigung über die Sozialisierung im Siebener-Ausschuß	178
1.2.3. Der vom Verfassungs-Ausschuß verabschiedete Entwurf des 3. Abschnitts der Verfassung	183
 2. Die 2. Lesung der Verfassung und die sich anschließenden Verhandlungen (28. September - 28. Oktober)	 190

2.1. Die Verhandlungen im Plenum der Verfassungsberatenden Lan- desversammlung vor Abschluß des Verfassungskompromisses	190
2.2. Der Verfassungskompromiß zwischen SPD und CDU	191
2.2.1. Die Kompromißver- handlungen	191
2.2.2. Die unterschiedliche Einschätzung des Ver- fassungskompromisses durch SPD und CDU	194
2.3. Die Verhandlungen im Plenum der Verfassungsberatenden Lan- desversammlung nach Abschluß des Verfassungskompromisses	198
2.4. Die Überprüfung der Verfassung durch die amerikanische Mili- tärregierung	202
3. Die 3. Lesung der Verfassung, der sich anschließende Wahlkampf, die Volksabstimmungen und die Landtags- wahl (29. Oktober - 1. Dezember)	207
3.1. Die 3. Lesung der Verfassung	207
3.2. Der Wahlkampf	212
3.3. Volksabstimmungen und Land- tagswahl	218
III. Das Ergebnis der Verfassungsbera- tungen hinsichtlich der Soziali- sierung	220

G. <u>Der weitere Verlauf der Sozialisierungs-</u> <u>debatte in Hessen (Überblick)</u>	223
--	-----

H. <u>Zusammenfassung</u>	237
---------------------------	-----

ANHANG

I. Anmerkungen	248
II. Literatur- und Quellenverzeichnis	391
III. Abkürzungsverzeichnis	410
IV. Lebenslauf	413

A. EINFÜHRUNG

I. Die Vernachlässigung der Zeit von 1945 bis 1949 in der zeitgeschichtlichen Forschung

Die Zeit von 1945 bis 1949 ist jahrelang von der westdeutschen zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung vernachlässigt worden und erst in letzter Zeit Gegenstand einzelner Abhandlungen geworden. Hierfür waren zwei Gründe ausschlaggebend.

Zum einen erschwerten sowohl die ausländischen als auch die deutschen Archive die Einsicht in ihre Materialien durch Sperrfristen von 30 Jahren und mehr, die nur zum Teil durch langwierige Genehmigungsverfahren überwunden werden konnten.¹ Aber selbst wenn Archive eingesehen werden durften, waren damit noch keineswegs die Materialprobleme gelöst.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte man Wichtigeres zu tun, als Dokumente, die für spätere Forschungen wichtig sein könnten, systematisch zu sammeln und zu ordnen. Entsprechend war dann auch der Zustand der meisten Archive. Es gab kein für diese Arbeit relevantes Archiv, das auch nur annähernd eine vollständige Übersicht über ein von ihm betreutes Gebiet vorweisen konnte. Am schlechtesten stand es um die Gewerkschafts- und Parteiarchive:

Im hessischen Gewerkschaftshaus in Frankfurt befanden sich keine Unterlagen mehr aus der Gründungszeit des "Freien Gewerkschaftsbundes Hessen". Die wenigen noch vorhandenen Materialien

lagerten in einem völlig ungeordneten Zustand im Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf.²

Der Bezirk Hessen-Süd der SPD gab an, daß "Akten und Unterlagen der 40er Jahre, soweit sie nach mehrmaligen Umzügen der Parteizentrale noch vorhanden waren, (...) Anfang der 60er Jahre ... der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung gestellt worden (sind)."³ Auf eine entsprechende Anfrage schrieb die Ebert-Stiftung: "... haben wir mit Erstaunen diese Mitteilung zur Kenntnis genommen, die vermutlich auf einem Irrtum beruht, denn in unserem Archiv befindet sich (leider) nichts (Unterstreichung im Original, d.V.) von Ihrem Bezirk, und es hat unseres Wissens niemals eine Aktenübergabe in irgendeiner Form stattgefunden."⁴

Der Landesverband der CDU-Hessen antwortete: "Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß bei uns über die Zeit 1945/46 keinerlei Akten liegen. Wenn noch etwas vorhanden ist, müßte dies in der Abteilung/Dokumentation der Bundespartei, ..., sein."⁵ Die Antwort aus Bonn lautete: "...Insbesondere aber verfügt dieses Archiv nicht über Quellenmaterial aus den einzelnen Bundesländern, ..."⁶

Der Landesverband der FDP in Hessen teilte mit: "Leider sind wir nicht in der Lage, Ihnen die gewünschten Unterlagen zu übersenden oder zu beschaffen, da sie leider bei uns nicht archiviert wurden."⁷ Das FDP-Archiv in Bonn besaß einen kleinen Ordner aus der Frühzeit der hessischen LDP/FDP, in dem lediglich die Artikelsammlung von Ilau⁸ aus der Gründungszeit stammte.

Dagegen waren Materialien der KPD gut und zahlreich erhalten. Sie wurden nach dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts bei hessischen KPD-Funktionären beschlagnahmt und gelangten später ins Bundesarchiv nach Koblenz. Auch das Institut für Marxismus/Leninismus in der DDR war bereit, einige Dokumente der hessischen KPD zur Verfügung zu stellen.

Nicht viel besser als um die meisten Partei-Dokumente war es um die Materialien der verfassungsvorbereitenden und -ausarbeitenden Gremien (Vorbereitender Verfassungsausschuß, Verfassungsberatende Landesversammlung) bestellt. Weder das Archiv des Hessischen Landtages, noch das hessische Hauptstaatsarchiv, noch das Archiv der Hessischen Staatskanzlei besaßen zusammen alle damals erstellten Protokolle, Verfassungsentwürfe, Stellungnahmen etc. Erst durch Hinzuziehen von Materialien aus anderen Archiven und von Privatunterlagen, insbesondere aus dem Nachlaß Ludwig Bergsträbers⁹ und dem Privatarchiv Erwin Steins¹⁰, ließen sich diese Unterlagen komplettieren.¹¹

Der zweite Grund für die Vernachlässigung dieser Zeit in der Forschung war der Restaurationsprozeß. "Die Geschichte der Bundesrepublik, die Teil der Geschichte des Kalten Krieges ist, muß in vieler Hinsicht neu geschrieben werden, denn der Kalte Krieg war nicht nur eine Form des Systemkonflikts, sondern auch ein Krieg der Ideologieproduzenten gegen die historische Faktizität."¹² Der Restaurationsprozeß in der Bundesrepublik hat nicht gerade die Auseinandersetzung mit einer Zeit gefördert, die genau diese Restauration verhindern wollte.

Als besonders krasses Beispiel für Legendenbildung sei hier nur die parteioffizielle Dokumentation der Geschichte der CDU genannt, in der der "christliche Sozialismus", ein Begriff, der damals die parteiinternen Diskussionen beherrschte, als "im Grunde nur aus der damaligen unüberschaubaren Notsituation verständlich"¹³ abgetan wird. Daß es in der CDU einmal "Kölner Leitsätze" gegeben hat, in denen es hieß: "Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes ... Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird beseitigt",¹⁴ oder "Frankfurter Leitsätze", in denen man sich "zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage"¹⁵ bekannte, sind Tatsachen, die heute nicht mehr gern gehört werden. Die Erinnerung an die damals noch vorhandene Alternative innerhalb der CDU ist heute nicht mehr erwünscht.¹⁶

II. Thema der Arbeit und Literaturübersicht

In den fünf Jahren nach Beendigung des II. Weltkrieges wurden die entscheidenden Weichen für die Entwicklung der späteren Bundesrepublik gestellt. Es war eine Zeit, die "wahrscheinlich mehr dazu beitrug, das Gesicht des heutigen Deutschlands zu formen als die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur oder die vierzehn Jahre der wankenden Weimarer Republik."¹⁷

In dieser Zeit fiel bereits die Entscheidung für die kapitalistische Wirtschaftsverfassung¹⁸, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie¹⁹ und die außenpolitische Westorientierung.²⁰

Viele der bisher über die Zeit 1945 - 1949 publizierten Arbeiten behandeln einzelne Aspekte dieser Zeit.²¹ Bei der Bearbeitung innenpolitischer Themen steht die Geschichte der Spaltung Deutschlands und die Gründung der Bundesrepublik im Vordergrund. Mit der o.a. Arbeit von Niclauß trat ein Ansatz hinzu, "der die innerdeutsche Diskussion von 1946/47 als Ausgangspunkt betrachtet und hierin einen Ansatzpunkt sieht für die Neuinterpretation des Parlamentarischen Rates sowie für die Beurteilung des Gründungsvorgangs von 1949."²²

Ergänzt werden diese den Zeitraum 1945 - 1949 vollständig erfassenden Arbeiten durch bisher nicht allzu zahlreiche Einzelstudien, in denen, gestützt auf Archiv-Materialien, versucht wird, eine spezielle Fragestellung oder politische Entwicklung - regional und zeitlich beschränkt - zu analysieren. Zu den verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen 1946 liegen bisher keine entsprechenden umfassenden Studien vor.²³ Die wenigen bisher vorhandenen juristischen und politikwissenschaftlichen Arbeiten, die sich überhaupt mit der unmittelbaren hessischen Nachkriegsgeschichte befassen, berühren dieses Thema nur am Rande, mit Ausnahme der Arbeiten von Brünneck, Beutler, Borosnjak und Caspary.²⁴

Die Arbeiten Brünnecks und Beutlers sind juristische Studien. Brünneck hat sich zum Ziel gesetzt, den Gang der Verhandlungen in der

Verfber. LV anhand der Sitzungsprotokolle zu rekonstruieren und eine Darstellung des Inhalts der Hessischen Verfassung zu geben. Der Aufsatz geht nicht auf den Willensbildungsprozeß innerhalb der Parteien und die verschiedenen Wirtschafts- und Sozialisierungskonzeptionen ein. Auch fehlen Hinweise auf die amerikanischen Besatzungsziele und die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in Hessen. Die Verfassungskonzeption der KPD ist nicht behandelt, ohne daß dafür eine Begründung gegeben wird. Bis auf einige Verfassungsentwürfe und -vorschläge von SPD, CDU und LDP werden keine Archivmaterialien herangezogen.

Beutler benutzt in seiner rechtswissenschaftlichen Dissertation lediglich einige Unterlagen aus dem Nachlaß Geilers²⁵ und aus dem Archiv des Hessischen Landtages. Dennoch stellt er die hessische Verfassungspolitik 1946 und die verfassungspolitischen Ziele der Parteien dar. Die wenigen von ihm herangezogenen Quellen führen zwangsläufig dazu, daß seine Ergebnisse unvollständig sind, und daß Verbindungen hergestellt und Aussagen getroffen werden, die sich bei Auswertung weiterer Materialien schlicht als falsch erweisen.²⁶

Außer diesen beiden liegen keine juristischen Arbeiten vor, die sich mit der Entstehungsgeschichte der Hessischen Verfassung auch anhand von Archivmaterialien befassen. Die sehr umfangreiche Literatur zur Rechtsgültigkeit des Art. 41 HV (Sofortsozialisierung) geht nicht auf die Entstehungsgeschichte des Art. 41 HV über die Protokolle der Verfber. LV hinaus ein.²⁷

Die Arbeiten von Borosnjak und Caspary sind vom Standpunkt der KPD bzw. SPD aus geschrieben und haben den Charakter von Rechtfertigungsschriften.

Borosnjak beschreibt lediglich die Politik der KPD, die als einzig richtige dargestellt und für deren Scheitern allein das Verhalten von SPD und amerikanischer Besatzungsmacht verantwortlich gemacht wird. Die einseitige Auswahl des Archivmaterials und das bewußte Verschweigen von bestimmten Unterlagen und Tatsachen, die die Politik der KPD relativieren würden, mindern den Wert der Darstellung erheblich.²⁸

Caspary²⁹ schrieb noch während des Wahlkampfes im November 1946 die o.a. Broschüre, die sich im wesentlichen darauf beschränkt, die Verhandlungen in der Verfber. LV darzustellen. Er bemüht sich die Politik seiner Partei anhand von Verfassungsentwürfen und -stellungen herauszuarbeiten und legt auch Materialien der anderen Parteien vor, um die SPD-Politik gegen die Angriffe der übrigen in der Verfber. LV vertretenen Parteien zu verteidigen. Im Gegensatz zu Borosnjak handelt es sich bei Casparys Arbeit im Großen und Ganzen um eine argumentative Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Keine der vier genannten Untersuchungen leistet eine hinreichende Aufarbeitung der verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen 1946, da es sich entweder um juristische Literatur handelt, die einer Analyse der ökonomischen und politischen Hintergründe der Sozialisierungsdebatte nicht gerecht wird, oder aber um einseitige parteigebundene Rechtfertigungsschriften. Für alle vier Arbeiten gilt - wenn auch

mit unterschiedlichen Einschränkungen -, daß das vorhandene und verfügbare Quellenmaterial aus öffentlichen und privaten Archiven und Nachlässen nicht ausreichend aufgearbeitet wurde.

Die vorliegende Arbeit versteht sich als Einzelstudie, die - gestützt auf zahlreiche Materialien aus Archiven und von Privatpersonen - versucht, eine möglichst genaue Rekonstruktion der verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen 1946 zu leisten.

Im Vordergrund stehen aber nicht nur die Erforschung der unmittelbaren hessischen Nachkriegsgeschichte, sondern auch deren politische Einschätzung. Ausgangspunkt sind dabei die Fragen: Welchen Stellenwert nimmt in den Wirtschaftskonzeptionen der hessischen Parteien das Privateigentum an den Produktionsmitteln ein? Soll es ganz oder teilweise abgeschafft und durch neue Formen eines "gemeinsamen Eigentums" ersetzt werden, oder soll es zwar beibehalten, sein Inhalt aber durch Beschränkungen und Kontrollen modifiziert werden?

SPD, KPD und auch Teile der CDU forderten eine Sozialisierung der hessischen Monopole und Großunternehmen. Im Rahmen dieser Arbeit soll untersucht werden, welche Motivationen den Sozialisierungskonzeptionen zugrundelagen, was jeweils unter "Sozialisierung" verstanden wurde und ob dadurch private Verfügungsmacht beseitigt, eingeschränkt oder etwa stabilisiert werden sollte. Gelang es den Parteien, ihre Sozialisierungskonzeptionen in Verfassungsentwürfe umzusetzen? Welche Bedeutung maßen sie Verfassungskämpfen bei und welche Schritte unternahmen sie, um ihre Forderungen durchzusetzen?³⁰

Nach diesen Kriterien sollen folgende Problemkreise behandelt werden:

- Die wirtschaftspolitischen Ziele der amerikanischen Besatzungsmacht (Kapitel B.),
- Grundzüge der Geschichte des Landes Hessen 1945/1946: Die wirtschaftliche und soziale Lage; das Wiederentstehen der Staatlichkeit; die Gründung der politischen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände; die ersten Wahlen und der Beratende Landesausschuß (Kapitel C.),
- der Vorbereitende Verfassungsausschuß und der Entwurf einer Verfassung für Hessen (Kapitel D.),
- die Wirtschaftskonzeptionen der Parteien, insbesondere ihre Sozialisierungskonzeptionen, und ihre Umsetzung in Verfassungsentwürfe (Kapitel E.),
- die Veränderung und Durchsetzung der einzelnen Konzeptionen in der Verfber. LV (Kapitel F.) und
- die weitere Entwicklung der Sozialisierungsdebatte im Überblick (Kapitel G.).

B. DIE AMERIKANISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK 1945/1946

Deutschland wurde im und nach dem II. Weltkrieg von den alliierten Truppen besetzt. Amerikanische Militärbehörden übten in Hessen seit März/April 1945 die effektive Staatsgewalt aus. Da durch die amerikanischen Besatzungsbehörden der Rahmen abgesteckt wurde, in dem sich eine deutsche Politik zu dieser Zeit bewegen durfte, ist es wichtig, die amerikanischen Besatzungsziele in Theorie und Praxis zu kennen.

Bei der folgenden überblicksmäßigen Darstellung wird der Schwerpunkt auf die Frage gelegt, welchen Spielraum die amerikanische Militärregierung den deutschen Kräften bei einer Neugestaltung der Wirtschaftsverfassung, insbesondere der Eigentumsverfassung, zubilligte.

I. Die Grundeinstellungen in den USA zur Frage der Behandlung Deutschlands nach Beendigung des II. Weltkrieges

Die USA und die UdSSR, Staaten mit entgegengesetzten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, hatten 1941 eine Koalition gebildet, deren einziges Ziel es war, den Hitler-Faschismus zu besiegen. Es war ein brüchiges Bündnis, das allein durch die aktuelle von Deutschland ausgehende Bedrohung

zusammengehalten wurde und das die grundsätzliche Gegnerschaft nur für die Zeit des Krieges zurücktreten ließ.¹

Dennoch war die Einschätzung der Rolle, die die UdSSR nach Beendigung des II. Weltkrieges spielen würde, in den USA nicht einheitlich. Diese unterschiedliche Beurteilung bildete den Hintergrund der amerikanischen Deutschlandpolitik. Das Verhältnis zum Nachkriegsdeutschland war primär durch die Frage bestimmt, ob Rußland auch weiterhin als Bündnispartner oder aber als Gegner anzusehen sei.²

In den Jahren 1941 - 1945 konnte in den USA kein Konsens über die Politik gegenüber Nachkriegsdeutschland erzielt werden, doch lassen sich aus den verschiedenen Zielvorstellungen und Interessen zwei Grundmuster einer zukünftigen Politik herauslesen: Entmachtung oder Wiederaufbau Deutschlands. Elemente dieser beiden Grundkonzeptionen beherrschten in verschiedenen Modifikationen die Diskussion in den amerikanischen Gremien.

Die eine Konzeption sah eine Entmachtung Deutschlands vordringlich in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht vor und hoffte, einem grundsätzlichen Konflikt mit der UdSSR aus dem Wege gehen zu können.³ Ausgehend von dem Leitgedanken des Morgenthau-Plans, Deutschland daran zu hindern, einen III. Weltkrieg zu beginnen⁴, sollte Deutschland für das von ihm verübte Unrecht hart bestraft und alle kriegswichtigen Industrien demontiert werden.⁵

Darüber hinaus verfolgten die Vertreter dieser Konzeption aber auch handfeste eigene ökonomische Interessen: Deutschland sollte als Industrienation

entmachtet und damit als Konkurrent auf dem Weltmarkt ausgeschaltet werden.⁶ Daher die Forderung nach Beseitigung des deutschen Großkapitals und Rückverwandlung Deutschlands in ein Land mit überwiegend agrarischem und kleinindustriellem Charakter.⁷

Die wirtschaftlichen und außenpolitischen Konsequenzen dieses Konzepts waren allerdings nicht ausreichend reflektiert: Weder wurde die Frage beantwortet, wie und durch wen das Machtvakuum in Mitteleuropa ausgefüllt werden sollte und ob die angestrebte Politik gegenüber der UdSSR tragfähig sein würde⁸, noch waren die Folgerungen, die sich aus der ökonomischen Verpflechtung Deutschlands mit Europa ergaben, durchdacht worden.⁹

Bei der Beurteilung dieses Grundkonzepts eines "Karthago-Friedens"¹⁰ mit Deutschland unter dem Gesichtspunkt der zukünftigen deutschen Wirtschaftsordnung, insbesondere der Eigentumsordnung, ist entscheidend, daß lediglich eine Beseitigung der kriegswichtigen Industrien und des Großkapitals angestrebt wurde. Einzelne Bereiche der privaten Wirtschaft sollten zugunsten ausländischer Konkurrenz zerschlagen oder aber ausländischer Kontrolle unterstellt werden. Es war keinesfalls Ziel dieser Konzeption, in Deutschland das kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt zu beseitigen und es durch ein anderes zu ersetzen. Ziel war lediglich eine Rückführung des monopolkapitalistischen auf ein konkurrenzkapitalistisches System und damit eine Entmachtung der privaten deutschen Wirtschaft.¹¹

Die andere Grundkonzeption ging - langfristig gesehen - von einem Wiederaufbau Deutschlands aus. Die Vertreter dieser Richtung waren beherrscht von

dem Mißtrauen in die Kriegsallianz und der Erkenntnis, daß diese nicht von Dauer sein werde. Die grundsätzliche Gegnerschaft gegenüber der UdSSR bildete hier den Hintergrund aller Überlegungen über die Behandlung Nachkriegsdeutschlands. "Deutschland erhielt seine Bedeutung in erster Linie aus seiner Funktion im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis."¹²

Die Konsequenzen dieser Einschätzung waren, daß zwar Faschismus und Militarismus beseitigt werden sollten, daß aber langfristig an eine Einbeziehung Deutschlands in ein westliches Bündnis gedacht wurde. Auch der Gedanke, Deutschland als "Aggressionsbasis gegen das sozialistische Lager auszunutzen"¹³, spielte eine Rolle. Im Ergebnis mußten diese Überlegungen zu einem allmählichen Wiederaufbau und der Erhaltung der sozialen und ökonomischen Grundlagen führen, da Deutschland "nur auf der Basis eines kapitalistischen Systems zum dauerhaften Bündnispartner der 'westlichen Welt' werden" konnte.¹⁴

Auch die Vertreter dieser Konzeption verfolgten darüber hinaus eigene ökonomische Interessen, und sie konnten sich auf mächtige Kreise des amerikanischen Großkapitals stützen.¹⁵ Zum einen besaßen sie "in Deutschland Anlagevermögen und Geschäftspartner aus der Vorkriegszeit"¹⁶, zum anderen bot das zerstörte Deutschland die Möglichkeit, die durch die erforderlich werdende Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft freigesetzten Kapitalien, gewinnbringend in den Wiederaufbau Deutschlands zu investieren. Die Einflußsphäre des amerikanischen Großkapitals

konnte dadurch auf den westlichen Teil Deutschlands ausgedehnt werden.¹⁷

Im Vordergrund dieser Grundkonzeption stand - bezogen auf die angestrebte deutsche Wirtschaftsverfassung - die Erhaltung des ökonomischen Systems und damit die grundsätzlich unveränderte Beibehaltung der überlieferten Eigentumsverfassung. Tiefgreifende Eingriffe durch Sozialisierung deutscher Industrien ließen sich mit diesem Konzept nicht vereinbaren.

Hier zeigte sich dann auch, daß diese beiden Grundmuster der amerikanischen Deutschlandpolitik nicht antagonistischer Art waren. Beide strebten - mit unterschiedlichen Korrekturen - ein Deutschland auf der Grundlage einer kapitalistischen Wirtschaftsverfassung an, und beide waren sich einig, keine Vorleistungen für ein sozialistisches System erbringen zu wollen. Die Gegensätze zwischen den beiden Fraktionen waren zwar sicher nicht nur taktischer Art, sondern auch durch verschiedene ökonomische Interessen bestimmt, aber sie standen sich nicht unversöhnlich gegenüber, sondern waren durchaus überbrückbar.¹⁸

II. Die theoretische Formulierung und praktische Handhabung der amerikanischen Deutschlandpolitik

Keine der beiden Grundkonzeptionen konnte sich in den USA kompromißlos durchsetzen. Doch die Richtlinien der verschiedenen amerikanischen

Gremien, die sich mit der Planung der Politik gegenüber Nachkriegsdeutschland befaßten und die Militärbehörden, die nach der Niederlage des Faschismus diese Richtlinien in praktische Politik umsetzen sollten, lassen sich jeweils auf einzelne Elemente dieser beiden Grundauffassungen zurückführen.

Im April 1944 stellten die "Vereinigten Stabschefs" der USA - mit Unterstützung des Außen- und Kriegsministeriums - die Direktive CCS 551 auf, die auch Grundlage eines Handbuchs der Militärregierung für Deutschland wurde. Um die Stabilität in Europa nicht zu gefährden und die UdSSR in Schranken zu halten, stand "eine konstruktive, also nicht auf Bestrafung zielende Einstellung"¹⁹ im Vordergrund.

Die Gegenposition wurde im September 1944 vom Finanzministerium unter Leitung Morgenthau in die Debatte gebracht. Die 14 Punkte des Morgenthau-Plans sahen eine harte Bestrafung und wirtschaftliche Entmachtung Deutschlands vor, damit von ihm nie wieder eine Bedrohung des Weltfriedens ausgehen könnte.²⁰

Damit waren die Fronten in der innenpolitischen Debatte abgesteckt, und in den folgenden Monaten versuchten beide Seiten, Einfluß auf die endgültige Formulierung der Deutschlandpolitik zu nehmen.²¹ Entscheidende Bedeutung kam dabei der Direktive JCS 1067 zu, deren erster Entwurf (September 1944) von einem Kabinettsausschuß stammte²², und deren 6. Fassung schließlich General Clay im Mai 1945 als "Direktive JCS 1067/8 für die Behandlung Deutschlands in der Zeit unmittelbar nach der Niederlage"²³ übermittelt wurde.

Sie galt als offizielle Richtlinie der amerikanischen Deutschlandpolitik bis zur Ablösung durch die Direktive JCS 1779 im Juli 1947.

Die erste Fassung von JCS 1067 stand stark unter dem Einfluß Morgenthau und einer antideutschen öffentlichen Meinung in den USA. Sie sah extrem harte wirtschaftliche Bedingungen vor. Jede Form des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sollte verboten werden, es sei denn "zur Verhütung oder Bekämpfung von Epidemien oder schweren Krankheiten" oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.²⁴ Aber auch die endgültige Fassung, die erst nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Außen-, Kriegs- und Finanzministerium zustande kam²⁵, war noch deutlich "an official but diluted version of the Morgenthau-Plan."²⁶

Als Hauptziel der amerikanischen Deutschlandpolitik wurde festgelegt: "... Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden."²⁷ Dieses Ziel sollte u.a. durch rigorose Kontrollen des gesamten Wirtschaftsablaufs erreicht werden. Im Teil II der Direktive, "Wirtschaftliche Angelegenheiten", hieß es dazu: "Sie werden dafür sorgen, daß die deutsche Wirtschaft so verwaltet und kontrolliert wird, daß die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive enthaltenen Hauptziele erreicht werden. ... Abgesehen von den für diese Zwecke erforderlichen Maßnahmen werden Sie keine Schritte unternehmen, die a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnten oder b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken."²⁸

Zwar hatten sich in JCS 1067 Morgenthau auf Entmachtung der deutschen Wirtschaft abzielende

Vorstellungen in der Theorie noch einmal weitgehend durchgesetzt, doch wurden in der praktischen Handhabung dieser Bestimmungen die Ziele der auf einen Wiederaufbau Deutschlands hinarbeitenden Kreise des amerikanischen Großkapitals verwirklicht. Einer ihrer Vertreter war auch der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Clay.²⁹ Er war daher "entsetzt", als ihm Ende April 1945 die Direktive bekannt wurde:

"... nicht wegen der vorgesehenen Strafmaßnahmen, sondern über das Versagen, das in dem Mangel zum Ausdruck kam, die finanziellen und wirtschaftlichen Zustände, denen wir uns gegenübersehen würden, zu erkennen."³⁰ Konsequenterweise versuchte er, in Washington eine offizielle Revision der Direktive zu erreichen.³¹ Als ihm dieses nur begrenzt gelang, machte er seine eigene Politik, wobei ihm - neben den unklaren Kompetenzverhältnissen in Washington³² - zustatten kam, daß "zum Glück (...) die Vorschriften von JCS 1067 in mancher Hinsicht allgemein gefaßt (waren), sodaß die Auslegung dem Militärgouverneur überlassen blieb."³³

Clay interpretierte die Vorschriften jeweils so, wie es seinen Vorstellungen und denen des hinter ihm stehenden Großkapitals von einer konstruktiven Deutschlandpolitik entsprach, und das bedeutete in der Praxis bald ein Wiederanknüpfen an alte deutsch-amerikanische Geschäftsbeziehungen und eine "Kooperation mit den ehemaligen Wirtschaftsführern."³⁴ Das Ergebnis war, daß er "die undurchführbaren Bestimmungen von J.C.S. 1067 auf empirische Weise und Stück für Stück" fallenließ³⁵, oder wie Zink, der offizielle amerikanische Militärhistoriker, es ausdrückte: "General Clay could do more or less as

he pleased in Germany, as long as he observed the formalities and accepted JCS 1067 as a general guide."³⁶

Die Theorie der amerikanischen Deutschlandpolitik, wie sie in der von Morgenthau's Vorstellungen geprägten JCS 1067 ihren Ausdruck fand, stand also von Anfang an im Gegensatz zu der - wenn auch zunächst noch vorsichtig und widerspruchsvoll gehandhabten - Praxis Clays. Die Grundkonzeption des Wiederaufbaus beherrschte die Praxis, die der Entmachtung blieb Theorie.³⁷

Eine Änderung der amerikanischen Deutschlandpolitik, die die bisher praktizierte Politik auch mit den offiziellen Richtlinien in Einklang brachte, erfolgte erst im Juli 1947 durch die Direktive JCS 1779. Dort wurde ein stabiles und produktives Deutschland gefordert, das in der Lage sein sollte, sich selbst zu erhalten, und das "die Grundsätze und Vorteile einer freien Wirtschaft" kennenlernen sollte.³⁸

III. Die Auswirkungen auf die Neugestaltung der hessischen Wirtschaftsverfassung

Die Einschätzung der amerikanischen Besatzungspolitik nicht als "Policy of Postponement"³⁹, sondern als Politik des Wiederaufbaus von Anfang an, ist für die Fragestellung dieser Arbeit von erheblicher Bedeutung.

Ginge man von der ersten Auffassung aus, so hätte die praktische Deutschlandpolitik anfangs im Widerstreit verschiedener Konzeptionen gestanden, und die im Sommer 1945 wieder zugelassenen - aber schon vorher wieder gegründeten - Parteien und Interessengruppen hätten die Widersprüchlichkeiten und Unsicherheiten der amerikanischen Politik für ihre eigenen Zielsetzungen ausnützen können. Es hätte dann ein erheblicher Verhandlungsspielraum bestanden, zumal die Konzeption der "harten" Deutschlandpolitik antimonopolistischen Bestrebungen durchaus wohlwollend gegenüberstand. Eine konsequente Politik der Arbeiterparteien im Bündnis mit den Gewerkschaften hätte durch Durchsetzung von Sozialisierungen, Mitbestimmungs- und Planungsforderungen Fakten schaffen können, die die amerikanische Militärregierung - nachdem sich die Wiederaufbaukonzeption endgültig durchgesetzt hatte - nicht ohne weiteres hätte zurücknehmen können.

Da aber die amerikanischen Besatzungsbehörden von Anfang an - wenn auch zunächst noch widersprüchlich und taktierend - eine konstruktive, auf Erhaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse abzielende Politik verfolgten, wurde der Spielraum für die Verwirklichung deutscher Vorstellungen von einer neuen Wirtschaftsverfassung erheblich eingeengt. Zwar konnte es sich die Militärregierung anfangs noch nicht erlauben, gegen - selbst von Teilen des deutschen Bürgertums geforderte - Sozialisierungen mit direkten Verboten vorzugehen, doch gerade Clay verfolgte geschickt eine Politik "der Präjudizierung durch Verbot aller Präjudizierungen."⁴⁰ Das bedeutete konkret: Die endgültige Festlegung der Wirtschaftsverfassung sollte erst von einem gesamtdeutschen aus freien Wahlen hervorgegangenen Parlament entschieden werden. Diese

Haltung bewirkte aber, daß es für absehbare Zeit keine Abweichungen vom Status quo, d.h. der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, geben würde und daß das private Produktiveigentum im wesentlichen unangetastet die Zeit starker Sozialisierungsbestrebungen überdauern konnte.⁴¹

Die hessischen Parteien hätten also 1945/1946 eine nach außen hin hinhaltende in der Sache aber harte Besatzungspolitik einkalkulieren und ihr eigenes politisches Vorgehen darauf einstellen müssen. Stattdessen nahmen sie an, daß die Amerikaner in Fragen der deutschen Wirtschaft keine eigenen Interessen verfolgten. Caspary (SPD) berichtete z.B. über die Verhandlungen mit Dayton, dem Beauftragten für Verfassungsfragen Clays: Der amerikanischen Militärregierung sei der Sozialisierungsartikel der Hessischen Verfassung so wichtig erschienen, "daß sie dem Volk selbst eine nochmalige gesonderte Stellungnahme neben dem übrigen Verfassungswerk vorbehalten wollte." Ansonsten habe sich - bis auf einen weiteren hier nicht interessierenden Punkt - die Mitwirkung der Militärregierung auf Beseitigung von Textunklarheiten beschränkt. "Ein Experte aus einem neutralen Land hätte seinen Rat kaum in anderer Art erteilen können."⁴²

Diese Fehleinschätzung der amerikanischen Besatzungsziele und - damit verbunden - die Hoffnung, die Amerikaner würden Sozialisierungen tolerieren, haben wesentlich mit dazu beigetragen, die Chancen für eine tiefgreifende Änderung der überlieferten Eigentumsverhältnisse in Hessen zu verschlechtern.

C. GRUNDZÜGE DER GESCHICHTE DES LANDES HESSEN
1945/1946

I. Die wirtschaftliche und soziale Lage

1. Die Entwicklung der Bevölkerungs- und Er-
werbstätigenzahlen und der Industrieproduktion

1939 lebten in dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen 3,479 Millionen Menschen. Im Juli 1946 waren es bereits 3,849 Millionen, und bis zum Oktober 1946 stieg die Zahl auf 3,995 Millionen.¹ Im Vergleich zu 1939 lebten also rund 500 000 mehr Menschen in Hessen, die Arbeit und Wohnung finden und ernährt werden mußten. Das schnelle Ansteigen der Bevölkerungszahl besonders nach Beendigung des Krieges erklärte sich aus dem großen Zustrom von Evakuierten und Flüchtlingen vor allem aus Ostdeutschland und Osteuropa.

Die Zahl der Erwerbstätigen betrug 1939 1,786 Millionen. Bei einer Berufszählung im Oktober 1946 ergab sich dagegen nur eine Zahl von 1,706 Millionen, also 80 000 Erwerbstätige weniger. Waren 1939 noch 51,5 % der Bevölkerung erwerbstätig, so waren es 1946 nur noch 43 %. "Anders ausgedrückt: Wenn im Jahre 1939 je 100 Erwerbstätige 94 Angehörige oder sonstige nicht erwerbstätige Personen erhalten mußten, so stellt sich 1946 das Verhältnis auf 100 zu 135."²

1939 arbeiteten 40,4 % der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk, 1946 waren es nur noch 31,8 %. Relativ konstant blieb der Anteil der in

der Landwirtschaft Beschäftigten - als der zweitwichtigsten Erwerbsquelle - mit einer Steigerung von 17,6 % (1939) auf 19,9 % (1946), der im Bereich öffentlicher Dienst/private Dienstleistungen Tätigen mit einer Steigerung von 13,3 % auf 13,7 % und der in Handel/Verkehr Beschäftigten mit einem Rückgang von 15,3 % auf 12,5 %. Dagegen stieg die Zahl der "selbständigen Berufslosen" (z.B. Studenten, "selbständige Hausfrauen ohne Angaben einer Erwerbsquelle", Personen mit Privatvermögen, Invalide, Rentner) von 13,4 % auf 22,1 %.³

In diesen Zahlen zeigte sich die Veränderung der hessischen Wirtschaftsstruktur. Die Beschäftigtenzahlen in Industrie und Handwerk waren gesunken, da viele Großbetriebe zerstört, als kriegswichtige Betriebe demontiert waren oder erst am Anfang ihres Wiederaufbaus standen. Der Rückgang wäre noch stärker gewesen, wenn sich nicht viele, die keine Arbeit in abhängiger Stellung fanden, nach dem Krieg selbständig gemacht hätten. "Da eine Neugründung industrieller Großbetriebe in nennenswertem Umfang nicht stattgefunden hat, müssen nach dem Krieg zahlreiche mittlere und kleinere gewerbliche Unternehmungen und Handwerksbetriebe entstanden sein."⁴

Die zweite große Verschiebung hatte bei den "selbständigen Berufslosen" stattgefunden. Der Zuwachs betrug 1946 bei den Männern (im Vergleich zu 1939) lediglich 1,1 %, bei den Frauen aber 100,6 %.⁵ "Am stärksten wirkte sie sich bei den Frauen von 30 - 50 Jahren aus. In diese Gruppe fällt die Hauptzahl der auf ihren kriegsgefangenen oder vermißten Mann wartenden Ehefrauen, die heute noch in der Lage sind, von eigenen Ersparnissen usw. zu leben."⁶

Die Veränderungen, die der Krieg und seine Folgen in der hessischen Wirtschaftsstruktur bewirkt hatten, zeigten sich auch in der Anzahl der arbeitenden Betriebe und in ihren Produktionszahlen.

Im Dezember 1945 war die Produktion in 2900 von 4000 erfaßten Betrieben wieder angelaufen, das waren 72,5 %.⁷ Bis Ende 1946 war die Arbeit in rund 80 % aller Betriebe wieder aufgenommen.⁸

Der relativ hohen Zahl der wieder arbeitenden Betriebe standen allerdings wesentlich geringere Produktionszahlen gegenüber. Im Vergleich zum Jahre 1936 (= 100 %) hatte die Industrieproduktion im Januar 1946, dem ersten statistisch erfaßten Monat, erst eine Höhe von 18 % erreicht. Diese Zahl erhöhte sich kontinuierlich bis Oktober/November auf etwas über 38 %, fiel dann aber im Dezember auf 30 % und im Januar 1947 sogar auf 27 % zurück.⁹

Als Hauptursache hob das hessische statistische Landesamt den Kohlemangel hervor.¹⁰ Hessens Wirtschaftsstruktur war wesentlich durch verarbeitende Industrie geprägt und damit abhängig von Rohstoffen und Energie. Da das Land selbst nicht in ausreichendem Maße über beides verfügte, war es, um produzieren zu können, auf den Import, insbesondere von Kohle, angewiesen.¹¹

Bevor aber z.B. Kohle und Rohstoffe nach Hessen gelangen konnten, mußten die verschiedensten Schwierigkeiten überwunden werden. Die Kohle kam

aus dem Ruhrgebiet, und das gehörte zur britischen Zone. Viele Zulieferfirmen der hessischen Industrie hatten ihren Standort in der sowjetischen Zone. Ein ehemals einheitliches Wirtschaftsgebiet war willkürlich in "unorganische, zwangs-autarke Wirtschaftsgebiete"¹², die unter verschiedener politischer Verantwortlichkeit standen, zerrissen worden. Jede Zonengrenze konnte nur nach aufwendigen Genehmigungsverfahren überschritten werden.¹³

Es fehlte aber auch an den nötigen Transportkapazitäten und Verkehrswegen. "Das westdeutsche Verkehrsnetz stand seit September 1944 im Mittelpunkt systematischer Angriffe der strategischen Luftflotten Großbritanniens und der USA."¹⁴ Die zerstörte Infrastruktur war nach amerikanischen Militärberichten "zur wichtigsten Einzelursache des endgültigen deutschen Wirtschaftszusammenbruchs"¹⁵ geworden. Nach Beendigung des Krieges war "das Transportsystem (...) monatelang nicht in der Lage, die Industrie mit Rohstoffen und Zwischenprodukten zu versorgen. Vor allem die Kohleversorgung revierferner Gebiete brach völlig zusammen."¹⁶

Weitere Ursachen, die das Scheitern des ersten Rekonstruktionsversuches im Winter 1946/1947 und den Rückgang der Produktion erklären, waren "der Mangel an Fachkräften, die erheblich gesunkene Arbeitsmoral und die geringere Leistungsfähigkeit der Beschäftigten infolge der jahrelangen unzureichenden Ernährung."¹⁷

Neben den o.a. Gründen, die einer Rekonstruktion trotz guten Willens entgegenstanden, spielte auch die ungewisse Zukunft der kapitalistischen

Wirtschaftsordnung in Deutschland eine wichtige Rolle. Die Großindustrie war durch ihre Zusammenarbeit mit dem Faschismus diskreditiert. Im Rahmen der amerikanischen Entnazifizierungspolitik wurden bei größeren hessischen Betrieben (über 100 Beschäftigte) 41,2 % der Inhaber, Pächter, Direktoren, Geschäftsführer oder leitenden Angestellten entweder entlassen, nur vorläufig weiterbeschäftigt oder waren sonstwie betroffen.¹⁸

2. Die Entwicklung der Löhne, der Ernährungs- und Wohnungslage

Die ungünstigen Verschiebungen in der Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstruktur und die nur langsam wieder anlaufende Produktion in der hessischen Wirtschaft wirkten sich direkt auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung aus.

Die durchschnittlichen tatsächlichen Wochenlöhne aller Arbeiter aus den 18 wichtigsten hessischen Industriezweigen betrugen im September 1938 45,98 RM brutto, im September 1946 38,60 RM brutto. Die entsprechenden Zahlen für Arbeiterinnen lauteten: 23,42 RM und 19,56 RM. "Der Bruttowochenverdienst des größten Teiles der hessischen Arbeiterschaft (...) ist, ..., von September 1938 bis September 1946 ... im Durchschnitt um 16,1 vH gesunken."¹⁹ Stellt man aber die Relation von Verdienstrückgang und Preissteigerung her, so ergab sich für den Durchschnittsarbeiter eine Verteuerung seiner Lebenshaltungskosten um 50,4 %.²⁰

Das hessische statistische Landesamt kam zu dem Ergebnis, daß bei einem kinderlosen Ehepaar bei durchschnittlichem Einkommen kaum etwas übrig blieb, wenn die notwendigen Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnung etc. bezahlt waren und nur geringe Beträge für Genußmittel ("Kaffee-Ersatz, Tabak, Bier") und sonstige Ausgaben veranschlagt wurden. "Die Familienhaushaltung mit Kindern aber muß Schulden machen, wenn sie nicht auf Ersparnisse zurückgreifen kann oder die Frau durch Nebenbeschäftigung mitverdient."²¹

Infolge der geringen Produktivität, der gestiegenen Bevölkerungszahlen und der allgemeinen Organisationsschwierigkeiten konnte eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung nicht sichergestellt werden.²² Unzureichend war aber nicht nur die Nahrungsmenge sondern auch deren Qualität. "Es fehlen vor allem fast zwei Drittel der notwendigen fett- und eiweißhaltigen Nahrungsmittel, ohne die der menschliche Organismus ohne größere Schäden auf die Dauer nicht auskommen kann."²³

Durch den Krieg waren in den Städten teilweise bis zu 50 % der Wohnungen zerstört oder erheblich beschädigt worden. Die verbliebenen Wohnräume mußten aber im Oktober 1946 ca. 500 000 Menschen mehr aufnehmen als 1939. Die Wohndichte, d.h. die Anzahl der Bewohner pro Raum, stieg daher stark an. Nach Berechnungen des hessischen statistischen Landesamtes vom Oktober 1946 betrug die Wohndichte 1,15. Allerdings waren hier alle infolge der Wohnungsnot tatsächlich bewohnten Räume und alle Küchen "ohne Rücksicht auf Größe und Wohnwürdigkeit" einbezogen.²⁴ "Es ist unter den heutigen Verhältnissen sicher unangebracht, einen Raum mit

ein paar zerbrochene Fensterscheiben als beschädigt zu bezeichnen. Andererseits, bis zu welchem Beschädigungsgrad ist ein Raum als wohnwürdig zu betrachten?" Aufgrund der Vielgestaltigkeit der Schäden konnten die Statistiker keine genauen Kriterien angeben und verlangten für Wohnwürdigkeit lediglich, daß die Räume "noch notdürftig bewohnbar" waren.²⁵

Geringe Einkommen, unzureichende Ernährung und schlechte Wohnverhältnisse waren nur drei Kriterien, um die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung zu beschreiben. Auch andere wichtige Grundbedürfnisse konnten nicht ausreichend befriedigt werden. Es fehlte an allem: Heizmaterialien, Textilien, Möbel und die einfachsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs waren häufig nur über den Schwarzmarkt oder Beziehungen zu beschaffen.²⁶

3. Die Auswirkungen auf die Sozialisierungsdebatte

Die sozio-ökonomische Situation in Hessen bildete den Hintergrund und Ausgangspunkt bei den Bemühungen, eine neue staatliche und gesellschaftliche Organisation und eine neue Wirtschaftsverfassung zu schaffen. Mit dem Beginn der ökonomischen Rekonstruktion mußte entschieden werden, nach welchen Gesichtspunkten die Wirtschaft wiederaufzubauen sei. Sollten weiterhin privates Produktiveigentum und Profit die Entwicklung bestimmen oder sollten das Prinzip der Bedarfsdeckung und gesellschaftliches Eigentum durchgesetzt werden? Die Beantwortung

dieser Frage hing entscheidend von zwei Faktoren ab; nämlich von der Haltung der amerikanischen Besatzungsmacht²⁷ und von den Kräfteverhältnissen in Hessen.

Die Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Lage erbrachte einen ersten Einblick in die hessischen Nachkriegsverhältnisse. Dabei war entscheidend, daß der Prozeß der kapitalistischen Produktion und Reproduktion zwar durch die Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen erheblich gestört, daß aber seine Grundlagen nicht beseitigt worden waren. Die Unternehmerschaft war zwar z.T. durch ihre Verflechtung mit dem Faschismus diskreditiert und durch Entnazifizierungen geschwächt, aber sie war nicht enteignet worden, und an die Stelle politisch belasteter Unternehmer traten politisch unbelastete. Sie verfügte also nach wie vor - wenn auch durch vielfältige Auflagen beschränkt - über privates Produktiveigentum.

Dagegen wirkte sich die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage direkt auf den Wiederaufbau der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften aus. Weniger Erwerbstätige, die bei einer geringeren Industrieproduktion mehr Menschen als vor dem Krieg ernähren mußten, niedrige Löhne, unzureichende Ernährung, zu wenig Wohnungen und die allgemeine Mangelsituation bewirkten, daß zunächst individuelle Probleme im Vordergrund standen, deren Lösung viel Zeit und Aufwand erforderte. Die Lösung der anstehenden gesellschaftspolitischen Fragen, ob z.B. die künftige Wirtschaftsordnung auf privatwirtschaftlicher oder gemeinwirtschaftlicher Basis aufgebaut werden sollte, wurde durch die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage erheblich erschwert.

II. Das Wiederentstehen der Staatlichkeit

1. Der Aufbau der Stadt-, Kreis- und Regionalverwaltung

Im März/April 1945 wurde das Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen von amerikanischen Truppen besetzt. General Eisenhower, oberster Befehlshaber der alliierten Streitkräfte, gab beim Überschreiten der deutschen Reichsgrenze in der Proklamation Nr. 1 bekannt, daß "die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzten Gebiet" in seiner Person vereinigt seien. Alle Beamten, Arbeiter und Angestellten, die in der öffentlichen Verwaltung tätig waren, sollten bis auf weiteres auf ihren Posten bleiben.²⁸

Unmittelbar nach dem Einmarsch begannen die amerikanischen Besatzungstruppen mit der Organisation einer Militärverwaltung und der Reorganisation einer deutschen Zivilverwaltung zunächst auf Stadt- und Kreisebene.

"Mayors (Buergermeister) and county presidents (Landraete) were selected from previously furnished lists. Generally, the Military Government Officer called in the town or county priest or minister, the local school-teacher, a few local citizens and asked them to suggest a Buergermeister or Landrat. After several conferences and as much investigation as possible, and clearance of political questionnaire, a provisional administrative chief was selected, and he in turn appointed other provisional leaders, such as police and fire chiefs, food office head, local clerk, motor vehicle supervisor, and other needed officials. Through these appointed officials, the local Military Government Officers began to bring order out of complete chaos,

restore circulation, remove hazards to life, such as partially destroyed buildings, start cleaning up rubble, and to feed the starving population." 29

Nach diesem Verfahren wurde z.B. Ludwig Metzger bereits am 25. März 1945 zum neuen Oberbürgermeister von Darmstadt ernannt. Später berichtete er darüber:

"Darmstadt ein Trümmerfeld, der Krieg noch in vollem Gange, von der Bergstraße her drohte ein Gegenangriff der SS, keine Versorgung der Bevölkerung - was sollte ein Stadtoberhaupt in einer solchen Situation tun? Gerade war die Nachricht gekommen, daß Nazi horden den kommunistischen Bürgermeister von Aachen ermordet hatten. Lorbeeren waren keine zu ernten, denn was getan werden mußte, um zunächst einmal das Überleben der Bevölkerung zu sichern, war bestimmt nicht populär." 30

Kurz darauf wurden auch die Mittelinstanzen, die Regierungsbezirke, wieder eingerichtet. Am 14. April wurde Ludwig Bergsträßer (SPD) vom Leiter des dortigen E-Detachments, Col. Davis, mit der Bildung einer Zivilregierung für die Provinz Starkenburg mit Sitz in Darmstadt beauftragt.³¹ Am 21. April war die erste Kabinettsitzung³² und am 8. Mai wurde die Ernennungsurkunde ausgestellt.³³ Am 30. Juni kam Oberhessen (zunächst ohne den Kreis Friedberg) zu Starkenburg hinzu, und ab 8. August verwaltete die Regierung Bergsträßer den gesamten ehemaligen Volksstaat Hessen mit Ausnahme des linksrheinischen Gebietes, das unter französischer Besatzung stand. Sie nannte sich jetzt: "Deutsche Regierung des Landes Hessen."³⁴

Am 1. Mai wurde der Regierungsbezirk Wiesbaden geschaffen, der das Gebiet der ehemaligen preußischen Provinz Nassau umfaßte. Die Militärverwaltung Wiesbaden ernannte Hans Bredow zum Regierungspräsidenten. Er trat bereits im August 1945 aus gesundheitlichen Gründen zurück, sein Nachfolger wurde Martin Nischalke (SPD).³⁵ Im Juli wurde der Regierungsbezirk im Rahmen des amerikanisch-französischen Gebietsaustausches verkleinert. Die Kreise St. Goarshausen, Oberlahn, Ober- und Unterwesterwald kamen unter französische Besatzungshoheit.³⁶ Gleichzeitig wurde auch die Militärverwaltung des Bezirks neu organisiert. Col. Newman, bisher zuständig für die - jetzt französische - Region Saar-Pfalz/Rhein-Hessen, wurde nach Wiesbaden versetzt und mit dem weiteren Aufbau des dortigen Regierungsbezirks betraut.³⁷

Am 10. Mai erfolgte dann die Bildung des dritten Regierungsbezirks. Fritz Hoch (SPD) wurde zum Regierungspräsident der ehemaligen Provinz Kurhessen in Kassel ernannt.³⁸

2. Überlegungen zur Gründung des Landes Groß-Hessen

Im Mai 1945 waren also bereits die Grundlagen der Stadt- und Kreisverwaltungen gelegt und die Mittelinstanzen wieder eingerichtet worden. Danach stockte aber der weitere Aufbau der Zivilverwaltung. Die amerikanische Militärregierung konnte sich zunächst nicht entscheiden, zu welchen größeren Verwaltungseinheiten die verschiedenen Regionen zusammengefaßt werden sollten.

Ursprünglich war beabsichtigt, das hessische Gebiet in zwei Länder aufzuteilen: Hessen mit der Hauptstadt Marburg und Hessen-Nassau mit der Hauptstadt Darmstadt.³⁹ Während der Aufbau der Verwaltung im Sommer 1945 in den Regionen Darmstadt und Wiesbaden gut vorankam, machte die Marburger Regierung bis Anfang September überhaupt keine Fortschritte.⁴⁰ Über die Gründe für das Scheitern des Marburger E-Detachments unter Col. Johnson schweigen sich die wenigen vorhandenen Berichte über die Gründungsgeschichte des Landes Hessen aus.⁴¹ Zumindest bewirkte der Fehlschlag des Marburger Experiments, daß jetzt Pläne von deutscher und amerikanischer Seite zum Zuge kamen, die eine Zusammenfassung der drei Regierungsbezirke zu einem Land Groß-Hessen anstrebten.

Bereits im Juli 1945 reichte Bergsträßer der Militärregierung Vorschläge ein, die vorsahen, "die drei verhältnismäßig kleinen Gebiete Land Hessen, Regierungsbezirk Wiesbaden und Kurhessen zu einer Regierungseinheit zusammenzuschließen."⁴² Er wies dabei vor allem auf wirtschaftliche und verwaltungstechnische Vorteile hin.⁴³

Das sich abzeichnende Scheitern des Marburger Experiments ließ auch Experten der amerikanischen Militärregierung nach neuen Lösungen suchen. Den wohl entscheidenden Schritt für die Schaffung Groß-Hessens unternahm Walter L. Dorn, Geschichtsprofessor aus Ohio und 1945 Zivilberater der Militärregierung in Frankfurt, als er sich Ende Juni 1945 ohne offiziellen Auftrag entschloß, Gerhard Anschütz, Professor für öffentliches Recht

und Kommentator der Weimarer Verfassung, in Heidelberg aufzusuchen. Anschütz teilte ihm mit, daß bereits nach dem I. Weltkrieg ein Land Groß-Hessen gefordert worden war, daß dieser Gedanke 1928 auf der Länderkonferenz noch einmal diskutiert worden und letztlich dann am Widerstand Preußens gescheitert war.⁴⁴ Zwar konnte Dorn Robert Bowie, einen persönlichen Berater Clays, von der Notwendigkeit eines Groß-Hessen überzeugen, Clay selbst jedoch wollte an dem alten Plan, zwei Länder zu schaffen, solange festhalten, bis er davon überzeugt war, daß die Schaffung eines Groß-Hessen auch dem Wunsch der Bevölkerung entsprach.⁴⁵ Anfang September holte Dorn die Meinung führender hessischer Persönlichkeiten ein und stellte den übereinstimmenden Wunsch fest, die überholten Grenzen zu überwinden, und ein leistungsfähiges vereinigtes Hessen zu schaffen.⁴⁶

In einer "Staff study re Consolidation of Land Hessen and Provinz Hessen-Nassau", die am 11. September 1945 erstellt und an Clay adressiert war, wurde die Teilung Hessens als "a senseless leftover of past history" bezeichnet, weiterhin wurden die positiven Ergebnisse der Befragung hessischer Persönlichkeiten hervorgehoben und vor allem die ökonomischen und verwaltungstechnischen Vorteile einer Vereinigung vorgetragen.⁴⁷

Clay ließ sich daraufhin auf einer Konferenz in Frankfurt am 15. September umstimmen,⁴⁸ und am 19. September erließ Eisenhower die Proklamation Nr. 2, in der er die Gründung der Länder Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern bekanntgab:⁴⁹

"Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden; jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet:

Groß-Hessen umfaßt Kurhessen und Nassau (ausschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und Sankt Goarshausen) und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines gelegenen Teil von Rheinhessen; ..." 50

Den neu gebildeten Staaten wurde die volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt zuerkannt, unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnisse der Militärregierung. Bis zur Schaffung demokratischer Institutionen hatte der Ministerpräsident das Recht zur Gesetzgebung.⁵¹

3. Die Bildung der hessischen Landesregierung

Nachdem durch die Proklamation Nr. 2 die territorialen Probleme gelöst waren, konnte die Bildung von militärischen und zivilen Landesregierungen in Angriff genommen werden. Die Militärregierung Wiesbaden unter Leitung von Newman, die seit dem Scheitern des Marburger Experiments auch für den Regierungsbezirk Kassel zuständig war, wurde zur Landesmilitärregierung umgebildet.⁵² Am 8. Oktober 1945 wurde Newman offiziell zum Direktor des "Office of Military Government for Land Greater Hesse" (= OMG Greater Hesse) ernannt.⁵³

Bereits Ende September war Newman mit den Vorbereitungen für eine zivile hessische Landesregierung betraut worden, die von der Besatzungsmacht eingesetzt werden und von ihr abhängig sein sollte.⁵⁴ Ihr sollten auch Vertreter der bereits wieder auf Kreisebene zugelassenen politischen Parteien angehören. Damit sollte erreicht werden, daß sie "angesichts der desolaten Gesamtlage für die Bevölkerung sichtbar mit in die Verantwortung genommen werden", allerdings ohne Entscheidungsbefugnisse zu erhalten.⁵⁵

Wie die erste hessische Landesregierung im einzelnen zustandekam, ist unklar. Fest steht, daß Newman bei der Auswahl der zukünftigen Minister auf Personen zurückgriff, die bereits in seiner Zeit als Leiter der Neustädter Militärregierung (im Sommer 1945) eine Rolle gespielt hatten.

Nach Latour/Vogelsang⁵⁶ soll Newman zunächst Hermann Heimerich, der im Sommer 1945 die Neustädter Zivilregierung geführt hatte, als Ministerpräsidenten vorgesehen haben. Nach Auflösung der Neustädter Regierung wurde in Wiesbaden für den "Arbeitsstab Heimerich" ein "Koordinierungsbüro" eingerichtet.⁵⁷ Doch scheiterten diese Pläne vor allem am Widerstand hessischer Sozialdemokraten.⁵⁸

Nach der Darstellung Wahrhaftigs⁵⁹, der 1945 zum Stab der Militärregierung in Neustadt und Wiesbaden gehört hatte, hat Newman dann versucht, Wilhelm Zutt, einen Mannheimer Rechtsanwalt, der in Neustadt Vertreter von Heimerich gewesen war, für das Amt des Ministerpräsidenten zu gewinnen. Zutt lehnte ab und schlug stattdessen seinen

Sozius Karl Geiler vor. Newman war mit dem Vorschlag einverstanden und Geiler, der keiner politischen Partei angehörte, nahm das Angebot an, erster hessischer Ministerpräsident der Nachkriegszeit zu werden.

Eine andere Darstellung gibt Dörr.⁶⁰ Seiner Ansicht nach war "Schöpfer der 1. großhessischen Staatsregierung ... der Deutsch-Amerikaner Prof. Dr. Heinrich Kronstein."⁶¹ Er war während des III. Reiches zunächst als Rechtsanwalt in Mannheim tätig gewesen, emigrierte aber wegen seiner jüdischen Abstammung in die USA. 1945 kam er als Wirtschaftsberater der amerikanischen Militärregierung nach Deutschland zurück. Ende September hatte er die Aufgabe erhalten, "innerhalb kürzester Zeit eine Liste mit Namen von Persönlichkeiten vorzulegen, die für die Übernahme einer hessischen Regierung geeignet erscheinen."⁶² Er nominierte seinen früheren Mannheimer Kollegen Karl Geiler und stellte mit ihm die erste Kabinettsliste auf, und "es ist wohl kein Zufall, daß diese Vorschlagsliste fast ausschließlich Namen von Badenern enthält."⁶³

Am 16. Oktober 1945 vereidigte Newman das 1. Kabinett Geilers im Wiesbadener Landeshaus. Ihm gehörten je ein Vertreter der SPD (Innenminister Venedey) und der KPD (Arbeitsminister Müller) sowie zwei parteilose Minister an (Finanzminister Mattes, Justizminister Fritz).⁶⁴

In seiner Antrittsrede ging Geiler auf die schwierige Situation der neuen Regierung ein, die sowohl den Interessen der Besatzungsmacht als auch

denen der Bürger und der politischen Parteien gerecht werden müßte. Weiterhin betonte er, daß er zwar ein Anhänger der freien Wirtschaft sei, in den gegenwärtigen Notzeiten aber eine Lenkung und Regelung befürworte.⁶⁵

Die Regierungsbildung war die erste Gelegenheit für die bisher nur auf Kreisebene zugelassenen Parteien⁶⁶, öffentlich zu politischen Grundsatzen des neuen Staates Groß-Hessen Stellung zu nehmen.

Die SPD würdigte die Regierungsbildung als "einen Versuch, das deutsche politische Eigenleben wiederherzustellen", kritisierte aber heftig die Zusammensetzung des Kabinetts, in dem der Einfluß der Parteien und insbesondere der der SPD viel zu gering sei. Wirtschaftspolitische Fragen wurden nicht angeschnitten.⁶⁷

Die Christlich-Demokratische Partei (CDP)⁶⁸ sah in "der Bildung einer Regierung für Groß-Hessen einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur demokratischen Selbstbestimmung". Sie war - auch mit der parteipolitischen - Zusammensetzung des Kabinetts einverstanden und bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten. Ein "Notprogramm um Arbeit, Obdach und Brot" und die zu seiner Durchsetzung erforderlichen Maßnahmen der Wirtschaftslenkung wurden als die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung angesehen. "Wir treten ein für die Überführung bestimmter Urproduktionen unter die Kontrolle der Gemeinschaft. Wir wollen keine Machtkonzentration mehr in der Hand des anonymen Kapitals."⁶⁹

Auch die Liberal-Demokratische Partei (LDP) begrüßte die Regierungsbildung, war aber mit der Lösung einiger territorialer Fragen nicht einverstanden. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet forderte sie vor allem eine "Beseitigung der national-sozialistischen Zwangswirtschaft" und das bedeutete für sie, staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf auf ein Minimum zu reduzieren.⁷⁰

Die KPD bedauerte, "daß die Art der Regierungsbildung nicht in der von den demokratischen Parteien gewünschten Form vor sich gehen konnte", erklärte sich aber zur Mitarbeit bereit, "weil sie davon überzeugt ist, daß alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte verpflichtet sind, an der Lösung der dringlichsten Probleme des Wiederaufbaues und der Herstellung erträglicher Lebensbedingungen für das arbeitende Volk mitzuarbeiten." Die KPD betonte ausdrücklich, daß damit in ihrer Geschichte ein neuer Weg eingeschlagen werde, "weil sie sich der großen Verantwortung bewußt ist, die ihr bei der Überwindung des vom Hitler-Regime überlassenen Chaos zufällt." In der Erklärung wurden Fragen der künftigen Wirtschaftsverfassung nicht berührt.⁷¹

Die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien versuchten bereits in der 1. Kabinettssitzung am 19. Oktober, Geiler dazu zu veranlassen, die Auffassungen der Parteien mit in den politischen Entscheidungsprozeß einzubeziehen und bei Kabinettsentscheidungen das Mehrheitsprinzip anzuwenden. Geiler lehnte mit Hinweis auf die von der Besatzungsmacht geschaffene Rechtslage ab, nach der

er allein die Verantwortung und Führung habe und sich daher "die endgültige Entscheidung in allen wichtigen Fragen selbst vorbehalten müsse."⁷² Der einzige Erfolg, den die Parteien zunächst verbuchen konnten, war, daß das Kabinett am 1. November 1945 umgebildet und um zahlreiche Parteivertreter erweitert wurde.⁷³ Davon profitierte vor allem die SPD, die jetzt vier von neun Ministerämtern besetzte.⁷⁴ CDP, KPD und LDP stellten je einen Minister⁷⁵, zwei waren offiziell parteilos⁷⁶, standen aber der LDP (Mattes) bzw. der CDP (Böhm) nahe.⁷⁷

Nachdem die Regierungsbildung mit der Kabinettsweiterung abgeschlossen war, erließ das großhessische Staatsministerium - nach Billigung durch die hessische Militärregierung⁷⁸ - ein kurzes Staatsgrundgesetz⁷⁹, in dem in elf Artikeln die grundlegenden Fragen der Staatsorganisation und Staatsgewalt geregelt wurden: "Der Ministerpräsident steht an der Spitze der Staatsregierung" und "trägt gegenüber der Militärregierung die volle Verantwortung" (Art. 3 Abs. 1), die Ressort-Minister stehen ihm lediglich zur Seite (Art. 4 Abs. 1). Die Gesetze und die "grundsätzlichen Verordnungen" erläßt und verkündet allein der Ministerpräsident (Art. 3 Abs. 2). In einer Direktive vom Oktober 1945 hieß es dazu: "All legislation issued by German authorities at any level will be issued upon their sole responsibility and no such German legislation shall contain anything which would indicate or might be construed to indicate that it was issued in the name of or having the approval of Military Government."⁸⁰ Allerdings mußten alle Gesetze und Verordnungen, bevor sie in Kraft treten konnten, von der Militärregierung genehmigt werden.⁸¹ "Wenn Sie Gesetze herausgeben,

sind diese Gesetze immer erst mir zur Prüfung vorzulegen. Colonel Newman und ich werden die Sache besprechen und prüfen, ob sie nicht mit der Militärregierung kollidieren."⁸²

Nach Art. 9 des Staatsgrundgesetzes verpflichtete sich die Regierung, eine demokratische Verfassung vorzubereiten und als Vorläuferin einer künftigen Volksvertretung einen Beratenden Landesausschuß einzuberufen, der vor Erlaß wichtiger Gesetze und des Haushaltsplans gehört werden sollte.⁸³

4. Das Verhältnis von Militär- und Zivilregierung und seine Bedeutung für die Verfassungsberatungen

Nach Erlaß des Staatsgrundgesetzes waren die Grundlagen des neuen Staates Groß-Hessen zunächst festgelegt. Die territorialen Regelungen sollten sich als endgültig erweisen, während die Aufteilung der Staatsgewalt zwischen autoritärer Militärregierung, die die effektive Staatsgewalt ausübte, und von ihr abhängiger hessischer Zivilregierung, der bezeichnenderweise ein parteiloser Ministerpräsident vorstand und die lediglich eine Scheinautorität besaß, von vornherein nur provisorischen Charakter hatte. Diese "Doppelgesichtigkeit"⁸⁴ bestand aber während der Verfassungsberatungen des Jahres 1946 fort und änderte sich erst nach der Wahl des 1. Hessischen Landtags am 1. Dezember 1946, als ein vom Volk gewähltes Parlament und eine vom Parlament gewählte Regierung das Kabinett Geiler ablösten.⁸⁵

Die Militärregierung beabsichtigte, "von unten nach oben" eine deutsche Zivilverwaltung aufzubauen. Dabei war allerdings entscheidend, "daß die Amerikaner zwar freie Wahlen und Verfassungen auf der Landkreis-, Stadtkreis-, Regierungsbezirks- und Länderebene förderten, die Entscheidungsgewalt aber auf immer höhere politische Ebenen verlagerten. Als die Deutschen immer mehr Freiheit auf den unteren Ebenen erhielten, übertrugen die Amerikaner dem Länderrat der amerikanischen Zone und den Behörden der Bizonie Macht und Entscheidungsbefugnis."⁸⁶ Das 1. Kabinett Geiler wurde am 16. Oktober vereidigt. Bereits am 17. Oktober wurde der Rat der Ministerpräsidenten der drei Länder der amerikanischen Zone (Länderrat) ins Leben gerufen. Alle wichtigen Landesgesetze wurden jetzt nicht nur von der regionalen Militärregierung überprüft, sondern es trat im Interesse einer möglichst einheitlichen Gesetzgebung noch die Kontrolle des Länderrates hinzu. Im Ergebnis erhielt der Länderrat, der ebenfalls unter ständiger Kontrolle der Militärregierung stand, die endgültige Entscheidung in allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen. "Die Länder behielten nur die Macht, die nicht vom Länderrat oder direkt von der Militärregierung ausgeübt wurde."⁸⁷

Die tatsächlichen Machtbefugnisse der hessischen Zivilregierung blieben daher gering. Zwar hatte sie "uneingeschränkte Weisungsbefugnis gegenüber den unteren Verwaltungsinstanzen", doch bestand auf der anderen Seite eine "völlige Abhängigkeit vom Wohlwollen der MR (Militärregierung, d.V.) bei

der Ausübung dieser Macht."⁸⁸ Sie war in wichtigen Fragen letzten Endes Ausführungsorgan von Entscheidungen der Militärregierung.

Auch bei der Arbeit der politischen Parteien und bei den Verfassungsberatungen war ihr Einfluß minimal. Sie hatte keinerlei Weisungsbefugnisse und wurde bei den Verfassungsverhandlungen sogar offiziell ausgeschlossen. "Die Regierung als solche darf nicht vertreten sein. Mitglieder der Regierung, Beamte und sonstige Personen, können als Sachverständige herangezogen werden."⁸⁹ In allen wichtigen Fragen, insbesondere bei der Ausarbeitung der Landesverfassung, behielt sich die Militärregierung das letzte Wort vor. Sie hielt durch Kenneth Dayton, den Beauftragten Clays für Verfassungsfragen, ständig Kontakt mit den führenden Abgeordneten aller Parteien in der Verfber. LV und machte das Inkrafttreten der Verfassung von ihrer Genehmigung abhängig, die u.a. dann zu versagen sei, wenn einzelne Bestimmungen der amerikanischen oder alliierten Politik entgegenständen.⁹⁰

Diese innenpolitischen Machtverhältnisse mußten die Parteien bei der Aufstellung ihrer Verfassungsentwürfe und bei den Beratungen in der Verfber. LV berücksichtigen. Nur wenn sie es verstanden, ihre eigenen Interessen mit den oft entgegengesetzten der Besatzungsmacht in Einklang zu bringen, oder wenn sie in der Lage waren, durch gemeinsamen innenpolitischen Druck die Besatzungsmacht zum Zurückweichen oder zur partiellen Aufgabe ihrer Interessen zu zwingen⁹¹, hatten ihre Forderungen nach einer neuen Wirtschaftsverfassung überhaupt Aussicht auf Realisierung.

III. Die Gründung der politischen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände

1. Die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht

1.1. Die Parteien-Politik

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 war zwischen den Siegermächten vereinbart worden, "in ganz Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern."⁹² Bereits vor diesem Termin, am 10. Juni 1945, waren in der sowjetischen Zone Parteien wieder zugelassen worden. Als im Alliierten Kontrollrat keine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen erzielt werden konnte, da Frankreich sich weigerte, überzonalen Parteigründungen zuzustimmen, beschloß die amerikanische Militärregierung, für ihre Zone ebenfalls eine eigene Parteienpolitik zu betreiben.⁹³ In einem Schreiben vom 13. August 1945 kündigte sie die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften auf Kreisebene an und wies in einer USFET-Direktive vom 27. August die Kreis-Detachments an, entsprechenden Genehmigungsanträgen stattzugeben.⁹⁴

Das "Mitteilungsblatt für das Land Hessen", das die Regierung Bergsträßer in Darmstadt herausgab, veröffentlichte ein Schreiben der 7. Armee vom 18. August, in dem die Zulassung von politischen Parteien und freien Gewerkschaften erklärt wurde.⁹⁵ Die Regierung Bergsträßer bat um nähere Erläuterungen, die die Militärregierung am 5. September gab. Darin hieß es u.a.:

"Als erster Schritt zur Durchführung einer allmählichen Entwicklung demokratischer Regierungen in Deutschland gestattet die Militärregierung die

Bildung demokratischer Parteien innerhalb der Kreise. Auf Grund der durch die politische Tätigkeit innerhalb der Kreise gewonnenen Erfahrungen hofft man, daß in Zukunft die politische Tätigkeit auf weitere Gebiete ausgedehnt werden kann." Parteiführer und Parteiprogramm sind durch Wahl der Mitglieder zu bestimmen. Der jeweiligen örtlichen Militärregierung sind in regelmäßigen Abständen genaue Berichte über die Tätigkeit der Partei und ihre Finanzierung einzureichen. Öffentliche Versammlungen werden auf einen Antrag hin genehmigt, "der, Zeitpunkt, Ort, Zweck der Versammlung und die Namen und Anschriften aller in Aussicht genommenen Redner enthalten muß." Parteizeitschriften unterliegen der üblichen Zensur durch die Militärregierung. 96

Entsprechend ihrer Politik, das öffentliche Leben "von unten nach oben" wiederaufzubauen, erfolgte als nächstes die Lizenzierung auf Landesebene (23. November 1945) und schließlich auf Zonenebene (28. Februar 1946).⁹⁷ In den "Anweisungen für deutsche demokratische politische Parteien, die sich um Neubildung und die Erlaubnis bewerben, sich im Gebiet des Staates Groß Hessen politisch zu betätigen", die die hessische Militärregierung am 3. Dezember 1945 herausgab⁹⁸, hieß es:

Gründungsausschüsse müssen sich aus fünf höchstens zehn "politisch zuverlässigen Personen" zusammensetzen. Folgende Unterlagen sind bei der Antragstellung einzureichen:

- Zulassungsgesuch (in dreifacher Ausfertigung)
- Parteiprogramm und Satzung (dreifach)
- Fragebogen für jeden Parteifunktionär
- eidesstattliche Erklärung jedes Gründungsmitgliedes über seine augenblicklichen politischen Bindungen und seine politische Vergangenheit vor 1933 (dreifach). 99

Trotz dieser bürokratischen Reglementierungen waren bis Ende 1945 137 politische Parteien in den

Kreisen zugelassen worden, in der Regel waren 3 - 5 Parteien in einem Kreis tätig.¹⁰⁰ In ihrem Jahresbericht 1945 konnte die hessische Militärregierung auch schon über ein Kontrollsystem berichten:

"Karteikarten über die politische Tätigkeit in jedem Kreis werden geführt und in Kürze wird ein Karteisystem eingerichtet werden, das Auskunft gibt über politische Führer. Auskunft über politische Tätigkeit erhalten wir durch die wöchentlichen Berichte, monatlichen Zusammenfassungen, sowie politischen Tätigkeitsberichten und von politischen Beobachtern." 101

Die Zulassung der politischen Parteien erfolgte erst, nachdem der Wiederaufbau der Verwaltung bereits weit fortgeschritten war. Bei der Lizenzierung auf Kreisebene im August 1945 arbeiteten die Regierungsbezirke bereits wieder seit knapp vier Monaten, und als Ende November die Parteien auch auf Landesebene tätig werden durften, waren der Länderrat und das Kabinett Geiler bereits seit einem Monat im Amt. Erst als von Seiten der Militärregierung vollendete Tatsachen geschaffen worden waren und die Strukturen des Landes Hessen festlagen, gab man den Parteien, die vorher im Illegalen arbeiten mußten, Gelegenheit, ihre Vorstellungen vom Wiederaufbau in den politischen Entscheidungsprozeß einzubringen. Ihre Möglichkeiten, politisch tätig zu werden, blieben aber zunächst gering: Zum einen wurde ihr Wiederaufbau und ihre Arbeit durch bürokratische Hemmnisse und die zerstörte Infrastruktur, die kaum Kontakt zwischen einzelnen Kreisen zuließ, erschwert, und zum anderen stützte sich die Militärregierung bei wichtigen politischen Entscheidungen nicht auf sie, sondern auf die von ihr eingesetzte Landesregierung und die von ihr ebenfalls abhängigen nachgeordneten Behörden.

Die Gründe für diese zurückhaltende Politik lagen - neben der Unkenntnis des deutschen Parteiensystems und Vorbehalten der Militärs gegen politische Aktivitäten jeder Art¹⁰² - vor allem in der prinzipiellen Gegnerschaft zum Kommunismus. Die Amerikaner befürchteten, daß die KPD, die am meisten unter dem nationalsozialistischen Terror zu leiden gehabt hatte und deren antifaschistische Grundhaltung nicht bezweifelt werden konnte, die stärkste Partei werden würde. Aber auch die Forderungen nach einer neuen - sozialistischen - Wirtschaftsverfassung, wie sie von der SPD und Teilen der CDU erhoben wurden, waren ihnen suspekt. Daher sollten die grundlegenden Weichenstellungen in der amerikanischen Zone bereits erfolgt und ein bürokratisches System der Kontrolle und Reglementierung errichtet sein, bevor die politischen Parteien wieder das öffentliche Leben beeinflussen konnten. Erst als die Wahlen im Frühjahr 1946 die Befürchtungen eines kommunistischen Erdrutsches nicht bestätigten, wurde die Parteien-Politik zunehmend liberaler.

1.2. Die Gewerkschafts-Politik

Mit noch größerem Mißtrauen behandelten die amerikanischen Militärbehörden die ersten Ansätze einer neuen Gewerkschaftsorganisation. Obwohl im Potsdamer Abkommen festgelegt worden war, daß "die Schaffung Freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der

Erhaltung der militärischen Sicherheit (...) gestattet werden (wird)"¹⁰³, kam die Gewerkschaftsorganisation aufgrund amerikanischer Interventionen nur sehr langsam voran.¹⁰⁴

Die Zulassungsprozedur war ebenso umständlich wie bei den Parteien und unterlag auch ähnlichen Reglementierungen. Entsprechende Anträge durften die Gewerkschaften - zusammen mit den Parteien - ab 18. August für die Zulassung auf Kreisebene stellen¹⁰⁵, die Genehmigung von landesweiten Gewerkschaften erfolgte aber erst ab 11. April 1946, also drei Monate nach Zulassung der letzten großen Partei in Hessen, der LDP.¹⁰⁶ Die Genehmigung des gewerkschaftlichen Dachverbandes, der die Grundvoraussetzung für die angestrebte Form der Einheitsgewerkschaft überhaupt war und ohne den eine Koordinierung der Politik der Einzelgewerkschaften gar nicht möglich war, nahm noch mehr Zeit in Anspruch. Anfang Juli 1946 wurde bei der Militärregierung der Antrag auf Genehmigung des FGB Hessen gestellt. In dem Antwortschreiben, das erst nach dem 1. Bundeskongreß erfolgte, wurde die offizielle Genehmigung zunächst noch verweigert; sie erfolgte dann aber kurze Zeit später.¹⁰⁷ Kennzeichnend für die damalige abwartende Politik war die Begründung der Ablehnung:

"Unser Büro glaubt nicht, daß die Zeit schon gekommen ist, um eine Erlaubnis zur Bildung einer Organisation zu erteilen, die den oben genannten bedeutenden Titel trägt. Diese Entscheidung ist getroffen worden aus der Erkenntnis, daß 14 Gewerkschaften die Erlaubnis erhalten haben, sich als Landesgewerkschaften zusammen zu schließen, nachdem diese Gewerkschaften verfassungsmäßige Versammlungen abgehalten haben. Aber noch keine Gewerkschaft

hat sich soweit entwickelt, daß diese Zusammenfassung durch die Mitglieder der lokalen Gewerkschaften als richtig bezeichnet werden kann, und sie einen Antrag auf eine Landeszusammenfassung im FGB. Hessen unterstützen können." 108

Die Zurückhaltung der Militärregierung gegenüber den Gewerkschaften hatte mehrere Gründe. Zum einen erklärte sie sich aus ihrer Unkenntnis des deutschen Gewerkschaftssystems vor 1933 und ihrem damit im Zusammenhang stehenden Wunsch, das amerikanische System in Deutschland einzuführen.¹⁰⁹ Entscheidender war aber zum anderen die Furcht vor einer mächtigen Einheitsgewerkschaft.

Viele Gewerkschafter hatten erkannt, daß eine wesentliche Ursache für die Machtergreifung des Faschismus die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in verschiedene konkurrierende Richtungs-gewerkschaften war.¹¹⁰ Daher forderten sie nach dem Krieg eine Einheitsgewerkschaft, d.h. alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sollten - einerlei welche politische Richtung sie vertraten - einer einzigen lediglich nach Wirtschaftsgruppen untergliederten Gewerkschaft angehören.

Diese Pläne stießen auf den energischen Widerstand der Militärregierung, die das amerikanische Modell der selbständigen Industrieverbände durchsetzen wollte, da sie eine zu große Machtfülle der Einheitsgewerkschaft befürchtete.¹¹¹ Sie unterstützte daher die Frankfurter Gewerkschaften, die sich als einzige größere Gruppe in Hessen für das Industrieprinzip einsetzten¹¹², und griff auch direkt in die Diskussion um den Gewerkschaftsaufbau

ein. "Keenan (Clays persönlicher Berater in Arbeiterfragen, d.V.) setzte sich mit den deutschen Gewerkschaftsführern zusammen, um sie vom Wert der Selbständigkeit der einzelnen Gewerkschaftszweige zu überzeugen, mit dem Erfolg, daß die schon auf örtlicher Basis zentralisierten Gewerkschaftsbünde verschwanden, als die selbständigen Gewerkschaftsverbände der Länder gebildet wurden."¹¹³

Hinzu kam die bei der amerikanischen Parteienpolitik bereits erörterte Furcht vor einem starken kommunistischen Einfluß. Der amerikanische Militärgeschichtler Zink beschrieb die Bedeutung dieser Frage für die Besatzungspolitik folgendermaßen:

"The argument was that by going slowly in re-establishing labor organizations in Germany, the considerable risk of having such organizations captured by the Communists might be substantially reduced if not eliminated entirely."¹¹⁴

Der Aufbau der Gewerkschaften war von der Militärregierung noch länger hinausgezögert worden als der der Parteien. Erst als die Vorstellungen der Besatzungsmacht vom organisatorischen Aufbau der Gewerkschaften sich durchgesetzt hatten und aufgrund der ersten Wahlen feststand, daß der kommunistische Rückhalt in der Bevölkerung nicht so stark war wie befürchtet, wurde ihr Handlungsspielraum erweitert. Hatte die Militärregierung schon die Parteien durch verzögerte Zulassung bis zum Herbst 1945 vom politischen Entscheidungsprozeß ausgeschlossen, so dauerte die erzwungene politische Zurückhaltung der Gewerkschaften bis Ende August 1946. Zu dieser Zeit waren die Industrie- und Handelskammern und die Interessenverbände der Wirtschaft schon lange wieder zugelassen.¹¹⁵

1.3. Die Politik gegenüber den Unternehmerverbänden

Die Politik der Militärregierung gegenüber den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft war auf den ersten Blick nicht einheitlich. Je nachdem, ob es sich um Industrie- und Handelskammern, Interessenverbände einzelner Wirtschaftszweige oder Arbeitgeberverbände handelte, waren sie stärkeren oder schwächeren Sanktionen unterworfen.

Die Kammern mußten ihre Arbeit zu Beginn der Besatzungszeit kaum unterbrechen. "Schon im April 1945 wurde der letzte Präsident der Industrie- und Handelskammer Kassel-Mühlhausen Sitz Kassel aus der Zeit vor 1933, Dr. Karl Pfeiffer, von den lokalen Gewalten mit der Wiedergründung einer Kammer betraut, die auch das Handwerk einbezog."¹¹⁶ Die Militärregierung genehmigte am 17. April eine vorläufige Satzung. Ähnliche Kammern entstanden zur gleichen Zeit auch in den anderen Teilen Hessens.¹¹⁷

Da die Militärregierung nicht nur in den Wirtschaftsverbänden, sondern auch in den Kammern "die stärksten Stützen der nationalsozialistischen Aufrüstung und künftige Ansatzpunkte für Zusammenballung wirtschaftlicher Macht"¹¹⁸ sah, hatten die Kammern zunächst nicht wieder einen öffentlich-rechtlichen Status, sondern waren privatrechtliche Vereine. Die Mitgliedschaft war freiwillig, Zwangsbeiträge und verbindliche Anordnungen jeder Art waren unzulässig.¹¹⁹ Alle

erforderlichen hoheitsrechtlichen Maßnahmen sollten nicht von der Wirtschaft, sondern vom Staat vorgenommen werden. Eine allmähliche Übertragung öffentlich-rechtlicher Aufgaben vom Staat auf die Wirtschaft erfolgte erst ab Sommer 1948.¹²⁰

Auch der Neubildung von Interessenverbänden wurde von Seiten der Militärregierung keine großen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Sie waren nur ein halbes Jahr lang offiziell nicht zugelassen. Am 30. November 1945, also bereits 1 1/2 Monate nach der Vereidigung des Kabinetts Geilers, erließ die Staatsregierung - mit Genehmigung der Militärregierung - eine "Bekanntmachung über die Zulassung gewerblicher Vereine."¹²¹ Sie galt für Vereine, "die unabhängige Firmen des gleichen Tätigkeitsgebietes in Industrie oder Handel umfassen (horizontale Organisation). Begründung gewerblicher Vereine auf vertikaler Basis ist nicht gestattet."¹²² Damit war den Interessenverbänden der einzelnen Wirtschaftszweige legal die Möglichkeit gegeben, sich neu zu organisieren. Eine anfängliche Beschränkung ihrer Tätigkeit auf Kreisebene, wie bei den politischen Parteien und Gewerkschaften, fand nicht statt. Die Unternehmerverbände konnten sich sofort auf Länderbasis konstituieren.¹²³

Die Politik gegenüber den Arbeitgeberverbänden war wesentlich zurückhaltender. Sie "waren nicht zugelassen, da gerade die amerikanische Militärregierung ein tiefgehendes Mißtrauen gegen die Arbeitgeberverbände alter Art hegte."¹²⁴ Ihre früheren Funktionen wurden zunächst von "Arbeitgebervertretungen" bei den jeweiligen

Unternehmerverbänden wahrgenommen.¹²⁵ Als aber Vertreter der Unternehmer auf Zulassung von Arbeitgeberverbänden drängten, um den Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen einen gleichwertigen Verhandlungspartner entgegenstellen zu können, und die Gewerkschaften selbst sich dieser Argumentation anschlossen¹²⁶, wurde das offiziell noch bestehende Verbot zunächst mit Wissen der Militärregierung umgangen und später aufgehoben.¹²⁷

Im Gegensatz zur Entwicklung bei den politischen Parteien und Gewerkschaften war es "zu einer ausdrücklichen Aufhebung der Organisationen der Gewerblichen Wirtschaft ... nirgends gekommen."¹²⁸ Zwar trafen sie besonders hart die Entnazifizierungsgesetze, die politische Säuberung bewirkte aber nicht eine Zerstörung der alten Organisationen, sondern lediglich einen Wechsel der Führungsschichten.¹²⁹

Die grundsätzliche Beibehaltung der Selbstverwaltung der Wirtschaft durch Kammern, Wirtschaftsverbände und später auch Arbeitgeberverbände, war konsequenter Ausdruck der praktischen amerikanischen Deutschlandpolitik, die auf eine Wiederherstellung der alten Eigentums- und Machtverhältnisse abzielte. Die Militärregierung hielt die Arbeit der Wirtschaftsverbände für den Wiederaufbau einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung für unbedingt erforderlich und befürchtete bei ihnen keine sozialistischen Zielsetzungen. Eine umfassende Kontrolle und verzögerte Zulassungen wie bei den Parteien und Gewerkschaften, die zumindest nach außen hin - bis auf die LDP und

Teile der CDU - eine neue Wirtschaftsordnung forderten, die Sozialisierungen der Groß- und Schlüsselindustrien vorsah, war also nicht erforderlich.

2. Die einzelnen Gründungen

2.1. Die SPD

Noch vor Ende des Krieges kam es in den von den amerikanischen Truppen eroberten Gebieten zu lokalen Parteiwiedergründungen. Die Initiative ging in der Regel von alten Sozialdemokraten aus, die bereits vor 1933 aktiv gewesen waren, und die jetzt aus Konzentrationslagern, Kriegsgefangenschaft oder dem Ausland zurückkehrten. Gemeinsam mit den in ihren Heimatorten gebliebenen SPD-Mitgliedern begannen sie unmittelbar mit dem Wiederaufbau der Partei. Jüngere Mitglieder fehlten zunächst und damit auch neue Ideen. Anknüpfungspunkt war die Weimarer Zeit, sowohl was die Mitglieder, als auch die Organisationsformen und die Parteiprogrammatik betraf.¹³⁰

Aufgrund der zerstörten Verkehrswege und fehlender Kommunikationsmittel bestand bis zum Sommer 1945 kaum Kontakt zwischen den einzelnen lokalen Parteiorganisationen. Von diesen Verhältnissen profitierten vor allem die Frankfurter und Wiesbadener SPD, weil sich hier die hessischen Zivil- und Besatzungsbehörden befanden.¹³¹ Der Aufbau der Partei kam aber nur langsam voran.

Entscheidend war der Mangel an geeigneten Funktionären. Viele Führer der Arbeiterbewegung waren in Konzentrationslagern umgebracht worden oder im Krieg gefallen. Während der zwölf Jahre faschistischer Herrschaft hatte sich die Mitgliederzahl darüber hinaus erheblich verringert, da die Partei nur illegal unter den größten Schwierigkeiten arbeiten und keine neuen Mitglieder werben und Funktionäre ausbilden konnte.

Aber auch die amerikanische Politik, Parteien zunächst nur auf Kreisebene zuzulassen, bereitete Schwierigkeiten. So konnte z.B. die Frankfurter SPD ihre erste öffentliche Versammlung erst am 18. September abhalten¹³², und in Kassel wurde der erste SPD-Ortsvorstand erst am 14. Oktober gewählt¹³³, zu einer Zeit also, in der die Vorbereitungen für eine hessische Landesregierung bereits kurz vor dem Abschluß standen. Die Zulassung auf Landesebene, die Grundvoraussetzung für eine wirksame politische Arbeit überhaupt, erfolgte erst am 26. Dezember 1945¹³⁴, der erste Landesparteitag fand vier Tage später, am 30. Dezember, in Frankfurt statt.¹³⁵ Im März 1946 hatte die SPD bereits wieder 55 000 Mitglieder in Hessen und war in allen Kreisen organisiert.¹³⁶ Entsprechend den territorialen Veränderungen gliederte sie sich jetzt in zwei Bezirke: Hessen-Nord (Regierungsbezirk Kassel) unter Führung Christian Wittrocks und Hessen-Süd (Regierungsbezirke Darmstadt und Wiesbaden) unter Willi Knothe, der gleichzeitig auch Landesvorsitzender war.¹³⁷

In ihren politischen Zielsetzungen war die Partei nicht einheitlich. Sie "reichten von kommunistischen Vorstellungen bis zu Anschauungen, die auch von der CDU akzeptiert werden konnten."¹³⁸

"Though theoretically a class party, the SPD is at present the most catholic of all parties. Within its wings it shelters members of all but the ultra-conservative social and economic groups."¹³⁹

Während der linke - marxistisch ausgerichtete - Flügel um Innenminister Venedey, der mit Wachsen des Schumacherschen Einflusses auf die gesamte Entwicklung der SPD in den Westzonen immer mehr an Bedeutung verlor, sich auf den Standpunkt stellte, daß eine sozialistische Politik nur auf der Basis einer vereinigten Arbeiterklasse gegen das eine Restauration seiner alten Machtpositionen anstrebende Bürgertum möglich sei, gingen die übrigen in der Partei vertretenen Anschauungen z.Zt. der Verfassungsberatungen 1946 davon aus, daß eine sozialistische Politik auch ohne und sogar gegen die KPD verwirklicht werden könne.¹⁴⁰

Anknüpfend an die Theoriediskussion innerhalb des ADGB der Weimarer Zeit¹⁴¹ sollte der Kapitalismus durch Reformen überwunden, der Sozialismus auf evolutionärem Weg durch vom Parlament verabschiedete Gesetze, die - wie z.B. der spätere Art. 41 hV - eine Umstrukturierung der kapitalistischen Eigentumsverfassung zum Ziel hatten, eingeführt werden. Der Staat wurde als klassenneutral begriffen, von ihm wurde kein Widerstand gegen ein allmähliches Hineinwachsen in den Sozialismus erwartet.¹⁴²

Das Verhältnis zur KPD hatte sich in der Zeit vom Sommer 1945 bis zum Frühjahr 1946 entscheidend

gewandelt. Direkt nach Kriegsende waren in allen größeren hessischen Städten Aktionsausschüsse der vier Parteien gegründet worden¹⁴³, und die Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD verlief zunächst ohne Schwierigkeiten. Beide Parteien betonten, daß sie nur gemeinsam - wenn auch zunächst noch mit getrennten Organisationen - den Wiederaufbau in Angriff nehmen könnten.¹⁴⁴ In parteiinternen Schreiben wurde aber gleichzeitig ausgeführt, daß die SPD ideologisch im Gegensatz zur KPD stehe, da für die KPD die Demokratie nur ein "Etappenziel" sei, während die SPD "grundsätzlich auf dem Boden der sozialistischen Demokratie" stehe.¹⁴⁵

Dieser Kurs einer vorsichtigen Zusammenarbeit stieß auf erheblichen Widerstand bei der SPD-Führung in Hannover. In zahlreichen Schreiben des Parteivorstandes wurde die Abgrenzung gefordert, und jeder Pressebericht über gemeinsame Aktionen von SPD und KPD hatte entsprechende Interventionen aus Hannover zur Folge.¹⁴⁶ Die Parteiführung warf bereits im Dezember 1945 Innenminister Venedey, der sich für die Vereinigung der beiden Parteien einsetzte, "parteischädigendes Verhalten" vor¹⁴⁷, und schließlich teilte Schumacher persönlich am 23. Mai 1946 Ministerpräsident Geiler mit, daß Venedey wegen Befürwortung der Vereinigung von SPD und KPD aus der Partei ausgeschlossen worden sei.¹⁴⁸

Auf einer Konferenz sozialdemokratischer Funktionäre am 6. Januar 1946 in Frankfurt wurde die Schumacher-Linie auch für die hessische SPD endgültig als verbindlich anerkannt. In einer EntschlieBung wurde die Vereinigung abgelehnt, da die KPD keine deutsche, sondern eine ausländische

Partei sei, und es ihr in Wirklichkeit nicht um die Einheit der Arbeiterklasse, sondern die Eroberung der SPD gehe.¹⁴⁹

Die Frankfurter Konferenz markierte den endgültigen Bruch von SPD und KPD und stellte damit entscheidende Weichen für die hessische Nachkriegspolitik. SPD und KPD erzielten bei allen Wahlen des Jahres 1946 eine sichere Mehrheit gegenüber den bürgerlichen Parteien CDU und LDP und hätten daher sozialistische Zielvorstellungen verwirklichen können. Trotz größtenteils identischer Forderungen insbesondere in wirtschaftspolitischen Fragen war die SPD aber nicht bereit, bei den Verfassungsberatungen ihre eigene Konzeption zusammen mit der KPD durchzusetzen, sondern zog einen Ausgleich mit der CDU vor. Die Folge waren Abstriche bei den zunächst vorgesehenen Eingriffsmöglichkeiten in das kapitalistische Privateigentum und bei anderen Grundfragen der zukünftigen Wirtschaftsverfassung.¹⁵⁰

2.2. Die CDU

"Die Gründung der CDU erfolgte in Hessen - zunächst unter verschiedenen Namen - auf lokaler Ebene."¹⁵¹ In Frankfurt trafen sich bereits im April 1945 ehemalige Mitglieder der bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik, vor allem des Zentrums, und bisher meist nicht parteigebundene Intellektuelle (z.B. Walter Dirks, Eugen Kogon,

Karl-Heinrich Knapstein). Viele von ihnen kamen aus Konzentrationslagern zurück.¹⁵²

Zunächst dachte man daran, unter dem Namen "Volkspartei" Zentrum und SPD zu einer "nicht-marxistische(n), aber sozialistische(n) Labour-Partei" zusammenzufassen.¹⁵³ Da die Sozialdemokraten aber nicht auf eine eigene Partei verzichten wollten, zerschlugen sich diese Pläne schnell. Auch Überlegungen, das Zentrum wiederzugründen, wurden bald zurückgestellt, da eine katholische Interessenpartei keine ausreichende Basis gegen die beiden sozialistischen Parteien darstellen konnte. Es war daher naheliegend, die Gründung einer Partei anzustreben, "die die konfessionelle Spaltung des Parteiensystems in der Weimarer Republik überwinden wollte"¹⁵⁴, und die in der Lage war, möglichst viele Gruppen des bürgerlichen Lagers anzusprechen. Man einigte sich schließlich auf eine "Christlich-Demokratische Partei", die dann am 15. September in Frankfurt von der dortigen Militärregierung lizenziert wurde.¹⁵⁵

Auch in anderen Städten Hessens kam es im Sommer 1945 zu ähnlichen Zusammenschlüssen. Es waren in der Regel ehemalige Mitglieder des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und des Christlich Sozialen Volksdienstes, die sich jetzt um eine einheitliche bürgerliche Partei bemühten.¹⁵⁶

Am 28. November 1945 fand das erste Landestreffen der regionalen Parteigruppen in Frankfurt statt, vier Wochen vor der Lizenzierung auf Landesebene.¹⁵⁷ Hier erfolgte die einheitliche Umbenennung in "Christlich-Demokratische Union Groß-Hessen." Zum

1. Vorsitzenden wählten die Delegierten Werner Hilpert, stellvertretender Ministerpräsident und Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, zu seinem Stellvertreter Erich Köhler, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden. Der weitere Vorstand setzte sich überwiegend aus höheren Beamten und Freiberuflern zusammen. Ihm gehörte lediglich ein Gewerkschaftsfunktionär an.¹⁵⁸ Kritik von Seiten christlicher Gewerkschafter auf einer Landestagung in Friedberg am 10. März 1946, "that it is unwise to have two chamber of commerce men in the two top positions in the party"¹⁵⁹, war kein Erfolg beschieden. Die zukünftige Entwicklung der Partei nach rechts war damit absehbar.¹⁶⁰

Es war den Parteigründern gelungen, verschiedene politische Strömungen zusammenzufassen. Die CDU "ist ein Sammelsurium aller möglichen Gesellschafts- und Klassenschichten und vereint in sich die widerstrebendsten Elemente: sowohl den kapitalistisch eingestellten Fabrikbesitzer und Bankier als auch den sozialistisch orientierten Angestellten und Arbeiter, den Kleinbürger reaktionären Schlages wie den linksgerichteten Intellektuellen, den bodenreformfeindlichen Großgrundbesitzer wie den landhungrigen Kleinbauern, den preußisch-unitaristischen Beamten wie den bajuwarisch-separatistischen Kaplan."¹⁶¹

Auf dem linken Flügel der Partei standen die Frankfurter Intellektuellengruppe und ehemalige Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. In den

Frankfurter Leitsätzen forderten sie "ein neues Deutschland" und einen "wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage" als Antwort auf die faschistische Gewaltherrschaft.¹⁶² In Zusammenarbeit mit der SPD und unter Akzeptierung weitgehender Sozialisierungsforderungen wollten sie an den Wiederaufbau Hessens herangehen.

Allerdings stand der Bekanntheitsgrad der Frankfurter Leitsätze und des linken CDU-Flügels in keinem Verhältnis zu ihrer politischen Bedeutung. Keiner ihrer Vertreter wurde im November 1945 in den Parteivorstand gewählt oder erhielt andere wichtige Parteiämter.¹⁶³ Die Frankfurter Gründer und damit der linke Flügel verloren immer mehr an Einfluß, und daß sie "schließlich zu 'Offizieren ohne Mannschaften' wurden, hängt damit zusammen, daß das Schwergewicht der CDU-Entwicklung mit zunehmender Deutlichkeit in eine andere Richtung, von den eigenen Anfängen weg drängte."¹⁶⁴ In der Partei hatten sich immer mehr Vertreter von Kapitalinteressen durchgesetzt.¹⁶⁵

Den Frankfurter Leitsätzen kam in diesem Zusammenhang eine sehr zwiespältige Funktion zu. Sie waren das Programm des linken Flügels, der rechte Flügel der Partei lehnte sie innerlich ab, bekannte sich aber aus taktischen Gründen offiziell zu ihnen. Sozialistische und antikapitalistische Zielvorstellungen entsprachen nach der Niederlage des Faschismus den Vorstellungen weiter Bevölkerungskreise. Wenn die Kapitalvertreter in der CDU nicht den Anhang bei den Wählermassen verlieren wollten, mußten sie scheinbar auf diese Forderungen eingehen, um durch Wahlen die politische Macht zu

bekommen, die es ihnen ermöglichen würde, eine Umsetzung sozialistischer Zielvorstellungen in die Praxis zu verhindern. Tatsächlich aber strebten die führenden Kreise der hessischen CDU den Aufbau einer reformierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung an.¹⁶⁶

Die Parteiführung warnte daher bei den Wahlkämpfen im Frühjahr/Sommer 1946 "vor schädlichen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen. ... Die Bodenschätze müssen ins Eigentum des Volkes übergehen. Den Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen wollen wir der Staatsgewalt unterwerfen."¹⁶⁷ Bei den Verfassungsberatungen gelang es ihr am 30. September 1946 durch einen Verfassungskompromiß mit den Sozialdemokraten, die Sozialisierungsforderungen der SPD abzuschwächen.¹⁶⁸ Nach der Abstimmung über die Verfassung stellte sie fest: "Die CDU hat durch ihren Kompromiß mit der SPD die Sozialisierung nicht, wie die LDP im Wahlkampf behauptete, gefördert, sondern sie hat durch ihr Wirken gerade verhindert, daß den Sozialisierungsabsichten der Linksparteien Tor und Tür geöffnet wurden"¹⁶⁹, und nachdem sie zusammen mit der SPD das erste gewählte Nachkriegskabinett in Hessen gebildet hatte, war sie am Ziel: "Art. 41 der neuen hessischen Verfassung bedeutet für die CDU nicht den Anfang, sondern den Abschluß aller Sozialisierungstendenzen."¹⁷⁰ Konsequenz setzte sie in den folgenden Jahren immer stärkeren Widerstand den Sozialisierungsbemühungen der SPD entgegen.¹⁷¹

Heute beurteilt ein 1946 führendes CDU-Mitglied die Politik seiner Partei so: "Allerdings spielten

die Frankfurter Leitsätze zur Zeit der Beratungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung für die CDU keine große Rolle mehr. Christlicher Sozialismus wurde zu der Zeit bereits mehr als ein ethisches Postulat und nicht als ein wirtschaftspolitisches Programm verstanden. ... Die Mehrheit der CDU lehnte Sozialisierungen ab, und es wäre mit Sicherheit nicht zu einem Art. 41 gekommen, wenn eine CDU/LDP Mehrheit in der Verfassungsberatenden Landesversammlung vorhanden gewesen wäre."¹⁷²

2.3. Die KPD

Die KPD hatte am meisten unter dem faschistischen Terror zu leiden gehabt. Ihre Kader waren fast vollständig zerstört worden. "Direkt nach Einmarsch der Besatzungsmächte wurden in den befreiten Gebieten örtliche KPD-Gruppen gegründet. Der Kontakt zwischen den örtlichen Gruppen war wegen der zerstörten Verkehrswege zunächst gering, doch konnte man bereits im Mai/Juni 1945 von Anfängen einer Organisation auf Landesebene sprechen."¹⁷³ "Führende Mitglieder der KPD kamen 1945 aus Konzentrationslagern oder dem Exil nach Hessen zurück; ich selbst z.B. Ende April aus Buchenwald, Oskar Müller aus Dachau. Im Sommer 1945 kamen Walter Fisch und Leo Bauer aus der Schweiz. Sofort wurde mit dem Wiederaufbau der Organisation begonnen. Zentrale war Frankfurt. Ab Juli 1945 gab es wieder eine - noch illegale -

Landesleitung der KPD, der u.a. angehörten: Walter Fisch, Oskar Müller, Leo Bauer, Paul Krüger und ich. Die Landesleitung konnte aber noch nicht mit allen Teilen Hessens Kontakt aufnehmen, da es kein funktionierendes Post-, Telefon- und Verkehrsnetz gab. Die hessische Landesleitung nahm so schnell wie möglich mit dem ZK in Berlin Verbindung auf."¹⁷⁴

Wie bei den anderen Parteien auch, gestaltete sich der Wiederaufbau des Parteiapparates außerordentlich schwierig. Er kam aber schneller voran als bei SPD, CDU oder LDP. Bereits am 3. November 1945 fand der erste Landesparteitag in Frankfurt statt¹⁷⁵, noch vor der offiziellen Zulassung auf Landesebene, die am 13. Dezember erfolgte.¹⁷⁶

Die KPD war damit die erste Partei, die sich offiziell in ganz Hessen betätigen durfte. Ihre Mitgliederzahl betrug im März 1946 bereits 17 000 und sie war zu diesem Zeitpunkt auch bereits in allen Kreisen organisiert.¹⁷⁷

Die hessische KPD orientierte sich in ihrer praktischen Politik an dem "Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands"¹⁷⁸, den sie auch - in englischer Übersetzung - als ihr offizielles Programm bei der Militärregierung einreichte.¹⁷⁹ Sie forderte darin nicht den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, sondern "die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen."¹⁸⁰ Die Zeit für eine sozialistische Umwälzung war noch nicht gekommen, "weil die Mehrheit des Volkes

noch nicht aktiv (Unterstreichung im Original, d.V.) dafür eintrat, die Staatsgewalt von der Militärregierung ausgeübt wurde, der Antikommunismus nach 12 Jahren faschistischer Propaganda noch stark verbreitet war und zunächst die notwendigsten Aufbauarbeiten zu leisten waren."¹⁸¹

Die KPD-Konzeption sah ein möglichst breites Parteienbündnis vor. Einerseits sollte die Spaltung der Arbeiterklasse - eine wesentliche Ursache für die Machtergreifung des Faschismus - durch zunächst enge Zusammenarbeit und spätere Vereinigung mit der SPD überwunden werden, andererseits wurde auch ein enger Kontakt mit den bürgerlichen Parteien, soweit sie sich für eine antifaschistisch-demokratische Politik einsetzten, angestrebt. Nur mit Hilfe eines solchen Bündnisses glaubte die KPD, die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus meistern und wenigstens eine Neutralität des Bürgertums gegen die ausgeblutete Sowjetunion erreichen zu können. Diese außenpolitische Rücksichtnahme erforderte zumindest zeitweise "die Preisgabe traditioneller Zielsetzung, nämlich die Reduktion sozialistischer Forderungen der nationalen, von den KP's beeinflussten Arbeiterklassen auf ein Maß, das die Bündnismöglichkeit mit dem Bürgertum nicht gefährdete."¹⁸²

Die KPD hatte mit dieser Politik aber keineswegs ihr Ziel, die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, aus den Augen verloren.

"Unser Endziel bleibt nach wie vor die Schaffung eines sozialistischen Deutschland, d.h. auch die Verfassung die uns letztendlich vorschwebt

wird eine sozialistische sein. Da wir aber mit den gegenwärtigen Tatsachen rechnen, uns bewußt sind, daß die Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus, die Schaffung einer wahren Demokratie ist und wir endlich die Meinung vertreten, daß alle antifaschistischen Kräfte in Deutschland im Interesse des Aufbaues der zerstörten Heimat in der jetzigen Periode soweit wie möglich Diskussionen über Endziele hintenanstellen sollen, sind unsere Vorschläge für die Groß-Hessische Verfassung abgestellt auf ein bürgerlich-demokratisches Deutschland, das noch nicht unseren eigentlichen Wünschen entspricht." 183

Die Politik der KPD scheiterte in Hessen bereits in den Anfängen. Vereinigungsbestrebungen von SPD und KPD und Aktionsbündnisse mit den bürgerlichen Parteien kamen über die lokale Ebene nicht hinaus. Die endgültige Absage an die Einheitspartei auf der Konferenz sozialdemokratischer Funktionäre am 6. Januar 1946 in Frankfurt war der entscheidende Schlag gegen die politische Konzeption der KPD; und auch die bürgerlichen Parteien zogen sich spätestens im Winter 1945/46 aus den Aktionsausschüssen der vier Parteien zurück, "als ihnen eine klassenpolitische Vertretung ihrer Interessen wieder möglich erschien"¹⁸⁴, und feststand, daß ihre auf eine Restauration der bürgerlichen Gesellschaft zielende Politik die Unterstützung der Militärregierung fand.

Bereits Anfang des Jahres 1946 war die Bündnis-konzeption der KPD also gescheitert und die Partei in Hessen politisch isoliert. Zwar kam es bei den Verfassungsverhandlungen über lange Strecken zu einer loyalen Zusammenarbeit mit der SPD und den bürgerlichen Parteien, und gerade in wirtschafts-

und sozialpolitischen Fragen setzte die KPD zusammen mit der SPD viele ihrer Forderungen zunächst durch, doch fiel das von ihr Erreichte, z.B. die Einbeziehung der chemischen Großindustrie in den Sozialisierungskatalog des Art. 41, weitgehend dem SPD-CDU-Verfassungskompromiß zum Opfer.¹⁸⁵

2.4. Die LDP

Die Gründung der LDP erfolgte - wie die der anderen Parteien auch - zunächst auf lokaler Ebene im Sommer 1945. Die überwiegende Zahl der Mitglieder war vor 1933 in der rechtsliberalen DVP oder sogar der rechten DNVP organisiert gewesen. "Frühere Mitglieder der DDP, der linksliberalen Partei der Weimarer Republik, gab es im Landesverband Hessen der LDP bzw. FDP nur sehr selten."¹⁸⁶ Während des Dritten Reiches waren viele spätere LDP-Mitglieder in hohen Positionen in der Wirtschaft tätig und gleichzeitig Mitglieder der NSDAP gewesen. Es gab - im Gegensatz zu KPD, SPD und führenden Mitgliedern der CDU (z.B. Hilpert, Kogon, Raabe) - kaum LDP-Mitglieder, die unter nationalsozialistischen Verfolgungen zu leiden gehabt hatten. "Socially and economically they are the members of the group which the Denazification law hits hardest."¹⁸⁷

Unter dem ersten Landesvorsitzenden Georg-Ludwig Fertsch, einem ehemaligen DVP-Mitglied, verfolgte die LDP noch eine gemäßigte Politik und nahm z.B. in Frankfurt an dem Aktionsbündnis der vier Parteien teil.¹⁸⁸ Das erste Landestreffen der Partei am 16. Februar 1946 in Frankfurt¹⁸⁹, erst einen Monat nach der offiziellen Zulassung¹⁹⁰, brachte aber bereits eine Stärkung des rechten Flügels¹⁹¹, der sich dann auf dem ersten Landesparteitag am 1. Juni 1946 in Gießen endgültig durchsetzen konnte. An die Stelle von Fertsch trat der Repräsentant des rechten Parteiflügels August Martin Euler.¹⁹² Unter ihm, der die Partei zehn Jahre lang führte, etablierte sich die LDP als Rechtspartei. "Neben ihm trat eine neue Garnitur von Parteipolitikern auf den Plan, die Preusker, Schneider, Faßbender, die nur wenig zu tun hatten mit Liberaldemokraten vom Schlage der Heuss, Maier, Dehler und Ruff, die Euler-Leute gehörten geistig eher in die Nähe der ehemaligen 'Hugenberg-Demokraten'."¹⁹³

Für eine Mittlerstellung zwischen SPD und CDU, wie z.B. in Württemberg-Baden, gab die hessische Parteienkonstellation nicht viel her, da die CDU unter Hilpert den Ausgleich und nicht die Konfrontation mit der SPD suchte.¹⁹⁴ So war es in Hessen zunächst die LDP - und nicht, wie andernorts, die CDU -, die das politisch rechts stehende Bürgertum um sich sammeln konnte und offen privatwirtschaftliche Interessen vertrat¹⁹⁵; sie "war weitgehend eine kapitalistische Unternehmerpartei, die sozialen Forderungen wenig zugänglich war."¹⁹⁶

Beherrschendes Merkmal ihrer Politik war ihr "Antisozialismus". Die LDP forderte eine liberale - von Staatseinflüssen möglichst freie und sich selbst regulierende - Wirtschaftsordnung. Jeder Eingriff in das Recht der freien Unternehmerentscheidung von Seiten des Staates war für sie "sozialistisch". So war es nur konsequent, daß in ihren Augen "die drei Formen sozialistischer Staaten, die bisher in Reinkultur in Erscheinung getreten sind", "das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und das sozialistische Rußland"¹⁹⁷ gewesen sind. Auch die hessische CDU war nach dieser Terminologie eine sozialistische Partei, die eine "sozialistische Ordnung" wollte und lediglich "die LDP ist heute die einzige nichtsozialistische Partei."¹⁹⁸

Es war zutreffend, daß die LDP die einzige der vier großen Parteien in Hessen war, die sich nicht verbal zu irgendeiner Spielart des Sozialismus bekannte. Sie steuerte von Anfang an, ohne Rücksicht auf antikapitalistische Stimmungen in der Bevölkerung, einen Kurs, der sich kompromißlos für eine freie Wirtschaft einsetzte. Sie war in der Vertretung kapitalistischer Interessen gradliniger als die CDU und hatte damit zunächst auch großen Erfolg. Bei der Wahl zum ersten hessischen Landtag am 1. Dezember 1946 gelang es ihr, viele Anhänger des rechten CDU-Flügels zu gewinnen¹⁹⁹, und ihre Parlamentssitze von 6 auf 14 zu erhöhen, also mehr als zu verdoppeln.

2.5. Sonstige Parteien

Neben SPD, CDU, KPD und LDP, die die Landespolitik von Anfang an bestimmten, gab es eine Anzahl kleinerer Parteien. Die meisten von ihnen waren nur in einer Stadt oder einem Kreis tätig, keiner ist es gelungen, landespolitische Bedeutung zu erlangen. In der Regel lösten sie sich schnell wieder auf oder schlossen sich den großen Parteien an.

Auf dem äußersten rechten Flügel war die Nationaldemokratische Partei (NDR) angesiedelt, die "zur Bildung einer großen bürgerlichen Einheitspartei (Hervorhebung im Original, d.V.)" aufrief, "die Vorkämpferin für die Erhaltung des Privateigentums ... sein soll. Dem Staatskommunismus, sei er nun nationaler oder internationaler Prägung, dem wir seit beinahe hundert Jahren in Deutschland gehuldigt haben, muß endlich ein Bollwerk ... entgegengesetzt werden."²⁰⁰

Ebenfalls rechte Zielsetzungen verfolgten kurzlebige Gruppierungen wie die "Demokratische Partei Kurhessen", die in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel eine "tödliche Bürokratisierung der Wirtschaft" sah, auf der anderen Seite sich aber auch gegen wettbewerbsausschließende Monopole wandte²⁰¹, und die "Deutsche Bürger- und Bauernpartei", die sich von der ihr zu weit nach links tendierenden CDU abgespalten hatte. Sie trat kompromißlos für die Beibehaltung des Privateigentums ein, "für eine von behördlichen Fesseln befreite Wirtschaft", und sie versprach, gegen jeden Ansatz von Kommunismus zu kämpfen.

Auch sie wandte sich gegen Monopole, "weil sie den freien Wettbewerb unterbinden."²⁰²

Jede drei drei genannten Parteien trat mit ähnlichen politischen Zielsetzungen und anti-sozialistischen Parolen auf wie die LDP. Als feststand, daß sie gegen die vier etablierten Parteien keine Chance haben würden, schlossen sie sich direkt oder durch Wahlbündnisse der LDP an.²⁰³

Zu erwähnen bleibt noch die links gerichtete Arbeiter-Partei (Sozialistische Einheitspartei), die im Raum Offenbach agierte und 1946 dort auch ins Stadtparlament gewählt wurde. Sie ging davon aus, daß alle Parteien der Weimarer Republik, insbesondere SPD und KPD, versagt und die Macht-ergreifung Hitlers verschuldet hätten, und daß daher eine neue sozialistische Partei gegründet werden müsse. In einem Wahlaufuf hieß es: "Die neue sozialistische Partei in Deutschland muß wachsen aus dem täglichen Ringen der schaffenden Massen für den Wiederaufbau der zerstörten Städte, der Organisierung von Arbeit und Brot. Diese Partei muß unbeeinflußt von gleich welcher ausländischen Besatzungsmacht ihr sozialistisch-demokratisches Programm herausbilden können." Auch bei den Verfassungsfragen blieb der Aufruf ähnlich allgemein. Gefordert wurde lediglich eine Verfassung, "die auf sozialistischer Grundlage eine solide Demokratie gewährleistet."²⁰⁴

Der Arbeiter-Partei erging es wie den rechten Splittergruppen. Sie - und auch andere linke Gruppierungen - hatten bei überregionalen Wahlen

keinen Erfolg²⁰⁵ und konnten sich langfristig gegen SPD und KPD auch in den Gegenden, in denen sie zunächst regionale Bedeutung erlangt hatten, nicht durchsetzen. Wie es bei den bürgerlichen Parteien nur CDU und LDP waren, die Einfluß auf die Landespolitik ausübten, so waren es bei den sozialistischen nur SPD und KPD.

2.6. Die Gewerkschaften

"Nach dem Einzug der Besatzungsmacht waren es die noch überlebenden früheren Gewerkschaftssekretäre der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, die sich zusammenfanden, um die Vorarbeiten für den Neuaufbau der Gewerkschaften durchzuführen. Mit Schreiben vom 12. April 1945 an die Militärregierung wurde um die Bildung von Gewerkschaften nachgesucht."²⁰⁶ Auch bei den Gewerkschaften erfolgte aufgrund der zerstörten Infrastruktur und amerikanischer Anweisungen der Wiederaufbau dezentral. Richtungsweisend für die weitere Entwicklung wurde Frankfurt. Hier wurde zuerst "die Idee der Zentralgewerkschaften²⁰⁷ aufgegeben. Man erkannte, daß die selbständigen Industriegewerkschaften vereinigt in einem starken Gewerkschaftsbund das Zweckentsprechendere sind."²⁰⁸ Dadurch wurde erreicht:

1. Beseitigung der Richtungsgewerkschaften.
2. Zusammenfassung aller in einem Betrieb oder bei einer Behörde tätigen Arbeiter, Beamte

und Angestellte in einer Gewerkschaft.

3. Beseitigung der Unzahl von Berufsgewerkschaften durch die an ihre Stelle getretenen Industrie- und Betriebsgewerkschaften."²⁰⁹

Aber erst im November 1945 war es soweit, daß z.B. in Frankfurt ein entsprechender Gewerkschaftsbund ("Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Frankfurt") gebildet werden konnte.²¹⁰

Das nächste organisatorische Ziel war die Übertragung dieses Modells auf ganz Hessen: Die landesweiten Einzelgewerkschaften konstituierten sich ab Mai 1946²¹¹, und mit dem 1. Bundeskongreß der im "Freien Gewerkschaftsbund Hessen" zusammengeschlossenen Landesgewerkschaften am 24./25. August 1946 fand der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften in Hessen seinen Abschluß.

Auf dem Kongreß wurde Willi Richter, vor 1933 Bezirksleiter des ADGB in Darmstadt und z. Zt. als Abgeordneter der SPD Mitglied der Verfber. LV, mit 177 Stimmen zum 1. Landesvorsitzenden gewählt. Sein Gegenkandidat Paul Krüger erhielt lediglich 36 Stimmen. Auch bei den Wahlen der Stellvertreter konnte sich die KPD nicht durchsetzen. Ihr Kandidat, Paul Krüger, erhielt nur 34 Stimmen, gewählt wurden Max Bock (Metallgewerkschaft, vor 1933 Bezirkssekretär beim DMV-Bezirk Frankfurt) mit 149 Stimmen und Alfred Fuchs (Gewerkschaft Handel und verwandte Gewerbe, vor 1933 tätig bei der Ortsgruppe Frankfurt des Zentralverbandes der Angestellten) mit 92 Stimmen.²¹²

Mit den Gewerkschaftsfunktionären der Weimarer Zeit, die jetzt wieder die Schlüsselpositionen in der neuen Gewerkschaftsbewegung einnahmen, setzte sich auch das Gewerkschaftsverständnis der damaligen Zeit durch. Zwar war der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften durch die Beseitigung konkurrierender Richtungsgewerkschaften entscheidend verbessert, doch brachte es die Vereinigung verschiedener politischer Richtungen in einem Dachverband mit sich, "daß diese Gewerkschaften keiner politischen Partei noch einer weltanschaulichen Gemeinschaft dienen wollen und dürfen und daß unter den Mitgliedern gegenseitige Achtung ihrer parteipolitischen und weltanschaulichen Einstellung herrscht."²¹³ Diese Haltung förderte die Tendenz, die bereits in Weimar praktizierte Trennung von politischem Kampf der Parteien und ökonomischem Kampf der Gewerkschaften beizubehalten. "Mag auf parteipolitischem Gebiet sein, was will, das mögen die politischen Parteien erledigen, die Fragen auf religiösem Gebiet die Religionsgemeinschaften. Was aber auf wirtschaftlichem Gebiet zu erledigen ist, ..., da ... haben wir das erste Recht, diese Aufgaben zu erledigen und das kann nur geschehen durch eine starke deutsche einheitliche Gewerkschaftsbewegung."²¹⁴

Das Arbeitsfeld der Gewerkschaften war die demokratische Organisation der Wirtschaft, sie "haben lediglich die Aufgabe, die sozialen und wirtschaftlichen Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen."²¹⁵ Hier stellten sie - in Anlehnung an die Ideen Naphtalis - verbal den Anspruch, "mitzuwirken an der Überführung des individual-

kapitalistischen Wirtschaftssystems in das gemeinwirtschaftlich-sozialistische Wirtschaftssystem." Dieser Anspruch reduzierte sich jedoch sogleich auf die Forderung, "daß die Gewerkschaften als Sachwalter der gesamten Arbeitnehmerschaft innerhalb der Wirtschaft gleichberechtigt mit allen Unternehmern an der Gestaltung und Lenkung der Wirtschaft beteiligt sind."²¹⁶

2.7. Die Unternehmerverbände

Durch Bekanntmachung vom 20. Dezember 1945²¹⁷ wurde die gewerbliche Wirtschaft neu geordnet. Reichswirtschafts- und Gauwirtschaftskammern wurden für aufgelöst erklärt, ebenfalls die Reichs-, Wirtschafts- und Fachgruppen.²¹⁸ "Die Aufgaben der aufgelösten Gauwirtschaftskammern sind auf die Industrie- und Handelskammern bzw. Handwerkskammern zurückgefallen."²¹⁹ Ihnen kam damit eine erhöhte Bedeutung für die Lenkung der Wirtschaft zu.

Die Kammern arbeiteten - mit Genehmigung der Militärregierung - landesweit seit April 1945. In einer Bekanntmachung der Industrie- und Handelskammer Kassel hieß es:

"Mit dem heutigen Tage hat die neue Industrie-, Handels- und Handwerkskammer Kassel ihre Tätigkeit aufgenommen. ... Die Kammer hat sich zur Aufgabe gesetzt, die wirtschaftlichen Gesamtinteressen von Industrie, Handel und Handwerk

wahrzunehmen, ihre Mitglieder zu beraten und die Behörden bei der Durchführung der wirtschaftlichen Aufgaben zu unterstützen." 220

In Südhessen kam den Kammern von Frankfurt und Wiesbaden eine besondere Bedeutung zu. Nicht nur, weil hier die amerikanischen und deutschen Behörden ihren Sitz hatten, sondern auch, weil ihre führenden Vertreter mit der Parteispitze der CDU identisch waren. Werner Hilpert, stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett Geiler und Landesvorsitzender der CDU, war Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, und Erich Köhler, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU und Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Beratenden Landesausschuß und in der Verfber. LV, war Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens.

Obwohl die Kammern versprochen, die "wirtschaftlichen Gesamtinteressen"²²¹ wahrzunehmen, deutete die personelle Zusammensetzung eher auf eine Interessenvertretung der Unternehmer hin. Als daraufhin SPD und KPD im Juni 1946 auf einer Sitzung des Beratenden Landesausschusses den Versuch unternahmen, diese wichtigen Instrumente der Wirtschaftslenkung durch paritätische Besetzung ihrer Organe mit Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften zu demokratisieren, stießen sie auf den energischen Widerstand der Kammern und konnten sich nicht durchsetzen.²²² Der "Runderlaß über die Neuregelung der Organisation der Industrie- und Handelskammern in Hessen" vom 5. Dezember

1946²²³, der die Diskussion über den Aufbau der Kammern beendete, sah lediglich eine Mitgliedschaft von privaten Gewerbetreibenden und keine Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern in den Organen vor.²²⁴

Nachdem im Juni 1946 der Versuch gescheitert war, die Kammern einer Kontrolle durch die Gewerkschaften zu unterziehen, entwickelten sie sich rasch zum Ausgangspunkt unternehmerischer Interessenvertretung. In einer Denkschrift mit dem Titel: "Die Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen der amerikanisch besetzten Länder" vom 1. August 1946²²⁵ legten die Arbeitsgemeinschaften der Industrie- und Handelskammern von Groß-Hessen und Württemberg-Baden ihren Standpunkt dar. Sie wandten sich gegen Planwirtschaft, weil sie "zwangsläufig in jenes bekannte wirtschaftsschädigende Übermaß von Bürokratie" münde, gegen Sozialisierungen, die nicht aufgrund eines "Mißbrauch(s) einer wirtschaftlichen Monopolstellung", sondern "aus allgemeinen wirtschaftspolitischen Motiven" heraus erfolge, und gegen die Mitbestimmung von Arbeitnehmern in der Wirtschaft, wenn sie über "sie berührende Angelegenheiten" hinausgehe, also insbesondere gegen eine Beteiligung an der Verwaltung der Betriebe, da "die letztere Regelung (...) für die Wirtschaft bekanntlich untragbar (ist)."²²⁶

Die Kammern legten damit unmißverständlich ihre Auffassungen von einer künftigen Wirtschaftsordnung dar. Obwohl der SPD bekannt war, daß diese Denkschrift von dem 1. und 2. Landesvorsitzenden der hessischen CDU mitverantwortet

worden war²²⁷, suchte sie dennoch bei den Verhandlungen in der Verfber. LV einen Ausgleich mit der CDU. Sie glaubte tatsächlich, gemeinsam mit ihr eine neue Wirtschaftsordnung, die eine weitgehende Sozialisierung gerade "aus allgemeinen wirtschaftspolitischen Motiven" vorsah, durchsetzen zu können.

3. Die Bedeutung der politischen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände für die Sozialisierungsdebatte

Die amerikanische Besatzungsmacht hatte die politischen Parteien aufgrund zahlreicher Vorbehalte, insbesondere hinsichtlich eines befürchteten starken kommunistischen Einflusses, nur sehr zögernd wieder zugelassen. Erst Ende 1945/Anfang 1946 konnte ihr Aufbau mit den ersten landesweiten Treffen abgeschlossen werden. Ähnlichen Verzögerungen unterlag die Lizenzierung der Gewerkschaften, während die Unternehmerschaft vergleichsweise nur geringe Beeinträchtigungen ihrer Tätigkeit hinnehmen mußte.

Unmittelbar nach ihrer Zulassung begannen die Parteien ihre Zielvorstellungen für den Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft zu entwickeln. Ihnen kam u.a. die Aufgabe zu, Wirtschaftskonzeptionen zu erarbeiten und sich für deren Verankerung in der Verfassung einzusetzen. Da nur

die politischen Parteien in der Verfber. LV vertreten waren, mußten Gewerkschaften und Unternehmerverbände ihre Konzeptionen über die ihnen nahestehenden Parteien, SPD/KPD bzw. CDU/LDP, in die Verfassungsberatungen einbringen.

Der Überblick über die Gründungsgeschichte der einzelnen Parteien gab erste Anhaltspunkte für ihr voraussichtliches Verhalten in der Sozialisierungsfrage. Während von den beiden linken Parteien aufgrund ihrer traditionellen Zielsetzungen, ihrer Verankerung in der Arbeiterschaft und ihren Erfahrungen mit dem Faschismus zu erwarten war, daß sie sich langfristig für eine sozialistische Wirtschaftsverfassung und aufgrund innen- und außenpolitischer Überlegungen zumindest für Teilsozialisierungen als Sofortmaßnahme einsetzen würden, war das Verhalten des bürgerlichen Lagers nicht ohne weiteres vorauszusehen.

Die CDU war in der Sozialisierungsfrage gespalten, doch war fraglich, inwieweit dem linken Flügel der Partei, der sich für Sozialisierungen einsetzte, in einer Zeit starker Sozialisierungstendenzen und antikapitalistischer Stimmungen nicht lediglich eine Alibi-Funktion zukam, zumal die Spitze der CDU sich aus Vertretern der Industrie- und Handelskammern zusammensetzte.

Anders lagen die Verhältnisse bei der LDP. Die soziologische Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und die zwiespältige Haltung der CDU ließen sie zu einem Sammelbecken aller bürgerlichen Kräfte werden, die sich gegen jeden Eingriff in die kapitalistische Eigentumsordnung wandten.

IV. Die ersten Wahlen und der Beratende Landes- ausschuß

Als im September 1945 in den Städten, Kreisen und Gemeinden von den Amerikanern eingesetzte Behörden arbeiteten und die Bildung der hessischen Landesregierung kurz vor dem Abschluß stand, bereitete die Militärregierung den nächsten Schritt ihres Demokratisierungsprogramms vor:

"Our major objective was to create a democratic, responsible, German government. It seemed to me time to take the next step, to hold elections in which the German people would be given the chance to elect their own officials." 228

"The present plan calls for elections in phases, subject to military security. The Gemeinde elections will be held during January 1946; elections for Landkreis councils will be held during March 1946; and the Stadtkreis council elections will be held during May 1946. In each case, the notice of the election will be published as soon as possible to provide maximum time for preparation. We do not plan to hold any Land elections for at least a year." 229

Die Pläne Clays, bereits im Januar 1946 die ersten Wahlen abzuhalten, stießen auf erheblichen Widerstand von deutscher und amerikanischer Seite. Auf der Länderratssitzung vom 4. Dezember 1945 meldeten der bayerische und der hessische Ministerpräsident, Hoegner und Geiler, ihre Bedenken an. "Die Parteien mit ihren Organisationen seien noch nicht fertig, die Zeit für die Aufstellung und Überprüfung der Wählerlisten sei viel zu kurz. Gerade die erste Wahl nach zwölfjähriger national-sozialistischer Herrschaft müsse sorgfältig vorbereitet werden." 230

Die Ministerpräsidenten drangen mit ihren Bedenken aber nicht durch, und auch gegenüber den Kritikern aus den eigenen Reihen setzte Clay seine zeitlichen Vorstellungen durch. "At least, the experiment is worth while and if the January elections do not prove successful, we have not lost too much. I hope you will bear with us in the test."²³¹

In einer USFET-Direktive vom 12. Oktober 1945 ordnete die Militärregierung an, daß die Gemeindevahlen im Januar 1946 durchzuführen seien²³², und in einer weiteren Direktive vom 23. November 1945 legte sie den Kreis der Wahlberechtigten fest: Nicht wahlberechtigt waren NSDAP-Mitglieder, die vor 1937 in die Partei eingetreten oder - wenn sie später das Parteibuch erworben hatten - aktive Parteigenossen gewesen waren. Das gleiche Verbot galt für alle höheren Mitglieder von NS-Organisationen.²³³

Entsprechend den amerikanischen Weisungen fanden in Hessen am 20. und 27. Januar 1946 die Wahlen der Gemeindevertreter für alle Gemeinden mit mehr als 40 und weniger als 20 000 Einwohnern statt. Die Wahlbeteiligung lag bei 85 %. Das Ergebnis zeigte, daß weitgehend nach lokalen und persönlichen Gesichtspunkten gewählt worden war und die Parteizugehörigkeit noch nicht so eine große Rolle spielte wie bei den späteren Wahlen; allein 16,4 % aller abgegebenen Stimmen entfielen auf "sonstige Listen". Hinzu kam, daß der Aufbau der vier großen Parteien, die ja alle erst im Dezember und Januar auf Landesebene zugelassen worden waren,

jetzt noch nicht so weit fortgeschritten war, daß sie in der Lage gewesen wären, in allen Gemeinden Kandidaten aufzustellen.²³⁴

Die Wahlen zu den Kreistagen am 28. April und die Stadtverordnetenwahlen am 26. Mai brachten - bei einer Wahlbeteiligung von jeweils 75,5 % - keine wesentlichen Veränderungen. Sie konnten allerdings "in erheblich größerem Maße als politische Wahlen angesprochen werden."²³⁵ Der Aufbau der Parteien war entscheidend vorangekommen. SPD und KPD kandidierten in allen 39 Kreisen und in den 9 kreisfreien Städten, die CDU in 38 Kreisen und allen Städten und die LDP in 23 Kreisen und 8 Städten. "Gleichzeitig war die Anzahl der den 'sonstigen Listen' zugefallenen Stimmen erheblich zurückgegangen."²³⁶ Waren es bei den Gemeindewahlen noch 16,4 % gewesen, so sank die Zahl jetzt auf 3,4 % in den Kreisen und 2,9 % in den Städten. Die SPD erhielt bei den April- und Maiwahlen 43,2 % der Stimmen, die CDU 36,9 %, die KPD 9,3 % und die LDP 7,3 %.²³⁷

Nachdem sich bei den Gemeindewahlen im Januar gezeigt hatte, daß die SPD die stärkste politische Kraft in Hessen war, versuchte sie, ihren Wahlerfolg in größeren politischen Einfluß bei der Besetzung des Beratenden Landesausschusses umzusetzen, der im Februar 1946 seine Arbeit aufnehmen sollte.²³⁸ Da vor den ersten Wahlen nicht klar war, welchen politischen Rückhalt die einzelnen Parteien in der Bevölkerung haben würden, hatten sich die vier großen Parteien auf eine paritätische Zusammensetzung geeinigt.²³⁹ Jetzt,

nach ihrem Sieg bei den Gemeindewahlen, verlangte die SPD eine Zusammensetzung entsprechend der Parteienstärke und drohte damit, ihre Minister aus dem Kabinett Geilers zurückzuziehen. Zunächst schien sie sich damit auch durchzusetzen. "Nach den mir heute Nacht um 1.30 Uhr gewordenen Mitteilungen aus Wiesbaden scheint sich die Krise insofern verschärft zu haben, indem die Möglichkeit besteht, daß der Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler durch unseren Druck zurücktritt. Ich habe die Absicht, den Genossen Prof. Dr. Bergsträßer, Darmstadt, als Ministerpräsidenten zu nominieren."²⁴⁰ Da die Militärregierung aber an einem unveränderten Fortbestand des Kabinetts Geilers, mit dem sie gut zusammenarbeitete, interessiert war und auch der CDU nicht an einer Stärkung der SPD gelegen sein konnte, mußte die SPD schließlich zurückstecken.²⁴¹

Der Beratende Landesausschuß trat in paritätischer Besetzung - die vier Parteien stellten je 12 Abgeordnete - am 26. Februar zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Bei dieser Gelegenheit gaben u.a. Ministerpräsident Geiler²⁴² und Vertreter der vier Parteien Stellungnahmen über die von ihnen verfolgten politischen Ziele ab. Ihre Ausführungen gingen jetzt konkreter als noch anläßlich der Regierungsbildung im Oktober auch auf Fragen der künftigen Wirtschaftsordnung ein.

Knothe vertrat die Konzeption eines "demokratischen Sozialismus". Danach

"ist die Demokratie ein unverrückbares und unverzichtbares Prinzip. Dies trifft auch für

die Wirtschaft zu. An Stelle der liberal-kapitalistischen Auffassung, die nur das Interesse der Produzenten und seine Gewinne im Auge hatte und auf dieser Grundlage Erzeugung und Absatz bestimmte, muß eine Neugestaltung der Wirtschaft treten, deren Ziel darin besteht, die Versorgungsbedürfnisse der Volksgesamtheit zu gewährleisten. Wir Sozialdemokraten erstreben eine planvolle Lenkung der Wirtschaft und muß der Einfluß der Arbeitnehmerschaft, den demokratischen Grundsätzen folgend entscheidend stark werden. Es geht nicht nur um die Kontrollierung der Produktion, sondern um die Ausrichtung derselben im sozialistischen Sinne." 243

Köhler setzte sich für eine Wirtschaftsverfassung auf der Basis der Sozialpartnerschaft ein, vom "christlichen Sozialismus" war nicht die Rede.

"Die grundlegenden Aufgaben unseres wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaues können nach Geist und Form nur in engster und vertrauensvoller Zusammenarbeit beider Sozialpartner, den privaten und öffentlichen Unternehmungen wie der Arbeiterschaft, gemeistert werden. Die CDU bekennt sich zu der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft bei der Lenkung der Wirtschaft. Wir sind von der Überzeugung durchdrungen, daß von einer sinnvollen und befriedigenden Lösung der sozialen Frage das Schicksal unserer Zukunft als Volk und Staat entscheidend abhängt. Die uns vorschwebende Wirtschafts- und Sozialordnung soll eine Synthese aus planvoller Lenkung durch beide Sozialpartner und der alten abendländischen Idee der freien und verantwortlichen Persönlichkeit sein." 244

Die KPD betonte, daß sie "zur verantwortlichen Mitarbeit am Aufbau unserer schwergeprüften Heimat bereit" sei. Sie beschränkte sich in ihren Aussagen zur Wirtschaftspolitik auf die Forderung, daß "neue Formen", "die von wahrhaft demokratischem Geiste erfüllt sind" und "klare Richtlinien für die

beschleunigte Ingangsetzung und einheitliche Lenkung der industriellen und handwerklichen Produktion entsprechend den wirklichen Bedürfnissen der breiten Massen der Bevölkerung" geschaffen werden müssen.²⁴⁵

Die LDP befürwortete in ihren sehr allgemeinen Äußerungen eine nicht näher konkretisierte "liberale" Wirtschaft. Sie forderte eine stabile Währung, weil "(...) sie die Initiative des soliden Unternehmers anregen und damit die Wirtschaft beleben und in ruhige Bahnen lenken (wird). Auf dem gesamten Gebiet des Wirtschaftslebens das Gebot der sozialen Gerechtigkeit (Hervorhebung im Original, d.V.) Wirklichkeit werden zu lassen, erkennen wir gleichermaßen als religiöse und vaterländische Verpflichtung an. Hier soll der liberale Gedanke vom Wert und Recht der Persönlichkeit zur Geltung kommen."²⁴⁶

Der Beratende Landesausschuß war ein vom Ministerpräsidenten eingesetztes und durch keine Wahl demokratisch legitimiertes Pseudoparlament. Ihm kam in der praktischen Politik keine große Bedeutung zu. Er bildete zwar zahlreiche Ausschüsse²⁴⁷ und beriet in ihnen Gesetzesvorhaben der Regierung, aber er hatte keine Kompetenzen. Das Gesetzgebungsrecht lag ausschließlich beim Kabinett Geiler und der amerikanischen Militärregierung und alle wichtigen länderübergreifenden Entscheidungen fielen beim Länderrat in Stuttgart, der wiederum von der Militärregierung kontrolliert wurde. Der Landesausschuß konnte lediglich

beraten, niemand war gezwungen, seinem Rat zu folgen. Die vier Parteien erkannten dies auch bald und richteten ihr Augenmerk auf die Vorbereitung der nächsten Wahlen und die Vorarbeiten zur Verfassung.

Nach der 4. Plenarsitzung am 6./7. Juni 1946 löste sich der Landesausschuß auf. Seine Funktionen übernahm die Verfber. LV, "so daß ein wesentlicher Teil ihrer Arbeiten Tagesfragen gewidmet war, wie der Schaffung eines deutschen Zwischen- und Vorparlaments aus Vertretern der Länderparlamente und wirtschaftlichen und sozialen Problemen, wie der Sicherung der Ernährung, der Wohnungsnot, dem Flüchtlingselend, der Kriegsgefangenenfürsorge."²⁴⁸

D. DER VORBEREITENDE VERFASSUNGSAUSSCHUSS

I. Die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht

Bereits im Staatsgrundgesetz hatte die großhessische Landesregierung versprochen, eine demokratische Verfassung vorzubereiten (Art. 9 Abs. 1).¹ Aber auch hier war es die amerikanische Besatzungsmacht und nicht die deutsche Zivilregierung, die die Entwicklung vorantrieb. Mit einer Direktive vom 4. Februar 1946² ordnete sie die Einsetzung eines Vorbereitenden Verfassungsausschusses an, legte seine Kompetenzen fest und setzte genaue Fristen für die Ablieferung seines Berichts. Wörtlich hieß es dazu in der Direktive:

- "6. Zum Zwecke des Entwurfs und der Annahme einer Verfassung in jedem Land der amerikanischen Zone gelten folgende Bestimmungen:
- a) Am oder vor dem 22. Februar hat jeder Ministerpräsident eine kleine, vorbereitende Verfassungskommission von Sachverständigen zu ernennen, die mit folgenden Aufgaben betraut wird:
 - 1) bei dem Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der verfassungsgebenden Versammlung behilflich zu sein,
 - 2) das notwendige Bücher- und Aktenmaterial für die verfassungsgebende Versammlung zusammenzustellen,
 - 3) Meinungsaustausch anzuregen, Vorschläge von den politischen Parteien anzufordern sowie Presse und andere Gruppen ebenso wie auch Einzelpersonen zu veranlassen, Vorschläge hinsichtlich der künftigen Landesverfassung zu unterbreiten,
 - 4) die auf diese Weise gesammelten Unterlagen als Bericht vorzubereiten und einzureichen zur Verwendung der verfassungsgebenden Versammlung.

- b) Am oder vor dem 1. April 1946 hat jede Länderregierung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland den Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung vorzulegen. ...
- c) Am oder vor dem 20. Mai 1946 soll der Bericht der vorbereitenden Verfassungskommission zum Gebrauch für die verfassungsgebende Versammlung mit dem Ministerpräsidenten bearbeitet werden."

Die Militärregierung hatte damit so knappe Fristen für die Verfassungsvorbereitungen gesetzt, daß sie zum einen nicht einzuhalten waren³ und ihnen zum anderen "das Interesse an einer tiefer gehenden Auseinandersetzung und sorgfältigen Abwägung der widerstreitenden Meinungen immer wieder geopfert werden mußte."⁴

Mit dieser Direktive setzte die amerikanische Besatzungsmacht die Diskussion um die neu zu schaffende Verfassung und damit um die zukünftigen staatsrechtlichen, sozialen und ökonomischen Grundentscheidungen ingang. War der Rahmen aufgrund der amerikanischen Besatzungsziele in Deutschland, "den Bestand des freien Unternehmertums zu gewährleisten, ... den Sozialismus (zu) verhindern, dem Kommunismus zuvor(zu)kommen"⁵ auch vorgegeben und waren durch einjährige Besatzungspolitik auch bereits politische Strukturen geschaffen worden, die bei den Verfassungsarbeiten nicht einfach ignoriert werden konnten, so gab es doch einen Spielraum, die Interessen und Ziele der deutschen Parteien und Gruppierungen zu verwirklichen und mögliche Ansatzpunkte für eine

weitere Entwicklung nach Beendigung der Besatzungszeit zu schaffen. Es kam daher entscheidend darauf an, diesen Spielraum zu erkennen und zu nutzen.

II. Die Tätigkeit des Vorbereitenden Verfassungsausschusses

1. Die Konstituierung des Vorbereitenden Verfassungsausschusses

Entsprechend der o.a. Direktive berief Ministerpräsident Geiler noch im Februar 1946 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Vorb. VA, die er für fähig hielt, Vorarbeiten für die Landesverfassung zu leisten. Mit Schreiben vom 21. Februar sandte er der Militärregierung die Liste der Mitglieder zu.⁶

"Die Mitglieder dieses Ausschusses haben an den Beratungen als Einzelpersonen, nicht als Vertreter irgendwelcher politischer oder sonstiger Gruppen teilgenommen."⁷ Dennoch wirkte sich die Tatsache aus, daß fast alle von ihnen Parteimitglieder waren und sich daher auch "von parteitaktischen Erwägungen" leiten ließen.⁸ Nach Noacks Auffassung bestanden im Vorb. VA "zwei verschiedene und entgegengesetzte Bestrebungen"⁹, die der SPD/KPD einerseits und der CDU/LDP andererseits zuzuordnen waren. "Es wird zwar ein

einheitlicher Verfassungsentwurf vorgelegt; er ist aber von zahlreichen Varianten durchsetzt, die in Wirklichkeit so grundsätzlicher Natur sind, daß es sich tatsächlich um wenigstens zwei verschiedene Grundauffassungen handelt."¹⁰ Bei den Beratungen wurden daher Fragen, über die sich die beiden Lager nicht einigen konnten, entweder ausgeklammert¹¹ oder mehrheitlich verabschiedete Artikel mit entsprechenden Anmerkungen der Minderheit versehen.¹²

Der Vorb. VA hat 13 protokollierte Plenums-sitzungen¹³ und mehrere - nicht protokollierte - Sitzungen von Unterkommissionen abgehalten. Sie wurden gebildet z.B. für die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes zur Verfber. LV¹⁴, für die Ausarbeitung eines Fragebogens, in dem Privatpersonen und Institutionen nach ihren Auffassungen zu einzelnen Verfassungskomplexen befragt wurden¹⁵ und für die redaktionelle Überarbeitung des Berichts über die Fragebogenaktion und des vom Vorber. VA erstellten Verfassungsentwurfs.¹⁶

2. Die Verfassungsvorschläge der Ausschußmitglieder

Bereits in seiner ersten Sitzung, am 12. März, beschloß der Vorb. VA, daß "jedes Ausschußmitglied die Fragen, die ihm für die Verfassung wesentlich erscheinen, in einem Katalog zusammenstellt."¹⁷ Im Laufe des Monats März gingen Stellungnahmen

von Bergsträßer, Blaum, Brentano, Hoch, Jellinek, Venedey und Voßler ein¹⁸, die nicht nur von der Qualität her sehr unterschiedlich waren. Während einige Mitglieder detaillierte Berichte ausgearbeitet hatten (Brentano, Jellinek, Venedey), beschränkten sich die anderen auf kurze Stichworte, die lediglich die Sachkomplexe angaben, die sie in der Verfassung behandelt sehen wollten.

Die Ausführungen von Brentano, Rechtsanwalt aus Darmstadt, und Jellinek, Staatsrechtler aus Heidelberg, gaben für den hier interessierenden Fragenkomplex nichts her.¹⁹ Lediglich Venedey, der dem linken Flügel der SPD angehörte und wegen seiner Befürwortung der Vereinigung von SPD und KPD im Mai 1946 aus der Partei ausgeschlossen wurde²⁰, bemühte sich, nicht nur einen Themenkatalog zusammenzustellen, sondern auch inhaltliche Zielvorstellungen auszuarbeiten. Er setzte sich für eine Wirtschaftsverfassung ein, in der das private Produktiveigentum keinen Machtfaktor mehr darstellte:

"Das Privateigentum soll durch die Verfassung überhaupt nicht mehr oder nur insofern geschützt werden, als es sich um erarbeitetes Eigentum handelt. Grund und Boden ist restlos in das Eigentum des Staates zu überführen mit dem vererblichen Recht der uneingeschränkten Benutzung desjenigen, der Grund und Boden selbst oder mit seiner Familie zusammen bebaut und bearbeitet oder bewirtschaftet. Industriewerke größeren Umfanges (z.B. Bergwerke) sind zu verstaatlichen, ebenso Großbanken und Versicherungsgesellschaften. Arbeiter und Angestellte haben das uneingeschränkte Recht, bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzusprechen. Ebenso haben sie das Recht,

über die Produktion mitzubestimmen. Ein entsprechendes Betriebsrätegesetz ist vorzusehen." 21

Dieser erste Versuch des Vorb. VA, die Diskussion um die hessische Verfassung ins Gang zu bringen, scheiterte vollkommen. Abgesehen von Venedey, der auch auf verfassungspolitische Fragen einging, beschränkten sich die Stellungnahmen der anderen Mitglieder des Vorb. VA auf verfassungsrechtliche Darlegungen, die genau so gut aus der Kommentarliteratur zur Weimarer Verfassung hätten entnommen werden können. Die Ausführungen wurden daher auch ohne Diskussion zu den Akten gelegt und erschienen weder an irgendeiner Stelle noch einmal in den Sitzungsprotokollen, noch wurden sie von Noack in seinem ansonsten sehr ausführlichen und detaillierten "Bericht über den Groß-Hessischen Verfassungsausschuß" auch nur erwähnt.²²

3. Die Fragebogenaktion

Für die Vorarbeiten zur hessischen Verfassung war die vom Vorb. VA durchgeführte Fragebogenaktion wichtiger. Entsprechend der Direktive vom 4. Februar, Verfassungsvorschläge der politischen Parteien und gesellschaftlichen Interessengruppen einzuholen, beschloß der Vorb. VA in seiner zweiten Sitzung, am 21. März, einen

Unterausschuß mit der Ausarbeitung eines Fragebogens zu betrauen.²³

Bauer legte zunächst einen eigenen Entwurf vor, in dem er detailliert auch nach wirtschafts-politischen Zielsetzungen fragte:

- "1.) Freie Wirtschaft nach dem Prinzip des 'Laissez faire ...' oder nach dem Bedarf ausgerichtete, geplante Wirtschaft?
- 2.) Wer soll planen, und für wen soll geplant werden? Sollen die Organe der Arbeitnehmerschaft in der geplanten Wirtschaft mitbestimmend beteiligt sein?
- 3.) Sollen Bodenschätze verstaatlicht werden?
- 4.) Sollen Schlüssel- und Monopolindustrien verstaatlicht werden?
- 5.) Sollen Banken verstaatlicht oder unter staatliche Aufsicht gestellt werden?
- 6.) Soll die Verstaatlichung entschädigungslos erfolgen?"²⁴

In dem am 4. April vorgelegten Entwurf des Unterausschusses fehlten wirtschaftliche Fragen allerdings völlig.²⁵ An die vorgelegten Entwürfe anknüpfend, entwarf der Sachbearbeiter des Vorb. VA, Noack, einen Fragebogen, der auf der Sitzung vom 5. April verabschiedet wurde.²⁶ 17 Organisationen und Institutionen²⁷ und 34 Einzelpersonen²⁸, deren Auswahl "höchstwahrscheinlich" Noack selbst traf²⁹, wurden gebeten, sich zu folgenden Problemkreisen zu äußern:

- "1. Land und Reich;
2. Land und Völkerrechtsgemeinschaft;
3. Unmittelbare Mitwirkung des Volkes durch Volksentscheid, Volksbegehren usw.;
4. Ein- oder Zweikammersystem;

5. Gewährleistung der Aktionsfähigkeit der Regierung:
 - besonderer Staatspräsident neben Ministerpräsident, Volkswahl oder Parlamentswahl;
 - vom Vertrauen des Landtags abhängige oder unabhängige Regierung;
 - Wahlsystem (Mehrheitswahl, Verhältniswahl, Einerwahl, Listenwahl, Splitterparteien);
 - Notverordnungsrecht;
 - Ernennung oder Wahl der Beamten auf Lebenszeit oder Zeit;
 - Berufsbeamtentum? (Ernennung oder Wahl, Unabhängigkeit der Richter);
6. Verhältnis von Kirche und Staat, Verhältnis von Religion und Schule;
7. Staat und Eigentum;
8. Sozialverfassung/Wirtschaftsverfassung;
9. Schutz der Demokratie."³⁰

In der Sitzung vom 30. April³¹ beschloß der Vorb. VA, die bisher eingegangenen Denkschriften vor der nächsten Sitzung auszulegen und Noack mit der Abfassung eines systematischen Berichts zu betrauen. Am 13. Mai gab Noack einen ersten Überblick über das bisher eingetroffene Material³² und legte in der letzten Sitzung des Vorb. VA, am 18. Juni, einen Bericht über die "etwa 40 Denkschriften von zusammen über 200 Seiten"³³ vor.³⁴

In ihm kamen insgesamt 30 Institutionen bzw. Privatpersonen zu Wort. Im Komplex "Sozial- und Wirtschaftsverfassung" waren es:

Das bischöfliche Ordinariat Limburg, der Bischof von Mainz, der Bischof von Fulda.

Der Landgerichtspräsident von Kassel.

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt.

Die LDP, die KPD.

Sechs Einzelpersonen: Muuß, Baltrusch, Kirnberger, Mueller (Minister für Wirtschaft und Verkehr, LDP), Rocholl und Kremer. 35

Es waren also insgesamt 13 Berichte. Von ihnen äußerten sich - nach den im Noack-Bericht wiedergegebenen Auszügen³⁶ - nur acht zur Grundlage der Wirtschaftsverfassung, der Eigentumsordnung:³⁷ Die drei katholischen Bischöfe, die Industrie- und Handelskammer Frankfurt, die LDP, Rudolf Mueller, Karl Baltrusch und die KPD.³⁸

Die Bischöfe von Limburg, Mainz und Fulda setzten sich für die grundsätzliche Beibehaltung des Privateigentums ein, nahmen aber unterschiedlich zu Eingriffsmöglichkeiten des Staates Stellung:

"Eine Verstaatlichung von Wirtschaftsbetrieben ist nur dann zulässig, wenn sie im Interesse des Gemeinwohls geboten ist, d.h. wenn sie das einzige wirksame Mittel ist, um einen Mißbrauch abzustellen, oder eine Vergeudung der produktiven Kräfte zu vermeiden. ..." 39

Der Bischof von Mainz forderte "als ideales Ziel ... die Bildung möglichst vieler selbstständiger kleinerer und mittlerer Existenzen" und wandte sich gegen eine "einseitige Überführung in Gemeinwirtschaft und Gemeinbesitz." 40

Am allgemeinsten blieb der Bischof von Fulda: "Wo das Eigentum aus sachlichen Gründen oder aus Gründen, die in der Person des Trägers liegen, nicht mehr geeignet erscheint, seine Funktion zu erfüllen, hat der Staat die Aufgabe, im Interesse des Gemeinwohls einzugreifen."

Die Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, der LDP⁴¹ und Rudolf Muellers unterschieden sich nur graduell von den kirchlichen. Der Grundtenor war:

"Die Anerkennung des Privateigentums und die darauf begründete Unternehmerinitiative ist auch im Rahmen der auf sehr lange Zeit notwendigen Zwangswirtschaft beizubehalten." 42

"Eine Enteignung von wirtschaftlichen Unternehmungen ist unzulässig, sowie es das öffentliche Interesse nicht dringend gebietet. Sie kommt nur bei Groß-Unternehmen in Betracht, die eine monopolartige Stellung innehaben und sie in einer dem Gemeinwohl abträglichen Weise ausbeuten." Eine solche Enteignung sollte aber nur vorläufig sein, da die endgültige Entscheidung bei einer gesamtdeutschen Volksvertretung liegen müsse, "um zu verhindern, daß durch eine von einer Landesregierung beschlossene Verstaatlichung die Belange anderer Länder berührt werden." 43

Nur Baltrusch⁴⁴ und die KPD⁴⁵ vertraten nicht eine eindeutig auf Erhaltung der kapitalistischen Eigentumsordnung gerichtete Wirtschaftsverfassung.

Nach Ansicht von Baltrusch "(hat) die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne (...) wohl ihr Ende gefunden. Das Ziel der Wirtschaft muß die Bedarfsdeckung des Volkes sein. Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit müssen erhalten bleiben. Die Mittel- und Kleinbetriebe sind zu fördern. Ebenso die ungeheuer wichtige Landwirtschaft und das selbständige Handwerk."

Die KPD⁴⁶ empfahl in ihrer Denkschrift die wörtliche Übernahme der Art. 35 und 36 des französischen Statuts der Menschenrechte vom April 1946:

"Artikel 35: Das Eigentumsrecht ist das unverletzliche Recht, das durch Gesetz allen garantiert, Eigentum zu gebrauchen, zu genießen

und darüber zu verfügen. Jedermann muß in der Lage sein, durch Arbeit und Ersparnisse zu einem solchen zu gelangen. Niemand darf dieses Eigentums beraubt werden, es sei denn im öffentlichen Interesse, soweit dieses gesetzlich bestätigt wird, und unter der Bedingung einer gerechten Entschädigung, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen festzusetzen ist.

Artikel 36: Das Recht auf Eigentum darf nicht gegen die soziale Wohlfahrt oder in einer Weise ausgeübt werden, die die Sicherheit, Freiheit, das Leben und das Eigentum eines anderen beeinträchtigen. Jedes einzelne Eigentum und jedes Unternehmen, dessen Betrieb das Charakteristikum einer nationalen öffentlichen Einrichtung oder eines Monopols aufweisen, muß der Besitz der Allgemeinheit werden." 47

Die Ausarbeitung des Fragebogens, die Auswahl der anzuschreibenden Institutionen und Privatpersonen und die Auswertung der eingegangenen Denkschriften waren im wesentlichen von Noack allein besorgt worden. "Man geht nicht fehl in der Annahme, daß nicht rein zufällig die Mehrheit der Befragten für das Zweikammersystem, christliche Grundlage des Staates, Amt des Staatspräsidenten etc. votierte, Verfassungsvorstellungen, die Noack in seinem Königsteiner Entwurf der Verfassung einer konstitutionellen Demokratie in Hessen detailliert entwickelte."⁴⁸ Hinzuzufügen ist, daß von den 13 Stellungnahmen zur Wirtschaftsverfassung die weitaus überwiegende Mehrheit sich für die grundsätzliche Beibehaltung des privatwirtschaftlichen Systems einsetzte, wie Noack in seinem Königsteiner Entwurf auch.

Noack sah in seinem Bericht einen "zweiten Verfassungsentwurf"⁴⁹, der als Alternative zu dem nach einer Vorlage Jellineks erarbeiteten Entwurf

des Vorb. VA eine gleichberechtigte Stellung beanspruchen könnte. Er zeigte sich daher außerordentlich enttäuscht über das mangelnde Interesse des Vorb. VA an seinem Bericht. "Es wurde aber auch darauf verzichtet, die sehr wertvollen Gutachten, die der Ausschuß selber eingefordert hatte, zur Kenntnis zu nehmen. Diese 40 Gutachten von über 200 Seiten enthalten sehr wertvolles und durchdachtes Material."⁵⁰

Auch der Noack-Bericht wurde zu den Akten gelegt. Er lag zwar der Verfber. LV vor, hat aber die Diskussion nur am Rande beeinflusst.⁵¹ Der Grund war naheliegend:

"Nehmen Sie nur einmal den Bericht zur Hand, der uns ausgehändigt wurde, der ausgearbeitet worden ist von Herrn Professor Noack, und der die Stellungnahme einer Reihe bestimmter Persönlichkeiten zum Verfassungsentwurf für Großhessen enthält. Wenn Sie da die Ausführungen der Bischöfe, der Vertreter bestimmter Fakultäten, darüber hinaus die Äußerungen bestimmter hoher Professoren und auch höchster Richter - entschuldigen Sie, Herr Justizminister! - nachlesen, dann werden Sie feststellen, daß sich da ein roter Faden hindurchzieht, und der heißt eindeutig: Reaktion, Aufrechterhaltung dessen, was war. Und das wollen wir eben nicht." ⁵²

4. Der Entwurf einer Verfassung für Hessen

4.1. Die Entstehungsgeschichte

Der Vorb. VA hatte sich bereits im April entschlossen, nicht nur - wie die Februar-Direktive es vorsah - die "gesammelten Unterlagen als Bericht vorzubereiten", sondern einen eigenen detaillierten Verfassungsentwurf auszuarbeiten.

Bei den Verhandlungen am 16. und 30. April⁵³ wurden grundsätzliche Fragen der Verfassung diskutiert. Nach Auffassung Bergsträbers war es eine "sehr hochstehende Diskussion ohne parteipolitische Bindung. Auch wir Sozialisten sehr oft ungleicher Meinung."⁵⁴ "Allgemein starker Eindruck der französischen Verfassung, die auch im Original vorliegt."⁵⁵ Die Diskussion blieb aber unverbindlich. Zwar einigte man sich über einige Grundsatzfragen, doch konnte die Ausarbeitung eines artikelmäßigen Verfassungsentwurfs nicht begonnen werden, da alle Mitglieder des Vorb. VA durch ihren Beruf und Parteiangelegenheiten sehr stark in Anspruch genommen waren. Auch die Tagung von Vertretern der Verfassungsausschüsse Groß-Hessens⁵⁶ und Württemberg-Badens⁵⁷ am 12. April in Stuttgart, war über einen unverbindlichen Meinungsaustausch nicht hinausgekommen; die letzte gemeinsame Sitzung der Verfassungsausschüsse der Länder fand Mitte Mai statt⁵⁸, ohne daß es zu greifbaren Ergebnissen gekommen wäre.

In dieser Situation legte Jellinek in der Sitzung vom 13. Mai einen eigenen Entwurf der Grundrechte

vor⁵⁹, der durch einen Entwurf des "II. Hauptteils" mit Datum vom 23. Mai vervollständigt wurde.⁶⁰ Mit den privaten Ausarbeitungen Jellineks⁶¹ hatte der Vorb. VA eine Grundlage für seine Erörterungen gefunden, die "die juristische Tragweite der Formulierungen scharf herausarbeitet"⁶²; kritisiert wurde am Entwurf, daß "der politische Sinn vielfach fehlt"⁶³, und daß er "vielleicht zu juristisch ist."⁶⁴

Diese Urteile resultierten u.a. aus der von Jellinek vorgeschlagenen Regelung der Eigentumsproblematik, die nicht über die wirkungslosen Bestimmungen der Weimarer Verfassung (Art. 153 ff)⁶⁵ hinausging. In Art. 24 hieß es:

"Das Eigentum wird gewährleistet.

Einzeleingriffe in das Eigentum und allgemeine Eingriffe, die das Maß einer Eigentumsbegrenzung überschreiten, verpflichten zur vollen Entschädigung, über deren Höhe im Streitfall die Gerichte entscheiden.

Bei Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftsunternehmungen durch allgemeines Gesetz ist Entschädigung insofern zu gewähren, als es zum Ausgleich unbilliger Härten erforderlich ist.

Privatvermögen, das wegen seiner Größe die Gefahr des Mißbrauchs einer wirtschaftlichen Machtstellung in sich birgt, kann nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen unter staatliche Aufsicht gestellt, bei erwiesenem Mißbrauch eingezogen werden. Ob diese Voraussetzungen gegeben sind, unterliegt richterlicher Nachprüfung."

Die in der nächsten Sitzung des Vorb. VA, am 23. Mai⁶⁶, vorgelegte Überarbeitung des Entwurfs durch Böhm (bis Februar 1946 Kultusminister und

der CDU nahestehend) und Noack (Berichterstatter des Vorb. VA, ebenfalls der CDU nahestehend)⁶⁷, fand allerdings noch weniger die Zustimmung des mehrheitlich mit SPD-Mitgliedern besetzten Vorb. VA. Die Eigentumsgarantie stimmte im wesentlichen mit dem Jellinek-Entwurf überein (Art. 16 Abs. 1), andere Formulierungen wurden bei der Sozialisierung vorgeschlagen (Art. 16 Abs. 2 und 3):

"Träger wirtschaftlicher Machtstellungen werden durch Gesetz unter staatliche Aufsicht gestellt. Der Aufsichtsbehörde ist die Befugnis zu erteilen, zum Zweck der Verhütung von Machtmißbrauch Eigentum unter Zwangsverwaltung zu stellen und zusammengefaßte Unternehmungen in Einzelunternehmungen zu zerlegen.

Die Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftsunternehmungen bedarf in jedem Einzelfall eines Gesetzes und gehört nicht zu den Befugnissen der staatlichen Marktaufsicht."

In der Sitzung vom 28. Mai⁶⁸ ging der Vorb. VA daher wieder vom Jellinekschen Entwurf aus. Seine wirtschaftspolitischen Formulierungen wurden allgemein als nicht ausreichend empfunden und daher durch zwei weitere Artikel ergänzt. Art. 24 (neue Fassung) regelte jetzt die grundsätzliche Gewährleistung des Privateigentums und die "klassische Enteignung". Im Protokoll vom 28. Mai hieß es dann weiter:

"Art. 24 a kommt neu hinzu:

- 1) Wo der Wirtschaftszweck besser ohne Eigentum des Unternehmers an Produktionsmittel erreicht werden kann oder wo die Ausübung des Eigentumsrechtes dem Gemeinwohl widerstreitet,

können geeignete Unternehmungen und Wirtschaftszweige durch Gesetz in Gemeineigentum überführt werden.

- 2) Eine entschädigungslose Überführung kann vom Landtag nur mit 2/3 seiner gesetzlichen Mitgliederzahl beschlossen werden.

Hierzu gibt Herr Bauer folgende Erklärung ab: Ich bin mit dem Inhalt dieser Formulierung nicht einverstanden und behalte mir das Recht, einen Änderungsvorschlag der nächsten Sitzung zu unterbreiten, der auf jeden Fall als Alternativvorschlag im Bericht an die Verfassungsgebende Versammlung beigefügt werden soll, vor.

Regierungspräsident Dr. Hoch schloß sich für seine Person diesem Vorbehalt an.

Art. 24 b kommt neu hinzu:

Vermögen, das die Gefahr des Mißbrauchs einer wirtschaftlichen Machtstellung in sich birgt, kann nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen unter staatliche Aufsicht gestellt, bei erwiesenem Mißbrauch eingezogen werden. Ob diese Voraussetzungen gegeben sind, unterliegt richterlicher Nachprüfung des Staatsgerichtshofes.

Herr Bauer erklärt zu diesem Artikel: Mit Rücksicht auf eine klare Formulierung des Artikels 24 a, die ich mir vorbehalte, halte ich den ganzen Artikel 24 b für überflüssig. Minister Venedey hält den letzten Satz des Artikels 24 b für überflüssig."

Eine Einigung in der Sozialisierungsfrage konnte also im Vorb. VA nicht erzielt werden. Die am 28. Mai beschlossenen Formulierungen wurden redaktionell noch einmal überarbeitet und ohne inhaltliche Abänderungen in 1. Lesung am 4. Juni⁶⁹ und in 2. und 3. Lesung am 11. und 18. Juni⁷⁰ verabschiedet. In 2. und 3. Lesung wurden entsprechend den Vorbehalten Bauers und Hochs die Artikel 17, 30 und 31 mit der Anmerkung

versehen: "Ein Teil des Verfassungsausschusses wünscht hier andere Bestimmungen und Formulierungen."⁷¹ In einer abschließenden Erklärung an die Militärregierung stellten die Mitglieder des Vorb. VA noch einmal klar, "daß die Arbeit des Verfassungsausschusses eine Diskussionsgrundlage darstellt, durch die kein Mitglied gebunden ist."⁷²

4.2. Die Wirtschaftsverfassung

Der Entwurf des Vorb. VA⁷³ war ein Kompromiß, auf den sich die vier Parteien nach langwierigen Verhandlungen verständigt hatten. Da es nicht möglich war, so unterschiedliche Wirtschafts-konzeptionen, wie sie SPD, KPD, CDU und LDP vertraten⁷⁴, in einem detaillierten Verfassungsentwurf zusammenzufassen, mußte der Kompromiß in der Ausklammerung aller wichtigen wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen bestehen, über die keine Einigung erzielt werden konnte: Die Frage des Wirtschaftsziels - private Gewinnerzielung oder Bedürfnisbefriedigung - wurde nicht angeschnitten, von Planung des Wirtschaftsprozesses durch staatliche oder gesellschaftliche Institutionen war an keiner Stelle des Entwurfs die Rede, und auch das Mitbestimmungsrecht kam über die allgemeinen Formulierungen des Art. 28 nicht hinaus.⁷⁵ Die Frage, ob die Mitbestimmung paritätisch sein sollte und ob sie sich nur auf

soziale und personelle Probleme eines Betriebes oder auch auf wirtschaftliche Entscheidungen beziehen sollte, blieb also offen.

Die von SPD, KPD und Teilen der CDU erhobene Forderung, eine neue sozialistische oder doch zumindest fortschrittlich demokratische Wirtschaftsverfassung zu schaffen, fand keinen Niederschlag im HE. Es war ein Entwurf "vorwiegend bürgerlich-liberaler Prägung"⁷⁶, der auf wirtschaftspolitischem Gebiet "ein völlig farbloses Produkt"⁷⁷ war.

4.3. Die Sozialisierungsbestimmungen

Der HE ging grundsätzlich von der Beibehaltung des privaten Eigentums aus. Einschränkungen waren nur nach den Artikeln 17 Absatz 2, 30 und 31 vorgesehen.⁷⁸ Rechtliche Grundlage einer möglichen Sozialisierung waren die vagen und unverbindlichen Bestimmungen der Artikel 30 und 31.⁷⁹ Nur bei einem nicht näher definierten Mißbrauch war eine Überführung in Gemeineigentum möglich. Die Artikel 30 und 31 verfolgten also nicht das Ziel, die rechtliche Handhabe für eine Umstrukturierung der Wirtschaftsverfassung zu geben, sondern eine mißbräuchliche Benutzung des Privateigentums zu verhindern. Lag kein Mißbrauch vor, sah der HE auch keine Notwendigkeit, Privateigentum in Gemeineigentum zu überführen.

Sozialisierung war also hier kein Mittel zur Durchsetzung einer bestimmten Wirtschaftspolitik, sondern ein notwendiges Korrektiv, das den "richtigen Gebrauch" und die grundsätzliche Erhaltung des privaten Produktiveigentums gewährleisten sollte. Diese bewußte Reduzierung der Sozialisierungsproblematik auf eine Mißbrauchsklausel entsprach einem Minimal-Konsens, dem nicht nur die CDU und die Mehrheit der SPD, sondern auch die LDP⁸⁰ zustimmen konnten und bei dem die KPD und Teile der SPD es bei der Ankündigung einer alternativen Regelung beließen.

Die Enttäuschung über den wirtschaftspolitischen Teil des HE war bei der SPD groß. Justizminister Zinn bezeichnete auf dem 1. Hessischen Gewerkschaftskongreß, am 24. August 1946, den Entwurf, an dem er selbst mitgearbeitet hatte, und die Vorentwürfe der anderen Länder als "professorale Wiedergaben dessen, was man früher in anderen demokratischen Ländern sah." "Die Wirtschaft der Zukunft kann nur eine Planwirtschaft sein und dieser Grundgedanke muß in der Verfassung verankert werden. Insofern sind die Verfassungsentwürfe, die uns bis jetzt bekannt geworden sind, völlig unzureichend."⁸¹

In einer von Zinn dem Gewerkschaftskongreß vorgelegten Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, hieß es zusammenfassend:

"Der vom Verfassungsausschuß vorgelegte Verfassungsentwurf, über den die Verfassungsgebende Landesversammlung von Groß-Hessen zur Zeit berät, kann nicht als geeignete Grundlage für eine kommende Verfassung anerkannt werden, da er

den berechtigten und unabdingbaren Forderungen der Werktätigen in keiner Weise entspricht. Eine Demokratie ohne Sozialismus ist in Deutschland nicht möglich. ..." 82

Adolf Arndt (SPD), 1946 Ministerialrat im hessischen Justizministerium, hielt die bisher erarbeiteten Verfassungsentwürfe der deutschen Länder für "weltfremd und unmodern, bar jeder politischen Konzeption."⁸³ Sie beschränkten sich darauf,

"eine Antiquitätensammlung der Grundrechte zur Schau zu stellen und eine Art Spielregel der Mehrheitsbildung zu statuieren. Wenn man sich einmal sehr kraß ausdrücken darf, so wird das Panoptikum der Grundrechte ein lebloses Wachsfigurenkabinett bleiben, solange man der Illusion anhängt, es genüge für die Verwirklichung der Freiheit, daß man sie durch ein innerstaatliches Organisationsgesetz proklamiere. Dann allerdings könnte man sich statt einer neuen Verfassung mit dem banalen Gesetz begnügen: Die Errichtung einer Diktatur ist verboten." 84

Der HE hat dennoch die weiteren Verfassungsarbeiten beeinflußt. Er war in der 2. und 3. Sitzung der Verfber. LV, am 5. und 6. August 1946, die Vorlage für die 1. Lesung einer Verfassung für Groß-Hessen. Sein Aufbau wurde im wesentlichen in die Hessische Verfassung übernommen. Allerdings spielten die wirtschaftspolitischen Bestimmungen des HE keine Rolle mehr. Die Verfber. LV ersetzte sie durch wesentlich ausführlichere und konkretere Normierungen.

E. DIE WIRTSCHAFTS- INSBESONDERE DIE SOZIALI-
SIERUNGSKONZEPTIONEN DER VIER IN DER VER-
FASSUNGBERATENDEN LANDESVERSAMMLUNG VERTRETENEN
PARTEIEN UND IHRE UMSETZUNG IN VERFASSUNGS-
ENTWÜRFE

Bis zum Sommer 1946 hatten die vier großen Parteien in Hessen ihre wirtschaftsverfassungsrechtlichen Vorstellungen ausgearbeitet. In Wahlaufrufen, programmatischen Stellungnahmen und Verfassungsentwürfen legten sie ihre Wirtschaftskonzeptionen dar, die sie in die Verfber. LV einbringen und für deren Durchsetzung, d.h. Verankerung in der Hessischen Verfassung, sie sich einsetzen wollten.

Die Auseinandersetzungen um eine neue Wirtschaftsverfassung und insbesondere um die Sozialisierung in der Verfber. LV sind nur auf dem Hintergrund dieser wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der Parteien verständlich. Aufgrund des Themas dieser Arbeit stehen hier die Fragen im Vordergrund, wie sich der Willensbildungsprozeß innerhalb der vier Parteien vollzog, welche inhaltlichen Zielvorstellungen mit der Sozialisierung verfolgt wurden und welche Motivationen den einzelnen Sozialisierungskonzeptionen zugrundelagen.

I. Die Konzeption der SPD¹

1. Die Entstehungsgeschichte

Die SPD war aus den Frühjahrswahlen 1946 als stärkste Partei hervorgegangen. Ihren Vorstellungen über eine neue Wirtschaftsverfassung kam daher für die weitere Entwicklung entscheidende Bedeutung zu.

In allen Stellungnahmen und Aufrufen vom Herbst 1945 und Frühjahr 1946, die sich auch mit wirtschaftspolitischen Fragen befaßten, setzte sich die hessische SPD für die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ein. Die ersten programmatischen Äußerungen waren aber noch so allgemein gehalten, daß sich aus ihnen eine umfassende Wirtschaftskonzeption nicht entnehmen ließ.² Erst nachdem die amerikanische Direktive vom 4. Februar 1946 die Einsetzung eines Vorb. VA und die Wahl der Verfber. LV ankündigte, kam innerhalb der hessischen SPD die programmatische Diskussion um eine neue Wirtschaftsverfassung in Gang.

"Schon in der ersten Hälfte des März" brachte Caspary "einen ersten Diskussionsentwurf heraus mit dem ausgesprochenen Zweck, durch die Herausstellung der Probleme die Diskussion in der hessischen SPD zu entzünden."³ Der Entwurf übernahm in Art. 90 fast wörtlich den Art. 153 Weimarer Verfassung, der den grundsätzlichen Schutz des

Privateigentums und die "klassische" Enteignung regelte, und in Art. 103 ebenfalls fast wörtlich den Art. 156 WV, der die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln für zulässig erklärte.⁴

Anfang April 1946 setzten die hessischen Sozialdemokraten einen Verfassungsausschuß ein⁵, der sich in mehreren Sitzungen zunächst mit dem Entwurf Casparys befaßte und der sich nach dem SPD-Parteitag in Hannover vom 9. - 11. Mai 1946 um eine Konkretisierung der dort gefaßten Beschlüsse und um ihre Umsetzung in einen Verfassungsentwurf bemühte.⁶ Casparys Entwurf fand in der Partei wenig Beifall. Er wurde auf einer Tagung der SPD in Gießen am 3. April⁷ und auf der 1. und 2. Sitzung des Verfassungsausschusses der SPD am 17. April in Gießen und am 4./5. Mai in Hochwaldhausen besprochen⁸, aber als zu wenig "sozialistisch" abgelehnt.⁹

Auf der Tagung in Hochwaldhausen beschloß der Verfassungsausschuß präzisere und umfangreichere Sozialisierungsmaßnahmen, als Caspary sie vorgesehen hatte:

"6.a. Die Bodenschätze und die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der Energiewirtschaft, der Post, der Eisen- und Straßenbahnen, der Kinos und der Rundfunk sind Gemeineigentum. Ihre Organe üben ihre Funktionen als Treuhänder des Staates, bis die erforderlichen Ausführungsgesetze erlassen sind.

b. Die übrigen Grundstoffindustrien, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die

Großbetriebe, alle Betriebe der Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrien, die zum Großbetrieb oder zum Monopolbetrieb drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen."

Ansonsten sollte das Privateigentum beibehalten werden:

- "f. Die Klein- und Mittelbetriebe der bürgerlichen Wirtschaft, des Handwerks, des Handels und des Gewerbes dürfen nicht in Gemeineigentum überführt werden.
- g. Das Privateigentum, insbesondere das Hab und Gut, das dem persönlichen Leben oder der eigenen Arbeit dient, ist gewährleistet." 10

Auf diesen Beschlüssen aufbauend, ließ Justizminister Zinn in seinem Ministerium einen Verfassungsentwurf anfertigen, der "als Gegenentwurf bzw. Ergänzung des Entwurfs des Genossen Caspary gedacht ist."¹¹ Der Umfang der Sozialisierungsmaßnahmen kraft Verfassung war in diesem Entwurf geringer, und der Auftrag, bestimmte Industriezweige später durch einfaches Gesetz in Gemeineigentum zu überführen, war durch eine Generalklausel ersetzt.¹²

Auf der 3. Sitzung des Verfassungsausschusses der SPD, am 30. Mai in Hochwaldhausen, standen die vorläufigen Beschlüsse vom 4./5. Mai und der Entwurf des Justizministeriums zur Diskussion. Die hier verabschiedeten endgültigen "Beschlüsse des Verfassungsausschusses der SPD Groß-Hessen", auch "Hochwaldhäuser Beschlüsse" genannt, die zur verbindlichen Richtlinie für die Partei erklärt wurden, folgten weitgehend dem Entwurf des

Justizministeriums.¹³ Punkt IV. c. und d. der Beschlüsse deckten sich inhaltlich und nahezu auch wörtlich mit Art. 21 des o.a. Entwurfs.¹⁴

Die Diskussion um den Umfang der Sozialisierungsmaßnahmen und die Formulierung der entsprechenden Verfassungsartikel war damit aber keineswegs abgeschlossen. Caspary legte am 2. Juli einen weiteren Verfassungsentwurf vor, der die Hochwaldhäuser Beschlüsse in der Sozialisierungsfrage - bis auf kleinere redaktionelle Änderungen - vollständig übernahm.¹⁵ Der Entwurf brachte also für den hier interessierenden Fragenkomplex keine neuen Vorschläge und Formulierungen.

Im Justizministerium wurde ein zweiter Entwurf ausgearbeitet, der die Ausführungen des ersten - unter Berücksichtigung der Hochwaldhäuser Beschlüsse - noch einmal redaktionell überarbeitete, ansonsten aber im wirtschafts- und sozialpolitischen Teil keine neuen Vorstellungen entwickelte.¹⁶ Dieser zweite Entwurf des Justizministeriums diente als Vorlage für den im Juli erstellten offiziellen SPD-Entwurf von Justizminister Georg August Zinn und seinem Ministerialrat Adolf Arndt.¹⁷

Weitere Entwürfe der hessischen SPD hat es nicht gegeben.¹⁸ Es sind auch "keine zusätzlichen Gutachten und keine zusätzlichen Stellungnahmen ausgearbeitet worden, so daß auch keine weiteren, dem Entwurf (von Zinn/Arndt, d.V.) zugrundeliegenden Materialien, vorhanden sein dürften."¹⁹

2. Die Wirtschaftsverfassung

Der Zinn/Arndt-Entwurf stellte den Abschluß der parteiinternen Auseinandersetzungen und die offizielle Meinung der SPD zu Beginn der Verhandlungen in der Verfber. LV dar. Er enthielt die endgültige Umsetzung des wirtschaftspolitischen Programms in verfassungsrechtliche Normen und gab Aufschluß über die gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der hessischen SPD.²⁰

Die Wirtschaftskonzeption der hessischen SPD, wie sie im Zinn/Arndt-Entwurf zum Ausdruck kam, war gekennzeichnet durch die Ausrichtung des Wirtschaftsablaufs auf das Ziel, Produktion und Verteilung am Bedarf zu orientieren, und durch die dazu für erforderlich gehaltenen Mittel: Staatliche Wirtschaftsplanung, Mitbestimmung und Teilsozialisierung. Die allein am Gewinn orientierte private Wirtschaft wurde nicht für fähig gehalten, das angestrebte Wirtschaftsziel zu erreichen. Erst durch das planende Eingreifen des Staates und durch die Kontrolle des gesamten Wirtschaftsprozesses konnte eine neue sozialistische Wirtschaftsordnung aufgebaut werden.²¹

Ziel der Wirtschaftsordnung sollte nicht mehr die bestmögliche Kapitalverwertung um jeden Preis und das individuelle Gewinnstreben, sondern die Bedarfsdeckung und die Befriedigung der lebenswichtigen Bedürfnisse sein. Daher hieß es im Art. 32 Zinn/Arndt-Entwurf:

- "1. Die Wirtschaft ist sozialistisch. Sie hat die Aufgabe, dem Wohlstand aller zu dienen.
2. Die Erzeugung richtet sich nach dem Bedarf. Sie wird planmäßig gelenkt und hat alle Erzeugungsmöglichkeiten sinnvoll auszunutzen, sowie jedermann die Möglichkeit zur Arbeit zu bieten.
3. ...
4. Ziel der Verteilung ist die gerechte Versorgung eines jeden mit den Gütern, die ihn vor Not schützen und das Leben lebenswert machen."

Ein wichtiges Mittel zur Erreichung des Wirtschaftsziels war der staatliche Wirtschaftsplan.²² Er "muß alle Maßnahmen vorsehen, die zur Erreichung der Ziele einer Bedarfsdeckungswirtschaft eine sinnvolle und gerechte Erzeugung und Verteilung der notwendigen Wirtschaftsgüter gewährleisten."²³ Der Wirtschaftsplan stellte also die Produktionsziele auf (Menge der herzustellenden Maschinen, Konsumgüter etc. innerhalb einer bestimmten Zeit) und legte damit den Rahmen der volkswirtschaftlichen Entwicklung fest. Die Art und Weise der Produktion und Verteilung sollte sowohl durch marktwirtschaftliche als auch durch planwirtschaftliche Elemente geregelt werden. "Der Ausschluß monopolistischer Wirtschaftsbestrebungen, die Verhinderung einer fessellosen Konkurrenz und in diesem Rahmen die Entfaltung des echten Unternehmergeistes muß ebenso beachtet werden, wie der Grundsatz, daß Planwirtschaft kein Selbstzweck ist."²⁴

Art. 37 Zinn/Arndt-Entwurf regelte die Teilnahme der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften am Produktionsprozeß. Er sah ein paritätisches Mitbestimmungsrecht in den Fragen der Arbeitsordnung vor und sprach den Arbeitnehmern in privaten Unternehmen ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht nicht nur in sozialen und personellen Fragen, sondern auch in wirtschaftlichen Fragen des Betriebes zu.²⁵

3. Die Sozialisierungsbestimmungen

Der Zinn/Arndt-Entwurf ging von privatem und öffentlichem Eigentum an den Produktionsmitteln aus. Er verbot bei kleineren und mittleren Unternehmen eine Sozialisierung²⁶ und sah Eingriffe in das private Produktiveigentum, das in Art. 38 definiert wurde²⁷, durch die Schaffung genossenschaftlichen Eigentums²⁸ und durch die Sozialisierung von Groß- und Schlüsselunternehmen²⁹ vor.

Für die dieser Arbeit zugrunde liegende Frage, ob durch Sozialisierungen "private Verfügungsmacht beseitigt, eingeschränkt oder etwa stabilisiert werden sollte"³⁰, ist also entscheidend, was die hessische SPD konkret unter "Sozialisierung" verstand, wie sie inhaltlich ausgestaltet und aus welchen Motiven heraus sie erfolgen sollte.

Den Sozialisierungsforderungen der hessischen SPD lagen im wesentlichen zwei Motive zugrunde: Zum einen sollten als Reaktion auf den Faschismus wirtschaftliche Machtgebilde zerschlagen und zum anderen sollten Ansätze für eine neue sozialistische Wirtschaftsordnung geschaffen werden.

Insbesondere nach den Erfahrungen im Dritten Reich spielte für die hessische SPD das Ziel, die wirtschaftlichen Machtpositionen der großen Konzerne zu brechen, eine wesentliche Rolle. Das Großkapital hatte dem Nationalsozialismus zur Macht verholfen, es war an der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und an der Vorbereitung und Durchführung des II. Weltkrieges maßgeblich beteiligt gewesen. Nur seine Beseitigung konnte verhindern, daß der Faschismus jemals wieder eine politische Macht werden würde. "Es ist notwendig, daß der Kohlenbergbau sozialisiert wird, und daß auch bestimmte andere Industrien sozialisiert werden. Wir werden das umso mehr tun, als gerade die Besitzer dieser Industrien es gewesen sind, die den Hitlerismus gefüttert haben. Sie haben Hitler Geld gegeben, damit er sein Riesenprogramm durchführen könne, weil sie hinter diesem Programm die Möglichkeit der Aufrüstung sahen, bei der sie Riesenverdiener wurden."³¹ Insoweit waren Sozialisierungen Abwehrmittel gegen antidemokratische Bestrebungen, die einer antifaschistischen Grundhaltung entsprachen. Sie richteten sich gegen Machtkomplexe, die den Faschismus begünstigt hatten und deren weitere Existenz den Frieden bedrohte.

Das langfristige Ziel der Sozialdemokraten war die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. In diesem Zusammenhang kam der Wirtschafts- und hier wiederum der Eigentumsverfassung eine entscheidende Bedeutung zu.

Eine Änderung der kapitalistischen Eigentumsordnung war nur für den Bereich der Groß- und Schlüsselindustrien vorgesehen. Einerseits sollten die Betriebe, die für die Versorgung der Bevölkerung und der Industrie lebensnotwendig waren - Energiewirtschaft, Verkehrswesen, Post - nicht mehr von privater Hand betrieben werden. Die Versorgung mit diesen Gütern und Dienstleistungen sollte im Interesse der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung in jedem Fall sichergestellt sein, auch wenn diese Wirtschaftszweige unrentabel werden, also keinen Gewinn mehr erwirtschaften sollten.

Andererseits sollten Bergbau, Eisen- und Stahlherzeugung als die bedeutendsten Schlüsselindustrien sozialisiert werden. Die Wirtschaft jedes Industriestaates war auf sie angewiesen und damit auch von ihren privaten Eigentümern abhängig. Durch Sozialisierung der - auch für die Kriegswirtschaft entscheidend wichtigen - Schlüsselindustrien sollte ein bestimmender Einfluß staatlicher und gesellschaftlicher Organe auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und auf Art und Umfang der Produktion, die keinerlei Kriegszwecken mehr dienen sollte, sichergestellt werden. Hinzu kam die Sozialisierung der Banken. Sie

bedeutete einen maßgeblichen Einfluß auf das Investitionsverhalten der Wirtschaft.³²

Die Sozialisierungsforderung galt vordringlich und als Sofortmaßnahme für diese in Art. 40 Zinn/Arndt-Entwurf namentlich aufgeführten Wirtschaftszweige. Langfristig gesehen, sollten aber alle Unternehmen, "die ihrer Größe oder Bedeutung nach besondere politische oder wirtschaftliche Macht gewähren oder für die Allgemeinheit, insbesondere wegen ihrer Monopolstellung lebensnotwendig sind" (Art. 39 Absatz 1 Zinn/Arndt-Entwurf), in Gemeineigentum überführt werden.³³

Im Vordergrund der neuen Wirtschaftsverfassung stand das Ziel, einen bestimmenden Einfluß staatlicher und anderer demokratisch kontrollierter Organe auf die Entscheidungsprozesse der Wirtschaft zu gewinnen, private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel also einzuschränken, um eine Produktion nach den Bedürfnissen der Gesellschaft und nicht nach den Gewinninteressen der privaten Eigentümer sicherzustellen. Konnte dieses Ziel bei den Groß- und Schlüsselindustrien nur durch Sozialisierung erreicht werden, so sahen die hessischen Sozialdemokraten für den Bereich der kleineren und mittleren Betriebe eine Kontrolle durch den staatlichen Wirtschaftsplan als ausreichend an. Das private Eigentum und damit die freie Verfügungsgewalt im Rahmen des staatlichen Wirtschaftsplanes wurden daher ausdrücklich garantiert (Art. 42 Zinn/Arndt-Entwurf).³⁴

Zur inhaltlichen Ausgestaltung der Sozialisierung machte der Zinn/Arndt-Entwurf keine Ausführungen. Er sprach lediglich von der Überführung in Gemeineigentum. Fest stand, daß die privaten Eigentümer enteignet und das Eigentum an den sozialisierten Betrieben auf neue Rechtsträger übergehen sollte. Wer jetzt aber diese neuen Rechtsträger sein sollten, ob der Staat³⁵, ob das Volk³⁶ oder ob Produzenten und Konsumenten unter Beteiligung des Staates³⁷, blieb unklar.

II. Die Konzeption der CDU³⁸

1. Die Entstehungsgeschichte

Die CDU ist - wie die anderen Parteien auch - auf lokaler Ebene gegründet worden, ohne daß es zunächst Kontakte zu anderen CDU-Ortsgruppen gab. Daher wurden in den örtlichen Parteiprogrammen - entsprechend den noch völlig unklaren Zielsetzungen der Partei - die verschiedensten Ansätze bei der Gestaltung der zukünftigen Wirtschaftsverfassung vertreten³⁹, bevor die Frankfurter Leitsätze vom September 1945 die programmatische Entwicklung überwiegend bestimmten. Vom November/Dezember 1945 bis zum Frühjahr 1946 forderte die CDU in ihren politischen Stellungnahmen die Verwirklichung des "christlichen Sozialismus", wie er in den Frankfurter Leitsätzen niedergelegt war:

"Wir bekennen uns zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage, und zwar in folgender Form: Wir erstreben die Überführung gewisser großer Urproduktionen, Großindustrien und Großbanken in Gemeineigentum. Wir wollen ferner, daß die Wirtschaft im großen einheitlich und planvoll gelenkt werde, weil nur dadurch Fehlanzeigen und Verschwendung volkswirtschaftlichen Gutes verhindert und ein Wiederaufbau nach sozialen und gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgesichtspunkten, und nicht nur nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen gesichert werden kann. Deshalb wollen wir vor allem eine öffentliche Kontrolle und Lenkung der Kapitalanlage, soweit ein Interesse der Allgemeinheit daran vorliegt. ...

Sinn und Zweck aller sozialistischen Maßnahmen ist nicht die Verstärkung der Macht des Staates oder gar seiner Kriegsmacht, wie es in den nationalsozialistischen und anderen Wirtschaften der Fall war, sondern ihr unmittelbares Ziel ist die Schaffung eines nach dem Stande der Technik und der besonderen Lage Deutschlands möglichst hohen Wohlstandes der breiten Masse unseres Volkes, auf die Dauer auch die Schaffung neuen Eigentums für die besitzlosen Schichten, weil nur auf der Grundlage dieses Eigentums ein gesundes Familienleben wachsen kann." 40

Diese Grundgedanken wurden in den Formulierungen, die sie auf dem ersten Reichstreffen der CDU in Bad Godesberg vom 14. - 16. Dezember 1945 gefunden hatten⁴¹, in das offizielle - bei der hessischen Militärregierung eingereichte - Parteiprogramm und in die Wahlaufrufe zur Gemeindewahl im Januar 1946 übernommen.⁴²

Auch für die CDU galt, daß die verfassungspolitische Diskussion in der Partei erst mit der Februar-Direktive der amerikanischen Militärregierung konkretere Formen annahm. Im Gegensatz zur

SPD lag aber der hessischen CDU zu diesem Zeitpunkt bereits ein Programm - die Frankfurter Leitsätze - vor, das nicht nur zur Wirtschaftsverfassung und zur Sozialisierungsfrage, sondern zu allen politischen Grundsatzfragen detailliert Stellung nahm und das als Vorlage für einen Verfassungsentwurf hätte dienen können. Die in ihm niedergelegten politischen Zielvorstellungen entsprachen zwar den Ansichten des Frankfurter Intellektuellenkreises und des Gewerkschaftsflügels der Partei, nicht aber denen der Parteiführung, die sich in ihrer Spitze ausschließlich aus Vertretern der Industrie- und Handelskammern zusammensetzte. Von der Parteispitze wurde daher die Notwendigkeit betont, einen Gegenentwurf zu den Frankfurter Leitsätzen auszuarbeiten. Da es in der CDU - im Gegensatz zur SPD - "(...) bis zum Beginn der Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung keinen Verfassungsaus-schuß gegeben (hat)"⁴³, mußte der Gegenentwurf ohne die Möglichkeit eines parteiinternen Diskussionsforums von Einzelpersonen ausgearbeitet werden.

Erst sehr spät, Anfang Juli 1946, wurde von Ulrich Noack, dem persönlichen Referenten von Ministerpräsident Geiler, und von Paul Kremer die Arbeit an einem Verfassungsentwurf der CDU begonnen. "Protokolle, Gutachten oder andere Materialien für diese Vorbereitungsarbeiten hat es nicht gegeben."⁴⁴ Als Grundlage dienten die meist konservativen Denkschriften, die - unter starkem Einfluß Noacks - der Vorb. VA angefordert

hatte.⁴⁵ In einem Schreiben Noacks an Hilpert hieß es dazu:

"Ich habe inzwischen auch festgestellt, daß Sie von den 35 Denkschriften, die ich bearbeitet habe, diejenige für den Standpunkt der C.D.U. als offiziellen Standpunkt anerkannt haben, die auch mir bei der Durcharbeitung als eine der allerbesten erschien. Sie machten mich ja bereits auf Dr. Kremer aufmerksam. Neben ihm scheint mir noch die Denkschrift von Minister Kirnberger und dem Dekan der juristischen Fakultät in Gießen unsern Standpunkt am besten zu begründen.

Es käme nun darauf an, diese Gedanken zu einem einheitlichen und vollständigen Verfassungsentwurf der C.D.U. zu verarbeiten und ihn Mitte Juli der verfassungsberatenden Versammlung vorzulegen. Noch würde die zur Verfügung stehende Zeit ausreichen, wenn sofort und intensiv gehandelt würde. Ich schlage vor, daß die genannten Herren mit Dr. v. Brentano und mir sich in den ersten beiden Juliwochen zu einem Konklave zusammenfinden und nicht eher auseinandergehen, als bis das Werk vollendet ist. ..."⁴⁶

Allerdings ist es dann nur zu einer Zusammenarbeit von Noack und Kremer gekommen.⁴⁷ Als Ergebnis ihrer Beratungen legten sie Mitte Juli einen "außerordentlich umfangreiche(n) Entwurf" vor, der "in weiten Teilen eine idealistische und pathetische Denkschrift über die Grundlagen des neuen demokratischen Staates" war.⁴⁸

In seinem "Grundartikel VII (Wirtschafts- und Sozialverfassung, der Einzelne in der Gemeinschaft)" stellte der Entwurf Grundsätze für die Eigentumsordnung auf:

"Die Vorherrschaft des Groß-Kapitals, der privaten Monopole und Konzerne hat ihr Ende gefunden. Eine einseitige Überführung von Produktionsmitteln in Gemeinwirtschaft und Gemeinbesitz droht aber den Einzelnen zu erdrücken. Es darf nicht in dem Umfang sozialisiert werden, daß ein großer Teil des Volkes vom Staat und der jeweiligen Regierung wirtschaftlich abhängig wird, denn dies müßte zu einer gefährlichen Einschränkung der persönlichen Freiheit führen. Die völlige Verstaatlichung von Groß-Unternehmen mit Monopolcharakter schaffte eine noch mächtigere Monopolstellung, da sie zugleich mit p o l i t i s c h e r (Hervorhebung im Original, d.V.) Macht verbunden ist. Das ideale Ziel ist die Bildung möglichst vieler selbständiger, kleinerer und mittlerer Existenzen. ...

Die Anerkennung des Privateigentums und die daran begründete Unternehmerinitiative ist auch im Rahmen einer notwendigen Planwirtschaft beizubehalten, denn die private Initiative ist ein wirksames Mittel zur Verbesserung der Gütererzeugung. Gesetzlicher Zwang im Sinne einer Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen soll nur zulässig sein, zur Sicherstellung überragender Forderungen des Gemeinwohls.

Die Bodenschätze, die Energieerzeugung, sowie das Bank- und Versicherungswesen müssen grundsätzlich unter staatliche Aufsicht gestellt werden." 49

Der Königsteiner Entwurf stieß zwar weder bei der Militärregierung noch bei der CDU-Fraktion der Verfber. LV auf Zustimmung, hat aber die Diskussion innerhalb der CDU nachhaltig beeinflusst.⁵⁰ Auch die später vorgelegte gekürzte Fassung des "Königsteiner Entwurfs"⁵¹ fand keine allgemeine Zustimmung. Daher mußte unverzüglich eine neue Ausarbeitung begonnen werden. "Der Königsteiner Entwurf wurde auf Veranlassung der

CDU-Fraktion zu dem sogenannten 'Wiesbadener Entwurf'⁵² gekürzt und überarbeitet, der die offizielle Meinung der CDU-Fraktion darstellte."⁵³

Der erste und der gekürzte Noack/Kremer-Entwurf, der Wiesbadener- und der Kanka-Entwurf (vgl. Anm. 53 dieses Kapitels) waren ohne Ausnahme Arbeiten, die von Einzelpersonen bzw. der CDU-Fraktion auf Veranlassung der CDU-Spitze entworfen worden waren. Sie waren nur einem kleinen CDU-Kreis bekannt und spielten lediglich eine parteiinterne Rolle. In der Öffentlichkeit und vor allem im Wahlkampf zur Verfber. LV propagierte die CDU Konzeptionen, die sich in der Regel eng an die Frankfurter Leitsätze anlehnten. Hier kam drei Veröffentlichungen eine größere Bedeutung zu, die als Vorlage für die "Leitsätze der CDU zur neuen Verfassung" dienten, der partei-offiziellen Version des "christlichen Sozialismus" in Hessen.

Köhler, 2. Landesvorsitzender der CDU, war als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens mit für die Denkschrift "Die Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen der amerikanisch besetzten Länder" vom August 1946 verantwortlich⁵⁴, in der jede Sozialisierung abgelehnt wurde, die nicht aufgrund eines "Mißbrauch(s) einer wirtschaftlichen Monopolstellung", sondern "aus allgemeinen wirtschaftspolitischen Motiven" heraus erfolgen sollte.⁵⁵ Jetzt setzte er sich vor der Wahl

öffentlich für einen "christlichen Sozialismus" ein:

"Das Privateigentum findet aber dort seine Grenzen, wo es zum Werkzeug der Macht über andere, über die Mitmenschen werden kann und wird. ...

So entsteht als selbstverständliche erste Forderung eines Sozialismus aus christlicher Verantwortung die Notwendigkeit, die Macht des Staates über alle Bodenschätze und Schlüsselproduktionen, insonderheit Kohlen, Eisen und Metalle, sicherzustellen. Das Gleiche gilt gegenüber allen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen, die wie etwa auf dem Gebiet der Kapitalbeschaffung und Kapitalanlage oder auch auf dem Gebiet der Versicherungswirtschaft überwiegende und übermächtige Monopolstellungen zu fördern geeignet sind." 56

Hilpert, 1. Landesvorsitzender der CDU, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Frankfurt und ebenfalls an der o.a. Denkschrift beteiligt⁵⁷, gab in der ersten Nummer der Partei-Zeitschrift "Die Freiheit" vom Juli 1946 einen vorläufigen Entwurf zum "neuen Sozialismus" bekannt, der kurze Zeit vorher auf der letzten Kreis-Delegierten-Versammlung in Heppenheim von der Landesleitung vorgetragen worden war:

"Das Hauptziel des neuen Sozialismus muß sein, den Nichtbesitzenden einen Anteil am Volkseinkommen und Volksvermögen zu sichern. Dazu ist vor allem notwendig, daß das Eigentum dort, wo es übermäßig zusammengeballt ist und die Verbindung zwischen Eigentum und menschlicher Person sich gelöst hat, in Eigentum der Gesamtheit verwandelt wird. Zu diesem nicht mehr persönlich gebundenen Eigentum gehört z.B. das Eigentum an den Bodenschätzen, den Wasserkraften, den großen Versorgungsbetrieben,

(Elektrizität, Gas, Wasser) aber auch der Schwerindustrie, den Großbanken, den Versicherungs- und sonstigen anonymen Gesellschaften. ..." 58

Auch der Frankfurter Intellektuellenkreis meldete sich kurz vor der Wahl der Verfber. LV noch einmal zu Wort. Prägnanter als der Heppheimer Entwurf stellte knappstein den "wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage"⁵⁹ als einheitliche Wirtschaftskonzeption dar und verarbeitete gleichzeitig die seit Veröffentlichung der Frankfurter Leitsätze erfolgte Diskussion:

"Sozialismus aus christlicher Verantwortung ist kein leeres Schlagwort, kein wirklichkeitsfremdes Hirngespinnst, aber auch kein täuschendes Lockmittel. Es ist vielmehr ein System praktischer wirtschaftspolitischer Maßnahmen, deren wichtigste die folgenden drei sind: 1. Die Sozialisierung ... 2. Die Planwirtschaft ... 3. Die Einordnung der Arbeitnehmerschaft ...

Wir wünschen die Sozialisierung, (das heißt: Überführung in Gemeineigentum) des privaten Groß- und Schlüsseleigentums; das nicht mehr bloß einer Person oder Familie zu deren Erhaltung und Entfaltung zugeordnet bleiben darf, um dann vielfach in erster Linie ein Instrument zur Beherrschung anderer Menschen und des Staates zu bilden. Wir fordern die Überführung dieses Besitzes in Gemeineigentum aus zwei Gründen des Gemeinwohles: um den immer wieder erwiesenen politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht und seine verheerenden Folgen künftig zu verhindern; ferner um den eigentumslosen Millionenmassen unseres Volkes durch Anteil an den Gütern dieser Erde die wirtschaftliche Grundlage eines gesicherten Familienlebens zurückzugeben.

Zum Groß- und Schlüsseleigentum gehören vor allem die Bodenschätze (Bergwerke), die

Schwerindustrie, die Großbanken und die Industriekonzerne aller Wirtschaftszweige. In keinem Fall gehören dazu: der Bauernhof, die Werkstätte des Handwerkers, der Laden des Kaufmanns, der mittlere und kleinere Fabrikbetrieb." 60

Diese drei Publikationen dienten als Vorlage für die offiziellen "Leitsätze der CDU zur neuen Verfassung"⁶¹, die wenige Tage vor der Wahl in der wichtigsten damaligen Zeitung, der Frankfurter Rundschau, veröffentlicht wurden. Während die SPD ihr Konzept geschlossen vertrat und ihr auch eine vollständige Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen in den Verfassungsentwurf von Zinn/Arndt gelang, stand die CDU also weder geschlossen hinter einem Konzept, noch gelang ihr eine Umsetzung in einen einheitlichen Verfassungsentwurf. Es waren zwei Grundkonzeptionen, die innerhalb der hessischen CDU vertreten wurden und die ihren parteioffiziellen Ausdruck im Wiesbadener Entwurf und in den "Leitsätzen" fanden.

2. Die Wirtschaftsverfassung

Die Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess, das Ziel der Wirtschaft und die Funktion von staatlicher Planung, Mitbestimmung und Sozialisierung von Unternehmen wurden von den beiden Konzeptionen unterschiedlich eingeschätzt.

Der Grundgedanke des Wiesbadener Entwurfs war die Beschränkung staatlichen Handelns auf ein Minimum (Art. 56). Da die Wirtschaft in der Lage sei, ohne Eingriffe des Staates einen harmonischen Wirtschaftsablauf zu garantieren und die Bevölkerung ausreichend mit den notwendigen Produkten zu versorgen, konstatierte Art. 52:

"Jedermann ist frei, Vermögen, vor allem Eigentum zu erwerben. Er kann darüber nach seinem Belieben verfügen."

Der Staat sollte sich auf unterstützende Maßnahmen wirtschafts- und sozialpolitischer Art beschränken und den grundsätzlich autonomen Wirtschaftsablauf garantieren.⁶² Wirtschaftsziel blieb die private Gewinnerzielung. Planwirtschaft, Mitbestimmung und Sozialisierung wurden im Wiesbadener Entwurf als Mittel der Wirtschaftspolitik zwar erwähnt, ihre Inhalte aber bezeichnenderweise nicht näher konkretisiert:

"Den unselbständig Arbeitenden ist durch ihre Organisationen ein angemessener Anteil an der Planung und Lenkung der Wirtschaft und über die Betriebsvertretungen ein angemessener Anteil am Ertrag und der Lenkung der Betriebe zu sichern." 63

Im Gegensatz zum Wiesbadener Entwurf versuchten die "Leitsätze" einen Mittelweg zwischen den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des rechten und linken Parteiflügels zu finden und die jeweiligen Forderungen in ein Gesamtprogramm zu integrieren. Zur Frage des Wirtschaftsziels, der

Mitbestimmung und der Planwirtschaft hieß es in den "Leitsätzen":

"Da in der Zukunft die Wirtschaftenden sich mehr denn je ihrer Verantwortung gegenüber dem verarmten Volk bewußt sein müssen, da niemand mehr das Recht zugestanden werden darf, allein an seinen eigenen Profit zu denken, fordern wir, daß die Arbeiter durch ihre Organisationen und über die Betriebsvertretungen in den Betrieben und in den sonstigen Körperschaften die Planung und Lenkung der Wirtschaft mitzubestimmen haben."

Das Ziel der Gewinnerzielung sollte also zugunsten einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung eingeschränkt werden. Gleichzeitig sollten die Arbeiter Planung und Lenkung der Wirtschaft mitbestimmen. Diese Rechte wurden allerdings sofort wieder eingeschränkt:

"Da nach unserer Auffassung im Mittelpunkt des politischen Lebens die freie Persönlichkeit steht, die allerdings ihre Grenzen dort findet, wo das Wohl des Mitmenschen beeinträchtigt wird, fordern wir auch für die Wirtschaft volle Entfaltung der frei planenden und schaffenden Persönlichkeit des unternehmenden Menschen." 64

Wie jetzt der Anteil der Arbeiter an Planung und Lenkung ausgestaltet werden und wie weit das Recht "der frei planenden und schaffenden Persönlichkeit des unternehmenden Menschen" gehen sollte, wurde nicht weiter ausgeführt.⁶⁵ Auch die Frage, wie denn "die Planung und Lenkung der Wirtschaft" aussehen sollte, fand keine weitere Erörterung.⁶⁶

3. Die Sozialisierungsbestimmungen

Auch in der Eigentums- und Sozialisierungsfrage vertraten die beiden Konzeptionen unterschiedliche Auffassungen. Der Wiesbadener Entwurf ging grundsätzlich von der Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln aus⁶⁷ und sah lediglich eine Enteignung bei Mißbrauch gegen angemessene Entschädigung vor:

Art. 53: "Der Mißbrauch der Vermögensrechte und darauf gegründeter Macht ist unzulässig. Er ist durch Gesetz auszuschließen. Soweit notwendig, werden bestimmte Unternehmungen - was durch Gesetz beschlossen sein muß - beaufsichtigt oder in Gemeineigentum überführt."

Art. 54: "Der Staat darf nur in gesetzlich geregeltem Verfahren enteignen und muß den Betroffenen angemessen entschädigen."

Ähnlich unverbindlich wie die Art. 30 und 31 HE ging der Entwurf nicht weiter auf die Sozialisierungsproblematik ein. Art. 53 war lediglich ein notwendiges Korrektiv zur Erhaltung der kapitalistischen Eigentumsordnung. Der Staat sollte die Möglichkeit haben, der Aushöhlung des Wettbewerbs durch Kartelle und Monopole notfalls mit den Mitteln der Enteignung entgegen zu wirken; nur so ließ sich langfristig gesehen das private Produktiveigentum garantieren. Änderungen in der überlieferten Wirtschaftsverfassung durch öffentliche Kontrolle von Schlüsselunternehmen

als Reaktion auf die Zusammenarbeit von Staat und Großkapital im Dritten Reich erwähnte der Entwurf nicht. Er vertraute ausschließlich auf die Kräfte einer sich selbst überlassenen Wirtschaft. Das Motiv des sehr vage formulierten Art. 53 war daher nicht, private Verfügungsmacht einzuschränken, sondern sie zu stabilisieren.⁶⁸

Auch die "Leitsätze" gingen grundsätzlich von der Beibehaltung des privaten Produktiveigentums aus.⁶⁹ Enteignungen waren bei "unpersönlich gewordenem Eigentum" vorgesehen:

"Eigentum, das nicht mehr einer Person oder einer Familie zu deren Erhaltung und Entfaltung deutlich zugeordnet und damit für sie notwendig ist, wird in der Wirklichkeit fast stets zu einem Instrument der Beherrschung anderer Menschen oder sogar des Staates. Um den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern und insbesondere um den Nichtbesitzenden einen Anteil am Volkseinkommen und Volksvermögen zu sichern, fordern wir die Überführung jedes unpersönlich gewordenen Eigentums in Gemeineigentum. Hiervon werden betroffen: die Bodenschätze, die Wasserkräfte, die großen Versorgungsbetriebe (Verkehr, Elektrizität, Gas, Wasser), die Schwerindustrie, die Fabrikation von Massegebrauchsgütern, die Großbanken usw. In jedem Unternehmen müssen die verantwortlichen Persönlichkeiten unzweifelhaft erkennbar sein und bleiben. Abgesehen von den Betrieben unter öffentlicher Kontrolle soll daher in Zukunft der mittelständische Unternehmer das Bild der Wirtschaft bestimmen."

Im Gegensatz zum Wiesbadener Entwurf sahen die "Leitsätze" also durchaus tiefgreifende Eingriffe in das private Produktiveigentum vor. Als Reaktion auf den Faschismus sollten auch wirtschaftspolitische

Konsequenzen gezogen werden. Eigentum an Grund- und Schlüsselindustrien, das als "unpersönliches" Eigentum verstanden wurde, sollte sozialisiert werden, weil es keinerlei demokratischen Kontrollen unterlag und daher die Möglichkeit eines Machtmißbrauchs in sich barg. "Die private Schlüsselindustrie hatte Hitler den Weg zur Macht geebnet und die Kriegsvorbereitungen vorangetrieben, und um zu verhindern, daß es noch einmal zu solchen wirtschaftlichen (und damit auch politischen) Machtansammlungen kommen könne wie vor 1933 und während des III. Reiches, hielt es die CDU für erforderlich, die Schlüsselindustrien zu sozialisieren. ...; sie wollte die für den Nationalsozialismus mitverantwortliche Großindustrie sozialisieren, ansonsten aber eine auf den Grundlagen des privaten Produktiveigentums arbeitende Wirtschaft beibehalten."⁷⁰

Der "christliche Sozialismus", wie er in den "Leitsätzen" zum Ausdruck kam, setzte sich also nicht für eine grundsätzlich neue Wirtschaftsverfassung ein. Die Basis der Wirtschaftsordnung sollten nach wie vor das Privateigentum und der frei planende Unternehmer bleiben. Es wurde auch keine umfassende staatliche Wirtschaftsplanung angestrebt, sondern es sollten lediglich zur Abwehr antidemokratischer Bestrebungen bestimmte Groß- und Schlüsselindustrien einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. Insoweit waren die Forderungen der "Leitsätze" vergleichbar mit einem Element der SPD-Konzeption, allerdings sollten - im Gegensatz zur SPD-Konzeption - damit

die Änderungen in der Eigentumsverfassung auch langfristig gesehen abgeschlossen sein.⁷¹

Unklar war, was nach der Enteignung geschehen sollte. Die hessische CDU entwickelte in dieser Frage keinerlei ausgearbeitete Modellvorschläge. Während die "Leitsätze" die Überführung der Schlüsselindustrien in "Gemeineigentum" befürworteten, ohne näher darauf einzugehen, was konkret darunter verstanden wurde, forderte Knapstein "in erster Linie ein Gemeineigentum in Form der Genossenschaft, und zwar etwa in der Gestalt, daß alle, die in einem Werke ihre Lebensarbeit tun, nach dem Maße ihrer Leistung und Verantwortung genossenschaftliche Eigentümer dieses Werkes sind."⁷² Köhler setzte sich dafür ein, "die Macht des Staates über alle Bodenschätze und Schlüsselproduktionen, insonderheit Kohlen, Eisen und Metalle, sicherzustellen."⁷³ Leitgedanke war in jedem Fall, eine öffentliche Kontrolle herzustellen, wobei die konkrete Ausgestaltung späteren Überlegungen vorbehalten bleiben sollte.

Es muß allerdings gefragt werden, inwieweit der "christliche Sozialismus" nicht doch ein "täuschendes Lockmittel"⁷⁴ war. Der Frankfurter Gründerkreis hatte seine Forderung nach einem "wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage" zweifellos ernst gemeint, doch gewann dieser Kreis keinen Einfluß auf die praktische Politik der Partei.⁷⁵ Dennoch bekannte sich die Gesamtpartei in Anpassung an antikapitalistische Tendenzen zu den "Leitsätzen", obwohl die in ihnen

enthaltenen wirtschaftspolitischen Forderungen nicht den Interessen des von der CDU vertretenen Bürgertums entsprechen konnten. Der "christliche Sozialismus" hatte daher auch keine Machtbasis innerhalb der Partei, es gab keine politisch relevante Gruppe innerhalb der CDU, die sich tatsächlich für seine Verwirklichung einsetzte. Die Sozialisierungskonzeption war daher von vornherein zum Scheitern bestimmt. Daß die CDU-Führung später der Kompromißfassung des Art. 41 hV zugestimmt hatte, wurde ihr zwar durch Gedanken des "christlichen Sozialismus" ermöglicht, die Motive ihrer Zustimmung waren aber nicht in ihrem Einverständnis mit der Sofortsozialisierung nach Art. 41 HV zu suchen, sondern in weitgehend taktischen Überlegungen. Nur so konnte eine - von der CDU befürchtete - SPD/KPD-Koalition und eine Links-Entwicklung der SPD verhindert und eine SPD/CDU-Koalition und eine Entschärfung der Sozialisierungsbestimmungen in der Hessischen Verfassung erreicht werden.⁷⁶

III. Die Konzeption der KPD

1. Die Entstehungsgeschichte

Grundlage der Sozialisierungsforderungen war für die hessische KPD der Aufruf des ZK vom 11. Juni 1945.⁷⁷ In dem Abschnitt über "die unmittelbarsten

und dringendsten Aufgaben" auf dem Weg der Erneuerung Deutschlands hieß es:

- "2. ... Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. ...
- ...
6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.
7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. ...
8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder." 78

Auch in den weiteren Stellungnahmen zur Sozialisierungsfrage, die in der Zeit zwischen dem Genehmigungsverfahren im November/Dezember 1945 und dem Zusammentreten der Verfber. LV am 15. Juli 1946 abgegeben wurden, blieb der Aufruf des ZK verbindliche Grundlage und Richtschnur, der für alle KPD-Organisationen der westlichen Besatzungszonen gleichermaßen Gültigkeit besaß.⁷⁹ Die hessische KPD verfügte also von der

Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit an über eine politische Konzeption.

Als aufgrund der Direktive vom 4. Februar 1946 feststand, daß noch im Sommer 1946 in der amerikanischen Zone die Verfassungsberatungen beginnen würden, äußerte die hessische KPD zunächst ihre Bedenken gegen ein so frühes Zusammentreten der Verfber. LV: "Auf dem Wege der Erziehung zum demokratischen Denken des Volkes (ist) nur ein sehr kleiner Schritt zurückgelegt (...), ... die notwendigen Grundlagen für das neue Deutschland (sind) überhaupt noch nicht da oder erst im Entstehen begriffen (...)", die in der Verfassung niedergelegten Grundrechte werden z.T. "durch die Existenz einer Besatzungsmacht nicht wirksam werden, ... Das entscheidendste ist aber wohl die Tatsache, daß heute kein einheitliches Deutschland besteht, sondern (es, d.V.) in vier Zonen aufgeteilt ist, die jede für sich eine andere Entwicklung durchmachen."⁸⁰

Dennoch beschloß die KPD, an der Ausarbeitung der Verfassung aktiv teilzunehmen, "da ein Beschluß der Besatzungsmacht vorliegt, an dem wohl kaum zu rütteln ist"⁸¹, die KPD es für notwendig hielt, "in jede Auseinandersetzung um die künftige Gestaltung des staatlichen Lebens mit positiven Vorschlägen einzugreifen" und da sie "mit Besorgnis die Versuche reaktionärer Elemente (registrierte), sich nicht nur in mehr oder weniger getarnten Positionen in Wirtschaft und Verwaltung

einzunisten, sondern auch legale Formen zu schaffen, mit deren Hilfe sie das wirtschaftliche und politische Leben gegen den klaren Mehrheitswillen des Volkes zu lenken imstande wären."⁸²

Dem Vorb. VA schlug die KPD die wörtliche Übernahme der Art. 35 und 36 des französischen Verfassungsentwurfs von 1946 vor, die die Eigentumsfrage regelten. Sie betonte dabei aber, daß es sich bei ihren Ausführungen "um einige grundsätzliche Bemerkungen handelt und daß wir uns das Recht vorbehalten, eine ausführliche Stellungnahme bezüglichlicherweise einen vollständigen Entwurf einer Verfassung der Öffentlichkeit zu übergeben."⁸³

Zu einem vollständigen Verfassungsentwurf ist es nicht mehr gekommen⁸⁴, wohl aber zu einer ausführlichen Stellungnahme:

"Die am 30.5. 46 in München tagende Konferenz der Vertreter der Kommunisten der amerikanischen Zone nahm zu den bevorstehenden Wahlen für die verfassungsgebenden Versammlungen einmütig wie folgt Stellung:

...

Folgende Punkte müssen nach Meinung der Kommunisten unbedingter Bestandteil der neuen Verfassungen werden, sollen diese die Einheit Deutschlands, den demokratischen Aufbau und die Verhinderung einer reaktionären Restauration garantieren.

...

11. Die Verfassung muß das Privateigentum garantieren, jedem sollen die Früchte seiner Arbeit, seines Fleißes und seiner Sparsamkeit gesichert sein, doch darf das Privateigentum auf keinen Fall zum Schaden anderer Menschen oder gar der Gesamtheit mißbraucht werden.

Alle Monopole, sowie Vermögen und Unternehmungen, die dem allgemeinen Wohl des Volkes schaden, müssen in Gemeineigentum überführt werden." 85

Dieses Programm, das sich eng an den Aufruf vom 11. Juni 1945 hielt, war Grundlage für den offenen Brief der KPD zur Wahl⁸⁶, in dem z.B. Punkt 11. des o.a. Programms wörtlich wiedergegeben und nur mit einigen Erläuterungen versehen war⁸⁷, und es diente der hessischen KPD auch als Basis für verschiedene Wahlaufrufe zur Verfber. IV.⁸⁸

2. Die Wirtschaftsverfassung

Die hessische KPD legte ihre wirtschaftspolitische Konzeption, ausgehend von den o.a. Stellungnahmen, in mehreren Aufsätzen in der "Verfassungsnummer" der Zeitschrift "Wissen und Tat" dar.⁸⁹

Hier setzten sich die einzelnen Autoren für Planwirtschaft, Mitbestimmung und Teilsozialisierung ein. Leitgedanke war, sicherzustellen, daß trotz weitgehender Beibehaltung des privaten Produktiveigentums die an Gewinninteressen orientierte Unternehmerentscheidung möglichst eingeeengt und die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Waren und Dienstleistungen gewährleistet würde.

Nach den ungeheueren Zerstörungen, die der II. Weltkrieg hinterlassen hatte, war es bei allen Parteien unbestritten, daß der Wiederaufbau nur planmäßig erfolgen könne.

"Unsere Situation erfordert eine straffe Planung der Produktion, der dazu benötigten Roh- und Hilfsstoffe, sowie Verteilung der erzeugten Konsumgüter und der zu ihrer Herstellung benötigten Produktionsmittel. Die z.Z. bestehende und noch länger anhaltende Warenverknappung verlangt Maßnahmen, die, bedingt durch die besonderen Verhältnisse, eine straffe Organisation in der Planung und Verbrauchslenkung und im besonderen auch in der Kontrolle der Erfassung aller bewirtschafteten Güter gewährleisten." 90

Die Planung sollte durch bei den Kreisen und beim Land einzurichtende staatliche Lenkungsstellen erfolgen. "... unter Mitbestimmung der Gewerkschaften sowie der Betriebsräte und Vertreter aus Handel, Handwerk und Gewerbe"⁹¹, sollten Art und Umfang der Produktion festgelegt werden. Staatliche Planung hatte aber nicht das Ziel, private Initiative auszuschließen:

"Innerhalb einer solchen geplanten und gelenkten Wirtschaft hat die Privatinitiative des Unternehmers ihre Berechtigung und ihren Wert, wenn sie sich den Notwendigkeiten der Bedarfsdeckung einordnet und nicht etwa das eigene Gewinnstreben über die Interessen des Volksganzen stellt." 92

Die Mitbestimmung der Betriebsräte und der Gewerkschaften auf allen Ebenen des Betriebes und in allen Bereichen der Wirtschaft sollte

sicherstellen, daß tatsächlich Produktion und Verteilung den Interessen des ganzen Volkes und nicht nur denen einer bestimmten Gruppe entsprachen.

"Der Aufbau einer echten Demokratie ist nur dann möglich, wenn die Arbeiter in den Betrieben neben den Arbeitgebern als gleichberechtigte Partner auftreten können. ...

Mitbestimmung bei Einstellungen, Entlassungen, Versetzungen und Beförderungen. Mitbestimmung bei der Durchführung der Tarifverträge und Tarifordnungen sowie bei der Schaffung neuer Arbeitsbedingungen im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften. Mitbestimmung bei der Aufstellung des Fabrikationsprogramms, bei der Entwicklung und Lenkung der Produktion im Interesse einer demokratischen Volkswirtschaft. Recht der Einsichtnahme in die Geschäftsbücher und der Betriebsbilanz. Vertretungsrecht der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat." 93

3. Die Sozialisierungsbestimmungen

Die Konzeption der KPD ging in der Eigentumsfrage von der Beibehaltung des privaten mittleren und kleineren Produktiveigentums⁹⁴ und der Verstaatlichung aller Großbetriebe aus. In dem Aufsatz Keils, der den Abschluß der parteiinternen Überlegungen und die offizielle Stellungnahme der hessischen KPD zur Sozialisierung darstellte, hieß es dazu:

"Unsere Grundforderungen für die kommende Verfassung auf wirtschaftlichem Gebiete sind:

Aufhebung der Konzerne und Übereignung dieser Betriebe an die Allgemeinheit, Aufhebung der Monopole und aller monopolistischen Gebilde, wie Syndikate, Kartelle; Übereignung der Großbetriebe der Hauptschuldigen, Aktivisten und Kriegsinteressenten sowie derjenigen Besitzer, die geflohen sind, an Gemeinde, Kreis, Provinz oder Land.

Übereignung aller wirtschaftlichen Unternehmungen, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Gas, Wasser, Elektrizität) sowie der Schlüsselindustrie.

Die Konzerne betrieben gegenüber dem Volk die imperialistische Rüstungspolitik und betreiben nach wie vor dem schaffenden Volk gegenüber eine reaktionäre Sozialpolitik und eine ausbeuterische Preispolitik. Die Macht der Konzerne ist der wirtschaftsbestimmende Faktor!

In Groß-Hessen sind es vor allem:

Buderus-Röchling-Konzern (Erz, Stahl, Eisen)

Mannesmann-Konzern (Erz)

Krupp-Konzern (Erz)

Wintershall-Konzern (Kali)

I G - Farben (Chemie)

Henschel-Konzern (metallverarbeitende Industrie)

Glanzstoff-Konzern (Kunstseide)

die konzerngebundene Zement-, Zellstoff- und

Papierindustrie,

die konzerngebundenen Werke der Maschinenindustrie auf dem Gebiet der Energieversorgung fast

sämtliche Überlandwerke, die vornehmlich in den Händen der AEG und RWE liegen.

Das Finanzkapital - die Großbanken - war und ist noch die stärkste imperialistische und militaristische Triebkraft. Mit ihren Bindungen an Konzerne, Syndikate und Kartelle haben sie den faschistischen Raubkrieg finanziert und sich an der Ausplünderung der besetzten Länder weitestgehend beteiligt. Durch die von den Großbanken ausgeübte Kreditpolitik sind sie das Steuer der Wirtschaft und bestimmen Richtung und Tempo der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Hier muß die künftige Verfassung die Übereignung der Großbanken an die Allgemeinheit garantieren. ..." 95

Die KPD hielt aus subjektiven und objektiven Gründen den Aufbau einer sozialistischen

Gesellschaftsordnung zum jetzigen Zeitpunkt nicht für möglich: Deutschland war zerstört, und die Bevölkerung hungerte. Reste des Faschismus waren noch vorhanden, vor allem war die nationalsozialistische Propaganda gegen den Kommunismus nicht wirkungslos an der Bevölkerung vorübergegangen. Die Parteikader waren im Dritten Reich weitgehend zerstört worden, und Deutschland war von den Siegermächten besetzt, die die effektive Staatsgewalt ausübten.⁹⁶

Hinzu kamen außenpolitische Erwägungen. Nur mit Hilfe eines gemäßigten wirtschaftspolitischen Programms, das Eingriffe in die überlieferte Eigentumsordnung nur bei wirtschaftlichen Machtkonzentrationen, die den Faschismus begünstigt hatten und die jetzt eine Gefahr für den Frieden darstellten, und bei lebenswichtigen Versorgungsbetrieben vorsah, bestand nach Ansicht der KPD Aussicht, ein Parteienbündnis zu verwirklichen, an dem sich auch die bürgerlichen Parteien beteiligen konnten. Und nur auf der Basis eines solchen breiten Bündnisses konnte ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland geschaffen, die Restauration eines aggressiven Kapitalismus verhindert und außenpolitisch eine Neutralität der bürgerlichen Kräfte gegen die UdSSR erreicht werden, die die größten Zerstörungen und Menschenverluste im II. Weltkrieg erlitten hatte.⁹⁷

Die Sozialisierungsmaßnahmen waren daher primär Abwehrmittel gegenüber demokratiefeindlichen Bestrebungen, sie waren antifaschistische

Maßnahmen zur Sicherung einer demokratischen und friedlichen Entwicklung. Weiterhin bedeutete die Verstaatlichung aller Monopole und Konzerne aber auch einen tiefen Eingriff in die kapitalistische Eigentumsverfassung, die eine erhebliche Einschränkung privatwirtschaftlicher Macht zur Folge hatte. Eine solche gemäßigte kapitalistische Wirtschaftsordnung konnte nach Ansicht der KPD als Grundlage für eine spätere Entwicklung zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung dienen.⁹⁸

Die Zielvorstellungen der KPD hinsichtlich der Wirtschaftsverfassung⁹⁹ und die Sozialisierungsmotivationen der Partei¹⁰⁰ wiesen eine starke Ähnlichkeit mit den SPD-Vorstellungen auf. "Die wirtschaftspolitischen Forderungen von SPD und KPD waren 1945/46 verbal weitgehend identisch."¹⁰¹ Leo Bauer erklärte in der 6. Sitzung des Verfassungsausschusses der Verfber. LV am 21. August 1946 ausdrücklich: "Wir sind ohne weiteres bereit, die Vorschläge der SPD, da sie im großen und ganzen mit den unsrigen identisch sind, als Diskussionsgrundlage für den Wirtschaftsteil der Verfassung anzuerkennen."¹⁰²

Dennoch kam es zu keiner Koalition zwischen den beiden Parteien. Das Mißtrauen gegenüber den tatsächlichen oder vermuteten Zielen der KPD - insbesondere nach der Vereinigung von SPD und KPD in der Ost-Zone - war zu groß. Die SPD ging nach wie vor davon aus, daß sie ideologisch gesehen - im Gegensatz zur kommunistischen Partei -

grundsätzlich auf dem Boden der sozialistischen Demokratie stehe. "Die Genossen von der kommunistischen Partei betrachten die Demokratie nur als ein Etappenziel."¹⁰³

Die an den Vorb. VA gerichtete Erklärung, daß die antifaschistisch-demokratische Republik zwar den "gegenwärtigen Tatsachen" entspreche, nicht aber das "Endziel" sei¹⁰⁴, ließ darüber hinaus Zweifel aufkommen, ob die KPD überhaupt ernsthaft ihre momentane Wirtschaftskonzeption in eine auf Dauer angelegte Verfassung einbringen wollte. Bergsträßer stellte daher gleich bei der 1. Lesung der Verfassung in der Verfber. LV die "politische Gretchenfrage" an die KPD: "Wie halten Sie es eigentlich mit der Verfassung? Wollen Sie wirklich eine Verfassung? Sind Sie nicht nur bereit, mitzuarbeiten bei den Vorbereitungen? ... Wollen Sie für eine Verfassung stimmen - vorausgesetzt natürlich, daß sie Ihnen paßt -, oder lehnen Sie das Stimmen für eine Verfassung aus allgemeinen Einheitsgrundsätzen ab?"¹⁰⁵

Die KPD antwortete darauf: "Wir stimmen grundsätzlich für jede fortschrittliche Verfassung, die sich nicht in Gegensatz stellt zur Einheit des Reiches, ..." ¹⁰⁶ Ihr weiteres politisches Handeln in der Verfber. LV zeigte, daß sie aus den o.a. Erwägungen heraus bereit war, eine parlamentarisch-bürgerliche Republik und eine kapitalistische Wirtschaftsverfassung, die unter Kontrolle staatlicher und gesellschaftlicher Organe stand, mitaufzubauen. Wie aber das "Endziel", die

sozialistische Gesellschaftsordnung, von der Basis eines demokratischen Deutschlands aus konkret erreicht werden sollte, kam über allgemeine Erklärungen wie: "Das Volk möge dann entscheiden, wann auch in Deutschland der Sozialismus Wirklichkeit werden wird"¹⁰⁷ und die Forderung nach einer Klausel in der Verfassung, die spätere Änderungen für zulässig erklärt¹⁰⁸, nicht hinaus. Durch die von der amerikanischen Besatzungsmacht forcierte kapitalistische Restauration in den West-Zonen, die Verschärfung des Kalten Krieges und die damit einhergehende zunehmende politische Isolierung der KPD wurden Überlegungen dieser Art auch schnell obsolet.

IV. Die Konzeption der LDP¹⁰⁹

1. Die Entstehungsgeschichte

Die ersten lokalen Parteiprogramme der LDP, die im Winter 1945/1946 entstanden, wiesen noch Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Forderungen auf.¹¹⁰ Nach der Februar-Direktive bemühte sich die Partei, ihre wirtschaftsverfassungsrechtlichen Zielvorstellungen zu vereinheitlichen und zu konkretisieren. In ihrem Schreiben an den Vorb. VA legte sie folgende Grundsätze dar:

"Eine Enteignung von Wirtschaftsunternehmen ist unzulässig, sowie es das öffentliche Interesse nicht dringend gebietet. Sie kommt nur bei Groß-Unternehmen in Betracht, die eine monopolartige Stellung innehaben und sie in einer dem Gemeinwohl abträglichen Weise ausbeuten. Eine solche Enteignung kann nur vorläufig sein. Die Entscheidung über ihre Endgültigkeit oder Aufhebung soll einer späteren gesamtdeutschen Volksvertretung vorbehalten sein, um zu verhindern, daß durch eine von einer Landesregierung beschlossenen Verstaatlichung die Belange anderer Länder berührt werden." 111

In Anbetracht der Tatsache, daß nicht nur SPD und KPD, sondern auch die CDU geneigt schienen, erhebliche Eingriffe in die Eigentumsordnung vorzunehmen, stellte die LDP die Forderung nach grundsätzlicher Beibehaltung des Privateigentums in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes zur Verfber. LV:

"Die Verfassung sollte sich grundsätzlich für Privateigentum an den Produktionsmitteln aussprechen, aber hinzufügen, daß dieses Privateigentum nur dann moralisch und volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist, wenn der Eigentümer im Wettbewerb den Nachweis eines erfolgreichen Wirkens im Dienste der Gesamtheit erbringt. Die Verfassung sollte bestimmen, daß in Wirtschaftszweigen, in denen Wettbewerb nicht möglich oder aufgehoben ist, also Monopole bestehen, der Grundsatz des Privateigentums an den Produktionsmitteln seine Gültigkeit verliert und daß Privateigentum durch Gesetz in Gemeineigentum verwandelt, zum mindesten aber der öffentlichen Kontrolle unterworfen werden kann." 112

Wie die CDU begann auch die LDP erst sehr spät mit der Ausarbeitung von Verfassungsentwürfen.

Sie hatte ebenfalls keinen parteiinternen Verfassungsausschuß eingesetzt, so daß die von ihr vorgelegten Entwürfe ohne Diskussion innerhalb der Partei entstandene Arbeiten von Einzelpersonen waren.

Georg Weinhausen legte im Auftrag der LDP einen Verfassungsentwurf vor, der in der Partei und in der Öffentlichkeit aber weiter keine Rolle gespielt hat.¹¹³ Entscheidende Bedeutung für die LDP erlangte der Entwurf August Martin Eulers.¹¹⁴ Er wurde erst am 5. August 1946 der Verfber. LV übergeben¹¹⁵ und ist von Euler "nach den Beschlüssen der LDP-Fraktion in der verfassungsberatenden Landesversammlung"¹¹⁶ aufgestellt worden.

2. Die Wirtschaftsverfassung

Grundlage der von der LDP angestrebten Wirtschaftsordnung sollte "die Wirtschaftsfreiheit des Einzelnen" (Art. 33 Euler-Entwurf) auf der Basis des durch die Verfassung garantierten privaten Produktiveigentums sein (Art. 18 Euler-Entwurf). "Wirtschaftlich gesehen bedeutet also Liberalismus das Eintreten für das Privateigentum und die freie Wirtschaft als Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung."¹¹⁷ Eine entscheidende Bedeutung kam in dieser Konzeption dem Wettbewerb zu:

"Der Sinn des Wettbewerbs besteht darin, daß er den Unternehmer als den Eigentümer der Produktionsmittel und denjenigen, der die sachlichen Produktionsmittel, wie Maschinen, Rohstoffe, Grund und Boden, mit der menschlichen Arbeitskraft kombiniert, unbarmherzig in den Dienst der Bedürfnisse der Verbraucher stellt. ... Sind die Bedürfnisse der Verbraucher nach einem bestimmten Erzeugnis nicht ausreichend befriedigt, so ist vom Unternehmer für dieses Erzeugnis auf dem Markt ein Preis zu erzielen, der ihm einen mehr oder weniger hohen Gewinn läßt. Wenn sich die Unternehmer, durch diesen günstigen Preis angelockt, der Herstellung des begehrten Erzeugnisses verstärkt gewidmet haben, so geht der Preis des Erzeugnisses durch den gegenseitigen Wettbewerb der Unternehmer auf dem Markt zurück, der verhältnismäßig hohe Unternehmergewinn vermindert sich und verwandelt sich schließlich in einen Verlust, wenn die Unternehmer der Sättigung des Bedarfs nicht Rechnung tragen." 118

Wettbewerb diene also der Verhinderung übermäßiger Gewinne und der Sicherung der Bedürfnisbefriedigung. Hinzu kam seine ordnungspolitische Funktion: Er verhinderte die Vermachtung der Märkte durch Kartelle und Monopole, weil er ein "Instrument der Entmachtung" und ein "Instrument der Ordnung" ist. "Er sorgt dafür, daß die Kämpfe zwischen den rivalisierenden Marktteilnehmern nach einer sinnvollen Spielregel ausgetragen werden, ..." 119

Der freie Unternehmer im Wettstreit mit anderen freien Unternehmern, von diesem Modell aus erhielten staatliche Planung, Mitbestimmung und Eingriffe in das Privateigentum ihren Stellenwert. Im Euler-Entwurf wurde der Gedanke einer

Planung des Wirtschaftsprozesses überhaupt nicht erwähnt.¹²⁰ Zur Mitbestimmungsfrage hieß es in Art. 31 Euler-Entwurf:

"Die Arbeitnehmer erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsräten."

Die Konkretisierung dieser vorgeschlagenen Verfassungsnorm sah bei Ilau jedoch so aus:

In der wirtschaftlichen Sphäre ist "im Markt bereits eine gewissermaßen naturgegebene Institution zu friedlicher Willensbildung vorhanden, die durch politische, 'wirtschaftsdemokratische' Konstruktionen nur in der Erfüllung ihrer Aufgaben behindert werden kann. ... Ganz anders zu beurteilen ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, das nicht die wirtschaftliche Disposition der Unternehmensleitung berührt, sondern die sozialen Beziehungen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern und die Beziehungen zwischen den Arbeitnehmern untereinander." 121

Mitbestimmung wurde also nur zugestanden, soweit die aus dem Privateigentum hergeleitete freie Unternehmerentscheidung in wirtschaftlichen Fragen nicht tangiert wurde.

3. Die Sozialisierungsbestimmungen

"Der Verfassungsentwurf der LDP-Fraktion hat den Verfassungsentwurf des vorbereitenden Verfassungsausschusses übernommen, soweit er annehmbar erschien."¹²² In Art. 18 des parteioffiziellen Euler-Entwurfs war die grundsätzliche Garantie des Privateigentums festgelegt¹²³ - vergleichbar Art. 17 HE. Art. 35 Euler-Entwurf, der in seinen Formulierungen vielfach mit dem o.a. Wahlflugblatt übereinstimmte¹²⁴, gab die Sozialisierungskonzeption der LDP wieder. Im Gegensatz zu Art. 31 HE waren die Motivationen deutlich herausgearbeitet:

- "(1) In Wirtschaftszweigen, in denen der Wettbewerb innerhalb Deutschlands nicht möglich oder aufgehoben ist und somit die Voraussetzung dafür entfallen ist, daß der Eigentümer im Wettbewerb den Nachweis eines erfolgreichen Wirkens im Dienste der Allgemeinheit erbringt, kann das Eigentum an Produktionsmitteln Kraft besonderen Gesetzes unter staatliche Aufsicht gestellt oder gegen angemessene Entschädigung in Gemeineigentum überführt werden.
- (2) Die Überführung in Gemeineigentum hat zur Voraussetzung, daß sich die staatliche Aufsicht nicht als ausreichend erweist, um den Mißbrauch der wettbewerbsfreien Machtstellung zu unterbinden.
- (3) Das die Staatsaufsicht oder Überführung in Gemeineigentum anordnende Gesetz kann nur aufgrund eines entsprechenden Erkenntnisses des obersten Wirtschaftsgerichtes ergehen."

Sozialisierung wurde also nur als ultima ratio anerkannt. Neu am Euler-Entwurf war der Gedanke,

spezielle Wirtschaftsgerichte einzurichten, die in den Gesetzgebungsprozeß eingeschaltet werden sollten. Es blieb allerdings unklar in welcher Form. Ebenfalls nicht weiter erörtert wurde die Frage, wer Träger des Gemeineigentums sein und wie es inhaltlich ausgestaltet werden sollte.

Die Funktion von Sozialisierungen ergab sich aus den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der LDP: Garantie des privaten Produktiveigentums und Wettbewerb der privaten Unternehmer, der sie zu einer optimalen Versorgung der Bevölkerung zwingen sollte. In dem Moment, in dem die Märkte durch Kartellzusammenschlüsse oder Monopole vermachtet wurden, herrschte kein Wettbewerb mehr. "Das Umsichgreifen der wirtschaftlichen Macht hat die Ordnung des freien Wirtschaftssystems zerstört."¹²⁵ Hier entstand dann die Aufgabe des Staates, notfalls mit dem Mittel der Eigentumsentziehung einzugreifen.

Monopolismus wurde als nicht-zwangsläufige Folge einer liberalen Wirtschaftsordnung verstanden, als "keineswegs eine dem liberalen Wirtschaftssystem inhärente Konsequenz", sondern als eine "wirtschaftspolitische Entartung", die durch staatliche Maßnahmen bekämpft werden kann und muß.¹²⁶ Die Konsequenz des Monopolismus war, daß "dann (...) keine Gewähr mehr dafür gegeben (ist), daß die Unternehmer den Bedarf auf die zweckmäßigste und billigste Weise befriedigen, sondern dann gibt ihnen die Monopolmacht, die sie besitzen, die Möglichkeit, den Preis wesentlich

höher festzusetzen, als es bei Wettbewerb möglich wäre. ... Die Spielregeln, die einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Wirtschaft zugrunde liegen, sind damit aufgehoben."¹²⁷

Eine solche Verletzung der Spielregeln mußte im Interesse der grundsätzlichen Erhaltung des Wettbewerbs und des privaten Produktiveigentums geahndet werden. Sozialisierung war hier die logische Konsequenz gegen Unternehmer, die sich dem Wettbewerb nicht aussetzen wollten, oder gegen Märkte, auf denen ein Wettbewerb nicht möglich war. Sozialisierung wurde zu einem staatlichen Sanktionsmittel, Wettbewerb, wo er möglich war, zu erzwingen; sie wurde damit zu einem notwendigen Regulativ zur Erhaltung und Förderung des Wettbewerbs und des privaten Produktiveigentums.

Erwägungen, wie sie den Sozialisierungskonzeptionen von SPD, KPD und Teilen der CDU zugrunde lagen, Sozialisierungen als Abwehrmittel gegen antidemokratische Bestrebungen zu verstehen oder sogar als ersten Schritt zu einer neuen Wirtschaftsordnung (wie bei SPD und KPD), lagen der LDP - schon aufgrund der Sozialstruktur ihrer Mitglieder¹²⁸ - fern. Ihre Idealvorstellung war der von staatlichen Einflüssen weitgehend freie und sich selbst überlassene Markt. Die LDP erwies sich damit in Hessen als die geradlinigste Vertreterin privatwirtschaftlicher Interessen. Die Verdoppelung ihres Stimmenanteils bei den Wahlen

vom 1. Dezember 1946 auf Kosten der CDU zeigte, daß ihre Haltung von weiten Kreisen des Bürgertums honoriert wurde.

V. Die Bedeutung der Sozialisierungskonzeptionen für die Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung

Aufgabe der Verfber. LV war es, eine neue Verfassung für Hessen auszuarbeiten. Bei allen Parteien stand der Gedanke im Vordergrund, daß die Verfassung, die die grundlegenden Richtlinien des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens enthalten sollte, auf einer möglichst breiten Basis geschaffen werden müsse. Es war aufgrund der unterschiedlichen Verlautbarungen der Parteien abzusehen, daß die Sozial- und Wirtschaftsordnung zu den umstrittensten Teilen der Verfassungsberatungen gehören würde.

Die Darstellung der Wirtschafts- und insbesondere der Sozialisierungskonzeptionen der einzelnen Parteien erbrachte einen Einblick in die Sozialisierungsvorstellungen und die ihnen zugrundeliegenden Motivationen. Zugleich zeigte sie die Basis für eine gemeinsame Übereinkunft aller Parteien in der Sozialisierungsfrage auf.

Grundlage der Eigentumsordnung sollte nach den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen aller

vier Parteien zum damaligen Zeitpunkt weitgehend das private Produktiveigentum bleiben. Aber nur CDU und LDP setzten sich auch langfristig für eine privatwirtschaftliche Wirtschaftsordnung ein.

In der Sozialisierungsfrage standen bei SPD und KPD Überlegungen im Vordergrund, mit Hilfe von Sozialisierungen eine antifaschistische und demokratische Entwicklung sicherzustellen und gleichzeitig Ansatzpunkte für eine später aufzubauende sozialistische Wirtschaftsordnung zu schaffen (Keil, Wirtschaftliche Grundsätze, a.a.O.; Brief der KPD Landesleitung Groß-Hessen an den Verfassungsausschuß ..., a.a.O.), oder doch zumindest eine solche Entwicklung in der Verfassung offenzuhalten (Zinn/Arndt-Entwurf).

Die CDU war in der Sozialisierungsfrage gespalten. Während der rechte Flügel der Partei Sozialisierungen ablehnte, die über Reaktionen auf wettbewerbsausschließende Monopolstellungen hinausgingen (Wiesbadener Entwurf), und dessen Vorstellungen sich damit weitgehend mit der LDP-Konzeption deckten (Euler-Entwurf), sah der linke Flügel Sozialisierungen bei Unternehmen als zulässig an, deren Eigentum "unpersönlich" geworden war, und die im Dritten Reich als nicht demokratisch kontrollierte Machtkomplexe den Faschismus unterstützt hatten (Leitsätze der CDU zur neuen Verfassung). In Anpassung an linke Zeitströmungen wurde nur die zweite Konzeption in der Öffentlichkeit als das Programm der CDU

vertreten, obwohl die tatsächlichen Absichten der CDU-Führung sich mit der ersten Konzeption deckten.

Konkretere Überlegungen über den zukünftigen Träger des Gemeineigentums und die inhaltliche Ausgestaltung der Sozialisierung wurden von keiner der vier Parteien angestellt.

Vergleichbare Sozialisierungsmotivationen wiesen also die Konzeptionen der KPD, SPD und des linken CDU-Flügels hinsichtlich des Antifaschismus auf. Die Auseinandersetzungen in der Verfber. IV mußten zeigen, inwieweit sich die darüber hinaus gehenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen von SPD und KPD durchsetzen konnten, oder ob es der CDU gelingen würde, die Sozialisierungsforderungen der Sozialdemokraten und Kommunisten abzuschwächen.

F. DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM EINE NEUE
WIRTSCHAFTSVERFASSUNG, INSBESONDERE UM DIE
SOZIALISIERUNG IN DER VERFASSUNGSBERATENDEN
LANDESVERSAMMLUNG

I. Die Konstituierung der Verfassungsberatenden
Landesversammlung

1. Die amerikanische Besatzungspolitik

Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war die Direktive vom 4. Februar 1946.¹ Sie ordnete nicht nur die Einsetzung des Vorb. VA an, sondern legte auch den Rahmen der weiteren verfassungsrechtlichen Entwicklung fest. Zu den Aufgaben und Kompetenzen der Verfber. LV hieß es in der Direktive:

- "6 d) Die verfassungsgebende Versammlung jeden Landes soll innerhalb von 14 Tagen nach Wahl ihrer Mitglieder zusammentreten und hat einen Entwurf der Landesverfassung am oder vor dem 15. September fertigzustellen. Die verfassungsgebende Versammlung soll nicht als vorläufiger Landtag dienen, sondern kann in beratender Eigenschaft fungieren.
- e) Die Dienststelle der Militärregierung für Deutschland (US-Zone) behält sich das Recht vor, einer Landesverfassung ganz oder teilweise ihre Genehmigung zu verweigern auf Grund von Bestimmungen, die undemokratisch sind, der amerikanischen oder alliierten Politik entgegenstehen oder dem künftigen Aufbau des Reiches schaden könnten.
- f) Nach Genehmigung durch die Militärregierung für Deutschland (US-Zone) soll die Landesverfassung zur Ratifizierung einer

Volksabstimmung unterworfen werden. Das Datum für dieses Referendum soll spätestens der 3. November sein. Am gleichen Tag sollen der Landtag sowie alle Landesbeamten, deren Wahl in der Landesverfassung festgelegt wird, gewählt werden."

Die amerikanische Besatzungsmacht begnügte sich aber nicht damit, sich die Genehmigung der Verfassung vorzubehalten, sondern schuf Kontrollinstitutionen, die sich außer um die Überwachung der Verfassungsarbeiten auch um eine Koordinierung der Verhandlungen in den drei Ländern der US-Zone bemühen sollten. Bereits im März 1946 richtete Clay bei OMGUS ein "Interdivisional Committee on Land Constitutions"² ein. Mit Aufnahme der Verfassungsarbeiten im Juli 1946 entsandte das Komitee Verbindungsleute in die einzelnen Länder. Für Hessen und Württemberg-Baden war Kenneth Dayton zuständig. Er allein hatte die Aufgabe, die Verfassungsarbeiten zu überwachen. Der hessischen Militärregierung wurde ausdrücklich untersagt, sich in irgendeiner Form an den Verfassungsberatungen zu beteiligen.³

In einem am 29. Juni 1949 geführten Interview mit Walter Dorn beschrieb Dayton seine Arbeitsweise in Hessen:

"In Hesse I established contact with the main committee of the constitutional convention. ..., two representatives from each of the four parties, the CDU, the SPD, the KPD, and the FDP ... And we had regular meetings once or twice a week in which we started at the

beginning of the constitution and went over it article by article, and my approach at that time, and the practice which I continued until the very end, was to ask questions. I never told them that a provision was bad or was undemocratic but I asked them what they thought about provisions in the light of certain considerations which I called to their attention. And if one could compare the first draft of the constitution with the final draft, I think he would find that there had been very substantial modifications in it in the line of the guarantee of civil rights, in the line of protection and the operation of government, the situation in the line of judicial authority and so on." 4

Die verbindliche Verhandlungsführung Daytons, die bei Caspary den Eindruck aufkommen ließ, "ein Experte aus einem neutralen Land hätte seinen Rat kaum in anderer Art erteilen können"⁵, konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die amerikanische Besatzungsmacht sehr genaue Vorstellungen von der zukünftigen Landesverfassung und damit auch von dem zukünftigen staatsrechtlichen und wirtschaftsverfassungsrechtlichen Rahmen Hessens hatte und daß sie durchaus bereit war, massiv einzugreifen, wenn die Verhandlungen nicht in die von ihr gewünschte Richtung liefen. Die Auseinandersetzungen um den geplanten Sozialisierungsartikel im Herbst 1946 zeigten, daß die USA nicht bereit waren, ohne weiteres wesentliche Eingriffe in die Eigentumsordnung hinzunehmen und daß sie es durchaus verstanden - wie die spätere Entwicklung zeigte -, durch verzögernde Maßnahmen ein Hinausschieben und schließlich eine Verhinderung der Sozialisierung zu erreichen.⁶

2. Die Wahl

Nach einem kurzen Wahlkampf, in dem die vier großen Parteien den Wählern noch einmal ihre Vorstellungen vom Neuaufbau Hessens darlegten⁷, wurde am 30. Juni 1946 die Verfber. LV gewählt. Der Wahl lagen die Bestimmungen des Wahlgesetzes vom 16. Mai 1946⁸ und der Wahlordnung vom 17. Mai 1946⁹ zugrunde. Ein Gesetz vom 18. Juli 1946 regelte die "Übertragung der Aufgaben des beratenden Landesausschusses auf die Verfassungsberatende Landesversammlung."¹⁰ Wie bei den vorangegangenen Wahlen auch, waren gemäß § 4 Absatz 2 des Wahlgesetzes ehemalige aktive Nationalsozialisten nicht wahlberechtigt. In Groß-Hessen waren das 6,5 % der Stimmberechtigten.¹¹

Die Wahl zur Verfber. LV war bereits die vierte Wahl innerhalb von 6 Monaten. Obwohl es sich zweifellos um die bisher wichtigste Wahl handelte, die zudem auch noch die erste landesweite war, gelang es den Parteien nicht, die Wähler in gleichem Maße wie bei den vorangegangenen Wahlen zu mobilisieren. Die Wahlbeteiligung ging von 85 % bei den Gemeindewahlen im Januar und 75,7 % bei den Kreistags- und Stadtverordnetenwahlen im April und Mai jetzt auf 71 % zurück.¹²

Das Wahlergebnis brachte keine entscheidenden Veränderungen. Die Stimmenanteile, die bei den vorangegangenen Wahlen die Splitterparteien erhalten hatten¹³, kamen allen Parteien zugute.

Die SPD konnte ihren Stimmenanteil von 43,2 % (Kreis- und Stadtwahlen) auf 44,3 % verbessern (+ 1,1 %), die CDU kam von 36,9 % auf 37,3 % (+ 0,4 %), die KPD von 9,3 % auf 9,7 % (+ 0,4 %) und die LDP von 7,3 % auf 7,9 % (+ 0,6 %). Die Arbeiter-Partei erhielt 0,6 %, die Splitterparteien hatten bei den Kreis- und Stadtwahlen insgesamt 3,3 % erhalten (- 2,7 %).¹⁴

Aufgrund des Wahlergebnisses ergab sich folgende Verteilung der 90 Sitze: SPD 42, CDU 35, KPD 7 und LDP 6.¹⁵ SPD und KPD hatten also gegenüber CDU und LDP eine sichere Mehrheit von 8 Stimmen, theoretisch hätte die SPD - bei zu erwartender Neutralität der KPD - ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen gegen CDU/LDP sogar allein durchsetzen können.¹⁶

3. Die personelle Zusammensetzung

Bei der beruflichen Aufgliederung der Mitglieder der Verfber. LV zeigt sich, daß von den 90 Abgeordneten allein 38, also ca. 42 %, Beamte waren.¹⁷ Die kommunalen Spitzenbeamten stellten mit 20 Vertretern den größten Anteil dieser Gruppe. Die SPD hatte allein 12 von ihnen in ihren Reihen¹⁸, die CDU 7¹⁹, die LDP 1²⁰ und die KPD keinen. Von den übrigen 18 Beamten

entfielen 10 auf die SPD, 7 auf die CDU, 1 auf die LDP und keiner auf die KPD.²¹ Es handelte sich ausnahmslos um höhere Beamte: Vom Oberpostinspektor bis zum Ministerialrat.

Mit deutlichem zahlenmäßigen Abstand folgten die Gruppen der Angestellten mit 10 Vertretern und die der selbständigen Gewerbetreibenden und die der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre jeweils mit 9. Freien Berufen (Ärzte, Rechtsanwälte etc.) gehörten bei der SPD 1, der CDU 4, bei KPD und LDP keiner der Abgeordneten an. Lediglich 1 SPD- und 3 CDU-Abgeordnete gaben als Beruf Arbeiter an, zu berücksichtigen ist allerdings, daß zahlreiche jetzige Beamte und Funktionäre vor 1946 Arbeiter waren. Die übrigen 15 Abgeordneten verteilen sich auf sonstige Berufe oder die Berufsangaben fehlten.²²

Die Verfber. LV war also ein Parlament, in dem die höheren Beamten und unter ihnen die kommunalen Spitzenbeamten eindeutig dominierten. Am stärksten waren die Beamten in der SPD vertreten. Dort betrug ihr Anteil ca. 52 %, während er bei der CDU 40 % ausmachte. Die Angestellten, die selbständigen Gewerbetreibenden, die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die Freiberufler und die Arbeiter stellten insgesamt nur 37 Abgeordnete, also nicht einmal zusammen soviel, wie die Beamten mit 38 Vertretern alleine aufbrachten.

Von den 42 SPD-Abgeordneten waren alle bereits vor 1933 Mitglieder der SPD, fast alle in der Weimarer

Zeit auch Funktionäre ihrer Partei und Mitglieder kommunaler Gremien gewesen. Da während des Dritten Reiches keine Möglichkeit bestand, legal politische Arbeit zu leisten und Funktionäre auszubilden, mußte die SPD (was auch für die KPD galt) auf altbewährte Parteimitglieder zurückgreifen.

Erheblich anders lagen die Verhältnisse bei den 35 CDU-Abgeordneten. Von ihnen waren 19 vor 1933 parteipolitisch nicht organisiert gewesen, 8 hatten dem Zentrum angehört, 2 dem Christlich Sozialen Volksdienst, die übrigen verteilten sich auf kleinere bürgerliche Parteien der Weimarer Republik.

Die KPD-Abgeordneten waren alle - bis auf Rade-macher²³ - bereits in der Weimarer Zeit Mitglieder und Funktionäre der KPD gewesen.

Die politische Vergangenheit der 6 LDP-Vertreter war der der CDU-Abgeordneten durchaus vergleichbar. 3 gaben an, vor 1945 politisch nicht tätig gewesen zu sein, jeweils einer war Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Liberalen Deutschen Volkspartei gewesen.

Während also die beiden Linksparteien sich fast ausnahmslos auf Alt-Mitglieder in der Verffber. LV stützten, setzten sich die Fraktionen von CDU und LDP zu ungefähr 50 % aus vor 1933 politisch nicht organisierten zusammen. Die

andere Hälfte der Abgeordneten bestand aus ehemaligen Mitgliedern der verschiedensten bürgerlichen Parteien, wobei das Zentrum bei der CDU eindeutig dominierte. Diese Zusammensetzung der beiden bürgerlichen Fraktionen stand im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Parteiensystems 1933 und der darauf folgenden Zeit des Nationalsozialismus. Sie zeigte sowohl die anfänglichen Schwierigkeiten der Reorganisation des bürgerlichen Lagers als auch das Problem, sich auf bewährte und gleichzeitig politisch unbelastete Personen stützen zu können.²⁴

Die Abgeordneten der Verfber. LV hatten während der faschistischen Herrschaft vielfach berufliche Nachteile oder sogar politische Verfolgungen erdulden müssen. Nach den Angaben der Abgeordneten-Biographie befand sich kein ehemaliger Angehöriger der NSDAP oder nationalsozialistischer Organisationen unter den 90 Parlamentariern. Aufgrund der 1946 noch sehr strengen amerikanischen Kontrollen und einer weitgehend am Antifaschismus ausgerichteten Politik der Parteien dürften diese Angaben zutreffend sein. Allerdings war bezeichnend, daß es die Abgeordneten der SPD und KPD waren, die die meisten politischen Schwierigkeiten im Dritten Reich gehabt hatten, während die LDP-Abgeordneten - bis auf eine Ausnahme - die Herrschaft der Nationalsozialisten ohne große Anfeindungen überstanden hatten.²⁵

Der wichtigste und flexibelste Vertreter von Unternehmer-Interessen in der Verfber. LV war

Erich Köhler, Fraktionsvorsitzender der CDU.²⁶ Er war einerseits als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens mitverantwortlich für die einseitig kapitalistische Interessen berücksichtigende Denkschrift der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens und Württemberg-Badens und setzte sich andererseits entsprechend den Vorstellungen des christlichen Sozialismus für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit ein. Es war vor allem Köhler, der klar erkannt hatte, daß aufgrund der gegebenen politischen Kräfteverhältnisse eine Vertretung privatwirtschaftlicher Interessen nur möglich sein würde, wenn es der CDU gelänge, einen tragbaren Kompromiß mit der SPD zu finden. Diese Politik fand allerdings 1946 nicht die erhoffte Resonanz und brachte der CDU bei den Wahlen am 1. Dezember 1946 schwere Verluste ein.

Eine taktisch andere Haltung nahm August Martin Euler, Fraktionsvorsitzender der LDP, ein. Er war von 1939 - 1944 Vertragsjurist der IG-Farben gewesen und verfügte aus dieser Zeit über gute Verbindungen zur Großindustrie.²⁷ Euler setzte sich in der Verfber. LV kompromißlos für die Beibehaltung der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung ein und lehnte jede Zusammenarbeit mit der SPD ab. Weite Kreise des Bürgertums sahen daher bei der Wahl am 1. Dezember 1946 eher in der LDP als in der CDU die Vertreter ihrer Interessen.

Die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten wurden von Willi Richter (SPD), dem 1. Vorsitzenden des FGB Hessen, und von Paul Krüger (KPD), Richters Gegenkandidat bei der Wahl des Gewerkschaftsvorsitzenden, in die Verhandlungen der Verfber. LV eingebracht. Entsprechend den Beschlüssen des 1. hessischen Gewerkschaftskongresses setzte sich Richter für eine neue sozialistische Wirtschaftsordnung ein. Die Wirtschaftskonzeption der Gewerkschaften, deren wichtigste Elemente "Planwirtschaft, Sozialisierung, Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften" waren²⁸, wies weitgehende Übereinstimmungen mit der SPD-Konzeption auf. Sie war u.a. auch ein Ergebnis der sehr engen Beziehungen und sehr starken personellen Verflechtungen von SPD und Gewerkschaften. So hat z.B. Justizminister Zinn (SPD) die o.a. EntschlieÙung für den Gewerkschaftskongreß formuliert²⁹, und Richter war als SPD-Abgeordneter in der Verfber. LV maßgeblich, u.a. durch eigene Verfassungsvorschläge³⁰, an den Verhandlungen über die neue Wirtschaftsverfassung beteiligt.

Wenn sich auch aufgrund fehlender oder nicht zugänglicher Unterlagen keine vollständigen Auskünfte über die jeweiligen wirtschaftlichen Bindungen und Beziehungen der einzelnen Abgeordneten geben lassen, so steht doch fest, daß die Spitzenvertreter der jeweils wichtigsten Organisationen von Kapital und Arbeit, Köhler und

Richter, Mitglieder der Verfber. LV waren und daß beide aktiv versucht haben, die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der hinter ihnen stehenden Organisationen in die Verfassungsberatungen einfließen zu lassen.³¹

4. Organisation und Arbeitsbedingungen

Die Verfber. LV hatte neben der Ausarbeitung der Verfassung zusätzlich die Aufgaben des aufgelösten Beratenden Landesausschusses wahrzunehmen; sie war "dazu berufen, der Regierung mitzuhelfen bei der Bewältigung und bei der Lösung der so schweren Aufgaben und Probleme, die unser Land belasten."³² Von den 6 Plenarsitzungen befaßten sich daher nur 4 mit den Fragen der zukünftigen Verfassung. Um die Fülle der Aufgaben überhaupt bewältigen zu können, setzte die Verfber. LV zahlreiche Ausschüsse ein. Neben dem Verfassungsausschuß (im folgenden: VA), dem die Hauptlast bei den Verfassungsberatungen zufiel, wurden noch 9 allgemeine Ausschüsse gebildet. Sie waren jeweils mit 4 SPD-, 3 CDU-, einem KPD- und einem LDP-Abgeordneten besetzt.³³

Der VA hatte 29 Mitglieder: 13 gehörten der SPD an, 10 der CDU, jeweils 3 der KPD und der LDP. Er trat zu seiner konstituierenden Sitzung am 7. August zusammen.³⁴ Doch schon bald zeigte sich, daß

in einem so großen Gremium strittige Fragen nicht zügig genug behandelt werden konnten. Daraufhin setzte der VA einen Unterausschuß ein, in dem die ungeklärten Fragen vor allem der Wirtschafts- und Sozialverfassung ausführlich diskutiert wurden. Ihm gehörten 3 Abgeordnete von der SPD, 2 von der CDU, je einer von KPD und LDP sowie der 1. und 2. Vorsitzende des VA an. Dieses trotz seiner 9 Mitglieder Siebener-Ausschuß genannte Gremium kam am 4. September zu seiner ersten offiziell protokollierten Sitzung zusammen.³⁵

Die Arbeitsbedingungen sowohl für das Plenum als auch für die Ausschüsse waren völlig unzureichend. "Zu der Zeitnot kamen die Schwierigkeiten, geeignete Beratungsräume für die LV, ihre Ausschüsse und die Fraktionen zu finden, die Verpflegung und Unterkunft für die auswärts wohnenden Abgeordneten sicherzustellen, Papiermangel und andere zeitbedingte Nöte."³⁶ Entsprechend schlecht war dann auch die Qualität der Arbeitsmaterialien und Protokolle:

"Die Verhandlungen des Plenums der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen liegen zwar nach genauen stenographischen Protokollen gedruckt vor; sie enthalten aber außer den im Plenum mündlich erstatteten zusammenfassenden Berichten über den Gang der Verhandlungen im Verfassungsausschuß der Landesversammlung nur mehr oder weniger programmatische oder gar polemische Ausführungen der Fraktionsredner. Auch die für die Auslegung wichtigeren Verhandlungen im Verfassungsausschuß sind, ziemlich von Anfang an, stenographisch festgehalten worden, aber leider nicht im vollständigen Wortlaut. Man hat es vielmehr den Stenographen

überlassen, das ihnen am wichtigsten Erscheinende festzuhalten; und es liegt nahe, daß bei diesem Verfahren manches festgehalten wurde, was nach Ansicht der Redner weniger wichtig war, und daß manches nicht aufgenommen wurde, was eigentlich hätte aufgenommen werden sollen. Die solchermaßen kurz gefaßten stenographischen Protokolle des Verfassungsausschusses sind späterhin allerdings den an den Verhandlungen Beteiligten zur Durchsicht zugeleitet worden. Dazwischen lagen aber fast immer mehrere Wochen, oft sogar Monate, sodaß auch die nachträglichen Verbesserungen keine absolute Gewähr dafür bieten, daß die Protokolle wirklich zuverlässig alles das und nur (Unterstreichungen im Original, d.V.) das wiedergeben, was die Redaktoren der Verfassung sich bei den einzelnen Bestimmungen und Wendungen gedacht haben.

Genau dasselbe gilt von den Verhandlungen des sogenannten Siebener-Ausschusses, ..., über die obendrein erst nach einigen Sitzungen ein in der beschriebenen Weise kurz gefaßtes stenographisches Protokoll aufgenommen wurde." 37

5. Die Ausgangsmaterialien

Der Verfber. LV lagen zu Beginn ihrer Verhandlungen³⁸ eine große Anzahl von Verfassungsentwürfen und sonstigen Stellungnahmen vor. Wichtigste Grundlage der Erörterungen war bei der 1. Lesung der HE. Weiterhin lagen Exemplare der Verfassungsentwürfe und -sternnahmen der vier großen hessischen Parteien vor, sowie die Vorwürfe der beiden anderen Länder der amerikanischen Zone (Bayern, Württemberg-Baden)³⁹ und der französische Verfassungsentwurf vom April 1946.

An Stellungnahmen kamen der im Auftrag des Vorb. VA ausgearbeitete Noack-Bericht⁴⁰, die Denkschrift der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens und Württemberg-Badens⁴¹ und - Ende August - die "EntschlieÙung" des FGB Hessen hinzu, die sich u.a. kritisch mit der Denkschrift der Industrie- und Handelskammern auseinander-setzte.⁴²

II. Die drei Lesungen der Verfassung⁴³

1. Die 1. Lesung der Verfassung und die sich anschließenden Verhandlungen (15. Juli - 27. September)

1.1. Die Generaldebatte über die Verfassung

In der 1. Sitzung der Verfber. LV am 15. Juli wurden lediglich organisatorische Fragen besprochen und einige Wahlen vorgenommen (Präsidium, Ältestenrat, Verfassungsausschuß).⁴⁴ Danach vertrat sich die Verfber. LV - angeblich auf Wunsch der CDU⁴⁵ - bis zum 5. August.

In der Zwischenzeit traten die Fraktionen zusammen, überarbeiteten noch einmal ihre Verfassungsentwürfe - bzw. stellten überhaupt erst ihre offiziellen Entwürfe auf - und bereiteten

sich auf die Generaldebatte über die Verfassung vor, die am 5. August stattfinden sollte.⁴⁶

In der 2. Sitzung der Verfber. LV, am 5. August, begann unter Punkt 1 der Tagesordnung die "erste Lesung des Entwurfs einer Verfassung für Groß-Hessen."⁴⁷ In sehr breit angelegten Reden stellten Vertreter aller vier Fraktionen ihre allgemeinen politischen Zielsetzungen vor und gingen auch auf die von ihnen geforderte Wirtschaftsverfassung ein.

Knothe setzte sich im Namen der SPD für eine sozialistische Wirtschaftsverfassung ein:

"Die Demokratie muß innerhalb des Wirtschaftsgeschehens ebenfalls den Sieg davontreten. Es müssen deshalb nach unserer Auffassung in der neuen Verfassung alle Voraussetzungen geschaffen werden, daß sich die Wirtschaftsmächte nicht mehr reaktionär entfalten können gegen die politische Demokratie und gegen den demokratischen Staat. ... Wir wollen die Wirtschaft, die nur eine sozialistische sein kann und die die Aufgabe hat, dem Wohlstand aller zu dienen, für den Frieden intensivieren, und nach dem Bedarf planmäßig lenken. ... Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß der ungeheure materielle Notstand, in dem sich Deutschland befindet, nicht zuläßt, daß innerhalb der Wirtschaft noch nach dem Profitmotiv gehandelt wird. Es kommt nicht darauf an, was einzelne Großunternehmer oder Gesellschafter an Gewinn oder Dividenden verteilen können, sondern darauf, daß die Tendenz der Gesamtwirtschaft diesem Notstand Rechnung trägt. Auch sind wir Sozialdemokraten weiter der Auffassung, daß die Schlüsselindustrien wie die des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft, der Großbanken, der Kreditinstitute usw. aus der privatwirtschaftlichen Machtsphäre

losgelöst werden müssen und in das Gemeinwohl zu überführen sind, während der Fortbestand der Klein- und Mittelbetriebe nicht nur gesichert sein soll, sondern nach unserer Auffassung gefördert werden muß." 48

Köhler (CDU) forderte die Verfber. LV auf, eine Verfassung zu schaffen, "die über allen Parteien steht"⁴⁹ und erklärte, daß die CDU bereit sei, an einem für alle Parteien tragbaren Kompromiß mitzuwirken. Das Kernstück des wirtschafts-politischen Teils der Verfassung sei darin zu sehen,

"eine Form der Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Unternehmern zu finden ..., und ich gebe der Überzeugung Ausdruck, wenn wir dieses Kernstück in der Verfassung nicht richtig formen, daß dann ein gut Teil entscheidender Arbeit für die ganze Zukunft vertan ist.

Die Lösung dieser Frage hängt naturgemäß auch aufs engste mit der Frage des Eigentums zusammen. Selbstverständlich soll und muß durch die Verfassung das Bekenntnis zum Eigentum verankert werden als dem Quell des schöpferischen Strebens jedes Menschen, als der äußeren Voraussetzung für die Erfüllung seines Daseinszweckes. Aber darüber hinaus kann auch kein Zweifel bestehen, daß das Streben nach Besitz und Eigentum dort seine Grenze findet, wo es zur Herrschaft über andere wird. Die unseligen Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiet gemacht haben, liegen noch gar nicht so lange zurück und zwingen uns dazu - das ist eine Selbstverständlichkeit - alle diejenigen Erscheinungsformen der Wirtschaft, die einen gefährlichen Anreiz zum Monopol-Kapitalismus in sich tragen, der Herrschaft der Allgemeinheit zu unterwerfen. Um es gleich ganz deutlich zu sagen: dazu rechnen wir die Schlüsselproduktionen, das ist die Erzeugung von Kohle und Metall, ferner die Großbanken, wobei wir der Meinung sind, daß kleine und mittlere

Privatbanken und Genossenschaftsbanken aus naheliegenden Gründen ihre Besitzrechtsform uneingeschränkt behalten sollen, und dazu rechnen wir auch das Versicherungsgewerbe. Seien wir uns darüber klar: in einer Zeit, in der wir jetzt leben, in der Zeit des Aufbaues, ist es nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine ideologisch begründete Notwendigkeit, die Grenzen eines staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft verfassungsmäßig eindeutig festzulegen." 50

Der Fraktionsvorsitzende der KPD, Leo Bauer, betonte, daß es nicht ausreichend sei, Grundrechte in der Verfassung zu normieren. "Die Grundrechte als solche sind sehr schön, aber wir müssen - und das wird die Aufgabe dieser Verfassungsberatenden Versammlung sein - die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Grundrechte Wirklichkeit werden können."⁵¹ Auf die Sozial- und Wirtschaftsverfassung angewandt, ergaben sich aus dieser Forderung folgende Konsequenzen:

"Die Grundrechte werden auf dem Papier bleiben, solange die sozialen und wirtschaftlichen Rechte des Einzelnen nicht eindeutig und klar in der Verfassung verankert sind. Wir wissen, daß in der Weimarer Verfassung das Problem der Verstaatlichung oder Übereignung angeschnitten wurde, aber leider mit dem Wort 'kann': 'es kann verstaatlicht werden.' Wir aber stehen auf dem Standpunkt, daß hier das Wort 'kann' zu ersetzen ist durch das Wort 'muß', ... und zwar bei allem, was den Charakter eines Monopols annimmt oder eine Gefährdung der Allgemeinheit darstellt. Wir treten selbstverständlich dafür ein, daß das Privateigentum des kleinen Mannes geschützt wird, aber wir glauben, daß es keine neue fortschrittliche Demokratie geben wird, solange die wirtschaftliche Vormachtstellung nicht endgültig gebrochen wird." 52

Die LDP war die einzige Partei, die im ersten Durchgang der Generaldebatte nicht auf Fragen der künftigen Wirtschaftsverfassung einging. Euler, Fraktionsvorsitzender der LDP, beschränkte sich auf allgemeine Darstellungen zur Schul- und Kirchenpolitik und gab - unter Protest von SPD und KPD - eine personalistische Interpretation des Nationalsozialismus.⁵³

In der 3. Sitzung der Verfber. LV, am 6. August, wurde die Generaldebatte fortgesetzt.⁵⁴ Während in der Sitzung vom 5. August alle Parteien ihre verfassungspolitischen Zielvorstellungen allgemein umrissen hatten, präzisierten die vier Fraktionsredner in der 3. Sitzung ihre Standpunkte, indem sie das bisher Gehörte in ihre Argumentationen mitaufnahmen und sich von bestimmten Positionen abgrenzten bzw. eine Annäherung versuchten.

Bergsträßer (SPD) ging auf die Ausführungen Köhlers zur Sozialisierung ein und meinte, daß eine Verständigung zwischen beiden Parteien möglich sei, wenn die CDU die Ausführungen Knappsteins⁵⁵ als Basis anerkennen würde. Knappstein habe in seinem Aufsatz geschrieben,

"was eigentlich das Wichtige des Sozialismus heute sei ... das Wichtige ist nicht nur, daß die großen Wirtschaftskräfte der Möglichkeit entkleidet werden müssen, daß sie in die Politik unberechtigterweise eingreifen; ... Es ist nicht nur dies, sondern es ist noch etwas anderes, nämlich daß die große Masse der arbeitenden Menschen, der besitzlosen Menschen - und die Zahl dieser Menschen ist ja durch

die revolutionäre Umschichtung der letzten dreißig Jahre ungeheuer gewachsen - es einfach nicht mehr verstehen, daß sie für den Profit Weniger arbeiten sollen; ... sondern sie wollen ihren vollen Anteil haben, ihr Mitbestimmungsrecht. ...

Was das Maß der Sozialisierung anlangt, so sind wir da vielleicht ein wenig verschiedener Meinung. Wir würden meinen, daß auch das Gesundheitswesen sozialisiert werden müsse, weil wir nicht verstehen können, daß an der Not der Menschen einzelne sich bereichern, ... sei es nun ein Kassenlöwe oder eine pharmazeutische Fabrik. Auch die chemischen Werke scheinen uns reif zu sein für eine Sozialisierung. ..." 56

Kanka (CDU) griff die Ausführungen Bergsträbers auf und sah ebenfalls die Basis für einen Kompromiß mit der SPD in wirtschaftspolitischen Fragen gegeben:

"Auch wir sind für Planung und für Sozialisierung, ..., aber wir meinen nicht, ... daß der Privatkapitalismus durch einen Staatskapitalismus abgelöst werden soll. Wir meinen vielmehr, daß wir auch in diesem Bereich einem etwaigen Totalitätsanspruch des Staates mit äußerstem Mißtrauen entgegentreten sollten. Es scheint uns, daß dem genossenschaftlichen Gedanken auf diesem Gebiet eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden sollte." 57

Während Krüger (KPD) in seinen Darlegungen nicht noch einmal ausdrücklich auf die Sozialisierungsfrage einging und sich im wirtschaftspolitischen Teil seiner Rede im wesentlichen darauf beschränkte, seine bereits in der KPD-Zeitschrift aufgestellten Forderungen zur Mitbestimmung zu wiederholen⁵⁸, sprach Bleek (LDP) das Thema

Sozialisierung, zu dem Euler sich nicht geäußert hatte, ausdrücklich an. Aufgrund der Ausführungen Bergsträbers sah auch er die Möglichkeit einer Übereinkunft:

"Wir sind der Auffassung, daß Abweichungen, und zwar auch beträchtliche Abweichungen in der Auffassung durchaus noch bestehen; wir glauben aber, daß diese Abweichungen weniger im Grundsatz liegen. ... Wir hoffen, daß diese Abweichungen mehr im Maße liegen und daß sich über dieses Maß durchaus sachlich wird reden lassen."

Anschließend stellte Bleek die Forderungen seiner Partei an die künftige Wirtschaftsordnung heraus:

"Wir gehen ... auch im Wirtschaftlichen durchaus von der Freiheit des Einzelnen aus, ... Aber auch hier erkennen wir an, daß bei Ausnutzung dieser Freiheit zu Mißbräuchen ein Anlaß zum Eingreifen des Staates gegeben ist, sei es im einzelnen Falle durch Stellung unter Staatsaufsicht, oder in schwereren Fällen durch Einziehung einzelner Betriebe - wir wünschen dabei allerdings objektive richterliche Nachprüfung durch zu schaffende Wirtschaftsgerichte - oder ganzer Wirtschaftszweige, die ihrer Natur nach keinen Wettbewerb mehr ausüben, sondern so stark monopolistisch geworden sind, daß ihre Überführung in das Gemeineigentum notwendig ist. Über diese Form muß man sich unterhalten." 59

Mit der Rede Bleeks war die Generaldebatte beendet. Alle Parteien hatten ihre Bereitschaft zu Kompromissen im Hinblick auf die künftige Wirtschaftsverfassung betont, um so die Grundlagen für eine gemeinsame Verfassungsberatung zu schaffen. Lagen ihren Sozialisierungsforderungen

auch sehr unterschiedliche Motivationen zugrunde, so schien doch die Basis für einen Kompromiß vorhanden zu sein. Die Auseinandersetzungen im VA mußten zeigen, inwieweit tatsächlich die Möglichkeit und Bereitschaft bestand, eine Sozialisierung bestimmter Wirtschaftszweige in der Verfassung zu verankern.

1.2. Die Verhandlungen im Verfassungs-Ausschuß und im Siebener-Ausschuß

1.2.1. Die Diskussion der Parteien-Entwürfe zum 3. Abschnitt der Verfassung

Am 7. August nahm der VA seine Beratungen auf, denen er den HE zugrunde legte. Nach einer Grundsatzdebatte über den Staatsaufbau⁶⁰, in der CDU und LDP noch einmal ihre Wirtschaftskonzeptionen darlegten⁶¹, und nach Erzielen einer grundsätzlichen Einigung über Inhalt und Stellung der Grundrechte innerhalb der Verfassung⁶², wurde in der 5. Sitzung des VA, am 20. August, mit den Verhandlungen über den 3. Abschnitt des HE, "Sozialpolitische Rechte und Pflichten", begonnen.⁶³ Alle Parteien hatten - teils in Anlehnung an ihre offiziellen Verfassungsentwürfe, teils ausgehend vom HE - ihre Auffassungen von einer künftigen Sozial- und Wirtschaftsverfassung

in artikelmäßig ausgearbeiteten Verfassungsvorschlägen zusammengestellt.⁶⁴ Diese Ausarbeitungen bildeten die Grundlage für die Sozialisierungsdebatte, die der VA am 20. August begann.⁶⁵

Die Redner von SPD, KPD und LDP beschränkten sich darauf, die Verfassungsvorschläge ihrer Parteien mit einigen Erläuterungen zu versehen.⁶⁶ Köhler distanzierte sich vorsichtig von den "Leitsätzen der CDU zur neuen Verfassung"⁶⁷ und versuchte, seine Ausführungen vom 5. August in der Verfber. LV, daß bestimmte Betriebe "der Herrschaft der Allgemeinheit zu unterwerfen" seien⁶⁸, dahingehend zu konkretisieren, daß "diese Betriebe unter Staatsaufsicht zu stellen" seien.⁶⁹ "Wir stellen uns eine Staatsaufsicht etwa so vor, daß in die Unternehmungen, die unter Staatsaufsicht gestellt werden sollen, etwa in den Vorstand oder in den Aufsichtsrat unmittelbar ein Vertreter des Staates entsandt wird."⁷⁰

Auf Vorhaltungen von SPD und KPD, daß Staatsaufsicht keine Änderung der Eigentumsverhältnisse bedeute⁷¹, daß "ein sehr starker Gegensatz zwischen den Programmpunkten der CDU über Sozialismus und dem, was Herr Kollege Dr. Köhler heute sagt, besteht", daß sogar "zwischen den Erklärungen des Herrn Kollegen Dr. Köhler im Plenum und seinen heutigen (...) ein großer Unterschied (ist)"⁷² und daß "Sie (Köhler, d.V.) (...) den Begriff der Staatsaufsicht heute zum erstenmal gleichgesetzt (haben) mit Unterwerfung unter die Herrschaft der

Allgemeinheit"⁷³, erklärte Köhler lediglich, daß "ich mich nicht mit meinen seinerzeitigen Ausführungen in Widerspruch gesetzt habe."⁷⁴ Für Köhler und die CDU reduzierte sich also die Sozialisierungsproblematik auf die Staatsaufsicht, von Entziehung des Eigentums war nicht mehr die Rede.⁷⁵

Damit war eine grundlegende Kontroverse zwischen SPD/KPD einerseits und CDU andererseits aufgetreten. Eine Einigung in der Frage, mit welchen Mitteln und in welcher Form wirtschaftliche Macht kontrolliert werden sollte - ob durch Eingriffe in die kapitalistische Eigentumsordnung oder ob durch eine Aufsicht des Staates über die weiterhin privaten Großbetriebe - war in weite Ferne gerückt.⁷⁶

Im 29 Mitglieder zählenden VA war eine Klärung der wirtschaftspolitischen Fragen nicht zu erzielen, man einigte sich daher zunächst auf die Bildung eines Unterausschusses aus vier Personen⁷⁷, in dem die Debatte weitergeführt werden sollte. "Auf Vorschlag des Viererausschusses wurde dann vom Verfassungsausschuß ein Siebenerausschuß eingesetzt, der die Aufgabe haben sollte, im einzelnen eine Einigungsgrundlage zu suchen und vorzubereiten."⁷⁸ Der Siebener-Ausschuß, der im folgenden die Hauptlast der Verfassungsberatungen trug, trat am 23. August zu seiner ersten Sitzung zusammen.⁷⁹

Als die CDU sah, daß auf der Basis einer "Staatsaufsicht" mit der SPD keine Einigung in

wirtschaftspolitischen Fragen zu erzielen war, reichte sie in der Sitzung des Siebener-Ausschusses vom 27. August einen neuen Entwurf des 3. Abschnitts der Verfassung ein⁸⁰, der an Stelle der Staatsaufsicht eine Sozialisierung bestimmter Wirtschaftszweige nach Inkrafttreten der Verfassung durch einfaches Gesetz für zulässig erachtete.⁸¹ In einem parteiinternen Schreiben wurde der neue Entwurf mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, einen Kompromiß mit den anderen Parteien, d.h. vor allem mit der SPD, herbeizuführen:

"Die Fraktion hat aber geglaubt, im Interesse der dringend erwünschten Einigung auf einen für das ganze Volk annehmbaren Entwurf ihre Bedenken vorerst zurückstellen zu dürfen."

Allerdings machte die CDU gleichzeitig folgende Vorbehalte:

- "1. Ihre Zustimmung zum Abschnitt III. 'Soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten' schafft keine über die erste Lesung hinausgehende Bindung.
2. Vor allem wird die Fraktion ihre vorläufige Zustimmung zu der vorliegenden Fassung zurücknehmen, sobald ihre Erwartung sich nicht erfüllt, daß auch über die anderen Abschnitte eine Verständigung zustande kommt, besonders über die Abschnitte 'Staatsaufbau', 'Bildung und Schule' und 'Staat und Kirche'." 82

1.2.2. Die Einigung über die Sozialisierung
im Siebener-Ausschuß

Durch das Einlenken der CDU war zunächst wieder eine Basis geschaffen worden, auf der weiter diskutiert werden konnte. Hinzu kam, daß sie sich vorsichtig von der Denkschrift der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens und Württemberg-Badens⁸³ distanzierte.⁸⁴ Umstritten war aber nach wie vor

- ob Entschädigung für sozialisierte Betriebe gezahlt werden sollte,
- in welchem Verhältnis die geplanten staatlichen Maßnahmen (Staatsaufsicht, staatliche Verwaltung, Überführung in Gemeineigentum) zueinander stehen sollten,
- welche Betriebe in den Sozialisierungskatalog des entsprechenden Verfassungsartikels aufgenommen werden sollten und
- ob die Sozialisierung bereits durch die Verfassung oder erst durch späteres einfaches Gesetz erfolgen sollte.

Bauer wandte sich gegen die von der CDU geforderte "angemessene Entschädigung" der früheren Eigentümer sozialisierter Betriebe⁸⁵, "denn unser Staat besitzt fast kein Geld; er kann nicht sozialisieren, weil er diese 'angemessene Entschädigung' nicht zahlen kann."⁸⁶ Leitgedanke der Entschädigungsdiskussion war, zu verhindern, daß privaten Produktionsmittelbesitzern die Möglichkeit gegeben würde, sich mit der Entschädigungssumme erneut Produktiveigentum zu verschaffen.

Daher schlug Caspary vor, die Entschädigungsfrage auf den Einzelfall abzustellen, d.h. den Kleinaktionär zu entschädigen, nicht aber den Großaktionär, oder z.B. Personen, "die mit-schuldig sind an der Politik der I.G. (Farben, d.V.) ", aber diese Frage "nicht in einem Artikel der Verfassung" zu regeln.⁸⁷

Aufgrund von Einwänden der CDU und der LDP, die eine grundsätzliche Pflicht des Staates zur Entschädigung in der Verfassung verankern wollten⁸⁸, einigte sich der Siebener-Ausschuß am 12. September auf einen generalklauselartig formulierten Kompromiß, der einstimmig angenommen wurde:

Art. 35 Abs. 3:

"Die Entschädigung für das in Gemeineigentum überführte Vermögen wird durch das Gesetz nach sozialen Gesichtspunkten geregelt. Bei fest-gestelltem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist in der Regel die Entschädigung zu versagen." 89

Uneinigkeit bestand auch zunächst in der Frage, mit welchen Mitteln der Staat in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen sollte. Köhler schlug im Namen der CDU vor, "die Sicherung des Einflusses der Allgemeinheit gegenüber bestimmten Wirtschaftsgruppen" nach einem 3-Stufen-Plan vorzunehmen: "1. Stufe Staatsaufsicht, 2. Stufe Verwaltung, 3. Stufe Gemeineigentum."⁹⁰ Während die SPD aber davon ausging, daß grundsätzlich in Gemeineigentum überführt werden sollte und

Staatsaufsicht bzw. -verwaltung nur für solche Fälle gedacht waren, "in denen es einen wirtschaftlichen Unsinn darstellen würde, in Hessen allein zu sozialisieren, während das bei der Zentrale, die in einem anderen Land liegt, gar nicht möglich ist"⁹¹, argumentierte die CDU "grundsätzlich anders herum: Überführung in Gemeineigentum nur da, wo die damit verbundene Enteignung wirklich nötig ist. In den Fällen dagegen, in denen die Staatsaufsicht oder die staatliche Verwaltung ausreicht, wollen wir uns damit begnügen."⁹²

Eine Annäherung der kontroversen Auffassungen schien zunächst nicht möglich. Da die SPD aber darauf beharrte, daß "nicht die Staatsaufsicht und nicht die staatliche Verwaltung (...) der Regelfall (ist), sondern der Regelfall (...) die Überführung in das Gemeineigentum (ist)"⁹³, gab die CDU schließlich nach. Alle vier Parteien stimmten am 12. September im Siebener-Ausschuß folgenden Formulierungen zu, die den Vorrang des Gemeineigentums anerkannten:

Art. 35:

- "1. Der Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit, insbesondere zum Ausbau monopolistischer Machtzusammenballungen und zur Erlangung politischer Macht, ist untersagt.
2. Vermögen, das die Gefahr solchen Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen. Soweit die Überführung in Gemeineigentum wirtschaftlich nicht zweckmäßig ist, muß das betreffende Vermögen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen unter Staatsaufsicht gestellt oder durch vom Staat bestellte Organe verwaltet werden." 94

Eine weitere kontroverse Frage zwischen den Parteien war, welche Betriebe - entweder mit Inkrafttreten der Verfassung (so SPD und KPD) oder erst durch späteres Gesetz (so CDU und LDP) - in Gemeineigentum überführt werden sollten. Aufgrund vorangegangener Gespräche zwischen den vier Parteien bestand in der 1. protokollierten Sitzung des Siebener-Ausschusses folgender Diskussionsstand: "Bergbau: Vielleicht einverstanden; Eisen- und Stahlindustrie: Darüber läßt sich reden; Baustoffindustrie: Darüber werden wir einig werden; Energiewirtschaft: Da werden wir uns einig werden."⁹⁵ Nach einer Diskussion, die nicht protokolliert worden ist, wurde in das Protokoll folgende Erklärung aufgenommen: "Man einigte sich darauf, daß die Baustoff-Industrie herausgelassen wird. Die CDU stimmt zu, daß das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen in den Katalog mit aufgenommen wird."⁹⁶

Strittig blieb, ob die chemisch-pharmazeutische Industrie und die Filmwirtschaft in den Sozialisierungskatalog miteinbezogen werden sollten. Da im Grundsatz Einigkeit bestand, und die SPD die Verhandlungen nicht an letzten Endes zweitrangigen Fragen scheitern lassen wollte, gab sie hier nach. Die Filmindustrie⁹⁷ und ebenso die chemische und pharmazeutische Industrie⁹⁸ wurden aus dem Sozialisierungskatalog herausgenommen.

In der Frage des Sozialisierungstermins war die SPD allerdings nicht zu Kompromissen bereit. Sie forderte, daß die Sozialisierung mit Inkrafttreten

der Verfassung bereits vollzogen sein und nicht erst durch ein späteres Gesetz erfolgen sollte. Die CDU erklärte sich in der 2. protokollierten Sitzung des Siebener-Ausschusses, am 10. September, mit der Sofortsozialisierung einverstanden, um den Kompromiß mit der SPD in anderen Fragen nicht zu gefährden.⁹⁹ Lediglich die LDP erhob "Einspruch gegen die Sozialisierung kraft Verfassung", weil sie grundsätzlich gegen eine Sofortsozialisierung war und weil die Sozialisierung auch auf Betriebe ausgedehnt werden sollte, bei denen es nach Ansicht der LDP "zur Bekämpfung von Machtkonzentrationen" nicht erforderlich war.¹⁰⁰ In der endgültigen Abstimmung in der 3. protokollierten Sitzung des Siebener-Ausschusses, am 12. September, hielt sie aber ihre Bedenken nicht aufrecht, sondern stimmte gemeinsam mit SPD, CDU und KPD für folgende Fassung des Art. 37:

"(1.) Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum übergeführt: der Bergbau, die Betriebe der Eisen- und Stahl-erzeugung, die Betriebe der Energie-wirtschaft und das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen.
2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und Versicherungs-unternehmen.

(2.) Das Nähere bestimmt das Gesetz.

(3.) ..."¹⁰¹

Am 12. September war also im Siebener-Ausschuß eine Kompromißformel gefunden worden, die alle vier Parteien noch mit ihren Sozialisierungskonzeptionen für vereinbar hielten.¹⁰² SPD und

KPD sahen entscheidende Ansätze einer neuen Wirtschaftsverfassung gegeben, die CDU konnte unter Berücksichtigung ihrer im Wahlkampf vertretenen Parolen eines "christlichen Sozialismus" die vereinbarten Formulierungen akzeptieren, und selbst die LDP war mit Art. 37 einverstanden, da sie aus Gründen der Erhaltung des Wettbewerbs eine Bekämpfung des Monopolkapitalismus für notwendig hielt. Allerdings bedurften die Beschlüsse des Siebener-Ausschusses noch der Zustimmung der Fraktionen im VA.¹⁰³

1.2.3. Der vom Verfassungs-Ausschuß verabschiedete
Entwurf des 3. Abschnitts der Verfassung

Bereits in der ersten nach langer Pause am 17. September stattfindenden Sitzung des VA, in der das Verhandlungsergebnis des Siebener-Ausschusses verabschiedet werden sollte, brachen die alten Gegensätze wieder auf. In einer ausführlichen Erklärung kündigte Euler die gemeinsame Grundlage in den Fragen der Sozial- und Wirtschaftsordnung auf:

- "1. Die Ordnung des Wirtschafts- und Soziallebens kann nicht Aufgabe der einzelnen Länder sein. ... Das gegenwärtige Chaos unseres Wirtschaftslebens würde durch die Länderverfassungen sanktioniert, wenn jedes der Länder ein eigentümliches Wirtschaftssystem, eine eigentümliche Wirtschaftsverfassung, verschiedene Grade der Sozialisierung verschiedene Systeme der Sozialversicherung

und verschiedenartige Ausgestaltungen der Arbeitnehmersvertretungen in den Betrieben beschließen würde.

...

4. ... Wir lehnen die vorgesehene Sozialisierung kraft Verfassung ab. Eine Verfassung ist kein Sozialisierungsgesetz. Hiervon abgesehen, steht die Verstaatlichung des hessischen Bergbaues und der hessischen Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung im Widerspruch zu der allgemeinen Formel des Artikels 35 II, weil die genannten Betriebe ausschließlich Mittelbetriebe sind und deshalb keineswegs die Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht in sich bergen. Hinsichtlich der Staatsaufsicht über Großbanken und Versicherungsunternehmen bemerken wir, daß eine derartige Regelung auf Länderbasis ganz unmöglich ist. Sollen diese Institute in einem Land unter Staatsaufsicht gestellt, in einem anderen Lande gar in Gemeineigentum überführt werden, während sie in einem dritten Land in ihrer privatwirtschaftlichen Tätigkeit unbehindert fortbestehen? ..." 104

Der VA war auf den Rückzug der LDP nicht vorbereitet. Angesichts der Tatsache, "daß diese Erklärung erst in diesem Augenblick bekannt wird, wo die Einzelberatungen über den Abschnitt III abgeschlossen sind und die Frage der Annahme oder Ablehnung des Abschnittes III der Verfassung zur Diskussion steht"¹⁰⁵, beschloß der VA, in der vorgesehenen Weise zu verfahren und über die einzelnen Artikel abstimmen zu lassen.

Als die SPD bei dem geplanten Artikel 33¹⁰⁶ in einer neuen Formulierung den Zusatz "... und ist nach sozialistischen Grundsätzen zu entwickeln"

einbrachte¹⁰⁷, kam es zum offenen Eklat. Die CDU erklärte den Zusatz für unannehmbar, weil damit

"die Sozialisierung als das grundlegende Prinzip der künftigen Struktur der Gesamtwirtschaft des Landes eingeführt wird. Ein derartiger Grundsatz steht nach unserer Auffassung nicht im Einklang mit den tatsächlichen Bedürfnissen des Landes und dem Wohle des Volkes. ..." 108

Gleichzeitig kündigte die CDU auch die im Siebener-Ausschuß gefundene gemeinsame Grundlage auf:

"Wir sind auch nicht in der Lage, unsere Zustimmung dazu zu geben, daß der Automatismus des Inkrafttretens der Verfassung und der Durchführung der in Artikel 37 vorgesehenen Maßnahmen bezüglich der Überführung von Unternehmen in Gemeineigentum bestehen bleibt, sondern wir verlangen, daß der Ausdruck 'mit Inkrafttreten dieser Verfassung' gestrichen und an seiner Stelle lediglich gesagt wird: 'Es werden in Gemeineigentum überführt ...' Sonst sind wir nicht in der Lage, der Wirtschafts- und Sozialordnung als Ganzes unsere Zustimmung zu geben." 109

Mit dieser Erklärung war eine gemeinsame Verfassungsvorlage wieder in weite Ferne gerückt. Darüber hinaus waren SPD und KPD über das Verhalten der CDU stark verärgert. "Die Stimmung war bei uns (SPD) schon dadurch verdorben, daß Dr. Köhler sich zwar wochenlang an der Ausarbeitung eines Kompromisses über Sozial- und Wirtschaftsleben beteiligt hatte, da auch einer Formulierung zugestimmt hatte, nach der bestimmte Betriebe mit dem Inkrafttreten der Verfassung sozialisiert seien, daß er aber dann Caspary erklärte, dazu nicht stehen zu können, wörtlich 'das muß raus'." 110

Die Verhandlungen über die Wirtschaftsverfassung wurden von der Tagesordnung abgesetzt, und es wurde zunächst über andere Teile der Verfassung beraten. Als dann eine der Hauptforderungen der CDU im organisatorischen Teil der Verfassung, nämlich die Errichtung einer "Zweiten Kammer"¹¹¹, von der linken Mehrheit im VA ohne erneute Diskussion abgelehnt wurde¹¹², war man von einer gemeinsamen Grundlage der sozialistischen und der bürgerlichen Parteien weiter entfernt denn je.

In der 14. Sitzung des VA, am 26. September, wurde der III. Abschnitt der Verfassung wieder auf die Tagesordnung gesetzt und ohne nochmalige Diskussion Artikel für Artikel zur Abstimmung gestellt. In offener Gegnerschaft zwischen SPD/KPD einerseits und CDU/LDP andererseits setzte der VA mit der Mehrheit der Links-Parteien Bestimmungen durch, die noch über die gemeinsamen Beschlüsse des Siebener-Ausschusses vom 12. September hinausgingen.

Das Ergebnis war, "daß wir mit dem Wirtschaftsteil gut durchkamen und sehr viel mehr für uns Günstiges darin stand, als wir bei einem Kompromiß mit der CDU hätten erreichen können. ... So entstand ein Verfassungsentwurf, der zwar nur damit rechnen konnte, daß SPD und KPD ihn annehmen, der aber in seinem letzten Teil auf die CDU gar keine Rücksicht mehr nahm, denn wir wurden eher von der KPD noch weiter getrieben als wir eigentlich wollten. ..." ¹¹³

Konkret bedeutete das in der Sozialisierungsfrage: Auf Antrag der KPD wurde der Sozialisierungskatalog des Art. 37 noch um die chemische Großindustrie erweitert¹¹⁴, die Anträge von CDU und LDP, die eine Zurücknahme ihrer im Siebener-Ausschuß gemachten Konzessionen beinhalteten¹¹⁵, wurden mit der SPD/KPD-Mehrheit im VA abgelehnt. Damit war der 3. Abschnitt der Verfassung in seinen wesentlichen Teilen mit den Stimmen von SPD und KPD gegen die Stimmen von CDU und LDP in der Vormittagssitzung des 26. Septembers im VA angenommen worden.¹¹⁶

Keine der vier Parteien war mit dem Ergebnis der Arbeit des VA völlig zufrieden. Insbesondere war die Enttäuschung darüber groß, daß der VA jetzt doch nicht in der Lage war, dem Plenum der Verfber. LV einen gemeinsamen Entwurf zur Annahme in der 2. Lesung zu empfehlen. Noch in der Abendsitzung des 26. Septembers wurde daher der Gedanke eines gemeinsamen Staatsgrundgesetzes¹¹⁷ wieder aufgegriffen¹¹⁸, der auch von der KPD unterstützt, dann aber auf Betreiben der SPD zunächst wieder fallengelassen wurde.¹¹⁹

Die Diskussion im VA hatte für klare Fronten gesorgt. CDU und LDP nahmen ihre nur halbherzig im Siebener-Ausschuß gegebenen Zugeständnisse zurück und besannen sich auf ihre parteioffiziellen Verfassungsentwürfe, die sich - frei von taktischen Erwägungen - mit ihren tatsächlichen Interessensstandpunkten deckten.¹²⁰ Die CDU verlangte jetzt eine Sozialisierung durch besonderes

Gesetz, wie sie bereits die Weimarer Verfassung vorgesehen hatte, und die LDP versprach zwar nach wie vor, gegen den wettbewerbsvernichtenden Monopolkapitalismus zu kämpfen, war aber nicht bereit, die Konsequenzen zu ziehen, und diese ihre Forderung bereits in der Verfassung zu verankern.

In dieser Situation kam es entscheidend darauf an, wie sich die SPD weiter verhalten würde. Sie mußte sich zwischen einem Bündnis mit der KPD oder der CDU entscheiden. Die KPD war bereit, auch allein mit der SPD den wirtschafts- und sozialpolitischen Teil der Verfassung durchzusetzen, der sowohl der SPD- als auch der KPD-Konzeption weitgehend entsprach¹²¹, und die CDU suchte nach wie vor den Ausgleich mit der SPD, um in einem Kompromiß die Sozialisierungsforderungen der Sozialdemokraten abzuschwächen.

Für ein Zusammengehen mit der KPD sprach nach Ansicht der SPD lediglich die momentane Übereinstimmung in wichtigen Fragen der Verfassung, insbesondere im wirtschaftspolitischen Teil. Dagegen sprachen aber das Mißtrauen in die Ehrlichkeit der KPD-Politik, die unter dem Einfluß der Haltung Schumachers scharf antikommunistische Linie der SPD-Führungsgremien in der britischen und amerikanischen Zone, die Furcht bei der Bevölkerung "den Eindruck einer völligen Übereinstimmung dieser beiden Parteien" zu erwecken¹²² und der Wunsch, die Verfassung auf einer breiteren Grundlage, als es allein mit der KPD möglich war, zu verabschieden. Hinzu kam entscheidend der

Glaube an eine ideologische Übereinstimmung
mit der CDU:

"Es darf nicht verkannt werden, daß das Wahlergebnis einem eindeutigen Auftrag an die verfassungsberatende Landesversammlung gleichkam. Die geringe Zahl der Mandate der LDP und der KPD kann nicht anders gewertet werden, als daß die breite Masse des Volkes den uneingeschränkten Liberalismus ebenso bestimmt ablehnt, wie die völlige Vergesellschaftung aller Produktionsmittel. Dafür kann die Tatsache, daß über 80 % aller Wähler ihre Stimmen der SPD und der CDU gegeben hatten, als eindeutiger Beleg dafür angesehen werden, daß der weit überwiegende Teil des Volkes ein sozialistisches Prinzip wünscht, welches in gleicher Weise die restlose Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung wie die freie Entfaltung aller Wirtschaftsmöglichkeiten des Klein- und Mittelbetriebes ermöglicht, soweit er auf der ehrlichen und höchst persönlichen Arbeit jedes Tätigen beruht." 123

Wenn daher die CDU bereit war, auf ihre im Wahlkampf vertretene Position eines "christlichen Sozialismus" und auf die Einigungsgrundlage des Siebener-Ausschusses vom 12. September zurückzukehren, sah die SPD eher in der CDU als in der KPD ihren Bündnispartner. Die 5. Plenarsitzung der Verfber. LV, die am 28. September begann und in der die 2. Lesung der Verfassung auf der Tagesordnung stand, mußte - schon aus zeitlichen Gründen¹²⁴ - die Entscheidung darüber bringen, ob es zu einer gemeinsamen Vorlage aller vier Parteien kommen, oder ob die SPD mit der CDU einen Verfassungskompromiß eingehen oder mit der KPD die Verfassung in der vom VA verabschiedeten Form allein durchsetzen würde.

2. Die 2. Lesung der Verfassung und die sich anschließenden Verhandlungen (28. September - 28. Oktober)

2.1. Die Verhandlungen im Plenum der Verfassungsberatenden Landesversammlung vor Abschluß des Verfassungskompromisses

Den Verhandlungen im Plenum der Verfber. LV lag bei der 2. Lesung der Verfassung der vom VA verabschiedete Entwurf (= EVA) zugrunde. Alle Parteien hatten für die Sitzung Änderungsanträge vorbereitet. Während SPD und KPD sich weitgehend auf Klarstellungen und Präzisierungen ihrer Standpunkte beschränkten¹²⁵, dokumentierten CDU und LDP in ihren Anträgen noch einmal ausdrücklich ihre Ablehnung des von der SPD/KPD-Mehrheit im VA verabschiedeten Entwurfs.¹²⁶

Da die CDU sah, daß ihre Änderungsanträge aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Verfber. LV kaum Aussicht auf Erfolg hatten, brachte sie am 1. Tag der Plenumssitzung, am 28. September, den Entwurf eines Staatsgrundgesetzes ein¹²⁷ und nahm gleichzeitig auch Verhandlungen mit der SPD auf. "Als wir am Samstag (28. September, d.V.) wieder zusammen traten, wurde von CDU-Seite mehrfach bei einzelnen von uns sondiert, ob diese Entwicklung (die die Verhandlungen über die Wirtschaftsordnung im VA genommen hatten, d.V.) nicht wieder rückgängig gemacht werden könne. Ich sagte einem der CDU-Herren nun ganz klar, daß ich

es nach dem bisherigen Verhalten von Dr. Köhler ablehnen müsse, mit diesem allein zu verhandeln. Wenn sie bereit wären, Vorstandsmitglieder zu schicken, d.h. noch einige andere Leute, so wäre das etwas anderes."¹²⁸

Am 2. Sitzungstag (29. September) begann die 2. Lesung des Verfassungsentwurfs. Zunächst erstattete Bergsträßer einen "Generalbericht" über die bisherigen Verhandlungen¹²⁹, anschließend ging Caspary in seinem Bericht über den 1. Hauptteil der Verfassung ausführlich auf die Auseinandersetzungen über die Sozial- und Wirtschaftsordnung ein.¹³⁰ In der sich anschließenden Diskussion erläuterten die vier Parteien noch einmal ihre wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen und kommentierten ihre Abänderungsanträge.¹³¹

2.2. Der Verfassungskompromiß zwischen SPD und CDU

2.2.1. Die Kompromißverhandlungen

Vertreter der CDU nahmen während der Plenumsverhandlungen wieder Kontakt mit der SPD auf. Es wurde "von der CDU der Vorschlag gemacht, es sollten sich drei Leute von der CDU und drei von uns zusammensetzen, um zu versuchen, zu einem Kompromiß zu kommen."¹³² Am 30. September, während

die 2. Lesung der Verfassung im Plenum fortgeführt wurde, trafen sich Bergsträßer, Caspary und Stock von der SPD und Köhler, Kanka und Stieler von der CDU zu geheimen Verhandlungen. "Am Montag (30. September) morgen saßen wir vier Stunden. ... Wir wurden über alles einig und machten ein Protokoll, nach dem die Abmachung von den Fraktionen nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden könne."¹³³

Der Verfassungskompromiß sah folgende inhaltliche Änderungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialordnung vor:¹³⁴

- "2. In Art. 31 ist der Absatz 2 wie folgt zu fassen: Das Streikrecht wird anerkannt, wenn die Gewerkschaften den Streik erklären. ¹³⁵
3. In Art. 31 b ist der 2. Satz des 1. Absatzes zu streichen. ¹³⁶
4. In Art. 31 c ist der 1. Absatz wie folgt zu fassen: 'Jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit, insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht - ist untersagt.' In Absatz 2 wird der letzte Satz gestrichen und ein eigener Absatz eingefügt mit dem Wortlaut: 'Ob die Voraussetzungen vorliegen, entscheidet das Gesetz.' ¹³⁷
5. In Art. 31 e wird in Absatz 1 unter Ziffer 1 hinter 'Bergbau', 'Kohlen, Kali, Erze.' ¹³⁸ Die Worte 'der chemischen Großindustrie' werden gestrichen. In der Ziffer 2 des Absatzes 1 wird eingefügt: 'Und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.' " ¹³⁹

Am 30. September nachmittags wurde das Verhandlungsergebnis in den Fraktionen von SPD und CDU

diskutiert. "In der Fraktion der CDU war es, wie ich von einigen Mitgliedern hörte, schon vorher zu schweren Auseinandersetzungen und Angriffen auf Köhler gekommen."¹⁴⁰ Der rechte Flügel der Partei befürchtete, daß aufgrund der mit Zustimmung der CDU in der Verfassung verankerten Sofortsozialisierung das politisch rechts stehende Bürgertum sich noch stärker von der CDU abwenden und zur LDP überwechseln würde.

In der SPD-Fraktion wurden Bedenken geäußert, ob es grundsätzlich richtig sei, mit der CDU zusammenzugehen. "Für uns war das Entscheidende, daß wir von vornherein die Absicht gehabt hatten, wenn es gehe, mit der CDU die Verfassung zu machen, nicht nur weil eine Verfassung einer breiteren Basis bedarf, auch weil wir es für uns für gefährlich angesehen hätten, ein Referendum nur mit der KPD zusammen zu bestehen. Es wären uns dann sicher eine Menge Leute weggelaufen, die zu uns gehen, weil wir eben gegen die KPD sind, und der Bolschewismus ist immer noch ein Gespenst."¹⁴¹

Die Kritiker in beiden Fraktionen konnten sich aber nicht durchsetzen und der Kompromiß wurde am Abend des 30. September von der SPD- und der CDU-Fraktion angenommen.

2.2.2. Die unterschiedliche Einschätzung des Ver-
fassungskompromisses durch SPD und CDU

Der Verfassungskompromiß fand bei SPD und CDU eine sehr unterschiedliche - in den entscheidenden Fragen sogar gegensätzliche - Interpretation. Beide Parteien behaupteten, ihren wirtschaftsverfassungsrechtlichen Zielvorstellungen treu geblieben zu sein, und das bedeutete für die SPD, eine "sozialistisch-gemeinwirtschaftliche" und für die CDU eine "freie" Wirtschaftsordnung durchgesetzt zu haben. Die CDU meinte sogar, sie habe durch den Kompromiß die von der SPD angestrebte Wirtschaftsverfassung gerade verhindert.

Ansatzpunkt für die gegensätzlichen Interpretationen waren die Kompromißfassungen der Artikel 31 b und 31 e.

Caspary argumentierte, daß in Art. 31 b zwar der Satz "Ihre gemeinwirtschaftliche Gestaltung ist zu fördern" gestrichen sei, daß aber die übrigen Formulierungen des Artikels beibehalten worden seien¹⁴², die "dem Gesetzgeber tatsächlich alle Grundlagen einer gemeinwirtschaftlichen Gestaltung in die Hand" geben.¹⁴³

Die CDU legte in ihrer Interpretation die Betonung auf andere Formulierungen des Art. 31 b:

"In diesem Artikel wird also bestimmt, daß die Wirtschaft des Landes weder (Hervorhebungen hier und im folgenden im Original, d.V.) 'nach sozialistischen Grundsätzen zu gestalten' noch ihre 'gemeinwirtschaftliche Gestaltung zu fördern', sondern lediglich 'sinnvoll zu lenken' ist. Will jemand im Ernst bestreiten, daß wir auf eine 'sinnvolle Lenkung' verzichten können?

In diesem Artikel ist aber auch enthalten, was vorher nicht beabsichtigt war, nämlich, daß im Rahmen der durch die gesetzgeberischen Lenkungsmaßnahmen gezogenen Grenzen 'die wirtschaftliche Betätigung frei' ist.

Diese Fassung ist die Verwirklichung der von der CDU von jeher programmatisch geforderten Synthese aus sinnvoller Lenkung der Wirtschaft und freier Betätigung der Persönlichkeit." 144

Sah die SPD also nach wie vor durch Art. 31 b den Grundsatz einer "gemeinwirtschaftlichen" Wirtschaftsordnung anerkannt, so interpretierte die CDU diesen Artikel als Garantie der grundsätzlich freien, d.h. kapitalistischen Wirtschaft, lediglich eingeschränkt durch eine nicht näher konkretisierte "sinnvolle Lenkung".

Eng mit der Frage des Wirtschaftssystems war die der Sozialisierung verknüpft. Die SPD stellte sich auf den Standpunkt, daß die Herausnahme der chemischen Großindustrie aus dem Sozialisierungskatalog "(...) sachlich nicht allzuviel geändert (hat), da der Initiativantrag der SPD zur Sofortsozialisierung aller Betriebe der I.G. (Farben, d.V.) vom Plenum bereits angenommen worden war."¹⁴⁵ Entscheidend war nach ihrer Auffassung,

daß der Grundsatz der Sozialisierung erhalten blieb. Nach wie vor sollte sie bereits mit Inkrafttreten der Verfassung erfolgen und sich nicht nur auf Betriebe beziehen, die Mißbrauch getrieben hatten oder den Frieden bedrohten. Sie war anerkannt als ein grundlegendes Prinzip einer neuen Wirtschaftsverfassung, als ein erster Schritt zu einer sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft.

Die CDU dagegen fragte, ob in Art. 31 e tatsächlich die "Sozialisierung" oder nicht vielmehr der "Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit" geregelt sei:¹⁴⁶

"Diese Forderungen der SPD und KPD (in Bezug auf Art. 31 e, d.V.) würden eine so gut wie voraussetzungslose Sozialisierung aller mehr oder weniger großen Betriebe bedeutet haben.

Es kam also zunächst darauf an, die Voraussetzungen für die Überführung von Betrieben in Gemeineigentum dem Grundsatz nach fest abzugrenzen. Dies ist geschehen durch die Einführung des Begriffs des 'Mißbrauches der wirtschaftlichen Freiheit' im Artikel 39 (vorher Art. 31 c, d.V.)."¹⁴⁷

Nach Ansicht der CDU fielen unter diesen Begriff die in Artikel 31 e genannten Betriebe des Bergbaues und der Eisen- und Stahlerzeugung¹⁴⁸, nicht aber die der chemischen Großindustrie, deren Streichung aus dem Sozialisierungskatalog sie dann auch gefordert und durchgesetzt hatte.¹⁴⁹ Es war der CDU also nach eigener Einschätzung gelungen, eine "unbegrenzte, lediglich an die Größe

der Betriebe gebundene 'Sozialisierung' " zu verhindern. "Die Voraussetzungen für eine Überführung von Betrieben in Gemeineigentum sind auf den Mißbrauch wirtschaftlicher Freiheit eindeutig und eng begrenzt worden."¹⁵⁰

In den grundlegenden Fragen der künftigen Wirtschaftsverfassung hatten SPD und CDU also - trotz verbaler Übereinstimmung - nach wie vor kontroverse Auffassungen.¹⁵¹ Diese entgegengesetzten Interpretationen waren auch allgemein bekannt. Die CDU behauptete z.B. im Wahlkampf in halbseitigen Anzeigen in der FR, daß durch den Verfassungskompromiß "die rote Verfassung (...) gefallen (ist) und an ihre Stelle (...) die neue Verfassung christlich sozialer Prägung (trat)."¹⁵² Um so unverständlicher war es, daß die SPD dennoch - wie bereits während der Kompromißverhandlungen am 30. September abgesprochen¹⁵³ - im Januar 1947 mit der CDU eine Koalition einging und glaubte "in einer Partei solch labilen Charakters einen ehrlichen Bundesgenossen zu einer Koalition der Mitte gefunden zu haben, mit der sie ihre 'Sozialisierung' durchführen" konnte.¹⁵⁴

Die SPD erkannte nicht, daß die Politik der CDU sich grundsätzlich gegen alle Sozialisierungsmaßnahmen richtete, die nicht lediglich Reaktionen auf Mißbrauch wirtschaftlicher Macht waren. Ihre Zustimmung zur Sofortsozialisierung nach Art. 31 e war ihr durch Ideen des christlichen Sozialismus und durch ihre einseitige und enge Auslegung der Artikel 31 b und 31 e ermöglicht worden. Die

tatsächlichen Gründe ihrer Zustimmung waren aber in anderen, langfristigeren Überlegungen zu suchen:

"Das Bestreben der CDU-Mehrheit ging dahin, auf jeden Fall zu einem Kompromiß mit der SPD zu kommen: Der linke Flügel, weil er Sozialisierungen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, der rechte Flügel aus taktischen Gründen,

- weil so eine SPD/KPD-Koalition verhindert werden konnte, die nicht ohne weiteres rückgängig zu machende - in der Verfassung verankerte - grundlegende Weichenstellungen in der Wirtschaftspolitik zur Folge gehabt haben könnte,
- weil die Gefahr bestand, daß die SPD - auf die KPD angewiesen - sich noch weiter nach links entwickeln würde,
- weil in den Kompromißverhandlungen die Sozialisierungsvorstellungen 'entschärft' werden konnten." 155

2.3. Die Verhandlungen im Plenum der Verfassungsberatenden Landesversammlung nach Abschluß des Verfassungskompromisses

Die Abstimmung über die Sozial- und Wirtschaftsordnung in 2. Lesung der Verfassung war immer wieder hinausgeschoben worden, um vielleicht doch noch eine Einigung im Plenum zu erzielen. In der Vormittagssitzung des 1. Oktober wurde dann den beiden kleinen Parteien mitgeteilt, daß

SPD und CDU sich auf einen Kompromiß geeinigt hatten. Die Sitzung wurde daraufhin bis zum Nachmittag unterbrochen, um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, über die neue Situation zu beraten.¹⁵⁶

Bergsträßer gab am Nachmittag des 1. Oktober offiziell die Vereinbarungen von SPD und CDU bekannt:

"Als es sich nun herausstellte, daß es trotz der immer wieder fortgesetzten unermüdlichen Bemühungen aller Beteiligten nicht möglich sein werde, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, der die Billigung aller Parteien fand, standen die beiden großen Fraktionen der SPD und CDU vor der ernstesten und bedeutungsvollen Entscheidung, ob sie unter diesen Umständen die gemeinsamen Verhandlungen einstellen und die Meinungsverschiedenheiten über die politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Gestaltung des Staates zum Gegenstand eines Kampfes um die Verfassung machen sollten. Sie waren sich bewußt, daß sie damit ihren Auftrag unerledigt in die Hände des Volkes zurückgeben würden. Sie waren sich weiter bewußt, daß ein solcher Kampf um die Verfassung zu schweren innerpolitischen Erschütterungen führen und dem Ansehen des demokratischen Gedankens abträglich sein werde. Sie waren sich ferner darüber im klaren, daß sie damit an der klaren politischen Entscheidung der großen Mehrheit des Volkes vorübergehen würden. Das staatspolitische Verantwortungsbewußtsein zwang also dazu, neue Wege zu suchen. Zu diesem Zweck haben in den letzten Tagen Beauftragte der beiden Fraktionen unmittelbar Verhandlungen aufgenommen mit dem Ziele, unter völliger Wahrung des grundsätzlichen Standpunktes das Trennende zu überbrücken und einen gemeinsamen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Das Ziel ist erreicht worden." 157

In der sich anschließenden Aussprache warf Bauer den beiden großen Parteien vor, daß sie durch ihr Verhalten einen einheitlichen Verfassungsentwurf verhindert hätten. Dabei kritisierte er insbesondere die Politik der SPD: Der CDU sei es gelungen, "mit Genialität durch ein Hintertürchen alles das in die Vorschläge hineinzubringen, was sie wünschte, bzw. all das aus dem Verfassungsentwurf herausstreichen zu lassen, was ihr unangenehm war." Bauer wandte sich gegen die Neufassung des Art. 31, weil dadurch "die einzige Waffe, die der Arbeiterschaft bleibt: der wirtschaftliche und auch der politische Streik, durch diese Bestimmung der Arbeiterschaft aus der Hand genommen worden ist." Die Neufassung des Art. 31 c stehe im Widerspruch zu Erklärungen der SPD noch vom 29. September¹⁵⁸, denen zufolge auf Seiten der Unternehmer immer der Mißbrauch zu finden war. Die Herausnahme der chemischen Großindustrie aus dem Sozialisierungskatalog mache die Überlegung erforderlich, "welche Motive dafür bestehen können, um das große chemische Unternehmen Merck zu schützen. Nach den jetzigen Bestimmungen ist es so, daß die Betriebe in Großhessen, die den größten Export haben, in Privateigentum bleiben." Bauer kündigte an, daß seine Partei alle Anträge von SPD und CDU auf Änderung des 3. Abschnittes ablehnen werde.¹⁵⁹

Auch Euler bedauerte, daß sich SPD und CDU auf Kosten der beiden kleinen Parteien gefunden hatten. Nur richtete sich seine Kritik am Kompromiß nicht

gegen die Zugeständnisse der SPD, sondern gegen die der CDU. Ohne noch einmal auf Einzelheiten einzugehen, erklärte auch er, daß die LDP dem Kompromiß nicht zustimmen könne, "was voraussichtlich zur Folge haben wird, daß wir gegen die Verfassung stimmen werden."¹⁶⁰

Vor der Abstimmung über den sozial- und wirtschaftspolitischen Teil der Verfassung in 2. Lesung stellten alle Fraktionen noch zahlreiche Abänderungsanträge.¹⁶¹ SPD und CDU setzten aber ihre Kompromißformulierungen bei Stimmenthaltung oder Ablehnung der beiden kleineren Parteien durch. KPD und LDP stimmten aber den Artikeln des 3. Abschnittes zu, die sie mit ihren eigenen wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen für vereinbar hielten.¹⁶²

Vor der Schlußabstimmung in der 2. Lesung, am 2. Oktober, kündigte Bauer an, "daß wir uns bei der heutigen Abstimmung der Stimme enthalten, bei der Abstimmung über den Gesamtentwurf, wie er uns heute vorliegt, daß diese Enthaltung jedoch in nichts unsere endgültige Stellungnahme präjudiziert, das heißt nicht präjudiziert, ob wir die Verfassung annehmen oder ablehnen werden."¹⁶³

Auch Euler erklärte, daß "wir uns heute der Stimme enthalten. ... Darüber hinaus erkläre ich allerdings, daß wir, falls sich keine wesentlichen Änderungen mehr ergeben sollten und der Inhalt der Verfassung in dritter Lesung so vorliegt wie heute auf Grund des von der SPD und der CDU

eingegangenen Kompromisses, die Verfassung ablehnen werden."¹⁶⁴ In 2. Lesung stimmten also nur SPD und CDU für den Verfassungsentwurf.¹⁶⁵

2.4. Die Überprüfung der Verfassung durch die amerikanische Militärregierung

Entsprechend dem Schreiben der hessischen Militärregierung vom 16. September wurde die Verfassung nach Beendigung der 2. Lesung "der Zivilverwaltungsdivision der Militärregierung für Groß-Hessen überreicht, die sie der Amerikanischen Militärregierung für Deutschland (OMGUS) zu Händen der Zivilverwaltungsdivision zur Überprüfung weiterleiten wird."¹⁶⁶

Die Zivilverwaltungsdivision von OMGUS hatte zahlreiche Einwände gegen den Verfassungsentwurf, die aber im wesentlichen nicht grundsätzliche Fragen betrafen, sondern sich auf textliche Unklarheiten und Detailfragen bezogen.¹⁶⁷ "Henry Parkman, then Director of the Civil Administration Division, submitted a report to General Clay containing a number of specific comments on the drafts of the constitutions. Some of these comments were accepted by General Clay and others rejected. They were largely the result

of a review made by the Interdivisional Committee on Governmental Structure to see if the constitutions violated either the announced policy of the Allies or the principles of denazification and decentralization contained in the statement by the Military Governor."¹⁶⁸

Clay ging bei seiner Beurteilung der Verfassung von folgenden Grundsätzen aus, die er bereits während der Verhandlungen in den Verfassungsberatenden Landesversammlungen dem Kriegsministerium mitgeteilt hatte:

"However, what is more important is that these constitutions are being developed by the Germans in an atmosphere of freedom from Military Government direction or interference. We have told the German authorities of the basic principles which we consider necessary to a democratic constitution and these principles have been furnished to you and the State Department. As long as these principles are safe-guarded in the Constitution, we do not propose to comment on the details or on the governmental procedures established in the Constitutions. ... These Constitutions must go to the German people as a free creation of their elected representatives and with the least possible taint of Military Government dictation." ¹⁶⁹

Artikel 41 (vorher Art. 31 e) des hessischen Verfassungsentwurfs verstieß nach Clays Auffassung gegen diese grundlegenden Prinzipien. Er sprach sich daher für eine Herausnahme des Sozialisierungsartikels aus der Verfassung aus. Zwar

erklärte er offiziell, Sozialisierungen seien Sache der Länder, in Wirklichkeit aber bemühten er und die amerikanische Militärregierung sich sehr entschieden, Einbrüche in das kapitalistische Wirtschaftssystem zu verhindern.¹⁷⁰

Da Clay aber ein Verbot des Artikels 41 als öffentliche Maßnahme gerne vermeiden wollte, versuchten er und die Militärregierung zunächst, den VA davon zu überzeugen, daß es besser wäre, den Artikel 41 unverbindlicher zu fassen. Der VA lehnte jedoch auf seiner Sitzung vom 10. Oktober dieses Ansinnen ab, da Artikel 41 ein wesentlicher Bestandteil der neuen Verfassung sei.¹⁷¹

Anschließend beauftragte Clay seinen für Hessen zuständigen Verfassungsexperten Kenneth Dayton, Kontakt mit den hessischen Parteien aufzunehmen und sie zu veranlassen, von sich aus den Artikel 41 in eine allgemeine Sozialisierungsermächtigung durch späteres Gesetz umzuwandeln, wie sie auch in der Weimarer Verfassung enthalten gewesen war.¹⁷²

Am 21. Oktober kam es zu dem entscheidenden Treffen zwischen Vertretern aller vier Parteien und Dayton.¹⁷³ Dayton erklärte: "Die hessische Verfassung wird von der Militärregierung im Ganzen genehmigt. General Clay hat aber Anstände in Bezug auf Artikel 41, Sofort-Sozialisierung; er sagt, dann stimme die Bevölkerung innerhalb der Verfassung zugleich über eine gesetzgeberische Maßnahme ab."¹⁷⁴ Dayton schlug vor,

anstelle: Mit Inkrafttreten der Verfassung "werden sozialisiert" "können sozialisiert werden" zu setzen. SPD und CDU wandten sich geschlossen gegen diesen Vorschlag. Die Fraktion der SPD werde "dieser Änderung im Landtag nicht zustimmen und werde ihre Anhänger auffordern, gegen die Verfassung zu stimmen. Die Formulierung sei, wie sie da stehe, ein Stück der Abmachung mit der CDU, die für uns hinfällig werde, wenn sie schon geändert werden müsse."¹⁷⁵

Köhler stimmte den Ausführungen Bergsträbers ausdrücklich zu. Als Dayton fragte, "ob (die, d.V.) CDU den Artikel 41 nur als Folge des Abkommens mit der SPD angenommen oder die Forderung nach Sozialisierung schon vor dem 30. Juni (1946, Datum der Wahl der Verfber. LV, d.V.) ausgesprochen habe"¹⁷⁶, erklärte Köhler, "daß der Artikel 41 in der vorliegenden Fassung sich fast wörtlich mit unserem Programm decke, und wir (ihn, d.V.) sein Beginn unserer Bewegung vertreten."¹⁷⁷ Köhler verwies als Beleg auf seine Rede in der Verfber. LV vom 5. August¹⁷⁸, auf die Frankfurter Leitsätze¹⁷⁹ und auf seine Rede vor Wiesbadener Unternehmern am 3. März 1946.¹⁸⁰ Entscheidend käme hinzu, "daß durch die gewünschte Änderung des Artikels 41 die von uns für den Wiederaufbau Hessens als erforderlich betrachtete Politik, die Zusammenarbeit der beiden großen Fraktionen als Grundlage einer 4/5 Mehrheit des Volkes, ernstlich gefährdet sei."¹⁸¹

Während auch Bauer sich nachdrücklich für die Beibehaltung des Artikels 41 in der jetzigen Fassung einsetzte, erklärte Euler, "der Standpunkt der Militärregierung sei richtig."¹⁸² Zum Abschluß der Unterredung betonten SPD, CDU und KPD, daß durch den Änderungswunsch der Militärregierung "die Verfassung gefährdet werde", und daß sie bereit seien, "wegen dieses einen Wortes es dazu kommen zu lassen, daß keine Verfassung zustande komme."¹⁸³

Die amerikanische Militärregierung sah ein, daß eine Änderung des Artikels 41 gegen den geschlossenen Widerstand von SPD, KPD und auch CDU nur mit großen Schwierigkeiten und unter Gefährdung ihrer bisherigen konstruktiven Besatzungspolitik durchzusetzen wäre. Sie schlug daher einen anderen taktischen Weg ein, um doch noch zum Ziel zu gelangen. "Kenneth Dayton was invited to attend a closed caucus of the SPD in which this point (Artikel 41, d.V.) was vigorously debated. He explained the position of Military Government and persuaded them to refer this article to a separate vote."¹⁸⁴

Nachdem also für die Militärregierung ein Verbot des Artikels 41 nicht zur Debatte gestanden hatte, weil es einen allzu deutlichen Eingriff in innerdeutsche Verhältnisse dargestellt und auch im Widerspruch zu offiziellen amerikanischen Erklärungen gestanden hätte, und nachdem eine Änderung des Artikels 41 an dem Widerstand des VA

und der drei hessischen Parteien gescheitert war, erreichte Dayton als Kompromiß eine gesonderte Abstimmung über die Sofortsozialisierung. Clay war mit dem Verhandlungsergebnis einverstanden und hoffte, daß die Wähler über die Gesamtverfassung anders abstimmen würden als über den Sozialisierungsartikel.¹⁸⁵

Mit Schreiben vom 29. Oktober genehmigte Clay die hessische Verfassung unter den Voraussetzungen,

- daß an einigen Artikeln kleinere Änderungen vorgenommen werden (was bereits mit dem VA abgesprochen war),
- daß über Artikel 41 gesondert abgestimmt wird und
- daß die Vier-Mächte-Gesetzgebung und die Anordnungen, die die grundlegenden Richtlinien der Besatzung betreffen, für die Zeit der Besetzung Deutschlands als der Verfassung übergeordnet anerkannt werden. 186

3. Die 3. Lesung der Verfassung, der sich anschließende Wahlkampf, die Volksabstimmungen und die Landtagswahl (29. Oktober - 1. Dezember)

3.1. Die 3. Lesung der Verfassung

Die 3. Lesung der Verfassung fand am 29. Oktober statt. Ihr "lag nicht der von der LV in 2. Lesung beschlossene Entwurf, sondern eine vom VA

redaktionell und sprachlich überarbeitete Fassung des Entwurfs zugrunde."¹⁸⁷ Die Abstimmung über Artikel 41 war zunächst zurückgestellt worden. Sie erfolgte erst, als das Genehmigungsschreiben Clays eingetroffen war.¹⁸⁸

"Präsident: Wir kommen zu Artikel 41. Es soll in Verbindung mit der Abstimmung über die Verfassung eine gesonderte Abstimmung über diesen Artikel 41 erfolgen dergestalt, daß die Wähler befragt werden sollen, ob sie den Artikel 41 in der vorliegenden Fassung in die Verfassung aufgenommen haben wollen.

Ich lasse zunächst über den Artikel 41 abstimmen. - Gegen die Stimmen der LDP angenommen.

Dann lasse ich abstimmen über den Antrag, wonach die Wähler befragt werden sollen, ob sie den Artikel 41 in der vorliegenden Fassung in die Verfassung aufgenommen haben wollen. - Einstimmig angenommen." ¹⁸⁹

Vor der Schlußabstimmung über die gesamte Verfassung erläuterten in kurzen Stellungnahmen die vier Fraktionsführer ihre grundsätzliche Haltung zu dem Verfassungswerk und kündigten ihre Zustimmung bzw. Ablehnung an.

Euler erklärte, daß die LDP "(...) in der Gesamt- abstimmung gegen die Verfassung stimmen (wird). Wir gehen dabei von der grundlegenden Erwägung aus, daß die hessische Verfassung in der vorliegenden Form eher einer Art Reichsverfassung gleicht, als einer Landesverfassung." Materien wie z.B. die Wirtschaftsordnung könnten nicht Inhalt einer Landesverfassung sein. Euler sah

"die Frage der Sozialisierung unter dem Gesichtspunkte einer Machtausbreitung des Staates, die der wirtschaftlichen Initiative und der Freiheit des einzelnen feindlich ist. ... Es ist in dem Artikel 38 von der Planwirtschaft die Rede. Es wäre richtig gewesen, hier von der wirtschaftlichen Freiheit auszugehen."¹⁹⁰

Bauer betonte, "daß es bei der Lage, in der Deutschland sich gegenwärtig befindet, vom außenpolitischen wie vom innenpolitischen Standpunkt aus gesehen unbedingt notwendig ist, die Einheit der bestehenden Parteien soweit als möglich und so lange als möglich aufrecht zu erhalten. ... Aus diesem Grunde auch waren wir, obwohl wir am 5. August erklärten, wir begrüßen es, daß dieses Haus eine linke Mehrheit aufweist, ohne weiteres bereit, an den Versuchen teilzunehmen, mit den beiden bürgerlichen Parteien zu einer Übereinstimmung in der Verfassungsfrage zu gelangen." Leider sei durch den Verfassungskompromiß zwischen SPD und CDU die Einheit der vier Parteien endgültig zerbrochen. Die KPD habe aber danach geprüft, was von der Verfassung noch übriggeblieben sei. "Hat diese Verfassung noch einen fortschrittlichen Charakter oder nicht? Entspricht sie noch dem Charakter, entspricht sie noch den Forderungen, für die wir in den Verfassungskampf gegangen sind?" Bauer kündigte an, daß die KPD für die Verfassung und für den Artikel 41 stimmen werde, gleichzeitig kritisierte er aber, daß die chemische Großindustrie aus dem Artikel 41 herausgenommen worden sei. Diese Nachricht habe in der

Arbeiterschaft alarmierend gewirkt. "Der Herr Kollege Richter von den Gewerkschaften wird das nicht leugnen können; ... Es sind nicht nur Resolutionen gefaßt und allen vier Fraktionen zugesandt worden; auch in zahlreichen Versammlungen wurde an die Gewerkschaften und an die Links-Parteien die Forderung gestellt, die chemischen Großbetriebe in diesen Artikel wieder aufzunehmen."¹⁹¹

Aus außen- und innenpolitischen Erwägungen heraus, werde die KPD aber - trotz erheblicher Bedenken, insbesondere wegen der Zugeständnisse der SPD an die CDU - für die Verfassung stimmen. Deutschland sei abhängig von den Besatzungsmächten und innenpolitische Auseinandersetzungen würden möglicherweise der Zukunft Deutschlands schaden. Innenpolitisch sei eine fortschrittliche Verfassung wichtig, ebenso wie eine aktive Tätigkeit der KPD, weil "die Reaktion und die übriggebliebenen faschistischen Kräfte im Begriff sind, sich neu zu formieren, zwar noch zögernd, aber immerhin schon lauter werdend als noch vor einem halben oder vor einem Jahre."¹⁹²

Im Gegensatz zu Bauer betonte Köhler gerade das Gemeinsame. Er vermied es, auf die strittigen Punkte der Wirtschaftsverfassung einzugehen und sah in dem Entwurf nicht eine "Mehrheitsparteien-Verfassung", sondern eine "Volksverfassung", da von den rund 160 Artikeln rund 140 einstimmig angenommen worden seien.¹⁹³ Köhler war mit dem Ergebnis der Verfassungsberatungen

zufrieden und sah als das wesentlichste am Verfassungsentwurf an, "daß die Grundlage geschaffen wird, um endlich wieder in einem Rechtsstaate leben zu können, in einem Rechtsstaate, der dann auch gleichzeitig ein Staat der Demokratie sein soll."¹⁹⁴

Knothe begrüßte den Verfassungsentwurf als "eine Grundlage zur Überwindung der Not und zum Aufbau eines neuen staatlichen Lebens. ... Wir Sozialdemokraten wissen, daß dies nicht die Verfassung ist, die unseren inneren sozialistischen Verpflichtungen entspricht. Wir sind aber getragen von der inneren Überzeugung, daß es die Verfassung ist, von der man sagen kann, es ist die freieste, die wir bis dato in Deutschland hatten." Knothe gelobte, daß "wir (...) unsere ganze politische Kraft dafür einsetzen (werden), daß die Verfassung des Landes Hessen nicht ein Stück Papier bleibt, sondern daß diese Verfassung in unserm Geiste Leben erhält, daß sie durchgeführt wird von dem Geiste demokratischer, sozialistischer Realität." Im Gegensatz zu Euler vertrat Knothe die Auffassung, "Groß-Hessen hat sich eine Verfassung geschaffen, die zu einem hohen Grade mit vorbildlich sein dürfte für die Verfassung, die wir uns in Deutschland schaffen werden."¹⁹⁵

Anschließend folgte die Schlußabstimmung. Für die Verfassung stimmten 82 Abgeordnete von SPD, CDU und KPD, dagegen die 6 Abgeordneten der LDP, 2 Abgeordnete fehlten.¹⁹⁶

3.2. Der Wahlkampf

Nach der Schlußabstimmung über die Verfassung am 29. Oktober begann unmittelbar der Wahlkampf. Während SPD, CDU und KPD die Verfassung und den Artikel 41 verteidigten und - wenn auch mit sehr unterschiedlichen Argumentationen - ihre Annahme empfahlen, forderte die LDP die Wähler auf, gegen die Verfassung und insbesondere gegen den Art. 41 zu stimmen. Gleichzeitig versuchte jede der vier Parteien, sich im Wahlkampf von den anderen abzugrenzen.

Die SPD bezeichnete die hessische Verfassung als die fortschrittlichste Verfassung der drei Länder der US-Zone, die im wesentlichen ihren Wünschen und Vorstellungen entsprach und das z.Zt. politisch Durchsetzbare enthielt.¹⁹⁷

Sie verwies insbesondere auf Artikel 41, der "(...) weitergehend (ist) als irgendein Artikel irgendeiner Verfassung." ¹⁹⁸

Artikel 41 erfülle eine doppelte Funktion. Er entmachte das Großkapital, das Hitler zur Macht verholfen und ihn finanziert habe ¹⁹⁹, und er entspräche der SPD-Politik, "daß Sozialismus zur Gegenwartsaufgabe geworden ist." Deshalb habe die SPD unter allen Umständen darauf bestehen müssen, "daß der erste und wesentlichste Schritt zum Sozialismus mit dem Inkrafttreten der Verfassung selbst getan sein müßte, gemäß unserer Forderung, die wesentlichsten Teile der Industrie und Wirtschaft zu sozialisieren, ohne daß dazu weitere Gesetze vonnöten seien." ²⁰⁰

Obwohl auch CDU und KPD der Verfassung und dem Artikel 41 zugestimmt hatten, sah sich die SPD im Wahlkampf den heftigsten Angriffen nicht nur von der LDP, sondern auch von diesen beiden Parteien ausgesetzt. Besonders die CDU war bestrebt, sich gegenüber der SPD abzugrenzen. Sie mußte mit der LDP um die bürgerlichen Wählerstimmen konkurrieren und behauptete daher, durch den Verfassungskompromiß den Linksblock gespalten und eine sozialistische Verfassung verhindert zu haben:

"SPD und KPD besaßen die absolute Mehrheit im Parlament. Sie hätten nach ihrem Belieben dem hessischen Volk eine marxistische Verfassung aufzwingen können. Die CDU hat durch unermüdliches und zähes Verhandeln erreicht, daß sie, obgleich in der Minderheit, in zahlreichen Artikeln der Abschnitte über die Sozial- und Wirtschaftsordnung, über die Kirchen und über die Schulen ihren Standpunkt zur Geltung brachte und auch durchsetzte; ihr ganz allein ist es also zu verdanken, daß dem Volke eine Verfassung nach marxistischen Grundsätzen erspart blieb." 201

Dagegen entspräche das Verhalten der LDP nicht den Interessen der bürgerlichen Wähler:

"Hätte sie (die CDU, d.V.) dies nicht getan (den Ausgleich mit der SPD gesucht, d.V.), hätte sie sich von demselben Geist antreiben lassen, den die LDP offenbar für den richtigen hält, dann würde Hessen am 1. Dezember mit knapper Mehrheit eine rein marxistische Verfassung erhalten, dann ständen nicht nur all jene Bestimmungen in der Verfassung, um derentwillen heute die CDU vom reaktionären rechten Flügel angegriffen wird, sondern das Zehn-, vielleicht das Hundertfache davon. Die CDU hat weiter dafür gesorgt, daß in zahlreichen wesentlichen Punkten erst spätere Gesetze den Inhalt der Verfassungsartikel bestimmen werden." 202

Diese Thesen kennzeichneten den Wahlkampf der CDU. Sie sprach sich nicht für die Verfassung aus, weil sie z.B. ihren vor der Wahl der Verfber. LV erhobenen Forderungen nach einem "christlichen Sozialismus" entsprochen hätte²⁰³, sondern weil Schlimmeres verhütet worden sei.²⁰⁴

Diese Argumentation der CDU wurde ausdrücklich von der katholischen Kirche unterstützt, während sich die evangelische sehr zurückhielt.²⁰⁵ In einem Hirtenbrief der katholischen Bischöfe von Mainz, Limburg und Fulda wurde insbesondere die "nichtchristliche Schule mit äußerlich angehängtem Religionsunterricht" beklagt. Das schlechte Verhandlungsergebnis in diesem Bereich zeige,

"wie verhängnisvoll es ist, wenn die wirklich christlich denkenden und handelnden Männer im Parlament zu schwach vertreten sind. So sind sie, um noch Schlimmeres zu verhindern, oft gezwungen, in Kompromisse einzuwilligen, die schmerzlich und unbefriedigend sind." 206

Die Verfassung und insbesondere Artikel 41 entsprachen im wesentlichen den "antifaschistisch-demokratischen" Forderungen der KPD.²⁰⁷

"Sie trägt den Charakter einer bürgerlich-demokratischen Verfassung mit fortschrittlichem Einschlag. Sie konnte angesichts der objektiven und subjektiven Lage keinen anderen Charakter haben. Sie hat aber in nichts mit Sozialismus etwas zu tun. Das kann man bedauern, das ändert aber nichts an den realen Verhältnissen. Der Sozialismus läßt sich nicht einfach durch eine

Verfassung dekretieren, dazu sind andere Voraussetzungen nötig, über die bei anderer Gelegenheit mehr gesagt werden soll. Diese Voraussetzungen aber zu schaffen, das ist die große Aufgabe, die wir Kommunisten uns stellen; und wir glauben, daß die neue Verfassung Hessens alle Möglichkeiten gibt, mitzuwirken, daß der Sozialismus in Deutschland bald nicht nur auf der Tagesordnung steht, sondern das Gesetz unseres Handelns bestimmt." 208

Die KPD warf der SPD vor, durch den Kompromiß eine noch fortschrittlichere Verfassung verhindert und die sozialistische Mehrheit ohne Grund gespalten zu haben. Insbesondere die Herausnahme der chemischen Großindustrie aus dem Sozialisierungskatalog wertete sie als ein gefährliches Anzeichen für die Nachgiebigkeit der SPD gegenüber Forderungen der CDU.²⁰⁹ Dennoch setzte sich die KPD für eine linke Regierungskoalition nach den Wahlen ein, in der sie als "starker Motor" die Verwirklichung der in der Verfassung niedergelegten Grundsätze, vor allem die Sozialisierung, vorantreiben wollte.²¹⁰

Ihre Hauptkritik richtete sich daher auch nicht gegen die SPD, sondern die CDU und ihr Bestreben, mit der SPD zu einem Einvernehmen zu kommen. "Es darf nicht der Fall sein, daß die SPD nach den Landtagswahlen eine Koalition mit CDU und LDP eingeht, die sich nur schädlich für das Volk auswirken würde."²¹¹ Als die CDU vor einem Jahr gegründet wurde, "verlangte sie auch im Westen eine Heranziehung der Besitzenden, um den Opfern des Krieges, vor allem den Flüchtlingen, einen

Ausgleich für ihre Verluste und eine anständige Lebensgrundlage zu schaffen. ... Inzwischen hat sich vieles geändert: An die Spitze der CDU haben sich die Vertreter des Großkapitals geschoben - die Industrie- und Handelskammern beherrschen zum Beispiel den Vorstand der CDU in Hessen - und heute gilt nicht mehr der Grundsatz christlicher Nächstenliebe, wohl aber der Wille, das in Krieg und Krise zusammengeraffte Kapital zu erhalten."²¹²

In einem Punkt waren sich SPD, CDU und KPD allerdings einig: "Die LDP ist nicht konservativ in dem Sinne, daß sie das Gute aus der Vergangenheit bewahren möchte, sondern sie ist im wahrsten Sinne des Wortes reaktionär, weil sie den Atem eines neuen Zeitalters nicht spürt und verharren will bei einer Wirtschaftsgestaltung, die überlebt ist."²¹³

Die LDP unternahm im Wahlkampf alle Anstrengungen, um dieser Einschätzung ihrer politischen Rolle und Bedeutung gerecht zu werden. Sie sah sich selbst als "einzige nichtsozialistische Partei" in Hessen, nachdem auch die CDU sich durch den Verfassungskompromiß zu sozialistischem Gedankengut bekannt habe. "Die breiten bürgerlichen und bäuerlichen Wählerschichten der CDU müssen nun bekennen, ob sie ebenfalls eine sozialistische Ordnung wollen. Wir sind überzeugt, daß das nicht der Fall ist."²¹⁴

Die LDP versuchte, sich als geradlinige bürgerliche Partei darzustellen, die als einzige bei den Verfassungsberatungen den Sozialismus bekämpft habe. Ihr erklärtes Ziel war es dabei, den rechten Flügel der CDU für sich zu gewinnen:

"Der denkende Wähler wird ferner nur der Liberal-Demokratischen Partei seine Stimme geben, die als einzige um der Zukunft unseres Volkes willen einen klaren, männlichen Kampf gegen sozialistische Wahnideen führt, während die CDU bei der Verfassungsberatung zur Bestürzung vieler ihrer früheren Anhänger in müder Resignation dem Sozialismus ein schwächliches taktisches Rückzugsgefecht lieferte und dadurch geistig und politisch die Gefangene der SPD geworden ist." 215

Die hessische LDP lehnte die hessische Verfassung vor allem deshalb ab, "weil sie eine sozialistische Verfassung ist. Sie ist aus einem Kompromiß zwischen SPD und CDU hervorgegangen, bei dem - bis auf die Frage der Bekenntnisschule - die CDU größtenteils ihre Auffassungen preisgegeben hat. Die KPD konnte ihren Segen dazu geben. So kam die sozialistische Einheitsfront zustande." 216

3.3. Volksabstimmungen und Landtagswahl

Die Wahlen am 1. Dezember 1946 verliefen ohne Zwischenfälle. Die Wähler hatten drei Entscheidungen zu treffen: Die Annahme oder Ablehnung der Verfassung, die Beibehaltung oder Streichung des Artikels 41 und die Wahl des 1. hessischen Nachkriegslandtages.'

Bei einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich 73 %²¹⁷ wurden für die Annahme der Verfassung 76,8 % und für den Artikel 41 72,0 % der abgegebenen gültigen Stimmen gezählt.²¹⁸ Verfassung und Art. 41 waren also mit einem sehr hohen Stimmenanteil angenommen worden. Die Hoffnungen, die die amerikanische Militärregierung an die Sonderabstimmung über den Sozialisierungsartikel geknüpft hatte, hatten sich nicht erfüllt.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen brachten z.T. sehr starke Veränderungen innerhalb des sozialistischen und des bürgerlichen Lagers, der prozentuale Gesamtstimmenanteil beider Lager blieb aber nahezu unverändert.

Die SPD erhielt 42,7 % der abgegebenen gültigen Stimmen (am 30. Juni 1946: 44,3 %),
die CDU 30,9 % (37,3 %),
die KPD 10,7 % (9,7 %) und
die LDP 15,7 % (8,1 %).

Am 30. Juni standen 54,0 % der Stimmen von SPD und KPD 45,4 % der Stimmen von CDU und LDP gegenüber. Jetzt betrugen die entsprechenden Zahlen: 53,4 % zu 46,6 %.

Auch die Sitzverteilung brachte daher kaum Änderungen in der Stärke der beiden Lager: Die SPD erhielt im Landtag von 90 Sitzen 38 (in der Verfber. LV: 42), die CDU 28 (35), die KPD 10 (7) und die LDP 14 (6).

SPD und KPD verfügten also über 48 Sitze (vorher 49) und die beiden bürgerlichen Parteien über 42 (vorher 41). Damit war rein rechnerisch sowohl eine SPD/CDU- als auch eine SPD/KPD-Koalition möglich.²¹⁹

In ersten Stellungnahmen wurden besonders das schlechte Abschneiden der CDU und die Stimmenverdoppelung der LDP kommentiert.

Die CDU erklärte sich ihr Ergebnis mit ihrer Zustimmung zum wirtschaftspolitischen Teil der Verfassung und ihrer Zusammenarbeit mit der SPD. "Der rechte Flügel der CDU war nicht einsichtig genug, diese Zusammenhänge (daß die CDU es durch den Verfassungskompromiß erreicht habe, die Sozialisierungsabsichten der SPD einzugrenzen, d.V.) zu durchschauen und ist zur LDP hinübergeschwenkt."²²⁰

Die LDP konnte auf Kosten der CDU ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln. Ihr war es tatsächlich gelungen, weite Kreise des Bürgertums anzusprechen und sich "zum Verteidiger bürgerlich-liberalen Denkens und zur Sammelpartei für

Nationalisten, Faschisten, Konservative sowie restaurativ Denkende jeglicher Couleur von den Nationalliberalen bis zu den Sozialliberalen, kurz Vorkämpferin aller antisozialistischen Verfassungsgegner zu profilieren."²²¹ Allerdings entsprach ihr Stimmenanteil von 15,7 % nicht den Nein-Stimmen zur Verfassung (23,2 %) und zum Artikel 41 (28,0 %), obwohl sie als einzige Partei die Wähler aufgefordert hatte, beides abzulehnen. Es hatten also auch zahlreiche CDU-Wähler - gegen den Willen ihrer Partei - Verfassung und Sofortsozialisierung abgelehnt.²²²

III. Das Ergebnis der Verfassungsberatungen hinsichtlich der Sozialisierung

Die Auseinandersetzungen in der Verfber. LV um die Sozial- und Wirtschaftsordnung ließen die Sozialisierungsforderungen und -motivationen der vier Parteien deutlich zu Tage treten. SPD und KPD setzten sich für Sozialisierungen als Reaktion auf den Faschismus und als Ansatzpunkt für eine neue Wirtschaftsverfassung ein. Die LDP sah keine Möglichkeit, eine Übereinstimmung ihrer Sozialisierungskonzeption mit denen von SPD und KPD herbeizuführen. Sie lehnte daher den Artikel 41 und hauptsächlich auch aus diesem Grunde die Gesamtverfassung ab.

Die CDU versuchte zu Beginn der Verhandlungen, eine Einigung auf der Basis der Staatsaufsicht an Stelle von Sozialisierungen herbeizuführen. Als dieser Versuch scheiterte, erklärte sie sich im Siebener-Ausschuß - wie zu diesem Zeitpunkt auch noch die LDP - bereit, den Sozialisierungsvorhaben von SPD und KPD zuzustimmen. Beide Parteien zogen aber ihre Einverständniserklärungen unter dem Druck ihrer Gesamtfaktionen wieder zurück.

Da der CDU aber nach wie vor an einer Einigung mit der SPD gelegen war, nahm sie Verhandlungen mit der SPD außerhalb der Verfber. LV auf. Sie ging - im Gegensatz zur LDP - davon aus, daß nur durch Kompromißverhandlungen eine Abschwächung der Sozialisierungsforderungen der SPD zu erreichen war und gleichzeitig ein endgültiger Bruch in der - von Seiten der SPD sowieso nur halbherzig betriebenen - Zusammenarbeit mit der KPD herbeigeführt werden konnte.

Nach Abschluß des Verfassungskompromisses, bei dem die SPD zwar der Streichung der chemischen Großindustrie aus dem Artikel 41 zugestimmt, aber die Beibehaltung der Sozialisierung kraft Verfassung durchgesetzt hatte, zeigte seine gegensätzliche Interpretation durch SPD und CDU, daß objektiv keine Übereinstimmung in den Sozialisierungsmotivationen erzielt worden war. Während die SPD davon ausging, ihre Sozialisierungskonzeption, die Sozialisierungen als Mittel der Wirtschaftspolitik ansah, trotz des Kompromisses

durchgesetzt zu haben, interpretierte die CDU den Verfassungskompromiß dahingehend, daß lediglich der Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit von Artikel 41 erfaßt werde und ansonsten eine "freie" Wirtschaftsordnung in der Verfassung garantiert sei. Diese Interpretation, die von der CDU auch im Wahlkampf - wenn auch z.T. durch den Kampf um die bürgerlichen Wählerstimmen bedingt - öffentlich wiederholt wurde, zeigte, daß eine Basis für eine gemeinsame Sozialisierungspolitik von SPD und CDU objektiv von vornherein nicht gegeben war.

Die amerikanische Militärregierung versuchte zunächst, eine Streichung oder zumindest doch Abschwächung des Artikels 41 zu erreichen. Ihr Vorhaben scheiterte aber am gemeinsamen Widerstand von SPD, KPD und - aus Gründen einer beabsichtigten Koalition mit der SPD - auch der CDU. Sie konnte aber durchsetzen, daß über Artikel 41 gesondert abgestimmt werden mußte.

Die Wahlergebnisse vom 1. Dezember 1946 erbrachten jeweils eine ca. 2/3 Mehrheit für die Verfassung und die Sofortsozialisierung der wichtigsten Monopole und Schlüsselindustrien, und sie bestätigten bei der Landtagswahl die politischen Kräfteverhältnisse in Hessen, wenn es auch geringe Verschiebungen innerhalb des sozialistischen Lagers zugunsten der KPD und sehr erhebliche Veränderungen innerhalb des bürgerlichen Lagers zugunsten der LDP gab.

G. DER WEITERE VERLAUF DER SOZIALISIERUNGS-
DEBATTE IN HESSEN (ÜBERBLICK)

Für die Verwirklichung des Artikels 41 war entscheidend, welche Parteien in Hessen die Regierung bilden würden und wie sich die amerikanische Besatzungsmacht zu den Versuchen stellen würde, den Sozialisierungsartikel in die Praxis umzusetzen. Nur eine entschlossene Regierung, die sich tatsächlich uneingeschränkt für die Sozialisierung einsetzte, hatte überhaupt eine Chance, gegen den hinhaltenden Widerstand der Militärregierung etwas zu erreichen.

Alle vier Parteien erklärten sich grundsätzlich bereit, sich an der 1. gewählten hessischen Nachkriegsregierung zu beteiligen. Nach einer Besprechung zwischen Christian Stock (SPD), Otto Witte (Präsident der Verfber. LV, SPD) und den vier Fraktionsführern in der Verfber. LV am 18. Dezember 1946 zog die LDP ihr Angebot zurück, da Stock betont habe, "daß die Regierungspolitik von dem sozialistischen Geiste getragen sein werde, der in Teilen der hessischen Verfassung seinen Niederschlag gefunden hat und nun einmal in Zukunft herrschen werde." Nach Abwägung aller Umstände sei die LDP zu dem Ergebnis gekommen, daß sie "mit einer verantwortungsbewußten und positiven Opposition dem demokratischen Gedanken zur Zeit einen besseren Dienst leisten kann, als mit einer Beteiligung an der Regierung."¹

Nach dem Ausscheiden der LDP aus den Koalitionsverhandlungen war die entscheidende Frage, ob es der CDU gelingen würde, die KPD von der Regierungsverantwortung fernzuhalten. Die KPD hatte von Anfang an ihre Bereitschaft zu einer Koalition betont, "auch wenn die CDU dieser Regierung angehört."² Teile der SPD waren durchaus geneigt, die KPD an der Regierung zu beteiligen, doch machte die CDU eine Koalitionsregierung von der Nicht-Beteiligung der KPD abhängig.³

Am 20. Dezember 1946 wählte der Hessische Landtag Christian Stock zum Ministerpräsidenten. Auf ihn entfielen 58 der 87 abgegebenen Stimmen, der von der KPD vorgeschlagene Gewerkschaftsvorsitzende Willi Richter erhielt 10 Stimmen der KPD und 1 der SPD. Die LDP enthielt sich der Stimme.⁴

Bereits durch diese Wahl zeichnete sich deutlich eine SPD/CDU-Koalition ab, doch war über die Beteiligung der KPD noch nicht endgültig entschieden. Die KPD erkannte, daß sie ohne Regierungsbeteiligung ins politische Abseits gedrängt würde und befürchten mußte, daß die von ihr und der SPD durchgesetzten fortschrittlichen Bestimmungen der Hessischen Verfassung auf dem Papier bleiben würden, wenn es zu einer SPD/CDU-Koalition kommen sollte. Sie forderte daher die SPD auf, nicht leichtfertig die linke Mehrheit aufs Spiel zu setzen. "Es wäre ein unglaublicher Widersinn, in einem Lande wie Hessen, das über eine linke Mehrheit verfügt und das einen Artikel 41 mit überwältigender Mehrheit angenommen hat,

so entscheidende Ministerien wie Wirtschaft, Ernährung und Kultur der CDU zu überlassen."5

In einem Grundsatzartikel charakterisierte der KPD-Vorsitzende Walter Fisch die Politik der hessischen CDU wie folgt:

"Die Führung der CDU, die bekanntlich dem entscheidenden Teil der Verfassung, nämlich dem wirtschafts- und sozialpolitischen Teil den größten Widerstand entgegengesetzt hatte, war sich natürlich bewußt, daß die KPD entschieden darauf bestehen werde, daß gerade die umstrittenen Teile der Verfassung, zu denen sich die Mehrheit des Volkes bekannte, wie der Artikel 41, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte usw., so schnell wie möglich verwirklicht würden, und gerade darum mußte die KPD der Führung der CDU, die sich aus den Kreisen der Industrie- und Handelskammer rekrutiert, ein sehr unwillkommener Regierungspartner sein.

Die Führung der CDU war sich weiter darüber klar, daß ein Zusammenarbeiten von SPD und KPD ihr das Gesetz des Handelns entreißen und Hessen einen fortschrittlichen und linken Kurs steuern lassen würde. Darum betrachtete sie es als ihr größtes Verdienst, durch ihren Kompromiß mit der SPD am 30. September 1946 die Linke gespalten und die SPD von der Seite der KPD losgetrennt zu haben.

Dies war und ist die Strategie der CDU-Führung. Hinauszögerung der Durchführung der Verfassung, stille Sabotage an der Realisierung des Artikel 41, Spaltung der linken Mehrheit und Herüberziehen der SPD in eine Koalition der Halbheit und der Farblosigkeit, in der die Grundsätze einer sozialistischen Politik zur Unwirksamkeit verurteilt sind." 6

Die SPD stimmte schließlich einer Koalitionsregierung ohne die KPD zu. Dieser Schritt entsprach

auch durchaus dem Willen der politischen Führungsgremien der hessischen SPD und dem antikommunistischen Kurs der SPD-Zentrale in Hannover. Sie begründete ihre Ablehnung, mit der KPD eine Koalition einzugehen, mit folgenden Argumenten:

- "1. Es ist noch ganz neu, daß sich die Kommunisten als Demokraten zeigen, und es ist auch noch nicht lange her, daß sie die Diktatur des Proletariats forderten.
2. ist die Zwangspartei der SED im russisch besetzten Sektor alles andere als eine soziale Gemeinschaft, und unsere Partei hat dort keine Entfaltungsmöglichkeit.
3. ..." 7

Am 2. Januar 1947 stand die Ministerliste der SPD/CDU-Regierung endgültig fest. Dem Kabinett gehörten Christian Stock als Ministerpräsident und je 4 Minister der SPD und CDU an. Das für die Durchführung der Sozialisierung zuständige Wirtschaftsministerium übernahm Harald Koch (SPD).⁸

Mit der SPD/CDU-Koalition war die erste entscheidende Weiche für die weitere Entwicklung der Sozialisierungsmöglichkeiten in Hessen gestellt. Es war in der Tat kaum zu glauben, daß die SPD ernsthaft annahm, "in einer Partei solch labilen Charakters" einen Partner für ihre Sozialisierungsbemühungen gefunden zu haben.⁹ Diese innenpolitische Entwicklung in Hessen gefährdete die Verwirklichung des Artikels 41 von Anfang an.

In dieser Situation hatte die amerikanische Militärregierung keinen starken Widerstand gegen die Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen - auf die Erhaltung des Status quo abzielenden - Interessen zu erwarten. Bereits am 5. Dezember 1946, also nur vier Tage nach Annahme des Sozialisierungsartikels, ließ sie erklären, daß Artikel 41 nicht eine Verstaatlichung der genannten Industriezweige bedeute, sondern lediglich eine öffentliche Kontrolle, die dezentral ausgeübt werden sollte, also nicht vom Land Hessen, sondern z.B. von Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften. Nicht betroffen von Artikel 41 seien Gesellschaften, deren Hauptsitz außerhalb Hessens liege (Art. 41 Abs. 1 Nr. 2). Von 157 Bergwerken kämen daher nur 53 für eine Sozialisierung in Betracht, bzw. für eine öffentliche Kontrolle. "Es werden auch keine Banken oder Versicherungsgesellschaften in Kollektivbesitz übergehen, doch werden alle größeren Firmen dieser Art unter staatliche Verwaltung oder Aufsicht kommen."¹⁰ (Art. 41 Abs. 1 Nr. 2).

Trotz dieser Erklärung der amerikanischen Militärregierung sah die hessische Landesregierung folgende Betriebe als mit Inkrafttreten der Verfassung sozialisiert an:

- "1. Bergbau: 19 Braunkohlegruben im Eigentum von 15 Unternehmen, 39 Eisenerzgruben im Eigentum von 14 Unternehmen, 2 Kaligruben und 1 Tongrube in der Hand von 3 verschiedenen Unternehmen.

2. Eisen- und Stahlerzeugung: ein Unternehmen (Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar).
3. Energiewirtschaft (Erzeugung und Verteilung von Gas und Strom): 11 Aktiengesellschaften, überwiegend im Kommunalbesitz, mit insgesamt 15 Werken; 56 Eigen- und Regiebetriebe von Gemeinden und 6 Klein- und Mittelbetriebe in privater Hand.
4. Verkehrswesen (Schienen- und Oberleitungsverkehr): 9 Kleinbahnen in der Form der AG, und 15 Eigenbetriebe von 15 Kommunen." 11

Da die großen Konzerne überwiegend ihren Sitz nicht in Hessen hatten und die chemische Industrie aus dem Sozialisierungskatalog herausgenommen worden war, umfaßte die Liste der Landesregierung im wesentlichen nur mittelgroße und kleinere Betriebe.

Noch Ende Dezember 1946 traf die Landesregierung die ersten Maßnahmen, um die Verwirklichung des Artikels 41 in die Wege zu leiten. Hilpert (als noch amtierender Wirtschaftsminister) setzte Überwachungsausschüsse und Treuhänder ein, "die freilich überwiegend mit den früheren Eigentümern, Vorständen oder früheren leitenden Angestellten identisch waren."¹² Gleichzeitig berief Hilpert einen Ausschuß, der die "gesetzliche Vorbereitung und Überwachung der Durchführung des Art. 41" sichern sollte. Ihm gehörten Karl Kanka (CDU), Peter Walk (SPD) und der Frankfurter Universitätsprofessor Walter Hallstein an.¹³

Unmittelbar nachdem Harald Koch¹⁴ das hessische Wirtschaftsministerium übernommen hatte, begannen er und seine Mitarbeiter mit der Ausarbeitung der juristischen Grundlagen der Sozialisierung. Im Vertrauen darauf, daß die CDU die Sozialisierungsgesetzgebung aktiv mittragen und die Militärregierung sie tolerieren würde, arbeitete das Wirtschaftsministerium zunächst ein Treuhändergesetz aus, das der Hessische Landtag im August 1947 verabschiedete.¹⁵ Es sah vor, daß die unter Artikel 41 fallenden Betriebe bis zum Erlaß einer endgültigen Regelung von Treuhändern des Landes weitergeführt werden (§ 1 Treuhändergesetz).

Im Frühjahr 1948, mehr als ein Jahr nach der Annahme des Artikels 41 durch den Volksentscheid, legte das Wirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf über die "Sozialgemeinschaften" vor¹⁶; mit der Begründung, das Wirtschaftsministerium erarbeite bereits einen Entwurf, war ein Gesetzentwurf der KPD vom Juli 1947 im Landtag gar nicht erst behandelt worden.¹⁷

Der Entwurf Kochs war erst nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD/CDU-Koalition zustandegekommen. Die hessische CDU hatte bereits im November 1947 mit einem Verlassen der Koalition gedroht, weil ihr "die SPD-Auffassung von der Sozialisierung nicht behage. ... Der SPD-Minister Dr. Harald Koch soll indessen seine Propaganda für die Sozialisierung einstellen."¹⁸

Angesichts ihrer Mehrheit im Bizonen-Wirtschaftsrat und der deutlichen Unterstützung der bürgerlichen Interessen durch die amerikanische Besatzungspolitik war die CDU auch nicht mehr nach außen hin gewillt, die Sozialisierungspläne der hessischen SPD mitzutragen. In ihrer Parteizeitschrift "Die Freiheit" erschienen 1947 Artikel gegen sozialistische Zielsetzungen, die noch ein Jahr vorher undenkbar gewesen wären. In ihnen wurden Sozialisierungen rundweg abgelehnt:

"Den Trümmerhaufen einer Wirtschaft kann man nicht 'sozialisieren', vorab nicht, wenn man nicht weiß, wie man das anheben müßte. Und eine gut laufende Wirtschaft braucht man nicht zu 'sozialisieren', denn in ihr löst sich das 'soziale Problem' so weit und so leicht, wie es sich im Bereich rauher Wirklichkeiten überhaupt lösen läßt."

Und zum Schluß dieses Artikels hieß es:

"Wir wollen schaffen und wiederaufbauen und nicht von Schlagworten erschlagen werden. Und wenn es die verlockendsten und honigsüßesten wären wie etwa 'Sozialisierung'! Oder Politik! Je süßer ein Schlagwort, desto gefährlicher! Und das derzeit gefährlichste ist: 'Sozialisierung'! " 19

Der Entwurf des Wirtschaftsministeriums wurde bis zum Sommer 1948 vertagt, dann einem paritätisch mit SPD- und CDU-Vertretern besetzten Kabinettsausschuß überwiesen. Die CDU stellte sich jetzt eindeutig gegen den Sozialisierungsgesetzesentwurf und versuchte, die Verhandlungen zu verschleppen, wohl wissend, daß die Zeit für sie arbeitete.

Am 2. Dezember 1948 griff die amerikanische Militärregierung in die hessische Sozialisierungsdebatte ein. Sie teilte Ministerpräsident Stock mit, daß "bis auf weitere Informationen (...) keine Schritte irgendwelcher Art durch die hessische Regierung oder durch einen Beamten oder Angestellten der Regierung vorgenommen werden (dürfen), um Vermögen in Hessen unter Bezug auf die Artikel 39 oder 41 oder irgend ein anderes Gesetz der hessischen Verfassung zu sozialisieren, bis die Militärregierung für Hessen ihre Genehmigung dazu erteilt hat."²⁰ Gleichzeitig beschlagnahmte sie aufgrund des Gesetzes Nr. 75²¹ fast den gesamten Kohlebergbau und die gesamte Eisen- und Stahlindustrie Hessens. Sie sollten im Rahmen der amerikanischen Entflechtungspolitik gesellschaftsrechtlich neu organisiert werden²²; tatsächlich aber bedeuteten diese beiden Maßnahmen eine wichtige zeitliche Verzögerung der Sozialisierungsbestrebungen.

Diese Politik des Zeitgewinns hatte Clay bereits im Oktober 1947 angekündigt. Er legte die entsprechenden amerikanischen Direktiven so aus, daß "in Deutschland die wirtschaftliche und politische Stabilität hergestellt sein muß, ehe das deutsche Volk seine Meinung frei äußern kann. ... Die Zeit ist auf unserer Seite. ... Wenn wir daher die Angelegenheit (die Sozialisierung, d.V.) hinauszögern können, während die freie Unternehmerwirtschaft fortfährt zu arbeiten und wirtschaftliche

Verbesserungen sich einstellen, dann wird sich die Frage dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen."²³

Für zwei entscheidende Jahre gab es aufgrund der amerikanischen Interventionen und der Uneinigkeit der SPD/CDU-Koalition keinerlei Fortschritte in der Sozialisierungsfrage. Diese Verzögerung machte das endgültige Scheitern der hessischen Sozialisierungsbemühungen unvermeidlich, denn als im Herbst 1950 das Gesetz über die Sozialgemeinschaften in die entscheidende gesetzgeberische Phase, d.h. die 3. Lesung, trat, hatten sich die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für eine Sozialisierungspolitik grundlegend gewandelt.²⁴

Erschwerend kam hinzu, daß kurz vor Beginn der 3. Lesung des Gesetzes die FDP (früher LDP) die verfassungsrechtliche Wirksamkeit des Gesetzes in Frage stellte. In einem Normenkontrollverfahren vor dem Hessischen Staatsgerichtshof beantragte sie, die Nichtigkeit des Artikels 41 HV, die Rechtsgrundlage für das Gesetz über die Sozialgemeinschaften, festzustellen, weil der am 1. Dezember 1946 zur Abstimmung gestellte Text²⁵ in zwei Punkten inhaltlich von dem von der Verfber. LV angenommenen Text²⁶ abweiche.²⁷

Die Klage der FDP löste eine Flut von Rechtsgutachten aus. "Die mit den hessischen Sozialisierungsbestimmungen verbundenen Probleme und

Streitfragen (fanden) bei den Vertretern der deutschen Verfassungsrechtswissenschaft ein ungewöhnlich starkes Interesse. Es bildete sich alsbald eine besondere Gutachten- und Denkschriften-Literatur. So wurden die Artikel 39 - 41 der Hessischen Verfassung bisher Gegenstand von 34 Gutachten und über 40 Beiträgen im allgemeinen Schrifttum. Kaum jemals dürfte die Auseinandersetzung um eine Gesetzesvorschrift in so kurzer Zeit einen derartigen Umfang angenommen haben."²⁸

Die 3. Lesung des Gesetzes über die Sozialgemeinschaften fand am 25. Oktober 1950 im Hessischen Landtag also nicht nur unter vollkommen veränderten ökonomischen und politischen Voraussetzungen statt, sondern es mußte auch berücksichtigt werden, daß das Gesetz möglicherweise von vornherein verfassungswidrig war, falls der Staatsgerichtshof der Klage der FDP stattgeben sollte. Der Landtag lehnte das Gesetz bei Stimmengleichheit (41:41) ab. Für das Gesetz stimmten SPD und KPD, die FDP und auch die CDU lehnten das Gesetz ab, obwohl noch eine SPD/CDU-Koalition bestand.²⁹

Der Staatsgerichtshof erklärte in Urteilen vom 20. Juli 1951³⁰ und 6. Juni 1952³¹ Artikel 41 für verfassungsmäßig. Allerdings grenzte er den Kreis der Betriebe, die unter Artikel 41 fielen, erheblich ein. Unter Berufung auf Artikel 43 HV (Schutz der Klein- und Mittelbetriebe) sollten - entgegen dem Wortlaut des Artikels 41 - nur

noch Großbetriebe der in Artikel 41 genannten Wirtschaftszweige unter die Sozialisierungsbestimmungen fallen. Auch die Betriebe der öffentlichen Hand (Verkehrs- und Energieversorgungsbetriebe), die in der Regel von den Kommunen betrieben wurden und eine wichtige Einnahmequelle für sie bedeuteten, gliederte der Staatsgerichtshof aus dem Geltungsbereich des Artikels 41 aus, da sie bereits in Gemeineigentum ständen.³² Da im Rahmen der amerikanischen Entflechtungspolitik bereits die meisten hessischen Betriebe des Bergbaues und der Eisen- und Stahlerzeugung aus dem Geltungsbereich des Artikels 41 herausgenommen worden waren³³, blieb jetzt - nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes - tatsächlich kaum noch etwas zu sozialisieren übrig.

Die hessische SPD legte daraufhin offiziell ihre Sozialisierungspläne zu den Akten und verzichtete darauf, das Gesetz über die Sozialgemeinschaften erneut in den Landtag einzubringen. Stattdessen legte sie im Juli 1954 ein "elastisches Abschlußgesetz"³⁴ vor, das die Anpassung an die veränderten ökonomischen und politischen Realitäten vollzog.³⁵

Das Gesetz legte fest, daß Rechtsinhaber der in Artikel 41 HV genannten Betriebe das Land Hessen sei. Das Land sei verpflichtet, seine Rechte entweder auf juristische Personen des öffentlichen Rechts zu übertragen oder aber auf Gesellschaften des Privatrechts, wenn der Anteil der öffentlichen

Hand an diesen Gesellschaften mehr als 50 % beträgt (§ 1 Abschlußgesetz).

Das Gesetz war aber nur auf einen verschwindend kleinen Teil der hessischen Betriebe anwendbar.³⁶ Im Bereich der Verkehrsbetriebe blieben die Kasseler Verkehrsgesellschaft AG (KVG) und fünf unrentable, aber verkehrspolitisch wichtige Kleinbahnen übrig, bei den Bergbaubetrieben die hessischen Braunkohlen- und Ziegelwerke GmbH, bei den Eisen und Stahl erzeugenden Betrieben ein Teil der Buderus'schen Eisenwerke in Wetzlar; im Bereich der Energiewirtschaft blieb kein Betrieb übrig.³⁷

"Die KVG und die Hess. Braunkohlen- und Ziegelwerke wurden 1955 kommunalisiert, für den sozialisierten Buderus-Teil wurde die Hessische Berg- und Hüttenwerke AG gegründet, deren Aktien das Land Hessen und als Teilentschädigung zu 17 % die Buderusschen Eisenwerke übernahmen. Für die Kleinbahnen wurde eine Holding-GmbH gegründet."³⁸

Aufgrund der Bestimmungen des Abschlußgesetzes wurden die früheren Eigentümer jetzt - im Gegensatz zu Art. 39 Absatz 4 HV - voll entschädigt (§§ 6 ff Abschlußgesetz).³⁹

"Der Restbestand aus der Sozialisierung entwickelte sich schlecht. Die Kleinbahnen wurden einige Jahre später eingestellt. Das 'Sozialisierungsunikum' Berg- und Hüttenwerk AG hatte

unter ausländischer Roherzkonkurrenz zu leiden und darunter, daß durch die Abspaltung der Erzeugung das von der Verarbeitung zu 50 % übernommene Eisen nun zu Marktpreisen verkauft und auch versteuert werden mußte. 1967 verkaufte der hess. Staat deshalb seine Anteile, nachdem durch Ergänzung des Abschlußgesetzes Reprivatisierung zugelassen worden war⁴⁰, an den alten Eigentümer für 27 Mio DM."⁴¹

Damit war endgültig ein Schlußstrich unter die hessische Sozialisierungsdebatte gezogen worden.

H. ZUSAMMENFASSUNG¹

Hessen war nach dem Zweiten Weltkrieg von amerikanischen Truppen besetzt, die die effektive Staatsgewalt ausübten. Eine deutsche Politik konnte sich daher nur in dem Rahmen bewegen, der ihr von den amerikanischen Besatzungsbehörden zugestanden wurde oder den sie sich auch gegen den Widerstand der Besatzungsmacht zu verschaffen verstand.

Die Untersuchung der amerikanischen Deutschlandpolitik zeigte, daß in der politischen Praxis 1945/1946 nicht eine auf Bestrafung und eine auf Wiederaufbau abzielende Konzeption im Widerstreit standen, sondern daß die Wiederaufbaukonzeption, die Entflechtungsmaßnahmen nicht aber Enteignungen vorsah, von Anfang an praktiziert wurde. Damit war der Spielraum für deutsche Eingriffe in die Eigentumsverfassung mit dem Ziel, eine - wie auch immer näher ausgestaltete - sozialistische (so die SPD) oder antifaschistisch-demokratische (so die KPD) Wirtschaftsordnung zu schaffen, erheblich eingeschränkt. Die hessischen Parteien gingen allerdings zum Teil davon aus, daß die amerikanische Besatzungsmacht keine eigenen wirtschaftspolitischen Interessen in Deutschland verfolgte und Sozialisierungen zumindest tolerieren würde. (Kapitel B.).

Die zweite wesentliche Rahmenbedingung für die verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um

die Sozialisierung war die innenpolitische Entwicklung in Hessen 1945/1946. (Kapitel C.).

Die Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Hessen kam zu dem Ergebnis, daß sich trotz Niederlage des Faschismus und amerikanischer Besetzung im Grundverhältnis von Kapital und Arbeit nichts Wesentliches verändert habe. Die Unternehmer waren nicht enteignet, sondern es waren lediglich kriegswichtige Industrien von der Besatzungsmacht vorläufig beschlagnahmt worden. Die Arbeiterschaft war nach wie vor lohnabhängig und durch die allgemeine Mangelsituation geschwächt, so daß zunächst individuelle Probleme im Vordergrund standen und nicht die Lösung der grundsätzlichen Fragen, wie z.B. die der künftigen Wirtschaftsverfassung. (Kapitel C. I.).

Die Reorganisation des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens erfolgte unter ständiger Kontrolle der amerikanischen Militärregierung. Im Rahmen ihres Demokratisierungsprogramms wurden zunächst die unteren und mittleren Verwaltungsinstanzen wieder eingerichtet und - nach längeren Überlegungen - die Regierungsbezirke Darmstadt, Wiesbaden und Kassel zum Land Groß-Hessen zusammengeschlossen. Im Oktober 1945 setzte die Besatzungsmacht eine von ihr abhängige Zivilregierung in Wiesbaden ein. (Kapitel C. II.).

Erst als die wichtigsten Aufbauarbeiten beendet und damit die grundlegenden Strukturen des Landes Hessen vorgegeben waren, wurden Parteien und

Gewerkschaften langsam wieder am politischen Willensbildungsprozeß beteiligt. Im Vergleich zu ihnen unterlagen die Verbände der Wirtschaft wesentlich geringeren Beschränkungen. Ein wichtiger Grund war, daß von ihnen keine sozialistischen oder kommunistischen Bestrebungen zu erwarten waren.

Als die ersten Wahlen im Januar 1946 keinen kommunistischen Erdrutsch erbrachten, wurde auch die Parteienpolitik zunehmend liberaler. Eine amerikanische Direktive vom Februar 1946 legte fest, daß sie die Träger der Neuordnungsvorstellungen in Staat und Gesellschaft sein sollten. Der Entwicklung der Parteien und der sie beeinflussenden Interessengruppen kam damit für die weiteren Auseinandersetzungen eine entscheidende Bedeutung zu. (Kapitel C. III. 1.).

Nach Überwindung anfänglicher Aufbauschwierigkeiten bildete sich in Hessen ein festes Parteienschema mit jeweils einer großen und einer kleinen sozialistischen und bürgerlichen Partei heraus.

SPD, KPD und die Gewerkschaften setzten sich entsprechend ihren traditionellen Zielsetzungen langfristig für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein. Während die LDP ausschließlich privatwirtschaftliche Interessen vertrat, war die Haltung der CDU zweideutig. Sie forderte die Verwirklichung eines "christlichen Sozialismus" und versprach Änderungen an der

überlieferten Eigentumsordnung, doch standen an ihrer Spitze Geschäftsführer von Industrie- und Handelskammern, den zu diesem Zeitpunkt wichtigsten Gremien unternehmerischer Interessenvertretungen. Der linke Frankfurter CDU-Gründerkreis verlor immer mehr an Einfluß in der Partei, und den von ihm verfaßten "Frankfurter Leitsätzen" kam zunehmend eine Alibi-Funktion für die auf eine Restauration der kapitalistischen Wirtschaftsordnung abzielenden Absichten des CDU-Führungszirkels zu. (Kapitel C. III. 2.).

Mit dem Zusammentreten des Vorbereitenden Verfassungsausschusses im März 1946 nahm die Diskussion um die zukünftigen staatsrechtlichen Grundlagen konkretere Formen an. Der nach langen Beratungen von diesem Gremium im Juni 1946 vorgelegte Verfassungsentwurf vorwiegend bürgerlich-liberaler Prägung ging im wirtschafts- und sozialpolitischen Teil nicht über die Formulierungen der Weimarer Verfassung hinaus. Die vagen Sozialisierungsbestimmungen der Artikel 30 und 31, die die Möglichkeit einer Eigentumsentziehung bei einem nicht näher definierten Mißbrauch vorsahen, stellten einen Minimal-Konsens dar, auf den sich CDU, LDP und die Mehrheit der SPD verständigen konnten und bei dem die KPD und Teile der SPD es bei der Ankündigung alternativer Vorschläge beließen. (Kapitel D.).

Parallel zu den Beratungen im Vorbereitenden Verfassungsausschuß arbeiteten die vier Parteien Verfassungsentwürfe und -vorschläge aus. In ihnen

entwickelten sie ihre wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und bemühten sich, sie in verfassungsrechtliche Normen umzusetzen.

Jede der vier Parteien sah in ihren Entwürfen die Möglichkeit von Eingriffen in das private Eigentum bei Groß- und Schlüsselunternehmen vor und garantierte Klein- und Mittelbetriebe auf privater Basis. Ihren Sozialisierungsabsichten lagen aber sehr unterschiedliche Motivationen zugrunde.

Die Verfassungsvorschläge von SPD (Zinn/Arndt-Entwurf) und KPD (Keil, Wirtschaftliche Grundsätze) wiesen vergleichbare Sozialisierungskonzeptionen auf. Ihnen lagen antifaschistische Motive zugrunde und gleichzeitig spielte der Gedanke eine Rolle, Voraussetzungen für eine weitergehende sozialistische Wirtschaftsordnung zu schaffen und die Verfassung für eine solche spätere Entwicklung offen zu halten. (Kapitel E. I. und E. III.).

Die CDU setzte sich parteiintern für eine Restauration des Kapitalismus und für Sozialisierungen bei Machtmißbrauch als notwendiges Korrektiv zur Erhaltung der privatwirtschaftlichen Ordnung ein (Wiesbadener Entwurf). In der Öffentlichkeit propagierte sie aber einen "christlichen Sozialismus", der als Reaktion auf den Faschismus Sozialisierungen von Groß- und Schlüsselunternehmen vorsah (Leitsätze der CDU zur neuen Verfassung). (Kapitel E. II.).

Die LDP-Konzeption - vergleichbar der des rechten CDU-Flügels - sah Eingriffe in die kapitalistische Eigentumsordnung lediglich bei wettbewerbsausschließenden Monopolen vor (Euler-Entwurf). (Kapitel E. IV.).

Überlegungen über die inhaltliche Ausgestaltung und die zukünftigen Träger der in Gemeineigentum zu überführenden Unternehmen wurden zu diesem Zeitpunkt von keiner der vier Parteien angestellt.

Alle Parteien, die Gewerkschaften (Entschliebung des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen zur Wirtschafts- und Sozialordnung) und die Unternehmerverbände (Denkschrift der Industrie- und Handelskammern zu der Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen der amerikanisch besetzten Länder) brachten ihre Wirtschafts- und Sozialisierungskonzeptionen in die Verfassungsberatende Landesversammlung Groß-Hessen ein. In diesem Gremium wurden die verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen konkret ausgetragen. (Kapitel F.).

Nach langwierigen Debatten, die die Sozialisierungsmotivationen der einzelnen Parteien noch einmal deutlich werden ließen, kam es zunächst zu einer Übereinkunft aller Parteien auf der Basis einer Sozialisierung der Groß- und Schlüsselindustrie mit Inkrafttreten der Verfassung. Die beiden bürgerlichen Parteien rückten aber im

weiteren Verlauf der Verhandlungen wieder von dieser Einigungsgrundlage ab, und schließlich gelang es der CDU, die von Seiten der SPD nur halbherzig betriebene Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten zu beenden und sich mit der SPD auf einen Verfassungskompromiß zu einigen. (Kapitel F. II. 1. und F. II. 2.).

Dieser Kompromiß wurde allerdings von beiden Parteien gegensätzlich interpretiert. Die CDU meinte, durch den Verfassungskompromiß erreicht zu haben, daß Sozialisierungen nur noch bei einem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht möglich sein sollten, während die SPD nach wie vor davon ausging, daß Sozialisierungen ein legitimes Mittel ihrer Wirtschaftspolitik seien. (Kapitel F. II. 2. 2.).

Bei der Schlußabstimmung in der Verfassungsberatenden Landesversammlung am 29. Oktober 1946 lehnte nur die LDP die Verfassung und die Sofortsozialisierung nach Artikel 41 ab. Die amerikanische Militärregierung genehmigte die Verfassung unter der Auflage, eine gesonderte Abstimmung über den Artikel 41 durchführen zu lassen.

Im Wahlkampf setzten sich SPD und KPD für die Verfassung ein, weil sie im wesentlichen ihren politischen Zielvorstellungen entsprach, und auch die CDU befürwortete ihre Annahme, weil es ihr gelungen sei, eine "rote Verfassung" zu verhindern und eine Verfassung "christlich sozialer Prägung" durchzusetzen. Nur die LDP forderte die

Wähler auf, gegen die "sozialistische Verfassung" und insbesondere gegen die Sozialisierung kraft Verfassung zu stimmen.

Am 1. Dezember 1946 wurden Verfassung und Artikel 41 jeweils mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen. Die Landtagswahl erbrachte starke Gewinne der LDP zulasten der CDU und geringe der KPD zulasten der SPD. (Kapitel F. II. 3.).

Anfang Januar 1947 ging die SPD, die einer Zusammenarbeit mit der KPD aufgrund der Entwicklung in der Ost-Zone und des antikommunistischen Schumacher-Kurses ablehnend gegenüberstand, eine Koalition mit der CDU ein. Damit verschlechterten sich die Möglichkeiten für eine Verwirklichung des Artikels 41 von vornherein. Zu dem hinhaltenden Widerstand der amerikanischen Militärregierung, der der SPD spätestens bei den Verhandlungen über die Genehmigung der Verfassung im Oktober 1946 hätte deutlich werden müssen, kamen jetzt noch die Verzögerungsmaßnahmen der CDU hinzu.

Als sich aufgrund der restaurativen Entwicklung in den West-Zonen die Bedingungen für Sozialisierungen immer weiter verschlechterten, gingen die Militärbehörden und auch die CDU zum offenen Widerstand gegen die bereits eingeleiteten Sozialisierungsmaßnahmen und das geplante Sozialisierungsgesetz ("Gesetz über die Sozialgemeinschaften") der SPD über. Hinzu kam, daß die

LDP/FDP, unterstützt von zahlreichen juristischen Gutachten, die Verfassungsmäßigkeit des Artikels 41 wegen Textunklarheiten bei seiner Entstehung vor dem Staatsgerichtshof anzweifelte. Die SPD zog daraufhin und nach einer parlamentarischen Niederlage im Herbst 1950 im Hessischen Landtag ihren Gesetzentwurf über die Sozialgemeinschaften zurück.

Die inhaltliche Debatte über die Sozialisierung in Hessen war damit endgültig beendet. Allerdings zogen sich die vermögensrechtlichen Abwicklungen und die Rückgängigmachung bereits eingeleiteter Maßnahmen noch bis 1967 hin. (Kapitel G.).

ANHANG

I. <u>Anmerkungen</u>	248
Anmerkungen zu Kapitel A.	248
Anmerkungen zu Kapitel B.	255
Anmerkungen zu Kapitel C.	261
Anmerkungen zu Kapitel D.	290
Anmerkungen zu Kapitel E.	303
Anmerkungen zu Kapitel F.	331
Anmerkungen zu Kapitel G.	378
Anmerkung zu Kapitel H.	390
II. <u>Literatur- und Quellenverzeichnis</u>	391
1. Archivmaterialien	391
2. Befragungen und schriftliche Auskünfte	392
3. Ausgewertete Zeitschriften, Zeitungen, Verhandlungsprotokolle etc.	393
4. Quellensammlungen und Gesetzestexte	396
5. Verfassungsentwürfe und -stellungen	397
6. Allgemeine Darstellungen	399
III. <u>Abkürzungsverzeichnis</u>	410
IV. <u>Lebenslauf</u>	413

I. ANMERKUNGEN

Anmerkungen zu Kapitel A.

1. So haben z.B. die amerikanischen Militärbehörden das bereits 1950 erschienene Buch von Gillen, American Influence on the Development of Political Institutions, Karlsruhe 1950, erst im August 1975 von "confidential" auf "unclassified" umgestuft. Viele Materialien, die die amerikanische Besatzungsherrschaft betreffen, sind aber auch heute noch nicht freigegeben. (Vgl. dazu: Deuerlein, Forschungsgrundlage und Forschungsproblematik 1945-1949, in: Politische Studien 1971, Nr. 195, S. 53 ff).

Sehr anschaulich werden diese Schwierigkeiten bei Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945 - 1949, Frankfurt a.M. 1971, S. 331 ff, geschildert; vgl. auch § 5 der Benutzungsordnung des Bundesarchivs und die Bestimmungen gleichen Inhalts der einzelnen Länderarchive, die grundsätzlich eine 30jährige Sperre für amtliche Materialien vorsehen.

2. Vgl. dazu auch die Schilderung bei Klein, Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter. Hand in Hand gegen die Arbeiter, Hamburg 1974, S. 10 f, insbes. Anm. 22.
3. Schreiben des SPD-Bezirks Hessen-Süd v. 15. Januar 1975 an den Verf.
4. Schreiben der Friedrich-Ebert-Stiftung an den SPD-Bezirk Hessen-Süd mit Durchschlag an den Verf. v. 2. Mai 1975.
5. Schreiben v. 15. Januar 1975 an den Verf.
6. Schreiben der Bundesgeschäftsstelle der CDU v. 4. Februar 1975 an den Verf.
7. Schreiben v. 18. Februar 1975 an den Verf.
8. Ilau, Sozialismus oder Vernunft? Frankfurt a.M. 1947.
9. Bergsträßer (SPD) war 1945/1946 Regierungspräsident in Darmstadt und führender Verfassungsexperte seiner Partei. Als Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Verfassungsberatenden

- Landesversammlung (im folgenden: Verfber. LV) spielte er eine maßgebliche Rolle bei den Auseinandersetzungen um die neue Verfassung.
10. Stein (CDU) war Mitglied der Verfber. LV und Experte seiner Partei in Kulturfragen. 1947 wurde er Kultusminister im SPD/CDU-Kabinett unter Ministerpräsident Stock, später Richter am Bundesverfassungsgericht. Stein ist Mitherausgeber des Kommentars zur Hessischen Verfassung.
 11. Es ist daher keine Willkür, wenn im folgenden z. B. bei den Sitzungen des Vorbereitenden Verfassungsausschusses oder den Beschlußprotokollen der Verfber. LV aus unterschiedlichen Fundorten zitiert wird.
 12. Huster/Kraiker u.a., Determinanten der west-deutschen Restauration 1945 - 1949, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1973, S. 7.
 13. Dokumentation. Die Geschichte der CDU. Hrsg.: Bundesgeschäftsstelle der CDU, 5. Aufl., Bonn 1973, S. 16.
 14. Zitiert nach Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 2, Berlin 1963, S. 35.
 15. Ebda., S. 42.
 16. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, daß die - heute sehr weit rechts stehende - hessische CDU sich nicht in der Lage sah, dem Verf. Material aus ihrer - innerhalb des CDU-Spektrums sehr weit links stehenden - Gründungszeit zur Verfügung zu stellen. (vgl. dieses Kapitel, Anm. 5 und 6). Daß Material vorhanden ist, beweisen die Arbeiten von Lengemann (Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union in Kassel 1945 - 1965, Kassel 1965, S. 6) und Wieck (Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958, S. 215), in denen ausdrücklich auf das Parteiarchiv der hessischen CDU Bezug genommen wird.
 17. Alfred Grosser, zitiert nach Gimbel, Die Bedeutung der Besatzungszeit 1945 - 1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1965, B. 18, S. 47. (Gimbel gibt keine Quelle des Grosser-Zitats an.).

18. Vgl. dazu: Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln und Op-laden 1970, S. 61 ff; Badstübner/Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945 - 1955, Köln 1975, S. 112 ff. Jeweils mit weiteren Literaturangaben.
19. Vgl. dazu für die Länder: Beutler, Das Staatsbild in den Länderverfassungen nach 1945, Berlin 1973, S. 55 ff; und für den Bund: Dennewitz, Vor- und Entstehungsgeschichte des Bonner Grundgesetzes, in: Bonner Kommentar (Loseblattsammlung, Stand: April 1975), Hamburg 1950 ff, insbes. S. 39 ff. Jeweils mit weiteren Literaturangaben.
20. Vgl. dazu: Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 - 1949, Neuwied und Berlin 1966, S. 654 ff; Badstübner/Thomas, Restauration und Spaltung, a.a.O., S. 205 ff. Jeweils mit weiteren Literaturangaben.
21. Z.B. zur innenpolitischen Entwicklung: Badstübner/Thomas, Restauration und Spaltung, a.a.O.; Huster/Kraiker u.a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 - 1949, a.a.O.; Niclauß, Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik 1945 - 1949, München 1974; Vogel, Westdeutschland 1945 - 1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil 1 Koblenz 1956, Teil 2 Boppard am Rhein 1964.

Zur wirtschaftspolitischen Entwicklung: Abels-hauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945 - 1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975; Heininger, Der Nachkriegs-zyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945 - 1950, Berlin (DDR) 1959.

Zur amerikanischen Besatzungspolitik: Gillen, American Influence on the Development of Political Institutions, a.a.O.; Gillen, State and Local Government in West Germany, 1945 - 1953. With Special Reference to the U.S. Zone and Bremen, o.O. 1953; Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945 - 1949, Frankfurt a.M. 1971; Latour/Vogelsang,

Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944 - 1947, Stuttgart 1973; Zink, The United States in Germany, 1944 - 1955, Princeton (New Jersey), Toronto, New York, London 1957.

Zur Gewerkschaftspolitik: Klein, Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter. Hand in Hand gegen die Arbeiter, Hamburg 1974; Kolb, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, Frankfurt a.M. 1970; Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Frankfurt a.M. 1973; Weiß-Hartmann, Der Aufbau und die Politik des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen von 1945 bis 1949, diss. phil. Marburg 1976 (maschinenschriftlich).

Zur Außenpolitik: Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a.a.O.

Alle in dieser Anmerkung aufgeführten Arbeiten enthalten ausführliche Verzeichnisse der jeweiligen Spezialliteratur.

22. Niclauß, Demokratieverständnis und politische Grundsatzdiskussion in Westdeutschland 1945 - 1949, in: VfZ 1973, S. 189. Vgl. zu diesem Ansatz noch neben seinem 1974 erschienenen in Anm. 21 zitiertem Buch die Kurzfassung seiner Thesen in: Niclauß, Die Entstehung der Bundesrepublik als Demokratiegründung, in: VfZ 1974, S. 46 ff.
23. Die von Dörr für 1972 angekündigte Arbeit "Wiederentstehen deutscher Staatlichkeit: Hessen 1945/1946", in der er auch ausführlicher als in seinem Zeitschriften-Aufsatz auf die Diskussion um die Entstehung der Hessischen Verfassung eingehen wollte, ist bis heute noch nicht erschienen und wird nach mündlicher Auskunft von Herrn Dörr auch in absehbarer Zeit nicht erscheinen. (vgl. Dörr, Restauration oder Demokratisierung? Zur Verfassungspolitik in Hessen 1945/1946, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1971, S. 120, Anm. 84).

Auch die von der Hessischen Historischen Kommission geplante Arbeit über die Entstehung des Landes Hessen nach dem II. Weltkrieg, "bei der es sich um eine Akten-Dokumentation handeln soll, steht noch im weiten Felde." (Schreiben des mit dieser Arbeit von der Historischen Kommission beauftragten Darmstädter Archivdirektors Eckhart Franz an den Verf. v. 6. September 1974). Da der Plan erst 1976 ernsthaft verfolgt werden sollte, wird der Abschluß dieser Arbeit auch noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Der von Winter (Sozialisierung in Hessen 1946 - 1955, in: KJ 1974, S. 157) angekündigte Sammelband zur Sozialisierung, der u.a. auch einen Beitrag über die Sozialisierungsversuche in den einzelnen Ländern enthalten sollte (Schreiben Winters an den Verf. v. 20. August 1974), ist ebenfalls bis heute noch nicht erschienen.

Die von Alfred Weinrich begonnene geschichtswissenschaftliche Dissertation mit dem Titel: Die Entstehung des Landes Hessen 1945/1946. Die politische Entwicklung in Hessen nach dem Zusammenbruch des III. Reiches und die amerikanische Besatzungspolitik der "Dezentralisierung" und "Demokratisierung" (Ankündigung in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dezember 1968, Nr. 874), die 1969 beendet werden sollte, ist über eine das Thema vorbereitende Magister-Arbeit nicht hinausgekommen. (Zur Entstehung des Landes Hessen. Föderalismus oder Partikularismus? Das Problem der politischen Gliederung Deutschlands am Beispiel der mittelhessisch-hessischen Region in der Umbruchsituation nach dem 1. Weltkrieg, Frankfurt 1972, maschinenschriftliches Exemplar im Historischen Seminar der Universität Frankfurt).

24. Beutler, Das Staatsbild in den Länderverfassungen nach 1945, a.a.O.; Borosnjak, Der Kampf um Artikel 41 der Verfassung Hessens in den Jahren 1946/47, in: BzG 1962, S. 711 ff; Brünneck, Die Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946, in: JböffR NF, Bd. 3, 1954, S. 213 ff; Caspary, Vom Werden der Verfassung in Hessen. Aus den Verhandlungen des

Verfassungsausschusses der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Offenbach a.M. 1946; Demandt, Geschichte des Landes Hessen, 2. Aufl., Kassel und Basel 1972, S. 608 ff; Dörr, Restauration oder Demokratisierung? Zur Verfassungspolitik in Hessen 1945/1946, a.a.O.; Freeman, Hesse. A New German State, Frankfurt a.M. 1948; Hörter, Die Entstehung des Landes Hessen nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Mitwirkung der Besatzungsmächte, diss. jur. Würzburg 1968; 25 Jahre Hessische Verfassung. Ansprachen beim Festakt im Plenarsaal des Hessischen Landtags aus Anlaß des 25. Jahrestages des Inkrafttretens der Verfassung des Landes Hessen. 1. Dezember 1971, o.O. 1972; Koch, Ansprache aus Anlaß des 30. Jahrestages des Inkrafttretens der Hessischen Verfassung, gehalten am 1. Dezember 1976 im Plenarsaal des Hessischen Landtags; Pohl, Die Sozialisierung in Hessen. Die Art. 39 bis 41 der Verfassung des Landes Hessen vom 11. Dezember 1946, diss. jur. Marburg 1954; Stein, 20 Jahre Hessische Verfassung, Feierstunde aus Anlaß der 20. Wiederkehr des Tages, an dem die Verfassung des Landes Hessen durch Volksentscheid angenommen wurde, am Donnerstag, dem 1. Dezember 1966, Wiesbaden o.J.; Strecker, Der Hessische Landtag, Beispiel des deutschen Nachkriegsparlamentarismus, Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1966; Struck, Zur ideenpolitischen Vorbereitung des Bundeslandes Hessen seit dem 19. Jahrhundert, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 1970, S. 282 ff; Winter, Sozialisierung in Hessen 1946 - 1955, a.a.O.; Zinn/Stein, Verfassung des Landes Hessen, Kommentar, Bad Homburg v.d.H. und Berlin 1954, Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1963, darin (Kommentar 1963): Die Entstehung der Hessischen Verfassung, S. 13 ff. (Auch abgedruckt in: Verfassung des Landes Hessen und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland mit einer Einführung und einem Anhang, Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich, 29. Aufl. 1975, S. 15 ff. Die auf den Seiten 220 und 221 angegebenen Schrifttumshinweise sind allerdings lückenhaft (vgl. die Literaturangaben dieser Anm.), z.T. auch fehlerhaft ("Härter" statt "Hörter", "diss. Hanau" statt "diss. jur. Würzburg") und von den 8 unter Punkt II. "Die Entstehung der Hessischen Verfassung" angegebenen Titeln behandeln allein 3 (Arndt, Die staats- und verwaltungsrechtliche Entwicklung in Groß-Hessen, in: DRZ 1946, S. 185 ff; Bergsträßer, Zeugnisse der Entstehungsgeschichte des Landes Hessen, in: VfZ 1957,

S. 397 ff; Jellinek, Die Verfassung des Landes Hessen, in: DRZ 1947, S. 4 ff) diese Frage nicht bzw. allenfalls am Rande).

25. Geiler war der erste hessische Ministerpräsident der Nachkriegszeit vom Oktober 1945 bis zum Dezember 1946.
 26. Vgl. dazu im einzelnen die entsprechenden Anmerkungen im Kap. D. II.
 27. Vgl. dazu Pohl, Die Sozialisierung in Hessen, a.a.O. Pohl führt 34 juristische Gutachten und über 40 allgemeine Beiträge im Schrifttum zur Rechtsgültigkeit des Art. 41 HV an.
 28. Z.B.: "Die KPD war die einzige Partei Hessens, die schon vor den Wahlen die wesentlichsten politischen und ökonomischen Prinzipien der künftigen Verfassung ausgearbeitet hatte. Mitte Juni 1946 erschien in Frankfurt eine Sondernummer der Zeitschrift der hessischen Organisation der KPD 'Wissen und Tat'. ... Unter dem Druck der Volksstimmung trat die hessische sozialdemokratische Führung ebenfalls mit den Losungen der Vergesellschaftung der Großindustrie auf." (S. 713). Die KPD stellte in der Juni-Ausgabe von "Wissen und Tat" lediglich verfassungspolitische Zielvorstellungen auf, während die SPD bereits im April 1946 einen Verfassungsausschuß eingesetzt hatte und zum Beginn der Verfassungsberatungen in der Verfber. LV über einen ausgefeilten Verfassungsentwurf von Justizminister Georg August Zinn und seinem Ministerialrat Adolf Arndt verfügte, der nach langen kontroversen Diskussionen und mehreren Alternativentwürfen die Billigung der Partei gefunden hatte. In dem Zinn/Arndt-Entwurf, der die Hessische Verfassung vor allem im wirtschaftspolitischen Teil maßgeblich geprägt hatte, tauchte zum ersten Mal der Gedanke der Sozialisierung kraft Verfassung auf, der dann von der KPD übernommen wurde. (vgl. dazu im einzelnen die Kap.: E. I., E. III., F. II.).
- "Bei den Landtagswahlen (am 1. Dezember 1946, d.V.) erhielt die SPD ... 38 Mandate, die KPD ... 10 Mandate, die CDU ... 28 Mandate. Prozentual hatten sich demnach die für die SPD und die CDU abgegebenen Stimmen und die Zahl der Vertreter dieser Parteien im Landtag verringert. Nur den Kommunisten war es

gelingen, die Zahl ihrer Abgeordneten von 7 auf 10 zu erhöhen." (S. 720). Borosnjak verschweigt, daß der eigentliche Gewinner der Wahlen vom 1. Dezember 1946 nicht die KPD, sondern die sehr weit rechts stehende LDP gewesen war, die die Anzahl ihrer Sitze von 6 auf 14 erhöhen, also mehr als verdoppeln konnte, daß eine geringe Wählerwanderung von der SPD zur KPD und eine starke von der CDU zur LDP stattgefunden hatte und daß die Gesamtzahl der Sitze innerhalb des sozialistischen (SPD, KPD) und des bürgerlichen Lagers (CDU, LDP) sich nur um einen Sitz verschoben hatte. (vgl. dazu ausführlich Kap. F. II. 3. 3.).

Weitere Beispiele innerhalb des Textes.

29. Caspary war 1946 einer der führenden Verfassungsexperten seiner Partei, Mitglied der Verfber. LV und Obmann seiner Partei im Verfassungsausschuß der Verfber. LV.
30. Vgl. zum Stellenwert verfassungspolitischer Auseinandersetzungen im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzungen: Seifert, Der Kampf um Verfassungspositionen, in: Neue Kritik 1966, Nr. 35, S. 4 ff.

Anmerkungen zu Kapitel B.

1. Huster/Kraiker u.a., a.a.O., S. 9.
2. Schwarz, a.a.O., S. 95 f, 97 ff; vgl. allgemein zur amerikanischen Deutschlandpolitik die kurze zusammenfassende Darstellung bei Graml, Die Alliierten in Deutschland, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945 - 1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München 1976, S. 25 ff.
3. Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 68.
4. Vgl. das 14 Punkte Programm Morgenthau, aufgestellt im September 1944: Program to Prevent Germany from Starting a World War III, abgedruckt in: Morgenthau, Germany is our Problem, New York, London 1945, Vorspann.

5. Morgenthau-Plan, Nr. 1 und 4.
6. Gelber, Der Morgenthau-Plan, in: VfZ 1965, S. 380; Tjaden-Steinhauer/Tjaden, Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus. Beitrag zur Analyse der Sozialstruktur unter besonderer Berücksichtigung der BRD, Stuttgart 1973, S. 86; Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 67 f.
7. Morgenthau-Plan, Nr. 9; Gelber, a.a.O., S. 382 f.
8. Schwarz, a.a.O., S. 98; Gelber, a.a.O., S. 393 f; Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 10, 14 ff.
9. Abelshauser, a.a.O., S. 88, Anm. 113; Schwarz, a.a.O., S. 102; Gelber, a.a.O., S. 400.
10. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. o.J., S. 33.
11. Stuby, Bürgerliche Demokratietheorien in der Bundesrepublik, in: Kühnl (Hrsg.): Der bürgerliche Staat der Gegenwart. Formen bürgerlicher Herrschaft II, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 91 f.
12. Schwarz, a.a.O., S. 102; vgl. auch Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 67.
13. Heininger, a.a.O., S. 94.
14. Deppe u.a., Kritik der Mitbestimmung. Partnerschaft oder Klassenkampf? Frankfurt a.M. 1969, S. 77.
15. Schwarz, a.a.O., S. 99 f; Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 67.
16. Schwarz, a.a.O., S. 99.
17. Huster/Kraiker, a.a.O., S. 76.
18. Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 69; Tjaden-Steinhauer/Tjaden, a.a.O., S. 86 f.
19. Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 13.
20. Vgl. den Titel des Morgenthau-Plans; Gelber, a.a.O., S. 382 f.
21. Vgl. die Darstellung bei Dorn, Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik, in: VfZ 1958, S. 69 ff.

22. Ebda., S. 72.
23. Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 22; vgl. zur Schwierigkeit festzustellen, welches die endgültige letzte Fassung war: Ebda., S. 185, Anm. 42.
24. Zitiert nach Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 18.
25. Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 19 ff; Dorn, a.a.O., S. 69 ff; Moltmann, Zur Formulierung der amerikanischen Besatzungspolitik, in: VfZ 1967, S. 299 ff (mit Dokumenten-Anhang zu der entscheidenden Debatte im März 1945, S. 309 ff); Graml, Zwischen Jalta und Potsdam. Zur amerikanischen Deutschlandplanung im Frühjahr 1945, in: VfZ 1976, S. 308 ff.
26. Balabkins, Germany Under Direct Controls. Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945 - 1948, New Brunswick, N.J. 1964, S. 14.
27. JCS 1067, Nr. 4 c; hier und im folgenden zitiert nach: Cornides/Volle, Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941 - 1948 mit einem Bericht über die Londoner Außenministerkonferenz vom 25. November bis 15. Dezember 1947. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 6, Oberursel (Taunus) 1948, S. 58 ff.
Die Ähnlichkeit dieser Bestimmung mit dem Hauptziel des Morgenthau-Plans ist nicht zu verkennen.
28. JCS 1067, Nr. 16. Diese Bestimmung entsprach Punkt 8 des Morgenthau-Plans.
Weiterhin waren vorgesehen: Die Zerschlagung der Rüstungsindustrie (Nr. 32), ein Verbot von Kartellen oder kartellähnlichen Organisationen, "die einer Regulierung der Marktverhältnisse ... dienen" (Nr. 36), und "eine Aufteilung der Besitzrechte und der Kontrollverhältnisse über die deutsche Industrie" (Nr. 37).
29. Schmidt, a.a.O., S. 16; Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 80.
30. Clay, a.a.O., S. 33.
31. Ebda.; Dorn, a.a.O., S. 62.

32. Zink, a.a.O., S. 94 f.

33. Clay, a.a.O., S. 33.

34. Schmidt, a.a.O., S. 56.

Vgl. dazu auch die Aussagen Russel Nixons vor dem sog. Kilgore-Ausschuß des U.S.-Senats. Nixon war bis Ende 1945 stellvertretender Leiter der Dekartellisierungsabteilung der amerikanischen Militärregierung. In einem Artikel in "Die Nation", Bern, 1946, Nr. 19 (Hinter den Kulissen. Vernichtung oder Stärkung der deutschen Trusts?) hieß es: "... Russel Nixon ließ es nicht an deutlichen Hinweisen fehlen, daß britische und amerikanische Vertreter in Deutschland bei dieser Politik sich mehr von ihren Geschäftsinteressen als von der Notwendigkeit leiten lassen, ein friedliches demokratisches Deutschland zu schaffen. Er sagte rund heraus, daß es diesen Leuten um die Wiederaufnahme der Geschäftsverbindungen mit den deutschen Konzernen geht, und er war in der Lage, hohe englische Okkupationsbeamte zu zitieren, die sich offen für die Teilnahme der deutschen Trustmagnaten an den internationalen Kartellen aussprechen. Die Politik der angelsächsischen Wirtschafts-Bourbonen, die 1946 wieder da anknüpfen wollen, wo sie 1939 notgedrungenenerweise aufhören mußten, ist der Hintergrund für das konfuse Bild, das Nordwest-, West- und Süddeutschland heute bieten. ..."

35. Dorn, a.a.O., S. 77.

36. Zink, a.a.O., S. 95.

Eine Bestätigung seiner konstruktiven Politik glaubte Clay im Potsdamer Abkommen zu finden. "Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens hoben die Verfügungen von JCS/1067, nach denen wir Kontrollen in finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht ausüben durften, es sei denn zur Verhinderung einer Inflation, auf. ... Jetzt waren wir direkt verpflichtet, eine ausgeglichene Wirtschaft zu entwickeln, die Deutschland auf eigene Füße stellen sollte. Das war eine sehr bedeutsame Änderung unserer offiziellen Linie, die unsere Verwaltung Deutschlands fast von Anfang an beeinflußte." (Clay, a.a.O., S. 57 f).

Diese Auslegung ist nicht unbestritten, da Clay durchaus "restriktiv" gedachte Bestimmungen des

Potsdamer Abkommens in "konstruktive" umdeutete. Vgl. dazu einerseits: Huster/Kraiker u.a., a.a.O., S. 32; Gimbel, a.a.O., S. 34 f; Zink, a.a.O., S. 94; Hartwich, a.a.O., S. 67; und andererseits: Schmidt, a.a.O., S. 18; Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 71.

37. Diese Einschätzung der amerikanischen Politik steht im Widerspruch zu der z.B. von Schwarz (a.a.O., S. 105 ff) vertretenen Auffassung, daß die USA zunächst eine "Policy of Postponement" betrieben hätten und daß eine von Morgenthau beeinflusste harte Deutschlandpolitik erst nach der Stuttgarter Rede von Byrnes im September 1946 allmählich durch eine konstruktive Politik abgelöst wurde. Vgl. zur Kritik dieser These: Gimbel, a.a.O., S. 17 ff; Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in: VfZ 1972, S. 39 ff. Die Byrnes-Rede, die auf einer Grundsatzklärung Clays basierte (S. 44 f), war nach Gimbel gedacht "als öffentliche Erläuterung der amerikanischen Deutschlandpolitik, wie sie schon geraume Zeit verfolgt wurde." (S. 42); vgl. ferner: Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 80.

Die Kontinuitäts-These wurde bereits 1949 ansatzweise vom Institut für Besatzungsfragen aufgestellt. Anhand einzelner Beispiele wurde dargelegt, daß JCS 1067 zwar "von der Konzeption des Morgenthauplanes ausgeht, aber niemals vorbehaltlos von der Militärregierung verwirklicht wurde", und daß JCS 1779 keinen Wendepunkt der amerikanischen Besatzungspolitik bedeutete, "sondern (...) nur eine Festlegung der Grundsätze (ist), nach denen in zunehmendem Maße schon bis dahin verfahren worden war". (Institut für Besatzungsfragen (Hrsg.), Einwirkungen der Besatzungsmächte auf die westdeutsche Wirtschaft. Dargestellt im Auftrag des Deutschen Büros für Friedensfragen mit Unterstützung des Büros der Ministerpräsidenten. Stand 1. Mai 1949, o.C. o.J. (Tübingen 1949) S. 16).

Gimbel hat später diese These anhand zahlreicher Unterlagen des kriegs- bzw. Armee-ministeriums, der Militärregierung und anhand von deutschen Materialien ausführlich erläutert und belegt. (Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, a.a.O., S. 14, 16 ff). Erhärtet wird seine Auffassung durch die

Untersuchung Abelshausers, die die westdeutsche Wirtschaftsstruktur von 1945 - 1948 analysiert. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß "es eine Kontinuität 'positiver' amerikanischer Deutschlandpolitik vom ersten Tag des Besatzungsregimes an" gab und daß diese Feststellung ihre ökonomische Bestätigung darin findet, daß "die Rekonstruktion (...) in der amerikanischen Zone bis zum Zusammenbruch der Produktion im Winter 1946/47, der beide Zonen (die amerikanische und die britische, d.V.) betraf, nicht nur schneller vorangekommen (war), sondern (...) auch ein höheres Niveau erreicht (hatte) als in der britischen Zone." (Abelshauser, a.a.O., S. 89 f).

38. JCS 1779, Nr. 3, 18 b, 21 c; hier und im folgenden zitiert nach: Cornides/Volle, a.a.O., S. 100 ff; vgl. zur Auslegung von JCS 1779 als endgültige Festschreibung einer privatwirtschaftlichen Ordnung: Hartwich, a.a.O., S. 68 ff.

39. Schwarz, a.a.O., S. 105 ff.

40. Hartwich, a.a.O., S. 66.

41. Ebda., S. 77 f; Huster/Kraiker u.a., a.a.O., S. 47 ff.

Clay bestätigte diese Einschätzung ausdrücklich, als es um die Sozialisierung der Ruhrkohle ging: Erst "(muß) in Deutschland die wirtschaftliche und politische Stabilität hergestellt sein (...), ehe das deutsche Volk seine Meinung frei äußern kann. ... Die Zeit ist auf unserer Seite. Wenn wir daher die Angelegenheit hinauszögern können, während die freie Unternehmerwirtschaft fortführt zu arbeiten und wirtschaftliche Verbesserungen sich einstellen, dann wird sich die Frage dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen." (Clay, zitiert nach Gimbel, a.a.O., S. 225).

42. Caspary, a.a.O., S. 69.

Anmerkungen zu Kapitel C.

1. Die Bevölkerung Groß-Hessens, in: StuW 1946, H. 1, S. 6; Wohnbevölkerung, Einheimische und Zugezogene in Hessen, in: StuW 1947, H. 5, S. 142.

2. Von welchen Erwerbszweigen lebt die hessische Bevölkerung? in: StuW 1947, H. 4, S. 99.

Diese Relationen verschlechterten sich noch, wenn man bedenkt, daß - statistisch gesehen - unter "Erwerbstätige" auch solche Personen fielen, die lediglich mit Aufräumarbeiten beschäftigt waren oder "in einer Scheinarbeit stehen." (Ebda.; vgl. auch: Erste Bilanz der Arbeit. Eine statistische Untersuchung aus Groß-Hessen, in: Die Wandlung 1946, S. 800).

hinzu kam, daß es 1946 gar nicht möglich war, eindeutig zu definieren und festzustellen, wer überhaupt erwerbstätig war. "In der Landwirtschaft arbeiten zahlreiche Personen unter unklaren arbeitsrechtlichen Verhältnissen, oft ohne Versicherung und Barlohn, und es ist gewiß, daß manche davon bisher in keiner Beschäftigtenstatistik erschienen sind. Umgekehrt sind andere Personen geneigt, sich in Scheinarbeitsverhältnissen zu bewegen, um Ungelegenheiten bei der Registrierung, bei Kontrollen, bei der Lebensmittelkartenausgabe aus dem Wege zu gehen. Schließlich kann auch der Umstand, daß der Neuaufbau der Arbeitnehmerkarteien in den Arbeitsämtern eben erst vollendet wurde, das Vorhandensein von technischen Mängeln bedeuten." (Erste Bilanz der Arbeit, a.a.O., S. 800).

3. Alle Angaben aus: Von welchen Erwerbszweigen lebt die hessische Bevölkerung? a.a.O., S. 98 ff. (Zahlen aus Tabelle 4, S. 104).

4. Ebda., S. 107.

5. Ebda., S. 101.

6. Ebda.

7. Zwei Jahre Land Hessen, in: StuW 1947, H. 5, S. 133.

8. Die hessische Wirtschaft im Jahre 1946, in: StuW 1947, H. 1, S. 3.
9. Die Indexziffer der industriellen Produktion für Hessen, in: StuW.1947, H. 3, S. 88.
10. Die hessische Wirtschaft im Jahre 1946, a.a.O., S. 4; Zwei Jahre Land Hessen, a.a.O., S. 134.
11. Ebda.
12. Abelshauser, a.a.O., S. 65.
13. Die hessische Wirtschaft im Jahre 1946, a.a.O., S. 4.
14. Abelshauser, a.a.O., S. 151.
15. The United States Strategic Bombing Survey, Overall Economic Division, Oct. 31., 1945, S. 13, zitiert nach Abelshauser, a.a.O., S. 152.
16. Abelshauser, a.a.O., S. 156.
17. Die hessische Wirtschaft im Jahre 1946, a.a.O., S. 4; vgl. auch: Erste Bilanz der Arbeit, a.a.O., S. 799.
18. Die personellen Veränderungen in der Industrie Groß-Hessens infolge der Entnazifizierung, in: StuW 1946, H. 2, S. 27; bei den kleineren Betrieben (unter 100 Beschäftigte) betrug die vergleichbare Zahl 28,1 % (Ebda.).
19. Arbeitszeit und tatsächliche Arbeitsverdienste der hessischen Industriearbeiterschaft im September 1946, in: StuW 1947, H. 2, S. 59; Wochenlöhne aus den Tabellen S. 57 f.
20. Aber selbst das entsprach noch nicht den tatsächlichen Verhältnissen, weil bei den Berechnungen die legalen Preise zugrundegelegt wurden, vielfach aber höhere Preise, z.B. beim direkten Einkauf beim Erzeuger von anders nicht erreichbaren Lebensmitteln oder auf dem Schwarzmarkt, gezahlt werden mußten. (Ebda., S. 59 f).

21. Ebda., S. 61.
22. Aus eigenen Möglichkeiten wurden in Hessen 1946 nur 1000 kal. pro Person und Tag erwirtschaftet. Um die offizielle Zuteilung von ca. 1500 kal. zu erreichen, mußten also Lebensmittel importiert werden. Aber nicht einmal der offizielle Mindestsatz, der weit unter dem tatsächlichen Bedarf lag, konnte 1945/1946 immer erreicht werden. 1945 erhielt der erwachsene Normalverbraucher durchschnittlich nur 1290 kal. Von Januar bis März und im November/Dezember 1946 wurden durchschnittlich 1550 kal. erreicht. In den dazwischen liegenden Monaten sank die Kalorienzahl aber auf 1190. Im Jahresdurchschnitt 1946 waren es 1340 kal. (Die hessische Wirtschaft im Jahre 1946, a.a.O., S. 3; vgl. auch: 5 Jahre Land Hessen 1945/46 - 1949/50. Hrsg.: Hessisches Statistisches Landesamt, o.O. (Wiesbaden) 1950, S. 77).
23. Die hessische Wirtschaft im Jahre 1946, a.a.O., S. 3.
24. Die Wohndichte in Hessen, in: StuW 1947, H. 2, S. 44.
Rechnet man nur die Küchen über 10 qm mit, so ergab sich bereits eine Wohndichte von 1,38 und legt man lediglich Wohn- und Schlafräume zugrunde, so wurde jedes Zimmer von 1,67 Personen bewohnt. (Ebda).
25. Ebda.
26. Zahlen über die durchschnittliche Grundausrüstung der Bevölkerung in: 5 Jahre Land Hessen, a.a.O., S. 5 f.
27. Vgl. dazu Kap. B. III.
28. Proklamation Nr. 1 v. 14. Juli 1945, in: Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Ausgabe A, v. 1. Juni 1946, S. 1.
29. Newman (OMG Hesse), The Story of Reconstruction and Reorientation at the Grass-Roots-Level of Civil Affairs and Military Government, 1949, zitiert nach Gillen, American Influence on the Development of Political Institutions, a.a.O., S. 4.
30. Metzger, Neubeginn aus dem Nichts. Die ersten Tage einer neuen Zeit. Darmstadt vor zwanzig Jahren. Sonderdruck aus dem Darmstädter Echo

vom 31. März bis 3. April 1965, o.O. o.J.
(Darmstadt 1965), S. 1.

Vgl. dazu auch die Schilderungen über die ersten Tage der Besetzung bei: Lorei/Kirn, Frankfurt und die drei wilden Jahre. Ein Bericht, Frankfurt a.M. 1962, S. 11 ff; Dokumentation 45. Offenbach am Main vor und nach der Stunde Null. Gesamtbearbeitung: E.E. Günther (insbes. der Rechenschaftsbericht der Militärregierung Offenbach v. 28. 3. - 1. 12. 1945). Offenbacher Geschichtsblätter Nr. 17, Offenbach a.M. 1967, S. 14 ff; Falck, Das Rhein-Main Gebiet und die Stadt Lauterbach in Hessen während des Zusammenbruches und des Einmarsches der Amerikaner im Frühjahr 1945, in: Lauterbacher Sammlungen, H. 18, Lauterbach 1958, S. 3 ff; Gimbel, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945 - 1952, Köln, Berlin 1964, S. 31 ff; Haenisch, Der Staatspolitische Ausschuß in Marburg 1945 - 1946 (Hausarbeit in Politik, vorhanden im Institut für wissenschaftliche Politik Marburg), Marburg 1975, S. 57 ff; Frenz, Die politische Entwicklung in Kassel von 1945 - 1969. Eine wahlsoziologische Untersuchung, Meisenheim am Glan 1974, S. 21 ff.

31. Bergsträßer, Zeugnisse der Entstehungsgeschichte des Landes Hessen, in: VfZ 1957, S. 398 ff.
32. Ebda., S. 402; vgl. auch: 5 Jahre Land Hessen, a.a.O., S. 73.
33. Eine Abschrift der Urkunde befindet sich im Nachlaß Bergsträßers (im folgenden: NB) im politikwissenschaftlichen Institut in Marburg.
34. Zinn/Stein, Verfassung des Landes Hessen, Kommentar (1963), a.a.O., S. 14; vgl. auch: Mitteilungsblatt der Deutschen Regierung des Landes Hessen, Nr. 1 v. 9. August 1945, Darmstadt 1945, S. 3.

Anfang 1946 erfolgte die endgültige Umbenennung in "Regierungspräsident Darmstadt" (Mitteilungsblatt des Regierungspräsidenten Darmstadt, Nr. 3 v. 21. Januar 1946, Darmstadt 1946, S. 13).

35. Müller, Preußischer Adler und Hessischer Löwe. Hundert Jahre Wiesbadener Regierung 1866 - 1966. Dokumente der Zeit aus den Akten, Wiesbaden 1966, S. 330 f.

Nach Latour/Vogelsang, a.a.O., hatte die Militärregierung Bredow "aus politischen Gründen"

den Rücktritt nahegelegt (S. 97). Aus der von Latour/Vogelsang in der Anm 61 angegebenen Quelle (Müller, a.a.O., S. 330 f) ist solches allerdings nicht zu entnehmen.

36. Gillen, a.a.O., S. 7; vgl. zu den Gebietsveränderungen die Übersicht in Keesing's Archiv 1945, Nr. 594 D v. 31. Dezember, Punkt 10 und 17.
37. 5 Jahre Land Hessen, a.a.O., S. 73; vgl. zur Geschichte der Militärregierung Wiesbaden, aus der sich später die Militärregierung Hessen entwickelte: Chronology, M.G. Det. E1A2 (E5) and Office of Military Government for Hesse 1944 - 1947, in: Nachlaß Pollock (im folgenden: NP), Nr. 74, im Bundesarchiv Koblenz.
38. Hoch, Dankbares Erinnern, in: Brücke und Mittler. Der Regierungspräsident in Kassel 1867, 1945, 1967. Hrsg.: Der Regierungspräsident in Kassel, Kassel 1967, S. 104.

Der ursprünglich bestehende Plan, aus Frankfurt und Umgebung einen eigenen Regierungsbezirk zu schaffen, wurde bereits im Juli 1945 wieder verworfen. (Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 97 f; vgl. auch: Memorandum Pollocks über "Governmental Problems in the Hessen area", Punkt B 6, v. 28. Juli 1945, in: NP, Nr. 73.
39. Clay, a.a.O., S. 104 f.

Dorn, Zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen. "Letter to the Editor." (Antwort auf Bergsträbers Aufsatz in den VfZ 1957, S. 397 ff), in: VfZ 1958, S. 194, spricht von Wiesbaden als der für Hessen-Nassau geplanten Hauptstadt und zwar unter Berufung auf die amerikanische Originalausgabe der Clay'schen Erinnerungen. Aber auch dort heißt es: "Hessen-Nassau, with its capital at Darmstadt". (Clay, Decision in Germany, Garden City, New York 1950, S. 86). Das offensichtliche Versehen Dorns ist allerdings von Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 203, Anm. 68, kritiklos übernommen worden.
40. Dorn, a.a.O., S. 194; ders., Notizen vom Januar 1946, in: Ders., Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von L. Niethammer, Stuttgart 1973, S. 67, insbes. Anm. 80.

41. Bergsträßer, a.a.O., S. 397 ff; Dorn, Zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen, a.a.O., S. 194; Chronology M.G. Det. E1A2 ..., a.a.O., S. i; Gillen, State und Local Government in West Germany, a.a.O., S. 42 f; ders., American Influence on the Development of Political Institutions, a.a.O., S. 7 ff; Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 98; Wahrhaftig, In jenen Tagen/ Marginalien zur Frühgeschichte eines deutschen Bundeslandes (Hessen), in: FH 1971, S. 95. (Der Aufsatz ist in drei Teilen erschienen: FH 1970, S. 785 ff, 863 ff; 1971, S. 93 ff).

42. Denkschrift v. 26. Juli 1945, in: Bergsträßer, a.a.O., S. 408.

43. Ebda.; vgl. auch die Denkschrift v. 10. August 1945, in: Ebda., S. 410 ff.

Angeblich hat die August-Denkschrift den Ausschlag für die Bildung Groß-Hessens gegeben (Ebda., S. 410). Nach Darstellung Dorns, a.a.O., S. 192 f, der auf amerikanischer Seite maßgeblich am Zustandekommen Groß-Hessens beteiligt war, fiel die Entscheidung für Groß-Hessen zwischen dem 16. und 19. September in Frankfurt, "I am quite certain that I never saw Dr. Bergsträsser's memorial of August 10, 1945, although as I read it over today it has a strangely familiar ring." (Ebda., S. 195).

Eine ähnliche Argumentation wie Bergsträßer trug auch Hoch, Regierungspräsident in Kassel, vor. In einem Schreiben an die Militärregierung, das sich mit der "Aufteilung der Aufgaben zwischen der Landesregierung Hessen-Nassau in Marburg und den Regierungspräsidenten in Kassel und Wiesbaden" befaßte, kam auch er zu dem Ergebnis, daß die angestrebte wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Entwicklung die Zusammenfassung der drei Gebiete verlange. (Schreiben v. 27. August 1945, in: NP, Nr. 73. Die Terminologie war im Sommer 1945 noch nicht einheitlich. Während Clay (a.a.O., S. 104 f) und Dorn (a.a.O., S. 194) später von dem Land Hessen mit der Hauptstadt Marburg sprechen, heißt es in amerikanischen Armeeunterlagen (verschiedene Schriftstücke vom Sommer 1945, die sich mit der Organisation Hessens befassen, in: NP, Nr. 73 und 74; vgl. auch Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 98) und bei Hoch Hessen-Nassau mit der Hauptstadt Marburg).

Willi Richter wandte sich namens der Gewerkschaften an die Militärregierung. Weil die überlieferte Gewerkschaftsorganisation diese Gebiete umfaßte und aus den bereits o.a. Gründen, schlug er die Zusammenfassung des Landes Hessen mit der Provinz Hessen-Nassau unter Einbeziehung des Gebietes um Aschaffenburg (Main-Viereck) vor. (Schreiben vom 7. September 1945, abgedruckt in: Stimme der Arbeit v. 30. November 1946).

Die Einbeziehung Aschaffenburgs war ursprünglich auch von Bergsträßer gefordert worden, scheiterte aber an der Haltung der Militärregierung. (Denkschrift v. 28. Mai 1945, in: Bergsträßer, a.a.O., S. 405 f).

44. Dorn, a.a.O., S. 193; Gillen, State and Local Government, a.a.O., S. 42; und ausführlich: Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 7 f; vgl. ferner: Demandt, a.a.O., S. 608 ff; Weinrich, Zur Entstehung des Landes Hessen, a.a.O., S. 89 ff; Struck, Zur ideenpolitischen Vorbereitung des Bundeslandes Hessen seit dem 19. Jahrhundert, a.a.O., S. 282 ff; Zinn, Der Große Plan. Hessen - 22 Jahre unter sozialdemokratischer Führung, in: Die Neue Gesellschaft, Sonderheft, 1. Mai 1969, S. 41.
45. Dorn, a.a.O., S. 194; Struck, a.a.O., S. 292 f.
46. Dorn, a.a.O., S. 195; vgl. auch: Pollock, Denkschrift über den Stand der Verwaltung ... v. 6. September 1945, Punkt A 2 c 1-4, in: Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone, a.a.O., S. 58.
47. Abgedruckt in: Pollock/Meisel, Germany under Occupation. Illustrative Materials and Documents, Ann Arbor, Michigan 1947, S. 118 f.
48. Er begründete seinen Meinungswandel ausführlich in einem Schreiben an das Kriegsministerium, in dem die wesentlichen für eine Vereinigung sprechenden Argumente noch einmal zusammengefaßt waren: "Last June, in setting up the military districts we divided the Western District into three Laender: Hessen, Hessen-Nassau, and Wuertemberg-Baden, largely on the advice of the Political Division. The separation of Land Hessen from the former Prussian province of Hessen-Nassau was

intended to maintain their historic status. Experience and further study have now shown that these two areas should be combined. They appear to be closely tied together by economic, political, and geographical factors, and are too small for effective administration separately; many of the agencies for special functions, such as food and agriculture, labor and finance, have exercised authority over areas not conforming to their boundaries. Further study has also shown that, up to 1933, the Germans themselves sought to consolidate these two units, and considered their separation merely a historical accident. The unification was blocked primarily by Prussian opposition, since Hessen-Nassau was a Prussian province.

Both, Dr. Pollock and Dr. Dorn believe that we will assist the creation of a sound federal Germany by combining the entire Hessen area into one Land government, and that the resulting state will be strong enough to stand on its own legs. A cross section of German officials agrees with this conclusion. Their unanimous opinion is that the two areas should be immediately consolidated into one governmental unit. Accordingly, this is now being done." (Schreiben Clays an John J. McCloy im Kriegsministerium v. 16. September 1945, abgedruckt in: Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 9; Auszüge auch bei: Ders., State and Local Government, a.a.O., S. 43; Dorn, a.a.O., S. 196).

49. Abgedruckt in: Pollock/Meisel, a.a.O., S. 119 f; deutsche Übersetzung in: Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Ausgabe A, v. 1. Juni 1946, S. 2 f.
50. Proklamation Nr. 2, Art. I.
51. Ebda., Art. III und IV.
52. Chronology.M.G. Det. E1A2, a.a.O., S. i f; vgl. zur Einrichtung von regionalen Militärregierungen: Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 84.
53. Chronology M.G. Det. E1A2, a.a.O., S. 5; vgl. auch das Schreiben der "Headquarters Seventh Army" an die Leiter der regionalen Militärregierungen v. 26. September 1945, in dem die neue Organisation des westlichen Militärbereichs festgelegt und ausführlich beschrieben wird, in: NP, Nr. 73.

54. Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 99.

55. Dörr, a.a.O., S. 100.

56. A.a.O., S. 99.

57. Wahrhaftig, a.a.O., S. 99.

58. Ebda.; vgl. auch: Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 99; Bergsträßer, a.a.O., S. 409 f.

Insbesondere Bergsträßer, der sich bereits mit Heimerich während dessen Neustädter Zeit wegen territorialer Fragen zerstritten hatte (Bergsträßer, a.a.O., S. 409 f), machte Einwände geltend. Hinzu kam, daß er selbst Ansprüche auf den Posten des Ministerpräsidenten anmeldete. Seine Ambitionen paßten aber nicht in das Konzept Newmans und hatten daher keine Chancen, verwirklicht zu werden (Dorn, a.a.O., S. 195).

59. A.a.O., S. 99 f.

60. A.a.O., S. 99 f.

61. Ebda., S. 99.

62. Kronstein, Briefe an einen jungen Deutschen, 2. Aufl., München 1968, S. 38.

63. Ebda., S. 42.

Ob nun die entscheidenden Anstöße für die personelle Zusammensetzung des 1. hessischen Nachkriegskabinetts von Newman und seinem Neustädter "Intellektuellenzirkel" (Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone, a.a.O., S. 59, Anm. 48) oder von Kronstein und Geilers "Badenern" ausgingen, kann hier nicht weiter untersucht werden. Fest steht, daß von den vier Ministern des 1. Kabinetts Geilers zwei bereits in der Neustädter Regierung eine maßgebliche Rolle gespielt hatten (Mattes, Venedey) und daß bei der Erweiterung des Kabinetts am 1. November 1945 der Wirtschaftswissenschaftler und Corpsbruder Geilers, Franz Böhm, damals Professor in Freiburg, als Kultusminister hinzukam.

64. Handbuch des Hessischen Landtages, Wiesbaden 1971, S. 131.

Bergsträßer, den Geiler am 15. Oktober zu einer Besprechung nach Frankfurt gebeten hatte,

hatte es abgelehnt, in sein Kabinett als stellvertretender Ministerpräsident einzutreten. Für Bergsträßer war diese Regierung "ein Gemisch einer Geschäftsregierung und einer parteipolitisch fundierten Regierung", und er zog es vor, als Regierungspräsident in Darmstadt zu bleiben. ("Niederschrift über die Besprechung mit Herrn Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler, Wiesbaden, am 15. 10. 45 in Frankfurt/M.", in: NB).

65. Rede: Aufgaben und Ziele, in: Geiler, Geistige Freiheit und soziale Gerechtigkeit im neuen Deutschland, Wiesbaden 1947, S. 13 ff; vgl. auch die kurze Zusammenfassung der Rede in der FR v. 19. Oktober 1945.
66. Die im folgenden besprochenen Stellungnahmen stammen von den Frankfurter Kreisverbänden der vier Parteien; vgl. zur Entwicklung der politischen Parteien in Hessen nach dem II. Weltkrieg Kap. C. III.
67. Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei, in: FR v. 19. Oktober 1945.
68. Die einheitliche Umbenennung in CDU erfolgte erst bei "einer Zusammenkunft von 45 Vertretern der größten örtlichen Parteigruppen" am 28. November 1945 in Frankfurt. (Dokumentation. Die Geschichte der CDU, a.a.O., S. 27).
69. Stellungnahme der Christlich-Demokratischen Partei. Zur Regierung Groß-Hessen, in: FR v. 9. November 1945.
70. Erklärung der Liberal-Demokratischen Partei, in: FR v. 19. Oktober 1945.
71. Stellungnahme der Kommunistischen Partei, in: FR v. 19. Oktober 1945.
72. Niederschrift über die erste Sitzung des Kabinetts am 19. Oktober 1945, in: Nachlaß Geiler (im folgenden: NG), Nr. 19, im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden.
73. Justizminister Fritz wurde nach 14 Tagen bereits wieder entlassen, da er "nicht über die Hürde der Entnazifizierung" hinwegkam (Wahrhaftig, a.a.O., S. 100). Bergsträßer meinte: Fritz sei "von den Nazis ziemlich unvermittelt 1934 befördert worden und gelte als nazi-affiliert" (Niederschrift über die Besprechung ..., a.a.O.)

74. Venedey (Inneres), Zinn (Justiz), Häring (Ernährung und Landwirtschaft), Binder (Wiederaufbau und politische Bereinigung).
75. Hilpert (stellvertretender Ministerpräsident, Minister ohne Ressort, CDP), Müller (Arbeit und Wohlfahrt, KPD), Mueller (Wirtschaft und Verkehr, LDP).
76. Mattes (Finanzen), Böhm (Kultus); alle Personenangaben aus: Handbuch des Hessischen Landtages, 1971, S. 131 f.
77. Dörr, a.a.O., S. 100; eine kurze Biographie der einzelnen Minister befindet sich in: Historical Report October 1945 through June 1946, Appendix I, Section 2, Hrsg.: OMG Greater Hesse, S. 112 ff (Kopie in: Institut für Zeitgeschichte (im folgenden: IfZ) München).
78. Gillen, State and Local Government, a.a.O., S. 48, Anm. 133.
79. GVBl v. 31. Dezember 1945, S. 23.
80. Direktive der US-Militärregierung vom Oktober 1945 an die Direktoren der Landes-Militärregierungen: "Action to Strengthen German Civil Administration in the U.S. Zone", in: Pollock/Meisel, a.a.O., S. 172, Punkt I 4 b (2).
81. Ebda., Punkt I 4 b.
82. Major Landin, Chef der Zivilverwaltungsabteilung der hessischen Militärregierung, in der Kabinettsitzung v. 20. November 1945, Protokoll in: NG, Nr. 19.
83. Vgl. dazu Kap. C. IV. Vgl. zum Staatsgrundgesetz ausführlich: Arndt, Die staats- und verwaltungsrechtliche Entwicklung in Groß-Hessen, in: DRZ 1946, S. 185 f; vgl. allgemein zu juristischen Fragen der Entstehung des Landes Hessen nach dem II. Weltkrieg: Hörter, Die Entstehung des Landes Hessen nach 1945 ..., a.a.O., S. 93 ff (insbes. S. 107 ff).
84. Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945 - 1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit, Stuttgart 1974, S. 35.

85. Vgl. zum Verhältnis von Militärregierung, Landesregierung und politischen Parteien auch die Beiträge von Weisz (Deutsche Politik unter Besatzungsherrschaft) und Plum (Versuche gesellschaftspolitischer Neuordnung. Ihr Scheitern im kräftefeld deutscher und alliierter Politik) in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945 - 1949, a.a.O., S. 53 ff, 90 ff.
86. Gimbel, Die Bedeutung der Besatzungszeit 1945 - 1949, a.a.O., S. 49.
87. Ebda.
88. Foelz-Schroeter, a.a.O., S. 35.
Vgl. auch die Direktive "Action to Strengthen German Civil Administration in the U.S. Zone", a.a.O., S. 171 ff. In der Direktive wurden die Rechte der Militärregierung und der neuen Länderregierungen gegeneinander abgegrenzt. Über die Stellung der Zivilregierung hieß es: "The State government is composed of functional Ministries, responsible for the performance of all functions, including those formerly performed therein by Reich agencies. Such Ministries are subordinate to and accountable to the Minister President, who in turn is responsible to the Director, Office of Military Government for the state (Land)." (Punkt I 3).
89. Drucks. III a, S. 64.
90. Direktive der Militärregierung für Deutschland an die Leiter der Landesmilitärregierungen v. 4. Februar 1946, Punkt 6 e; abgedruckt in: Pollock/Meisel, a.a.O., S. 143 ff; Übersetzung in: NG, Nr. 13 I; vgl. auch: Kap. D.I. und F.I.1.
91. Z.B. als sich SPD, CDU und KPD im Oktober 1946 gemeinsam mit Erfolg weigerten, die Sofortsozialisierung nach Art. 41 HV aus der Verfassung herauszunehmen. Vgl. dazu: Kap. F.II.2.4.
92. Potsdamer Abkommen, abgedruckt in Cornides/Volle, a.a.O., S. 78 ff, Punkt III A 9 (II).
93. Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 59.
94. Olzog/Herzig, Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 9. Aufl., München,

Wien 1975, S. 45; vgl. auch Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 106 f.

95. Mitteilungsblatt für das Land Hessen, Nr. 2, v. 28. August 1945.
96. Mitteilungsblatt für das Land Hessen, Nr. 5, v. 22. September 1945.
97. Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 107 f.
98. Übersetzte Fassung in: NG, Nr. 8.
99. Ebda.
100. Progress-Report of Land Greater Hessen (Appendix to Monthly Historical Report, December 1945), S. 20. (Übersetzte Fassung in: NG, Nr. 5 I).
101. Ebda.
102. Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 106 f.
103. Potsdamer Abkommen, Punkt III A 10.
104. Als z.B. die Militärregierung im Juli 1945 erfuhr, daß in Frankfurt Bestrebungen im Gange waren, einen "Freien Deutschen Gewerkschaftsbund" zu gründen, reagierte sie energisch. In einem Schreiben an Willi Richter, den späteren ersten Vorsitzenden des FGB Hessen, hieß es u.a.: "Dementsprechend wollen Sie und Ihre Mitarbeiter es sofort unterlassen, in irgend einer Weise darzulegen, daß Sie den Führer und die Organisatoren des FDGB darstellen, oder daß eine solche Organisation dieses Namens in Frankfurt Main existiert. ... Sie wollen schriftlich antworten, den Erhalt des Schreibens darin bestätigen und Ihre Zufriedenheit darüber ausdrücken." (Schreiben des Military Detachment E1D2 (Frankfurt) an Willi Richter v. 19. Juli 1945, in: Nachlaß Richter (im folgenden: NR), Nr. 3, im Bundesarchiv Koblenz).

Richter drückte in seinem Antwortschreiben nicht seine Zufriedenheit über den Brief der Militärregierung aus, sondern wies darauf hin, daß bereits seit Anfang April Verhandlungen mit den amerikanischen Behörden über den

Wiederaufbau der Gewerkschaften im Gange seien, und daß die bisher vorhandenen Gewerkschaften - mit Wissen der Militärregierung - in vielen Bereichen wieder tätig seien. (Schreiben Willi Richters v. 21. Juli 1945 an das Military Government Frankfurt Main, in: Ebda.).

Vgl. zum Wiederaufbau der hessischen Gewerkschaften ausführlich: Weiß-Hartmann, Der Aufbau und die Politik des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen von 1945 bis 1949, a.a.O., S. 9 ff.

105. Mitteilungsblatt für das Land Hessen, Nr. 2, v. 28. August 1945.
106. Wahrhaftig, a.a.O., S. 863; vgl. auch Kap. C. III. 2. 4.
107. Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 16.
108. Schreiben des Amtes der Militärregierung für Großhessen (Manpower Division) an Willi Richter v. 28. August 1946, in: Archiv des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf (im folgenden: Archiv DGB).
109. Zink, a.a.O., S. 284.
110. Deppe, Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945, in: Ders., Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 260.
111. Ebda., S. 259; Schmidt, a.a.O., S. 40.
112. Kolb, a.a.O., S. 55; Klein, a.a.O., S. 183 f.
113. Clay, a.a.O., S. 324.
114. Zink, a.a.O., S. 282.
115. Vgl. dazu das folgende Kapitel.
116. Brandt, Die Industrie- und Handelskammer Kassel und ihre Vorläufer 1763 - 1963. Zur Entwicklung der gewerblichen Selbstverwaltung. Hrsg.: Die Industrie- und Handelskammer Kassel, Kassel o.J. (1963), S. 49.

117. Ebda.
118. Vogel, Westdeutschland 1945 - 1950, Teil II, a.a.O., S. 41.
119. Runderlaß über die Neuregelung der Organisation der Industrie- und Handelskammern in Hessen v. 5. Dezember 1946, in: StA v. 21. Dezember 1946, S. 123 f; vgl. auch: Deneke, Die Entwicklung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland seit Kriegsende 1945, in: EA 1946, S. 301; Institut für Besatzungsfragen (Hrsg.), Einwirkungen der Besatzungsmächte auf die westdeutsche Wirtschaft, a.a.O., S. 56.
120. Vogel, Westdeutschland 1945 - 1950, Teil II, a.a.O., S. 42.
121. GVBl v. 21. Dezember 1945, S. 3.
122. Bekanntmachung über die Zulassung gewerblicher Vereine, Nr. 1.
123. Ebda., Nr. 2; vgl. auch: Deneke, a.a.O., S. 302.
124. Büttner, Die Entwicklung und Aufgaben der Wirtschaftsverbände in der Bundesrepublik Deutschland, diss. jur. Würzburg 1956, S. 33.
125. Ebda.
126. Richter: "Um Tarifverträge abzuschließen bedürfte es der Anerkennung der Arbeitgeberverbände für Groß-Hessen". In: "Protokoll über die am 8. Mai 1946 im Hotel Carlton zwischen Vertretern der Industrie- und Handelskammer und der Gewerkschaften unter Vorsitz der amerikanischen Militär-Regierung gehabte Aussprache", in: Nachlaß Brill (im folgenden: NBr), Nr. 99, im Bundesarchiv.
127. Wheeler, Die amerikanische Politik in Deutschland (1945 - 1950), Berlin (DDR) 1958, S. 53 f.
128. Büttner, a.a.O., S. 31.
129. Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 116.

130. Vgl. zur Wiedergründung die soziologische Analyse des SPD-Unterbezirks Main-Taunus von Meyer, Zur Struktur der deutschen Sozialdemokratie, in: Zeitschrift für Politik 1955, S. 355 f; vgl. ferner: Wahrhaftig, a.a.O., S. 865 ff.
131. Dörr, a.a.O., S. 103.
132. FR v. 19. September 1945.
133. Frenz, a.a.O., S. 33.
134. Genehmigungsschreiben der Militärregierung in: Bestand B 118 (KPD), Nr. 37, im Bundesarchiv.
135. 5 Jahre Land Hessen, a.a.O., S. 78.
136. Monthly Historical Report, Land Greater Hesse, March 1946, Hrsg.: Office of Military Government for Greater Hesse, S. 5 und 15. (Mikrofilm in: IfZ).
137. Das Übergewicht des südhessischen Bezirks kam auch in den Mitgliedszahlen zum Ausdruck. Ende 1946 hatte der südliche Bezirk ca. 53 000 Mitglieder, der nördliche dagegen nur ca. 20 000. (Jahrbuch der SPD 1946, o.O.o.J., S. 23). Vgl. auch Strecker, a.a.O., S. 29 ff.
138. Gespräch mit Erich Großkopf (CDU) am 2. Mai 1975 in Herborn. (Bei diesem und den folgenden Gesprächen wird nach dem vom jeweiligen Gesprächspartner korrigierten und unterzeichneten Protokoll zitiert).
Großkopf war 1946 einer der führenden wirtschaftspolitischen Sprecher seiner Partei und Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Verfber. IV.
139. Monthly Historical Report, March 1946, S. 8.
140. Vgl. dazu: Kohlhöfer, Krise in der Koalitionspolitik, in: WuF 1947, H. 20/21, S. 3; Monthly Historical Report, March 1946, S. 9.
141. Vgl. dazu: Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, 1. Aufl. Berlin 1928.

142. Ebda. Neudruck der 1. Aufl., Frankfurt a.M. 1966, nach der im folgenden zitiert wird, S. 13 ff, 182 ff.
143. Dokumente des Wiesbadener Aktionsausschusses in: Bestand B 118 (KPD); des Frankfurter in: NG, Nr. 8.
144. Stellungnahmen zur Zusammenarbeit von SPD und KPD in der FR v. 25. August 1945 (Carlebach, KPD) und 5. September (Knothe, SPD); vgl. auch: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 3, Band 1, Mai 1945 - April 1946, Berlin (DDR) 1959, Nr.: 52, 66, 67, 77, 112, 140.
145. Warum Sozialdemokratische Partei? Rundschreiben Nr. 2 v. 30. August 1945, in: Bestand Schumacher (im folgenden: BS), Nr. J 4, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.
146. Schriftwechsel Büro der Westzonen - SPD Groß-Hessen, in: BS, Nr. J 114.
147. Schreiben Knothes an Schumacher v. 28. Dezember 1945, in: BS, Nr. J 4.
148. Schreiben in: BS, Nr. J 3.
149. Informations- und Nachrichtendienst für Funktionäre und Referenten der sozialdemokratischen Partei Groß-Hessen, Nr. 1, Frankfurt a.M., Offenbach a.M., 11. Januar 1946, S. 2 ff, in: BS, Nr. J 114; "Einheit - trotz alledem!", Wahlanzeige der KPD in der FR v. 15. Januar 1946.

Vgl. auch: Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964, S. 220 f; Frenz, a.a.O., S. 33 f; Keesing's Archiv 1946/1947, Nr. 607 F v. 6. Januar 1946.
150. Vgl. dazu ausführlich Kap. F. II. 2. 2. und G.
151. Gespräch mit Erwin Stein (CDU) am 22. Mai 1975 in Annerod/Gießen; vgl. zur Person Steins: Kap. A, Anm. 10.

152. Witt, Wie die Union entstanden ist, in: Dörpinghaus/Witt, Politisches Jahrbuch der CDU/CSU. Hrsg.: Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU für Deutschland, 1. Jahrgang 1950, Frankfurt a.M. o.J., S. 190. (der Aufsatz ist wieder abgedruckt in: Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 1, Berlin 1962, S. 5 ff (hier S. 11 f)).

Vgl. auch: Wieck, Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, a.a.O., S. 37 ff.

153. Wieck, a.a.O., S. 38; vgl. auch: Schulz, Die CDU - Merkmale ihres Aufbaus, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 45.

154. Gespräch mit Erwin Stein.

155. Wieck, a.a.O., S. 37 ff, 47.

Wenige Tage später veröffentlichte die CDP die sog. "Frankfurter Leitsätze", in denen sie die Grundlagen und Ziele ihrer Politik darlegte, und die die programmatische Diskussion nicht nur innerhalb der hessischen CDU maßgeblich beeinflussen sollten. (Ebda., S. 47; vgl. zu den Frankfurter Leitsätzen ausführlich Kap. E. II.).

156. Vgl. zur CDU-Gründung in Wiesbaden und Fulda: Wieck, a.a.O., S. 53 f; in Darmstadt: Dokumente der deutschen Aufbaubewegung, in: NB; in Offenbach: Dokumente der CDP, in: Privatarchiv Erwin Stein (im folgenden: PST), Bd. III, Nr. 21; in Marburg: Gimbel, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945 - 1952, a.a.O., S. 217 ff; in Kassel: Lengemann, 20 Jahre CDU in Kassel 1945 - 1965, a.a.O.; ders., 25 Jahre CDU in Kassel 1945 - 1970, Kassel 1970; Frenz, a.a.O., S. 24 f, 37 f; Wieck, a.a.O., S. 53.

157. Dokumentation. Die Geschichte der CDU, a.a.O., S. 27. Die CDU erhielt zusammen mit der SPD am 26. Dezember 1945 von der Militärregierung die Zulassung auf Landesebene. (Genehmigungsschreiben in: Bestand B 118 (KPD), Nr. 37.).

158. Wieck, a.a.O., S. 54 f.
159. Monthly Historical Report, March 1946, S. 11.
160. Der Aufbau der Partei war im Frühjahr 1946 weitgehend abgeschlossen. Im März hatte die CDU 25 000 Mitglieder. (Monthly Historical Report, March 1946, S. 5. Die Zahlenangaben sind allerdings nicht sehr zuverlässig. Der Historical Report October 1945 through June 1946, Appendix 2, S. 46, nennt wesentlich geringere Zahlen.
161. Kohlhöfer, a.a.O., S. 4.
162. Frankfurter Leitsätze v. September 1945, abgedruckt in: Flechtheim, Bd. 2, a.a.O., S. 36 ff.
163. Wieck, a.a.O., S. 55.
164. Narr, CDU - SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966, S.81.
Vgl. auch: Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die ersten Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945, Köln 1974, S. 35; Dörr, a.a.O., S. 116 f; vgl. ferner: Heinen, Die CDU/CSU in der Ära Adenauer, in: Eichholz-Brief 1974, Nr. 2, S. 7 f.
165. Schon im Juni 1946 konstatierte die SPD - was aber, wie der spätere Verfassungskompromiß und die Koalition mit der CDU zeigten, ohne politische Konsequenzen blieb -, daß "der rechte Flügel der CDU (...) privatkapitalistisch ausgerichtet (ist)", und daß "der rechte Flügel der CDU (...) die Monopolisierung der deutschen Wirtschaft herbeiführen (möchte)." (Freiheit und Recht müssen Staatsgesetz werden? Erklärungen und Forderungen führender Sozialdemokraten in der letzten Sitzung des Vorparlamentes Groß-Hessen (hier: Willi Knothe), Hrsg.: SPD Groß-Hessen, o.O. 1946, S. 8; das "?" im Titel ist vermutlich auf einen Druckfehler zurückzuführen).
166. Deppe u.a., Kritik der Mitbestimmung, a.a.O., S. 76; Bertsch, CDU/CSU demaskiert, Berlin

- 1961, S. 267 ff; Rupp, a.a.O., S. 29 ff;
vgl. auch Kap. E. II.
167. Flugblatt "Deutsche Arbeiter!" zu den
Gemeindewahlen im Januar 1946, in: PST,
Bd. III, Nr. 21.
168. Vgl. dazu ausführlich Kap. F. II. 2.2.
169. Wahlen und Volksentscheid, in: CDU-Mittei-
lungen v. 9. Dezember 1946.
170. Koalition SPD - CDU, in: CDU-Mitteilungen
v. 15. Januar 1947; vgl. auch: Bertsch,
a.a.O., S. 267 ff; Dörr, a.a.O., S. 122.
171. Vgl. dazu im einzelnen Kap. G.
172. Gespräch mit Erich Großkopf; vgl. auch
Wieck, a.a.O., S. 51.
173. Gespräch mit Paul Krüger (KPD) am 12. März
1975 in Riedelbach.
Krüger war 1946 Gewerkschaftssekretär und
Mitglied der Verfber. LV. Er war der Gegen-
kandidat Willi Richters bei der Wahl des
1. Vorsitzenden des hessischen FGB.
174. Gespräch mit Emil Carlebach (KPD) am
14. November 1975 in Frankfurt.
Carlebach war 1946 Mitlizenzträger und Re-
dakteur der FR. Er gehörte nicht der Verfber.
LV an, hat aber die Sozialisierungsdebatte
in der FR und in den "Informationen der
KPD" ausführlich kommentiert.
175. Fünf Jahre Land Hessen, a.a.O., S. 76.
176. Genehmigungsschreiben der Militärregierung
in: Bestand B 118 (KPD), Nr. 37.
177. Monthly Historical Report, March 1946,
S. 5 und 14.
178. Abgedruckt in: Dokumente und Materialien ...,
Bd. III/1, a.a.O., S. 14 ff.
179. Material des Office of Military Government,
I. ...; II. Office of Military Government
for Hesse, in: Bestand kleine Erwerbungen,
Nr. 336-5, im Bundesarchiv; vgl. auch:
Fisch, Der deutsche Weg der Demokratie, in:
WuT 1946, H.1, S. 2 ff.

180. Aufruf des ZK, S. 18.
181. Gespräch mit Emil Carlebach.
182. Huster/Kraiker, a.a.O., S. 184; vgl. zur Kritik der KPD-Konzeption: Ebda., S. 182 ff; Rupp, a.a.O., S. 18 f.
183. Schreiben der KPD, Landesleitung Großhessen, an den Verfassungs-Ausschuß Groß-Hessen (gemeint ist der Vorbereitende Verfassungsausschuß, d.V.) v. 5. Mai 1946, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: IML), Nr. I-10/26/4/2, in Berlin (DDR).
184. Huster/Kraiker u.a., a.a.O., S. 189.
185. Vgl. dazu im einzelnen Kap. F. II. 2.
186. Luckemeyer, Wolfgang Mischnick und die FDP Hessen 1945 - 1971. Hrsg.: FDP, Landesverband Hessen, Frankfurt a.M. o.J. (1971), S. 19; vgl. auch: Gutscher, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Meisenheim am Glan 1967, S. 17 f.
187. Monthly Historical Report, March 1946, S. 13; vgl. auch: Luckemeyer, a.a.O., S. 20.
188. Dokumente des Aktionsbündnisses in: NG, Nr. 8.
189. 5 Jahre Land Hessen, a.a.O., S. 79. Der Mitgliederbestand betrug zu der Zeit erst 4000 (Monthly Historical Report, March 1946, S. 5).
190. Die LDP wurde als letzte große Partei in Hessen am 11. Januar 1946 zugelassen. Genehmigungsschreiben in: Material des Office of Military Government, I. ...; II. Office of Military Government for Hesse.

Die verspätete Zulassung der LDP ist weniger auf das Mißtrauen der Militärregierung als auf die Schwierigkeiten der Reorganisation des Bürgertums zurückzuführen. (Vgl. dazu Dörr, a.a.O., S. 105).
191. Monthly Historical Report, March 1946, S. 13 f; Wahrhaftig, a.a.O., S. 868 f.

192. Der Landesparteitag in Gießen (am 1. Juni 1946), in: LDP-Mitteilungen, Beilage zu: Die Brücke 1946, H.1.

Vgl. zur Person Eulers: Bertsch, Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789 - 1963), Berlin (DDR) 1965, S. 190.

193. Wahrhaftig, a.a.O., S. 869.

194. Lange, Die FDP - Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Parteien in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 287.

195. Bertsch, a.a.O., S. 190.

196. Gespräch mit Erwin Stein.

197. Abg. Euler (LDP) in der 5. Sitzung der Verfber. LV am 29. September 1946, in: Drucks. III, S. 141.

198. Die Parteien in der Landesversammlung, in: LDP-Kurier v. 13. November 1946.

199. Wahlen und Volksentscheid, in: CDU-Mitteilungen v. 9. Dezember 1946.

200. Programm der NDP ("An alle freien, wohlgesinnten Deutschen!") v. 18. Oktober 1945, in: NG, Nr. 8.

Dem Unterzeichner des Parteiprogramms und Vorsitzenden der Partei, Leuchtgens, verhalf die FDP durch ein Wahlabkommen 1949 zu einem Bundestagsmandat; vgl. zur NDP auch: Monthly Historical Report, March 1946, S. 16; Strecker, a.a.O., S. 26; Wahrhaftig, a.a.O., S. 869.

201. Grundsätze der Demokratischen Partei Kurhessen, in: NG, Nr. 8.

202. Programm der Deutschen Bürger- und Bauernpartei, in: NG, Nr. 8.

203. Vgl. z.B. Anm. 200 dieses Kapitels und eine entsprechende Meldung v. 28. September 1946 in Keesing's Archiv, Nr. 880 A; vgl. allgemein dazu: Dörr, a.a.O., S. 102; Luckemeyer, a.a.O., S. 19 ff.

204. Aufruf der Arbeiter-Partei zur Wahl der Verfber. LV, in: Bestand B 118 (KPD), Nr. 49; vgl. dort auch weiteres Material zur Arbeiter-Partei; vgl. ferner: Monthly Historical Report, March 1946, S. 15 f.
205. Die Arbeiter-Partei war z. B. die einzige kleinere Partei, die sich an den Wahlen zur Verfber. LV beteiligte. Sie konnte nur 0,6 % aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. (Die Ergebnisse der Wahlen in Groß-Hessen, Januar - Juni 1946, in: StuW 1946, H.1, S. 23.
206. Richter, Bericht über den Neuaufbau der Gewerkschaften und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Hessen. Die deutschen Gewerkschaften, ihr Werden und ihre Aufgaben, in: Niederschrift der Verhandlungen des 1. Hessischen Gewerkschaftskongresses und 1. Bundestages des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen in Frankfurt a.M.-Enkheim am 24. und 25. August 1946, Frankfurt a.M. o.J. (1946), S. 23.
- Vgl. ausführlich zum Aufbau und zur organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften in Hessen nach dem II. Weltkrieg: Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 49 ff.
- Im Titel des Richterschen Vortrags ist wesentlich "Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Hessen" gedruckt worden. Es war der Gewerkschaftsspitze aber gerade gelungen, das Wort "Deutscher" aus dem Namen der Gewerkschaftsorganisation herauszunehmen, um u.a. eine bewußte Abgrenzung zur ostzonalen Gewerkschaftsbewegung zu erreichen. (Vgl. dazu auch die Diskussion in: Niederschrift der Verhandlungen ..., a.a.O., S. 34 ff). Bis zum Frühjahr 1946 war das Wort "Deutscher" selbstverständlicher Bestandteil der Namen der örtlichen Gewerkschaftsbünde. (Vgl. dazu den folgenden Text und die folgenden Anm.).
207. Vgl. dazu z.B.: Grundsätze des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (Bezirk Südwest-Deutschland, Sitz Frankfurt, Entwurf v. 23. April 1945, Exemplar in: NB:
- "1. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (F.D.G.B.) ist die Einheitsorganisation der deutschen Arbeitnehmer (Arbeiter,

Angestellten und Beamten) aller Sparten und Richtungen.

2. Der F.D.G.B. vertritt die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmern und gegenüber den Behörden und öffentlichen Institutionen.
3. Der F.D.G.B., auf demokratischer Grundlage errichtet, achtet die religiöse oder weltanschauliche Überzeugung seiner Anhänger, er dient keiner politischen Richtung oder Partei, seine Grundhaltung ist antimilitaristisch und antifaschistisch. ..."

Vgl. zur Entwicklung in Frankfurt, dem Mittelpunkt der hessischen Gewerkschaftsbewegung, ausführlich: Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 49 ff.

208. Vgl. dazu z.B.: Grundsätze, Aufbau und Aufgaben (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund F.D.G.B., Bezirk Rhein-Main, Sitz Frankfurt a.M.) im Mai 1945, in: NBr, Nr. 99:

"Der F.D.G.B. sowie seine Bezirke und Unterbezirke sind unterteilt in Gewerkschaften mit selbständigem Aufgabengebiet. Während der F.D.G.B. die allgemeinen Fragen und die gemeinsamen Interessen der Mitglieder wahrzunehmen hat, haben die Gewerkschaften die fachlichen Fragen und Interessen ihrer Gruppenangehörigen selbständig zu vertreten. Der F.D.G.B. erfaßt als Mitglieder alle Arbeiter, Beamte, Angestellte und Lehrlinge zu einer machtvollen Organisation. ..."

209. Richter, Bericht über den Neuaufbau der Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 27.

210. Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 58; Klein, a.a.O., S. 184; vgl. zur Entwicklung in Frankfurt auch: Gottfurcht, Aktennotiz über den Besuch westdeutscher Städte zwischen dem 17. und 24. Oktober 1945, S. 1, in: NR, Nr. 3; Wheeler, a.a.O., S. 44 f.

Die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation tendierte in fast allen größeren Städten Hessens (mit Ausnahme Frankfurts) zunächst zur Einheitsgewerkschaft (Kolb, a.a.O., S. 56): Vgl. z.B. die Entwicklung in Darmstadt: Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 75 ff; Klein, a.a.O.,

S. 181 f; Kassel: Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 67 ff; Klein, a.a.O., S. 185 f; Gottfurcht, a.a.O., S. 2; Wiesbaden: Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 59 ff.

211. Vgl. dazu die Liste der einzelnen Landesgewerkschaften mit Gründungsdaten bei Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 118. Danach wurden als erste die Landesgewerkschaften "Eisenbahnen, Schifffahrt und Wasserwege" und "Druck und Papier" am 15./16. bzw. 15. Mai 1946 gegründet.
212. Niederschrift der Verhandlungen ..., a.a.O., S. 54.
213. Richter, Bericht über den Neuaufbau ..., a.a.O., S. 25.
214. Hagen, Vertreter des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, auf dem 1. Hessischen Gewerkschaftskongreß, in: Niederschrift der Verhandlungen ..., a.a.O., S. 10.

Der 1. Hessische Gewerkschaftskongreß verabschiedete z.B. eine - von Justizminister Zinn (SPD) verfaßte - Entschlieûung, in der er die Abgeordneten der Verfber. LV aufforderte, sich für Planwirtschaft, Sozialisierung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften einzusetzen (Entschlieûung, in: Niederschrift der Verhandlungen ..., a.a.O., S. 17 ff), er stellte jedoch keine Überlegungen an über die politischen und ökonomischen Ziele der amerikanischen Besatzungsmacht, über die Kräfteverhältnisse zwischen Kapitalvertretern und Gewerkschaften und darüber durch welche Maßnahmen von seiner Seite die Verankerung dieser Forderungen in der Verfassung gefördert werden könnte. Mehr als Resolutionen an die politisch verantwortlichen Gremien zu schicken, hielt er mit seinem Selbstverständnis und seiner parteipolitischen Neutralitätspflicht nicht für vereinbar. (Vgl. dazu auch Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 156 ff).

215. Richter, Die deutschen Gewerkschaften, ihr Werden, Aufbau und Wirken, Manuskript v. 5. Februar 1946, S. 8, in: NBr, Nr. 99.
216. Entschlieûung des FDGB, Bezirk Frankfurt a.M., v. 7. Dezember 1945, in: Archiv DGB.

Vgl. dazu auch die auf dem 1. Hessischen Gewerkschaftskongreß angenommenen "Grundsätze und Satzungen", insbes. die Art. 7 - 9 der Grundsätze (Exemplar in: Archiv DGB) und den Bericht Richters vor dem Gewerkschaftskongreß über den Neuaufbau der Gewerkschaften (S. 29). In den "Grundsätzen" wurde nur noch die Überführung in das "gemeinwirtschaftliche System" gefordert, in der Rede Richters fehlte die sozialistische Zielperspektive beim Aufgabenkatalog völlig.

Der Wunsch der hessischen Gewerkschaftsspitze nach einer guten Zusammenarbeit mit den Unternehmern auf der Basis der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit kam in einem Gespräch zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der Industrie- und Handelskammern, das unter Vorsitz eines Vertreters der Militärregierung stattfand, wie folgt zum Ausdruck:

"General Mc.Sherry wies einleitend darauf hin, daß die heutige Zusammenkunft die Voraussetzungen schaffen soll, ein gutes Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen. Bedeutende Fragen seien zu lösen. Deutschland stehe vor der Lösung schwerer Probleme. Daß die Möglichkeit der Zusammenarbeit gegeben sei, habe er bereits vor Ausbruch des Krieges in Amerika ausprobiert, und zwar mit gutem Erfolg. Er hoffe, daß diese Zusammenarbeit auch in der amerikanischen Zone möglich sei.

Dr. Petersen, Präsident der Industrie- und Handelskammer, wies darauf hin, daß gerade hier in Frankfurt (Main) bereits seit längerer Zeit eine Zusammenarbeit erfolgte, in dem die beiden Sozialpartner zu den verschiedensten Fragen Stellung genommen hätten.

Richter bekundete die gleiche Auffassung. Hauptaufgabe der Gewerkschaften sei es ja, die Löhne und Arbeitsbedingungen festzulegen, darüber hinaus dem Arbeiter einen höheren Anteil am Sozialprodukt zu gewährleisten. Um Tarifverträge abzuschließen bedürfe es der Anerkennung der Arbeitgeberverbände für Groß-Hessen. Darüber hinaus sind natürlich auch wirtschaftspolitische Fragen

von größter Tragweite zu lösen, und zwar nicht nur jetzt, sondern auch in der Zukunft.

....

General Mc.Sherry wirft die Frage auf, ob die Zusammenarbeit möglich sei. (Dies wird von allen Seiten bejaht) Es komme nicht auf äußere Formen an, sondern auf die Einheitlichkeit."

(Protokoll über die Aussprache v. 8. Mai 1946 im Hotel Carlton, a.a.O (Anm. 126 dieses Kapitels); vgl. dazu ferner: Behrendt, Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften. Der Kampf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes um eine fortschrittliche deutsche Gewerkschaftspolitik auf den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, 4. Aufl., Berlin (DDR) 1963, S. 82 f).

- 217. GVBl v. 4. September 1946, S. 171.
- 218. Bekanntmachung ..., Nr. 1 a und b.
- 219. Ebda., Nr. 2.
- 220. Bekanntmachung der IHK Kassel v. 18. April 1945, zitiert nach: Brandt, a.a.O., S. 49.
- 221. Ebda.
- 222. Bericht über die Sitzung des wirtschafts-politischen Ausschusses des Beratenden Landesausschusses v. 22. Juni 1946, in: Informationen der KPD v. 7. Juli 1946.
- 223. StA v. 21. Dezember 1946, S. 123 f.
- 224. Runderlaß ..., Nr. A 4 und B 5.
- 225. Exemplar in: Archiv des Hessischen Landtages (im folgenden: Archiv HLT); auch als Drucks. V Nr. 3 der Verfber. LV erschienen.
- 226. Die Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen ..., S. 3 ff.
- 227. Hilpert ließ gegenüber der FR erklären, daß er seit dem 1. Juli 1946 in seiner Eigenschaft als Hauptgeschäftsführer der IHK Frankfurt beurlaubt sei, und daß er die Denkschrift nicht mitverfaßt habe. Allerdings äußerte er sich nicht dazu, ob er den Inhalt der Denkschrift gutheiße oder mißbillige. (Vgl. FR v. 3. September S. 7; FR v. 6. September S. 2; vgl. auch Kap. F. II. 1.2.2.).

228. Clay, in einem Vorentwurf seines Buches "Decision in Germany", S. 371, zitiert nach Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 14.
229. Schreiben Clays an McCloy im Kriegsministerium v. 16. September 1945, zitiert nach Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 14 f; vgl. auch: USFET-Direktive vom September 1945, in: Pollock/Meisel, a.a.O., S. 142 f.
230. Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 109.
231. Schreiben Clays an Truscott, oberster Militärbefehlshaber in Bayern, der sich gegen so frühzeitige Wahlen ausgesprochen hatte, v. 23. Dezember 1945, zitiert nach Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 16; vgl. auch: Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 109 f.
232. Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 19.
233. Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 110.
234. Die SPD stellte sich in 1497 von den 2618 abstimmenden Gemeinden zur Wahl, die CDU in 967, die KPD in 406 und die LDP lediglich in 101. Eine genaue Aufschlüsselung des Wahlergebnisses nach den Stimmanteilen der einzelnen Parteien wurde daher von den Januar-Wahlen noch nicht gegeben, doch steht fest, daß die SPD als weitaus stärkste Partei aus diesen Wahlen hervorging.
- Alle Ergebnisse und Zahlen zu den Wahlen in Hessen aus: Die Ergebnisse der Wahlen in Groß-Hessen, Januar - Juni 1946, in: Stuw 1946, H. 1, S. 23 ff.
235. Ebda., S. 23.
236. Ebda.
237. Ebda., S. 23 und 27.
238. Nach Art. 9 des Staatsgrundgesetzes vom 22. November 1945 (GVBl v. 31. Dezember 1945, S.23) war der Ministerpräsident verpflichtet "als Vorläuferin einer künftigen Volksvertretung (Landtag) ... einen beratenden Landesausschuß" einzuberufen. "Seine Mitglieder werden vom Ministerpräsidenten ernannt und abberufen. Der beratende Landesausschuß tagt

unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, von dem er zusammengerufen wird, so oft es die Geschäfte erfordern. ... Der beratende Landesausschuß soll vor Erlaß wichtiger Gesetze und vor Festlegung des Haushaltsplanes gehört werden. Der Ministerpräsident kann ihn zu weiteren Aufgaben heranziehen." Über die politische Zusammensetzung des Vorparlaments war im Staatsgrundgesetz nichts gesagt worden.

Vgl. zur Tätigkeit des Beratenden Landesausschusses das sehr ausführliche Referententmaterial der KPD: Die Tätigkeit der kommunistischen Fraktion im beratenden Landesausschuß Groß-Hessen (maschinenschriftlich, o.O. o.J.), Exemplar in: IML I-10/26/6/1; und die SPD-Broschüre: Freiheit und Recht müssen Staatsgesetz werden? a.a.O.

239. "Protokoll über die Besprechung über die Bildung des Landesausschusses in Groß-Hessen" v. 17. Januar 1946, in: NG, Nr. 8; vgl. auch: Dörr, a.a.O., S. 105 f.
240. Schreiben Knothes an Kriedemann (Parteivorstand Hannover) v. 15. Februar 1946, in: BS, Nr. J 3.
241. Vgl. zur Kabinetts-Krise ausführlich: Dörr, a.a.O., S. 106 ff; vgl. ferner: Foelz-Schroeter, a.a.O., S. 166 f (Anm. 8 und 17).
242. Geiler setzte sich in dem wirtschaftspolitischen Teil seiner Rede für einen sozialen Kapitalismus ein und warnte vor übereilten Entscheidungen. "Die augenblickliche Notlage ist noch eine so große, daß man an grundlegenden wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen mit größter Vorsicht herangehen muß, um nicht in ein Chaos zu geraten." (Protokoll der 1. Sitzung des Beratenden Landesausschusses v. 26. Februar 1946, Anlage 3, S. 5, in: Archiv HLT. Die Rede ist auch abgedruckt in: Geiler, Geistige Freiheit und soziale Gerechtigkeit im neuen Deutschland, a.a.O., S. 83 ff).
243. Protokoll, a.a.O., Anlage 11, S. 2.
244. Protokoll, a.a.O., Anlage 12, S. 4.
245. Protokoll, a.a.O., Anlage 13, S. 2.

246. Protokoll, a.a.O., Anlage 14, S. 2.

247. Der Beratende Landesausschuß hatte folgende Ausschüsse eingesetzt:

1. Haushalts- und Finanzausschuß
2. Kommunalausschuß
3. Verfassungs- und Rechtsausschuß
4. Wirtschaftspolitischer Ausschuß
5. Sozialpolitischer Ausschuß
6. Kulturpolitischer Ausschuß
7. Flüchtlingsausschuß.

Nur von einigen Ausschüssen liegen - lückenhafte - Protokolle vor (in: Archiv HLT).

"Was die Tätigkeit des Rechts- und Verfassungsausschusses angeht, so ist zu sagen, daß dieser Ausschuß nur einmal getagt, aber keine Beschlüsse gefaßt hat. Es wurden lediglich allgemeine Fragen mit dem Herrn Justizminister besprochen über die Zusammensetzung der Schwurgerichte und die Art, wie sie arbeiten sollen." (Brentano (CDU), Bericht über die Tätigkeit des Rechts- und Verfassungsausschusses, in: Protokoll der 4. Plenarsitzung des Beratenden Landesausschusses am 6. und 7. Juni 1946, S. 63 (in: Archiv HLT)).

248. Brünneck, a.a.O., S. 223.

Anmerkungen zu Kapitel D.

1. GVBl v. 31. Dezember 1945, S. 23.
2. Abgedruckt in: Pollock/Meisel, a.a.O., S. 143 ff; Übersetzung in: NG, Nr. 13 I, nach der im folgenden zitiert wird.
3. Mit Schreiben v. 3. Mai 1946 bat Geiler um Verlängerung bis zum 10. Juni (Noack, Bericht über den Groß-Hessischen Verfassungsausschuß, in: NB; vgl. auch Protokoll der Sitzung des Vorbereitenden Verfassungsausschusses (im folgenden: Vorb. VA) v. 30. April, in: NB). Aber erst nach einer weiteren Fristverlängerung,

"bis 18. 6. 1946, 17 Uhr" (Protokoll des Vorb. VA v. 11. Juni, in: Archiv der Hessischen Staatskanzlei (im folgenden: Archiv HStk), Nr. 3a 06/07) konnte der "Entwurf einer Verfassung für Hessen" in dritter Lesung verabschiedet werden.

Das weitaus vollständigste Material zu den Arbeiten des Vorb. VA befindet sich im NB. Die Dokumente im NG und im Archiv HStk werden daher nur herangezogen, soweit sie im NB fehlen.

4. Brünneck, a.a.O., S. 216.

5. Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, a.a.O., S. 13; vgl. auch Kap. B.

6. Noack, Bericht über den Groß-Hessischen Verfassungsausschuß, a.a.O.

Den Vorsitz des Vorb. VA übernahm Geiler selbst, zu seinem Stellvertreter ernannte er den stellvertretenden Ministerpräsidenten Hilpert. Weitere Mitglieder waren:

Minister des Inneren, Venedey (SPD)

Minister der Justiz, Zinn (SPD)

Staatssekretär in der Staatskanzlei, Swart (parteilos)

Regierungspräsident in Darmstadt, Bergsträßer (SPD)

Regierungspräsident in Kassel, Hoch (SPD)

Oberbürgermeister von Frankfurt, Blaum (CDU)

Universitätsprofessor Jellinek

Universitätsprofessor Voßler

Leo Bauer (KPD)

Heinrich v. Brentano (CDU)

Sachbearbeiter des Vorb. VA, Noack (persönlicher Referent Geilers, CDU nahestehend).

Später kam noch hinzu: Patentanwalt Weinhausen (LDF).

7. Vorbemerkung zu dem Entwurf einer Verfassung für Hessen, in: Drucks. III a, S. 5; vgl. auch: Drucks. III, S. 47 f.

8. Noack, Die Verfassungsfrage in Groß-Hessen, in: NG, Nr. 1.

9. Ebda.

10. Ebda.

11. Z.B. wurde bei Art. 28 des Entwurfs ("Die Arbeitnehmer erhalten gesetzliche Vertretungen in Betriebsräten") in einer Anmerkung hinzugefügt: "Wegen der näheren Ausgestaltung dieses Rechts will der Verfassungsausschuß der EntschlieÙung der verfassungsgebenden Landesversammlung nicht vorgreifen."
12. Z.B. bei den Art. 17, 29 - 31 des Entwurfs (Inhalt und Schranken des Privateigentums): "Ein Teil des Verfassungsausschusses wünscht hier andere Bestimmungen und Formulierungen."
Der Text des "Entwurf einer Verfassung für Hessen nach den Beschlüssen des Vorbereitenden Verfassungsausschusses für Groß-Hessen" ist 1946 in einer in Kassel-Sandershausen erschienenen Broschüre und in Drucks. III a, S. 8 ff abgedruckt worden.
13. Am 12., 21., 26. März; 5., 16., 30. April; 13., 23., 28., 31. Mai; 4., 11., 18. Juni.
14. Vgl. Notiz der Staatskanzlei über die 1. Sitzung des Vorb. VA v. 12. März, in: Archiv Hstk, Nr. 3a 06/07.
15. Vgl. Protokoll v. 21. März, in: Archiv Hstk, Nr. 3a 06/07.
16. Vgl. Protokoll v. 30. April und die folgenden Protokolle , in: NB.
17. Protokoll v. 12. März, in: Archiv Hstk, Nr. 3a 06/07.
18. Alle Stellungnahmen in NB.
19. Brentano befaÙte sich im wesentlichen mit der Stellung der Grundrechte innerhalb der Verfassung und mit Fragen des Staatsaufbaus. (Brentano, Einige Grundfragen, die bei der Beratung des Verfassungsentwurfs zu behandeln sind).
Die Überlegungen Jellineks beschränkten sich auf organisatorische und gesetzestechnische Fragen. Er versuchte die wichtigsten Probleme bei einzelnen Sachgebieten (Staatspräsident, Zweite Kammer, Ministerpräsident, Landtag etc.) herauszuarbeiten und Lösungsvorschläge

alternativ zusammenzustellen. (Jellinek, Probleme einer künftigen Verfassung von Groß-Hessen).

20. Vgl. Kap. C. III. 2. 1.
21. Venedey, Gedanken zur zukünftigen Verfassung von Großhessen.
22. Dörr verwechselt in seinem Aufsatz (a.a.O., S. 110 f, insbes. Anm. 50) die kurze Stellungnahme Jellineks vom März 1946 (Probleme einer künftigen Verfassung von Groß-Hessen) mit seinem sehr ausführlichen Verfassungsentwurf vom Mai 1946, der allerdings die Arbeit des Vorb. VA sehr stark beeinflußt hat.

Im Gegensatz zu Dörr (Ebda.) ist festzuhalten, daß nach den vorliegenden Dokumenten (Protokolle, Berichte Noacks etc.) weder die Arbeit Brentanos (Einige Grundfragen, die bei der Beratung des Verfassungsentwurfs zu behandeln sind), noch "weiteres Material im Nachlaß Geiler" (Dörr, a.a.O., S. 111, Anm. 50), das vom März 1946 stammt, bei der weiteren Diskussion eine Rolle gespielt haben.

Ebenfalls zu korrigieren ist die Ansicht Beutlers (Das Staatsbild in den Länderverfassungen nach 1945, a.a.O., S. 148, Anm. 40): "Protokolle über die Sitzung dieses Vorausschusses waren nicht aufzufinden." Sie befinden sich - wenn auch lückenhaft - nicht nur im Archiv der Hessischen Staatskanzlei und im Nachlaß Bergsträbers, sondern auch in dem von Beutler selbst benutzten Nachlaß Geilers (Nr. 3 I).

23. Dem Unterausschuß gehörten Bauer, Bergsträßer, Jellinek, Noack und Venedey an. (Protokoll v. 21. März, in: Archiv Hstk, Nr. 3a 06/07).
24. Bauer, Entwurf eines Fragebogens zu Punkt 3 (Punkt 6. a) 3) der amerikanischen Direktive v. 4. Februar, d.V.) der Aufgaben, die der vorbereitenden Verfassungskommission gestellt wurden, in: NB.
25. Fragen zum Aufbau einer Landesverfassung für Groß-Hessen, in: NB.
26. Protokoll v. 5. April, in: Archiv Hstk, Nr. 3a 06/07.

27. 1. Die im Landesmaßstab zugelassenen politischen Parteien
2. Die Vorstände des freien deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, Kassel
3. Sämtliche Industrie- und Handelskammern in Groß-Hessen
4. Sämtliche Handwerkskammern in Groß-Hessen
5. Sämtliche Landwirtschaftskammern in Groß-Hessen
6. Die Rektoren der Universitäten und Hochschulen Groß-Hessens
7. Die Dekane der juristischen Fakultäten der Universitäten Groß-Hessens
8. Die Vorstände der Anwaltsvereinigungen in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden und Kassel
9. Die freie deutsche Kulturgesellschaft in Frankfurt
10. Die katholischen Bischöfe in Fulda, Limburg, Mainz; der evangelische Landesbischof in Kassel; Oberkirchenrat Müller, Darmstadt, Präsident der evangelischen Landeskirche; die Vorstände der evangelischen Landeskirchen in Wiesbaden und Frankfurt; die israelitische Gemeinde Frankfurt
11. Die Lehrervereinigungen in Groß-Hessen
12. Die Jugend-Organisationen in Groß-Hessen
13. Der Frauenausschuß Frankfurt
14. Die Präsidenten des Oberlandesgerichts und der Landgerichte in Groß-Hessen (Frankfurt, Darmstadt, Hanau, Wiesbaden, Gießen, Limburg, Marburg, Kassel)
15. Sämtliche zugelassenen Zeitungen und Zeitschriften
16. Der groß-hessische Städteverband in Frankfurt
17. Die Arbeitsgemeinschaft der Landkreise in Groß-Hessen.

(Liste nach Protokoll v. 5. April).

28. Prof. Gerloff, Oberursel; Min.Rat Hesse, Darmstadt; Ober-Präs. a.D. Schwander, Oberursel; Präs. d. Landesversicherungsanstalt Stock,

Seeheim; Ober-Präs. a.D. Gustav Noske, Frankfurt; Mittelschullehrer Schwarz, Frankfurt; Karl Baltrusch, Bad Wildungen; Landesrat Otto Witte, Wiesbaden; Oberschulrat Schwarzhaupt, Frankfurt; Pfarrer Prof. Fuchs, Frankfurt; Karl Zinnkann, Darmstadt; Prof. Karl Barth, Basel; Pfarrer Martin Niemöller, Büdingen; Staatsrat Prof. Karl Schmid, Tübingen; Prof. Naviaski, München; Prof. Radbruch, Heidelberg; Prof. Herrfahrdt, Marburg; Prof. Giese, Frankfurt; Prof. Dibelius, Heidelberg; Prof. v. Hippel, Marburg; Prof. Krausner, Marburg; Prof. Böhm, Wiesbaden; Prof. Wagner, Heidelberg; Prof. Muuß, Darmstadt; Dr. Welder; Minister a.D. Kirnberg, Bensheim; Prof. Laforet, Heidelberg; Prof. Genzmer, Heidelberg; alle Minister des großhessischen Staatsministeriums, die nicht der Verfassungskommission angehören (Mattes, Mueller, Häring, Müller, Schramm (Nachfolger des im Februar 1946 ausgeschiedenen Böhm) und Binder).

Bei "Dr. Welder" fehlt die Ortsangabe im Protokoll; Liste nach Protokoll v. 5. April.

29. Dörr, a.a.O., S. 111.

30. Protokoll v. 5. April; so auch: Noack, Bericht über den Groß-Hessischen Verfassungsausschuß; ders., Bericht über die Denkschriften und Entwürfe, die bei dem Groß Hessischen Verfassungsausschuß eingereicht wurden (im folgenden: Noack-Bericht), in: Nb.

In dem von Hilpert an Institutionen und Privatpersonen verschickten Rundschreiben mit dem Fragebogen ist allerdings - ohne daß ein entsprechender Beschluß des Vorb. VA vorgelegen hätte - als Punkt 7 aufgeführt: "Verhältnis von Religion und Schule". Der Problemkreis "Staat und Eigentum" ist dort ersatzlos gestrichen, nach ihm sind also die o.a. Institutionen und Privatpersonen nicht gefragt worden. (Rundschreiben Hilperts v. 12. April 1946, in: NG, Nr. 3 II).

31. Protokoll in NB.

32. Protokoll v. 13. Mai, in: NB.

33. Noack, Bericht über den Groß-Hessischen Verfassungsausschuß.

34. Sog. Noack-Bericht (vgl. Anm. 30); vgl. auch: Protokoll v. 18. Juni, in: Archiv Hstk, Nr. 3a 06/07.
35. Dr. Erich Rocholl, Rechtsanwalt in Kassel, Dr. Paul Kremer, Syndikus aus Friedberg, und weitere Personen, deren Stellungnahmen an anderen Stellen des Noack-Berichtes zitiert werden, sind nicht in der Liste der anzuschreibenden Personen aufgeführt. Ob sie von sich aus an den Vorb. VA geschrieben haben oder später von Noack oder dem Vorb. VA dazu aufgefordert wurden, war nicht mehr festzustellen.
36. Ob in den übrigen - im Noack-Bericht nicht zitierten - Stellungnahmen in etwa das gleiche gesagt wurde, ob sie sich nicht zu diesem Fragenkomplex äußerten oder ob Noack sie nicht der Veröffentlichung für wert hielt, läßt sich nicht sagen. Die Denkschriften sind weder im Hessischen Hauptstaatsarchiv, noch in der Hessischen Staatskanzlei oder an anderer Stelle gesammelt worden.

Einzelne Exemplare befinden sich - verstreut - in den Archivakten der Hessischen Staatskanzlei, eine Kopie der KPD-Stellungnahme ist im Institut für Marxismus-Leninismus in der DDR (IML, I-10/26/4/2); alle Stellungnahmen haben aber der Verfber. LV vorgelegen (vgl. Drucks. III, S. 7).

Die Auswahl der Denkschriften, die Noack getroffen hat, sollte aber zu denken geben. Es ist verwunderlich, daß gerade zu wirtschaftspolitischen Fragen die katholischen Bischöfe so ausführlich zu Wort kamen.

37. Die Auszüge aus den anderen fünf Denkschriften befaßten sich ausschließlich mit anderen Fragen der Wirtschaftsverfassung (z.B. Wirtschaftsorganisation, Koalitionsfreiheit, Stellung der Gewerkschaften und Verbände). Sie gingen aber alle grundsätzlich von der Beibehaltung der überlieferten Wirtschaftsordnung aus.
38. Noack-Bericht, S. 71 ff.
39. Bischöfliches Ordinariat Limburg.

40. Die Übereinstimmung mit den Ansichten Noacks, wie er sie zusammen mit Paul Kremer im Juli 1946 im Königsteiner Entwurf der CDU vorlegte, war frappierend. Dort hieß es im Grundartikel VII (Wirtschafts- und Sozialverfassung, der Einzelne in der Gemeinschaft) auf S. 17: "Das ideale Ziel ist die Bildung möglichst vieler selbständiger, kleinerer und mittlerer Existenzen." "Eine einseitige Überführung von Produktionsmitteln in Gemeinwirtschaft und Gemeinbesitz droht aber den Einzelnen zu erdrücken."
- Exemplar des Königsteiner Entwurfs in NB; vgl. dazu ausführlich Kap. E. II.
41. Nach Beutler, a.a.O., S. 146, ist die Stellungnahme der LDP vom April 1946 die einzige Verfassungsarbeit der Partei gewesen. Das trifft nicht zu. Grundlage für die Arbeit der LDP in der Verfber. LV war ausschließlich der Verfassungsentwurf Eulers vom August 1946, den Beutler nicht berücksichtigt hat, obwohl er sogar bei Brünneck (a.a.O., S. 221 f) ausführlich beschrieben wird. Vgl. dazu ausführlich Kap. E. IV.
42. Rudolf Mueller. Auch hier fällt wieder die Ähnlichkeit mit dem Königsteiner Entwurf auf: "Die Anerkennung des Privateigentums und die daran begründete Unternehmerinitiative ist auch im Rahmen einer notwendigen Planwirtschaft beizubehalten." (Grundartikel VII, S. 18).
43. LDP. Ähnlich auch die Industrie- und Handelskammer Frankfurt.
44. Im Noack-Bericht auf S. 81 versehentlich als "Baldruch" bezeichnet.
45. Von den politischen Parteien hatten bis zur letzten Sitzung des Vorb. VA, am 18. Juni, nur die LDP und die KPD eine Stellungnahme abgegeben. (Im Protokoll v. 18. Juni ist irrtümlich angegeben, daß nur die KPD einen Bericht erstellt habe). Der Vorb. VA forderte daraufhin die anderen Parteien auf, ihre Ansichten nachzureichen, doch ist es dazu wegen der Auflösung des Vorb. VA nicht mehr gekommen.

46. Entgegen der Darstellung Beutlers, a.a.O., S. 146, ist zum einen festzuhalten, daß die KPD sich nicht "insbesondere auf die französische Verfassung berief, im übrigen aber in ihren Forderungen etwas vage blieb", sondern daß sie ausschließlich empfahl, das französische Statut der Menschenrechte inhaltlich zu übernehmen, ohne zusätzlich noch eine eigene Stellungnahme abzugeben, und zum anderen ist im Gegensatz zu Beutler (Ebda.) festzuhalten, daß Grundlage der Arbeiten der KPD in der Verfber. IV nicht ihre Stellungnahme für den Vorb. VA v. 5. Mai, sondern ihr 13-Punkte-Programm v. 30. Mai und die in der Verfassungsnummer von "Wissen und Tat" v. 15. Juni wiedergegebenen Auffassungen waren.

Vgl. dazu ausführlich Kap. E. III.

47. Wie bereits erwähnt (Kap. C. III. 2. 3.), stellten die Vorschläge der KPD nicht ihre "maximalen Forderungen dar. Unser Endziel bleibt nach wie vor die Schaffung eines sozialistischen Deutschland, d.h. auch die Verfassung, die uns letztendlich vorschwebt, wird eine sozialistische sein." Die jetzigen Vorschläge der KPD waren "abgestellt auf ein bürgerlich demokratisches Deutschland, das noch nicht unseren eigentlichen Wünschen entspricht. (Brief der KPD, Landesleitung Großhessen, ..., a.a.O.; im Noack-Bericht werden nur die konkreten Verfassungsvorschläge nicht aber die hier angeführten Vorbemerkungen des Schreibens zitiert).

48. Dörr, a.a.O., S. 111, Anm. 49.

49. Noack, Ein zweiter Entwurf zur groß-hessischen Verfassung, in: NG, Nr. 1.

50. Noack, Die Verfassungsfrage in Groß-Hessen.

51. Völlig konfus ist die Darstellung Beutlers, a.a.O., S. 142. Abgesehen davon, daß die Fakten falsch wiedergegeben sind (Der Verfassungskompromiß wurde in der 2. Lesung und nicht "wenige Studen vor der Schlußabstimmung" geschlossen; nach der 2. Lesung wurde die Verfassung nicht "mit den Stimmen der beiden großen Parteien gegen die der LDP und KPD" angenommen, sondern die beiden kleineren

Parteien enthielten sich der Stimme; in der Schlußabstimmung stimmte die KPD für die Verfassung, nur die LDP lehnte sie ab), hat das im Noack-Bericht gesammelte Material vom April/Mai 1946 nichts mit dem Material zu tun, das von den vier großen Parteien, der Industrie- und Handelskammer etc. im Sommer 1946 erstellt und direkt der Verfber. LV zugeleitet wurde.

Vgl. dazu ausführlich die Kap. E. und F.

52. Abg. Bauer (hPD) in der 2. Sitzung der Verfber. LV am 5. August 1946, in: Drucks. III, S. 24.

53. Protokolle in NB.

54. Tagebuch Ludwig Bergsträbers (im folgenden: TB), Eintrag v. 16. April 1946.

Das Original des Tagebuches befindet sich im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt, eine Kopie im Institut für Zeitgeschichte (Nr. Ff 03).

Die Benutzung und Auswertung des Tagebuchs wurde mit freundlicher Genehmigung von Frau Dr. Gisela Bergsträber, Darmstadt, gestattet.

55. TB v. 30. April.

56. Die Vertreter Hessens waren: Venedey, Bergsträber, Brentano, Jellinek, Bauer (Protokoll v. 5. April). Nach Bergsträber war auch noch Blaum anwesend (TB v. 12. April).

57. Ursprünglich sollten alle Länder der amerikanischen Zone an dieser Tagung teilnehmen. "Die Bayern waren unter Vorwänden nicht erschienen." (TB v. 12. April).

58. Noack, Bericht über den Groß-Hessischen Verfassungsausschuß.

59. Protokoll v. 13. Mai, in: NB; Jellinek, Grundrechte. Entwurf für Großhessen, in: NB.

60. Exemplar in NB.

61. Jellinek hat seinen Entwurf nicht "im Auftrag der Regierung" erstellt. Die entsprechende - durch keine Quellenangabe belegte - Behauptung Beutlers, a.a.O., S. 141, kann weder

durch das Protokoll v. 13. Mai, noch durch das TB, noch durch Brünneck, a.a.O., S. 217, bestätigt werden.

62. TB v. 23. Mai.

63. Ebda.

64. Geiler, in: Protokoll v. 13. Mai.

65. Art. 153: "Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen.

Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. ..."

Art. 156: "Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung, in sinngemäßer Anwendung der für Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Es kann sich selbst, die Länder oder die Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände beteiligen oder sich daran in anderer Weise einen bestimmenden Einfluß sichern.

Das Reich kann ferner im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln. ..."

66. Protokoll in NB.

67. Böhm/Noack, Grundrechte. Überarbeitung des Entwurfs von Prof. Jellinek, in: NB.

68. Protokoll in NB.

69. "Hessischer Verfassungsentwurf. Nach den Beschlüssen und Anregungen erster Lesung", maschinenschriftlich vervielfältigtes Exemplar in: NB.

Die Artikel 24, 24 a und 24 b waren jetzt: Art. 17, 18 und 19 (im 1. Hauptteil: Grundrechte).

70. "Entwurf einer Verfassung für Hessen nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses zweiter Lesung vom 11. Juni 1946 und dritter Lesung vom 18. Juni 1946", maschinenschriftlich vervielfältigtes Exemplar in: NB.

Die entsprechenden Artikel waren jetzt: Art. 17 (im 1. Hauptteil: Grundrechte, II. Freiheitsrechte), 30 und 31 (im 1. Hauptteil: Grundrechte, III. Sozialpolitische Rechte und Pflichten).

71. So der gedruckte Text "Entwurf einer Verfassung für Hessen ...", Kassel-Sandershausen 1946, und das o.a. maschinenschriftlich vervielfältigte Exemplar im NB. In dem in Drucks. III a, S. 8 ff, abgedruckten Text ist die entsprechende Anmerkung bei Art. 17 vergessen worden.

72. Protokoll v. 11. Juni, in: Archiv Hstk, Nr. 3a 06/07.

73. Der Entwurf des Vorb. VA wurde auch Hessischer Entwurf genannt (im folgenden: HE).

Vgl. zum Inhalt des HE: Brentano, Bericht über die Tätigkeit des Rechts- und Verfassungsausschusses des Beratenden Landesausschusses, in: Protokoll des Beratenden Landesausschusses v. 6./7. Juni 1946, a.a.O., S. 63 ff; Brünneck, a.a.O., S. 218 f; Geiler, Die Verfassungsfrage in Groß-Hessen, in: NG, Nr. 1; Jellinek, Zum Entwurf einer Verfassung für Hessen, o.O. o.J. (Heidelberg 1946); Zinn/Stein, Kommentar (1963), a.a.O., S. 15 f.

74. Vgl. dazu im einzelnen die Kap. E. I. - E. IV.

75. Art. 28: "Die Arbeitnehmer erhalten gesetzliche Vertretungen in Betriebsräten."

Anmerkung zu Art. 28 (vgl. auch Anm. 11 dieses Kapitels): "Wegen der näheren Ausgestaltung dieses Rechts will der Verfassungsausschuß der Entschließung der verfassungsgebenden Landesversammlung nicht vorgreifen."

76. Brünneck, a.a.O., S. 218.

77. Caspary, a.a.O., S. 4.

78. Im Rahmen dieser Untersuchung stehen nicht "unpolitische" Enteignungen nach Art. 17 Absatz 2 (z.B. Enteignung von Grundstücken für Bauvorhaben im öffentlichen Interesse bei voller Entschädigung) im Vordergrund, sondern Eingriffe in das private Eigentum an Produktionsmitteln mit dem Ziel, eine Umverteilung und Neuordnung - durchaus zu Lasten der früheren Eigentümer - herbeizuführen.

79. Art. 30: "Vermögen, das die Gefahr des Mißbrauchs einer wirtschaftlichen Machtstellung in sich birgt, kann nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen unter staatliche Aufsicht gestellt, bei erwiesenem Mißbrauch eingezogen werden. Ob diese Voraussetzungen gegeben sind, unterliegt der Nachprüfung des Staatsgerichtshofes."

Art. 31: "Wo der Wirtschaftszweck besser ohne Eigentum des Unternehmers an Produktionsmitteln erreicht werden kann oder wo die Ausübung des Eigentumsrechts dem Gemeinwohl widerstrebt, können geeignete Unternehmungen und Wirtschaftszweige durch Gesetz in Gemeineigentum überführt werden, entschädigungslos aber nur, wenn es der Landtag mit zwei Dritteln seiner gesetzlichen Mitgliederzahl beschließt."

80. Vgl. dazu die Stellungnahme zum HE von Hans Ilau, Frankfurter Kandidat der LDP, in einer Anzeige zur Wahl der Verfber. LV (Demokratie in liberalem Geist), in: FR v. 28. Juni 1946.

81. Zinn, Die Verfassung als Sozialordnung. Vortrag, gehalten beim 1. Hessischen Gewerkschaftskongreß, in: Niederschrift der Verhandlungen ..., a.a.O., S. 15.

82. Entschließung, in: Ebda., S. 19.

83. Arndt, Das Problem der Wirtschaftsdemokratie in den Verfassungsentwürfen, in: SJZ 1946, S. 139.
84. Arndt, Aufgabe und Grenzen einer Verfassung. Vortrag, gehalten im Forum Academicum der Universität Frankfurt am 6. August 1946, S. 2; Manuskript in: Akten des Hessischen Ministers der Justiz, Bestand 505, Nr. 59, im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden.

Anmerkungen zu Kapitel E.

1. Vgl. allgemein zur Wirtschaftskonzeption der SPD nach dem II. Weltkrieg: Ehni, Sozialistische Neubauforderung und Proklamation des "Dritten Weges". Richtungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik 1945 - 1947, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 13, Bonn - Bad Godesberg 1973, S. 131 ff; Flechtheim, Der Dritte Weg in der deutschen Parteipolitik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1973, B. 25, S. 3 ff; Huster/Kraiker u.a., a.a.O., S. 130 ff; Klink, Vom Antikapitalismus zur sozialistischen Marktwirtschaft, Hannover 1965, S. 84 ff (insbes. S. 89 ff); Köser, Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59, diss. phil., Freiburg i. Br. 1971, S. 176 ff. Jeweils mit weiteren Literaturangaben.

Allerdings befaßt sich keine der genannten Arbeiten mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der hessischen SPD 1945/1946. Hierzu gibt es bisher keine systematischen Untersuchungen.

Das gleiche gilt auch für die Wirtschaftskonzeptionen der hessischen CDU und der hessischen LDP. Die wenigen Arbeiten, die die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der hessischen CDU am Rande berühren, überschätzen den Einfluß des linken Parteiflügels und des christlichen Sozialismus (vgl. dazu ausführlich: Kap. C. III. 2. 2. und E. II.).

2. In einem "Aufruf! der Sozialdemokratischen Partei" Hessens vom Herbst 1945 hieß es z.B. in Punkt 4 der Forderungen an eine zukünftige Gesellschaftsordnung: "Planmäßiger Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Verstaatlichung der Schwerindustrie und des Bergbaues, Lenkung und Kontrolle von Industrie und Handel, damit jede versteckte Kriegsvorbereitung für alle Zeiten unterbunden und eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel und lebenswichtigen Rohstoffe gewährleistet ist." (Aufruf in: NB).

Das bei der Militärregierung im Rahmen des Zulassungsverfahrens eingereichte vorläufige Programm der groß-hessischen SPD vom Dezember 1945 forderte "the socialization of all concerning (?) branches of trade and industry, especially of mining, of central industry, of power industry, of insurance life, of big banks as well as the enlargement and promotion of the whole system of co-operation." (Program and constitution of the Social Democratic Party, in: Material des Office of Military Government, a.a.O.).

Auch die bereits zitierte Rede des SPD-Landesvorsitzenden Knothe zur Eröffnung des Beratenden Landesausschusses (vgl. Kap. C. IV.) beschränkte sich auf die Forderung, daß an die Stelle "der liberal-kapitalistischen Auffassung ... eine planvolle Lenkung der Wirtschaft" treten und eine Ausrichtung der Produktion "im sozialistischen Sinne" erfolgen müßte. (Protokoll der 1. Sitzung des Beratenden Landesausschusses am 26. Februar 1946, a.a.O.).

3. Caspary, a.a.O., S. 3; Caspary, Erster Diskussionsentwurf für die neue Groß-Hessische Verfassung v. 19. März 1946, aufgestellt im Auftrag des Groß-Hessischen Innenministers, in: NB.
4. Vgl. zu den Artikeln der Weimarer Verfassung Kap. D. II. 4. 1. Anm. 65.
5. Dem Verfassungsausschuß der SPD gehörten an: Willy Apel, Adolf Arndt, Ludwig Bergsträßer, Friedrich Caspary, Fritz Hoch, Ludwig Metzger, Willy Müller, Paul Rodemann, Fritz Schäfer,

Schneider (ohne Angabe eines Vornamens), Elisabeth Selbert, Hans Venedey, Willy Wittrock und Georg August Zinn.

Den Vorsitz übernahm Caspary (Caspary, a.a.O., S. 3). Liste der Ausschußmitglieder nach dem Protokoll der Sitzung des Verfassungsausschusses v. 17. April, in: NB.

6. Vgl. zum Parteitag in Hannover die Referate von Agartz (Sozialistische Wirtschaftspolitik, Frankfurt a.M. o.J. (1946)) und Schumacher (Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt a.M. o.J. (1946)) und die auf dem Parteitag beschlossenen "Forderungen und Ziele der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands". (abgedruckt in: Hohlfeld (Hrsg.), Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945. Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Bd. 6, Berlin und München 1952, S. 119 ff).

Die hessischen Sozialdemokraten orientierten sich zwar bei ihren Verfassungsberatungen an den Beschlüssen von Hannover, doch hat der Parteivorstand um Schumacher angeblich nicht direkt in den Willensbildungsprozeß eingegriffen. "Anweisungen aus Hannover hat es nicht gegeben. Natürlich gab es ständige Verbindungen." (Schreiben Ludwig Metzgers an den Verf. v. 8. Mai 1975).

Metzger war 1946 Oberbürgermeister von Darmstadt, Mitglied des Verfassungsausschusses der SPD und Abgeordneter in der Verfber. LV. Er gehörte von Anfang an dem Parteivorstand in Hannover an.

7. Vgl. TB v. 3. April 1946.
8. Protokolle des Verfassungsausschusses in: NB.
9. Caspary in einem Schreiben an Beutler v. 3. September 1969, in: Beutler, a.a.O., S. 141.
10. Vorläufige Beschlüsse des Verfassungsausschusses, abgedruckt im Protokoll der 2. Sitzung des Verfassungsausschusses der SPD Groß-Hessen in Hochwaldhausen am 4./5. Mai 1946.

Hier tauchte also zum ersten Male der Gedanke auf, nicht durch späteres Gesetz, sondern direkt durch die Verfassung Betriebe in Gemeineigentum zu überführen. "Hochwaldhausen kann also die eigentliche Geburtsstätte des Artikels 41 genannt werden." (Arndt, Ein Vorschlag zu Artikel 41, in: Sozialistische Tribüne 1947, H. 4/5, S. 8).

Die Erklärung der Kinos zum Gemeineigentum ging nach Ansicht Casparys über die Beschlüsse des Parteitages von Hannover hinaus, da sie "zu den anerkannten Klein- und Mittelbetrieben gehören dürften." (Caspary, in: Protokoll der 2. Sitzung des Verfassungsausschusses am 4./5. Mai, a.a.O.).

11. Anschreiben Zinns v. 24. Mai 1946 zu dem Entwurf einer "Verfassung des Landes Hessen". Anschreiben und Entwurf in: NB.
12. Art. 21 Absatz 1 und 2 Entwurf Justizministerium
"Die Betriebe des Bergbaues, der Energiewirtschaft und des Versicherungswesens, Banken, Eisenbahn, Post, Rundfunk und Lichtspiele sind Gemeineigentum. Wer Unternehmer eines solchen Betriebes war, hat ihn als Treuhänder des Landes bis zum Erlaß von Ausführungsbestimmungen fortzuführen.
Unternehmen, die ihrer Größe oder Bedeutung nach überragende politische oder wirtschaftliche Macht geben oder die Möglichkeit zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bieten oder für das Allgemeinwohl, insbesondere wegen ihres Monopolcharakters, lebensnotwendig sind, werden in Gemeineigentum überführt."
13. Probleme der neuen Großhessischen Verfassung. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der SPD Groß-Hessen, maschinenschriftliches Exemplar in: NB; 1946 auch als Broschüre in Offenbach a.M. erschienen; die Beschlüsse sind auch abgedruckt bei Caspary, a.a.O., S. 73 ff.
Im Unterschied zum Entwurf des Justizministeriums fehlten die Lichtspiele im Sozialisierungskatalog.

14. Vgl. Anm. 12 dieses Kapitels.
15. Caspary, Entwurf einer neuen hessischen Verfassung, Art. 31 und 32, Exemplar in: NB.
16. "Verfassung des Landes Hessen" mit handschriftlichem Vermerk: "Vorentwurf Justizministerium Wiesbaden", Art. 22, in: Akten des Hessischen Ministers der Justiz, Bestand 505, Nr. 70.
17. Zinn/Arndt, Entwurf einer Verfassung des Landes Hessen. Für die Sozialdemokratische Partei in Groß-Hessen als Diskussions-Entwurf ausgearbeitet. Der Entwurf des Verfassungs-Ausschusses in Groß-Hessen (gemeint ist der HE, d.V.) ist insoweit berücksichtigt, als die darin vorgesehenen Regelungen auf allgemeine Zustimmung rechnen können.
Exemplar des Entwurfes in: NB.
18. Schreiben Georg August Zinns an den Verf. v. 21. April 1975.
19. Ebda.
20. Vgl. dazu Plener, Der bürgerliche Inhalt sozialdemokratischer Machtauffassungen, dargestellt an Hand der Auseinandersetzungen um Verfassungsfragen 1946/1947, in: BzG 1969, S. 420.
21. Vgl. dazu auch Niclauß, Demokratiegründung in Westdeutschland, a.a.O., S. 31 f.
22. Allerdings "(stand) bei der Diskussion der hessischen SPD um die künftige Wirtschaftsverfassung (...) das Sozialisierungsproblem im Vordergrund, weniger die Frage der Planwirtschaft." (Gespräch mit Ludwig Metzger (SPD) am 5. Juni 1975 in Darmstadt; vgl. zur Person Metzgers Anm. 6 dieses Kapitels).
Die Behauptung von Niclauß (a.a.O., S. 32 f), daß "nicht die Eigentumsordnung, sondern die Planungsproblematik im Brennpunkt der Auseinandersetzung stand", was u.a. in der Stellung des Art. 38 HV (Erzeugung, Herstellung und Verteilung sind sinnvoll zu lenken) vor dem Art. 41 HV (Sofortsozialisierung) zum

Ausdruck kommen soll, trifft nicht zu. Sie läßt sich weder durch die Diskussion in der hessischen SPD noch in der Verfb. LV belegen. Gerade die jahrelangen Auseinandersetzungen um den Artikel 41 nach Verabschiedung der Verfassung am 1. Dezember 1946 zeigten, daß die Änderung der Eigentumsordnung als das zentrale Problem erkannt wurde.

Vgl. dazu ausführlich die Kapitel F. II. und G.

23. Art. 115 Abs. 1 Zinn/Arndt-Entwurf.

24. Art. 115 Abs. 3 Zinn/Arndt-Entwurf.

25. Art. 37: "1. Die Arbeitnehmer erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen, die in freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen sind. Sie sind Organe der Gewerkschaften.

2. Sie sind dazu berufen, gleichberechtigt mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung aufzustellen.

3. Sie haben das Recht auf Einsicht in die Handelsbücher und Handelsbriefe.

4. In gewerblichen Unternehmen dürfen Einstellungen und Entlassungen nur mit ihrer Zustimmung vorgenommen werden. In deren Geschäftsleitung oder gesetzliche Organe entsenden sie weisungs- oder stimmberechtigte Vertreter.

5. In Unternehmen der Wirtschaft, die ausschließlich oder überwiegend in Privateigentum stehen, bedürfen Einschränkungen, Erweiterungen oder Änderungen der Erzeugung, soweit sie in den Grenzen des Wirtschaftsplanes zulässig sind, ihrer Zustimmung.

6. Das Nähere bestimmt das Gesetz."

26. Art. 42: "Die Klein- und Mittelbetriebe der bäuerlichen Wirtschaft, des Handwerks, des Handels und des Gewerbes sind Privateigentum und dürfen nicht in Gemeineigentum überführt werden.

Das Eigentum an dem erarbeiteten oder ererbten Hab und Gut, das der persönlichen Lebenserhaltung oder der eigenen Arbeit dient, wird gewährleistet."

27. Art. 38: "1. Das Eigentum ist die Befugnis, frei über ein Wirtschaftsgut zu bestimmen. Es darf nicht zum Schaden der Allgemeinheit, insbesondere nicht zur Ausbeutung der Arbeitskraft, mißbraucht werden.

2. Die Aussperrung ist rechtswidrig.

3. Das Recht am Eigentum kann nur durch Gesetz zum Wohl der Allgemeinheit genommen werden. Das Gesetz bestimmt, ob eine Entschädigung zu gewähren ist."

28. Art. 41: "Das genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die genossenschaftliche Erzeugung und Verteilung sind die Grundlagen eines freien Sozialismus.

Zwischen der auf Gemein- und Privateigentum beruhenden ökonomischen Ordnung sind sie durch gesetzliche Maßnahmen zu dem vorherrschenden Mittel menschlichen Wirtschaftens auszugestalten."

29. Art. 39: "1. Unternehmen, die ihrer Größe oder Bedeutung nach besondere politische oder wirtschaftliche Macht gewähren oder für die Allgemeinheit, insbesondere wegen ihrer Monopolstellung lebensnotwendig sind, sind in Gemeineigentum zu überführen.

2. ... 3. ... 4. ..."

Art. 40: "1. Gemeineigentum sind ohne weiteres die Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft, der Banken, des Versicherungswesens, des schienen- oder an Oberleitungen gebundenen Verkehrswesens, die Filmindustrie, Lichtspiele sowie Post und Rundfunk.

2. ...

3. Wer Eigentümer eines solchen Betriebes oder mit seiner Leitung betraut war, hat ihn als Treuhänder des Landes bis zum Erlaß von Ausführungsgesetzen fortzuführen."

30. Vgl. Kapitel A. II.

31. Bergsträßer, Der Weg ins neue Deutschland, Rede in Langen, gehalten am 4. Dezember 1945, S. 9, Manuskript in: NB.

32. Die Sozialisierung von Filmindustrien, Lichtspielen und Rundfunk verfolgte das Ziel, auch im Bereich der Medien den Einfluß demokratischer Institutionen sicherzustellen und einseitige Berichterstattungen bzw. Darstellungen, die im wirtschaftlichen oder politischen Interesse der privaten Eigentümer erfolgten, zu verhindern.

Die Sozialisierung der Medien wurde allerdings von der hessischen SPD nicht ernsthaft weiter verfolgt (vgl. Kapitel F. II. 1. 2. und Drucks. III a, S. 259).

33. Der Zinn/Arndt-Entwurf ging damit in seinen Forderungen weit über den HE hinaus, der zur gleichen Zeit und auch von SPD-Mitgliedern (beiden Gremien gehörten Bergsträßer, Hoch, Venedey und Zinn an) erarbeitet worden war. Während der HE sich darauf beschränkte, Privateigentum nur im Falle eines nicht näher definierten Mißbrauchs in Gemeineigentum zu überführen, sah die SPD in ihrem Entwurf die Sozialisierung als ein legitimes Mittel ihrer Wirtschaftspolitik an.

34. Hier spielte auch der Gedanke eine Rolle, die Basis der Partei "von der Arbeiterklasse auf alle, die nicht ausbeuten - wobei dies nicht näher präzisiert und auch auf mittelständische Betriebe angewandt wurde -" auszuweiten. Kleinere und mittlere Betriebe sollten durch "Institutionalisierung von Wettbewerb und Sozialisierung von Großbetrieben vom Druck des Großkapitals" befreit werden. (Huster/Kraiker u.a., a.a.O., S. 151).

35. Es bestand in der SPD-Fraktion der Verfber. LV und in späteren Publikationen hessischer Sozialdemokraten Einigkeit, daß der Staat nicht der neue Eigentümer sein sollte.

"Sozialisierung heißt für uns nicht Staatskapitalismus. ... Denn vor einem Staatskapitalismus ... haben wir eine gewisse Scheu: ... nicht

nur wegen der Bürokratisierung, sondern auch aus einem anderen Grunde. Wir haben zwölf Jahre der Diktatur hinter uns, und wir wollen nie wieder eine Diktatur, weil eine Diktatur absolut unmoralisch ist, weil sie den Menschen durch äußeren Zwang moralisch vernichtet. Und wenn der Staat neben der politischen Macht auch noch die wirtschaftliche Macht anhäuft, dann wissen wir nicht, ob er nicht irgendwann einmal die Möglichkeit wahrnimmt, durch ein anderes System tatsächlich wieder eine Diktatur aufzurichten." (Bergsträßer in der 3. Plenarsitzung der Verfber. LV, am 6. August, in: Drucks. III, S. 36).

"Wie berechtigt das Mißtrauen gegen jeden unbe-
sehtenen Staatssozialismus war, zeigt die Ent-
wicklung der letzten Jahre. Unter dem Deck-
mantel des Sozialismus vergewaltigte eine
kleine Minderheit, die sich des Staatsappa-
rates bemächtigt hatte, die Mehrheit in einer
Weise, die alles zuvor Erlebte weit in den
Schatten stellt. Es wäre angesichts dieser
Erfahrung vom Standpunkt des besitzlosen Ar-
beiters aus verfehlt, heute blindlings dem
Staat, den man ja noch gar nicht kennt, derart
zu vertrauen, daß man ihm alle wirtschaftliche
Macht überträgt. Wer bürgt dafür, daß sich
1933 nicht wiederholt?" (Sozialismus und
Staatssozialismus, in: SPD-Mitteilungsblatt
v. 15. November 1946).

36. So die endgültige Regelung in Art. 40 HV:
"Gemeineigentum ist Eigentum des Volkes. Die
Verfügung über dieses Eigentum und seine Ver-
waltung soll nach näherer gesetzlicher Be-
stimmung solchen Rechtsträgern zustehen,
welche die Gewähr dafür bieten, daß das Ei-
gentum ausschließlich dem Wohle des ganzen
Volkes dient und Machtzusammenballungen ver-
mieden werden."

37. Diese Regelung sah der spätere hessische
Sozialisierungsgesetzentwurf von 1948 vor.

Die Eigentümerfunktionen sollte der fünfzehn-
köpfige Verwaltungsrat des jeweiligen Betriebes
ausüben. Am Beispiel der "Sozialgemeinschaft
Eisenwerk Wetzlar vormals Buderus" erläuterte

der Schöpfer des Gesetzentwurfs, der hessische Wirtschaftsminister Harald Koch (SPD), die geplante Zusammensetzung des Verwaltungsrates: 5 Vertreter ernennt die zuständige Landesgewerkschaft Metall, von ihnen müssen 2 oder 3 aus den Buderus-Werken kommen. 5 Mitglieder ernennt die Stadtverordnetenversammlung von Wetzlar, "wobei nach dem Gesetz zwei oder drei der Vertreter der Gemeinde dem Kreise der Konsumgenossenschaften und dem Kreise des Handwerks zu entnehmen sind, weil die Vertreter der Gemeinden eben die Vertreter der Konsumenten sein sollen." Die letzten 5 Vertreter werden von der Landesgemeinschaft der Sozialgemeinschaften ernannt, der Dachorganisation der einzelnen Sozialgemeinschaften. Mindestens 2 von ihnen sollten den Arbeitgeberverbänden oder den Industrie- und Handelskammern angehören. (Koch, Rechtsform der Sozialisierung. Unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung in Hessen, Hamburg 1947, S. 32 f; vgl. auch Koch (Hrsg.): Die Sozialgemeinschaften, Entwurf des hessischen Sozialisierungsgesetzes mit Begründung und einführenden Beiträgen der Mitarbeiter des hessischen Wirtschaftsministeriums, Hamburg 1948; vgl. insbes. die §§ 47 ff des Gesetzentwurfes).

Vgl. zum Gesetzentwurf über die Sozialgemeinschaften auch Kap. G.

38. Vgl. zur Literatur über die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der hessischen CDU Anm. 1 dieses Kapitels.
39. Die "Deutsche Aufbau-Bewegung (Christlich-Demokratische Union)" aus Darmstadt, wandte sich in einem u.a. von Heinrich v. Brentano unterzeichneten Aufruf "gegen jede Form der Bolschewisierung unseres Lebens. Der Gottlosigkeit stellt sie ihr positiv christliches Glaubensbekenntnis entgegen, der totalitären Staatsauffassung das demokratische Prinzip, dem kollektivistischen Wirtschaftssystem das Recht auf Privateigentum, dem materialistischen Menschenbegriff die Erkenntnis vom ewigen Wert der menschlichen Seele und des menschlichen Geistes." (Aufruf v. November 1945, in: NB).

Die CDU Kassel garantierte in den im Oktober 1945 verabschiedeten "Richtlinien christlich-demokratischer Gemeinschaftsarbeit" unter Punkt III. "das Recht auf Eigentum". In Punkt VII. hieß es: "Gesunde Wirtschaft gründet sich auf eine Gemeinschaftsordnung, die wahrhaftig demokratisch aufgebaut ist. Diese fordert eine einheitliche Lenkung der Wirtschaft und verlangt Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Sauberkeit, Einfachheit und Sparsamkeit. In solcher Gemeinschaftsordnung muß weitester Raum für eine private Initiative bleiben, die Erstarrtes durch neue Entwicklung in Fluß bringt und durch Wettbewerb die bessere und preiswertere Leistung fördert. Es wird ein stabiler Geld- und Kreditmarkt erstrebt. Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in der Hand Weniger ist ebenso zu verhindern, wie der Mißbrauch öffentlicher Stellung zu wirtschaftlicher Bereicherung." (abgedruckt in: Lengemann, 25 Jahre CDU in Kassel, a.a.O., S. 24 f).

Am ehesten in die Richtung der Frankfurter Leitsätze tendierte das - im November 1945 abgefaßte - "Programm der Christlich-Demokratischen Partei!" von Offenbach. Dort hieß es unter der Überschrift "Eigentum und Sozialismus": "Auch für das Volksvermögen wünschen wir eine gerechte, der Not des Tages Rechnung tragende Ordnung. Dem Einzelnen und seiner Familie muß der Ertrag seiner Arbeit als sein Recht geschützt werden. Andererseits müssen die großen Vermögen, einschließlich Grundbesitz, wie die soziale Gerechtigkeit es erfordert, der Gemeinschaft dienstbar gemacht werden. In diesem Sinne verfechten wir einen christlichen Sozialismus." (Programm in: PST, Bd. III, Nr. 21).

40. Frankfurter Leitsätze v. September 1945, abgedruckt in: Flechtheim, Bd. 2, a.a.O., S. 42.
41. Vgl. dazu Zimmermann, Erste Reichstagung der Christlich Demokratischen Union in Godesberg. Entschließung Nr. 2: Wirtschaftliche und soziale Neuordnung, Köln o.J. (1946), S. 13; vgl. auch die in einem Aufruf der Frankfurter

CDP v. November 1945 (Überschrift: Mitbürger! Mitbürgerinnen!) wiedergegebene kurze Zusammenfassung der Frankfurter Leitsätze, die z.T. wörtlich in die Godesberger Entschließung Nr. 2 übernommen wurde. (Aufruf in: NB).

42. Programm der Christlich Demokratischen Union Groß-Hessen:

"We stand for: ...

6) A socialism from Christian responsibility to realize our economic and social organizations, to secure the power of state from illegitimate influences of economical conglomeration. The mining and other monopolized enterprises of our economical life are to subject clearly under the power of state..." (in: Material des Office of Military Government ..., a.a.O.).

Flugblatt "Deutsche Arbeiter!": "Den Staat wollen wir vor schädlichen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen sichern. Die Bodenschätze müssen ins Eigentum des Volkes übergehen. Den Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens wollen wir der Staatsgewalt unterwerfen. ..." (in: PST, Bd. III, Nr. 21).

Wahlauf Ruf der CDU Kassel: "Wir wollen einen neuen Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Bergbau, Eisenbahn, Licht, Kraft und andere Schlüsselunternehmungen sollen zusammen mit den dazugehörigen Bodenschätzen Gemeineigentum werden und der Macht des demokratischen Staates unterliegen. ..." (in: Hessische Nachrichten (Kassel) v. 19. Januar 1946, zitiert nach Frenz, a.a.O., S. 37).

43. Gespräch mit Erich Großkopf. Diese Aussage wurde im Gespräch mit Erwin Stein bestätigt.

44. Gespräch mit Erwin Stein.

45. Vgl. Kap. D. II. 3.

46. Schreiben Noacks an Hilpert v. 24. Juni 1946, in: Archiv HStk, Nr. 3a 02/03.

47. "Seit dem 4.7. befinde ich mich mit kurzen Unterbrechungen in Königstein und habe bereits mit Herrn Professor Noack mit der Ausarbeitung

des Entwurfes begonnen. Bei der vorliegenden gleichgerichteten Auffassung über Notwendigkeiten des Verfassungsbaues ist es nicht verwunderlich, daß wir bereits ziemlich tief in die Materie eingedrungen sind." (Schreiben Kremers an Hilpert v. 6. Juli 1946, in: Ebda.).

48. Brünneck, a.a.O., S. 220.

Noack/Kremer, Der Königsteiner Entwurf der Verfassung einer konstitutionellen Demokratie in Hessen, Juli 1946, in: NB.

49. Innerhalb des artikelmäßig ausgearbeiteten Hauptteils wurden diese Grundsätze allerdings nicht weiter ausgeführt. Hier blieb es bei der Feststellung des Art. 4: "Das Eigentum ist unantastbar. ... Das Eigentumsrecht wird begrenzt durch die Notwendigkeit der Erhaltung des Gemeinwesens, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens." Landwirtschaft, Gewerbe und Handel wurden ausdrücklich auf privater Basis garantiert. Grundlage sollten sein: "Selbständige Entfaltung", "eigene Verantwortlichkeit" und "freie Initiative". (Art. 113 - 116).

50. Nach einer Notiz Bergsträbers bezeichnete Sam Wahrhaftig, der in leitender Stellung der Wiesbadener Militärregierung angehörte, den Entwurf als "faschistisch und unmöglich" (TB v. 1. August 1946), und die CDU-Fraktion in der Verfber. LV empfand die Ausführungen "als zu umfangreich und nicht praktikabel." (Gespräch mit Erwin Stein).

Vgl. zur Diskussion um den Königsteiner Entwurf in der Verfber. LV Kap. F. II. 1. 2. 1. Anm. 63.

51. Noack/Kremer, Die Verfassung einer konstitutionellen Demokratie in Hessen, gekürzte Fassung des "Königsteiner Entwurfs", in: NG, Nr. 18.
52. Die Verfassung des Landes Hessen, Wiesbadener Entwurf der Christlich-Demokratischen Union, in: PST, Bd. I, Nr. 3.
53. Brünneck, a.a.O., S. 221; vgl. zur Entstehungsgeschichte des Königsteiner und Wiesbadener

Entwurfs ferner: Zur Vorgeschichte des Verfassungs-Entwurfes, in: Die Freiheit 1946, H. 6, S. 9.

Der Königsteiner Entwurf hat als Grundlage für einen privaten Entwurf des CDU-Abgeordneten in der Verfber. LV Karl Kanka gedient. Er hat allerdings keine weitere Bedeutung erlangt. In dem "Entwurf einer hessischen Verfassung" hieß es in Art. 11:

"(1) Jedermann kann die ihm durch die Rechtsordnung gewährten oder geschützten Privatrechte nach freiem Belieben ausüben. Diese Rechte, vor allem das Eigentum, genießen den Schutz der Verfassung.

(2) Der Mißbrauch privater Rechte und der darauf gegründeten Machtstellung ist jedoch unzulässig. Ihm ist durch Gesetze entgegenzuwirken, welche auch, soweit notwendig, anordnen sollen, daß bestimmte Unternehmungen einer besonderen Aufsicht unterstellt oder ins Gemeineigentum überführt werden.

(3) Enteignungen dürfen nur in gesetzlich geregelten Verfahren vollzogen werden und, soweit sie nicht der Strafe dienen, nur gegen eine angemessene Entschädigung."

Exemplar des Entwurfs in: PSt, Bd. I, Nr. 3.

54. Vgl. dazu Kap. C. III. 2. 7.

55. Die Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen ..., a.a.O., S. 4.

56. Köhler, Die Aufgaben der Christlich-demokratischen Union bei dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, Rede vor über 600 Mitgliedern der gewerblichen Wirtschaft Wiesbadens am 3. März 1946, o.O. o.J. (Wiesbaden 1946), S. 10. Exemplar in: PSt, Bd. II, Nr. 18.

57. Vgl. dazu die Kapitel C. III. 2. 7. insbes. Anm. 227 und F. II. 1. 2. 2. Anm. 84.

58. Der neue Sozialismus, in: Die Freiheit 1946, H. 1, S. 13.

59. Frankfurter Leitsätze, a.a.O., S. 42.

60. Knapstein, Die Stunde der Sozialreform, in: FH 1946, H. 3, S. 1 f.

61. Die "Leitsätze der CDU zur neuen Verfassung" sind - in gekürzter Fassung - in der FR v. 28. Juni 1946 abgedruckt. Der vollständige Text ist - mit einem erläuternden Vorwort - in den CDU-Mitteilungen v. 29. Juni unter dem Titel "Die kommende Verfassung" wiedergegeben. In dem Vorwort hieß es u.a., daß die Leitsätze die Forderungen enthielten, die nach Ansicht der CDU-Landesleitung "in der kommenden Verfassung des Landes verwirklicht werden müssen."

Die "Leitsätze der CDU zur neuen Verfassung" werden im folgenden als "Leitsätze" bezeichnet.

62. In einem internen Partei-Papier hieß es dazu z.B.: "Im neu zu schaffenden Deutschland muß das Eigentum die Grundlage des sozialen und Wirtschaftslebens bleiben. Grundsatz bleibt die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen, gesetzlicher Zwang nur bei bedrohten Rechten, Freiheit von Handel und Gewerbe, Vertragsfreiheit, Enteignungen im Sinne des Artikels 156 der Weimarer Verfassung, jedoch nur gegen Entschädigungen und aus dem Geiste des Artikels 153." (Fragen der Verfassung, Referenten-Material der CDU, Schrift 3, in: PST, Bd. II, Nr. 16).

Vgl. zu den Artikeln der Weimarer Verfassung Kap. D. II. 4. 1. Anm. 65.

63. Art. 53 Wiesbadener Entwurf.

"Angemessen" war unter dem Gesichtspunkt der privatwirtschaftlichen Rentabilität eines Betriebes zu sehen, sie durfte also nicht soweit gehen, daß sie die Entscheidungsbefugnisse des Unternehmers ernsthaft einengte. In einem parteiinternen Schriftstück wurde festgestellt: "Die Grundrechte der menschlichen Persönlichkeit fordern ein gesundes Verhältnis, auch des Arbeitnehmers zu seiner Arbeit. Das bedeutet, daß er nicht ausgeschlossen sein darf von der Mitverantwortung und Mitbestimmung in den gebotenen Grenzen." (Was sagt die Union zur Verfassung? Referentenmaterial, Schrift Nr. 1, in: PST, Bd. II, Nr. 16).

64. "Leitsätze", a.a.O.

65. Die Mitbestimmungsforderung wurde von Köhler, a.a.O., S. 4, so begründet: "Im übrigen ist die wirtschaftlich-strukturelle Voraussetzung für das Bestehen eines Proletariats im entwicklungs- und ideengeschichtlichen Sinne, d.h. die Kampfstellung des Kapitalismus gegen den Arbeiter im Sinne der marxistischen Auffassung entfallen und muß entfallen sein. Hier entsteht die große zentrale Aufgabe der Christlich-Demokratischen Union, hier liegt ihr tiefster und letzter Sinn und Zweck: Eine geistige Umstellung der beiden Sozialpartner, der Arbeitnehmerschaft und der Unternehmerschaft, in der Richtung zu verwirklichen, daß beide Teile sich als Glieder eines großen Ganzen und als Träger des deutschen Wirtschafts- und Sozialkörpers ansehen, die in gemeinsamer Zusammenarbeit um des deutschen Menschen willen, um des deutschen Volkes willen ihre Aufgabe zu erfüllen haben. Beide Teile haben nicht in Kampfstellung sich gegenüber zu stehen, sondern sich im gemeinsamen Wirken zusammenzufinden."

Vgl. dazu auch Köhlers Rede im Beratenden Landesausschuß, in: Kap. C. IV.

Dieser Abschnitt der Köhler-Rede wird auch bei Kuczynski (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 7 a, Berlin (DDR) 1963, S. 97) und bei Stulz/Thomas (Zur Entstehung und Entwicklung der CDU in Westdeutschland 1945 - 1949, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1959, S. 106) zitiert, allerdings mit einigen z.T. sinnentstellenden Fehlern, z.B.: "die wirtschaftlich-kulturelle Voraussetzung für das Bestehen eines Proletariats" statt richtig: "wirtschaftlich-strukturelle"; Arbeitgeber und Arbeitnehmer "als Gleiches eines großen Ganzen und als Träger der deutschen Wirtschaft und als Sozialkörper" statt richtig: "als Glieder eines großen Ganzen und als Träger des deutschen Wirtschafts- und Sozialkörpers."

66. Köhler hatte in seiner Rede vor Wiesbadener Unternehmern (a.a.O., S. 10 f) ausgeführt: Das Fundament der neuen Wirtschaft sollte sein:

"Die Synthese aus planvoller Wirtschaftslenkung und der alten, abendländischen Idee der freien und verantwortlichen Persönlichkeit."

Vgl. dazu auch Köhlers Rede im Beratenden Landesausschuß, in: Kap. C. IV.

Auch hier spielte wieder der Gedanke eine Rolle, zwei verschiedene Wirtschaftskonzeptionen miteinander zu vereinbaren. Eine staatliche Totalplanung schied daher von vornherein aus, der Staat sollte in Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsträgern der Wirtschaft (Industrie- und Handelskammern, Arbeitgeberverbände, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften) lediglich Rahmenplanung betreiben. "Denn die Lenkung darf nicht dazu führen, daß die persönliche Initiative in Industrie, Handwerk und Handel, ebenso in der Landwirtschaft erstickt wird. Wenn staatliche Lenkung zu Wirtschaftsbürokratismus ausartet, dann verliert sie ihren Sinn und ihren Zweck, der darin besteht, der Bevölkerung im ganzen ein Höchstmaß an Versorgungsmöglichkeit im Rahmen der nun einmal so eng gezogenen Grenzen zu gewährleisten. Es gilt daher, den staatlichen Lenkungsapparat mit der fachkundigen, verantwortlichen Mitarbeit der erfahrenen Praktiker des Wirtschaftslebens zu verbinden." (Ebda.).

67. Art. 52: "Jedermann ist frei, Vermögen, vor allem Eigentum zu erwerben. Er kann darüber nach seinem Belieben verfügen."
68. Die Ähnlichkeit mit der LDP-Konzeption war unverkennbar, vgl. dazu Kap. E. IV. 3.
69. "Jedes unter Beobachtung der guten Sitten und der Gesetze erworbene Eigentum genießt daher den vollen Schutz des Staates. Jedoch gilt, aufs Ganze gesehen, nur die eigene Leistung, jedes Zehren von fremder Arbeit ist verwerflich."
70. Gespräch mit Erwin Stein.
71. Niclaß, a.a.O., S. 46, meint, daß "in den Fragen der Eigentumsordnung (...) sich nach 1945 nur noch geringe Differenzen zwischen den Bestrebungen des 'christlichen Sozialismus' in

der CDU und dem mehrheitsdemokratischen Motivationsbereich (der der SPD zugeordnet wird, d.V.) feststellen (lassen)." Dabei wird verkannt, daß sich die Sozialisierungsforderungen von SPD einerseits und CDU andererseits nur äußerlich ähnelten. Ihnen lagen unterschiedliche Wirtschaftskonzeptionen und Sozialisierungsmotivationen zugrunde.

Wie gründlich die "Leitsätze" z.T. mißverstanden und mit welcher Skepsis die sozialistischen Parolen der CDU gleichzeitig aufgenommen wurden, zeigte ein Aufsatz von Hans Ilau, einem führenden Vertreter der LDP, mit dem bezeichnenden Titel "Alarm!" (in: Ders., Sozialismus oder Vernunft? Frankfurt 1947, S. 20 ff). Ilau befürchtete, daß die CDU zusammen mit SPD und KPD "bei der Verankerung sozialistischer Grundsätze in den Verfassungen gemeinsame Sache machen wird." Seiner Auffassung nach entsprach der wirtschaftspolitische Teil der "Leitsätze" "weitgehend dem Wirtschaftsprogramm, das Dr. Viktor Agartz vor kurzem auf dem Parteitag der SPD in Hannover vorgetragen hat, so daß SPD und CDU sich leicht bei der Formulierung der einschlägigen Abschnitte der neu zu schaffenden Verfassung finden müßten und uns damit ein sozialistisches Wirtschaftssystem bescheren würden - es sei denn, die CDU stehe nicht zu jenen programmatischen Erklärungen, wenn es an die praktische Arbeit in den verfassungsgebenden Landesversammlungen geht." (S. 20 f).

Bei den Beratungen in der Verfber. LV und bei der Interpretation des zwischen SPD und CDU geschlossenen Verfassungskompromisses schränkte die CDU ihre - angesichts breiter antikapitalistischer Stimmungen - relativ weitgehenden Sozialisierungsforderungen erheblich ein und rückte von dem Sozialisierungskriterium "unpersönlich gewordenes Eigentum" vollständig ab. Voraussetzung sollte jetzt nicht mehr "die Größe des Betriebes" sein, sondern nur noch "der Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit." Deshalb dürfte z.B. die chemische Industrie nicht sozialisiert werden, sondern nur noch Betriebe, die "die Grundlagen eines jeden Kriegspotentials" seien, wie "die Gewinnung von Kohle und Erz und die Erzeugung von Eisen und Stahl." (Das Kompromiß zwischen

SPD und CDU. Hrsg.: CDU-Landesleitung Groß-Hessen, Frankfurt a.M. o.J. (1946), S. 4 und 8, Exemplar in: PSt, Bd. III, Nr. 19).

Vgl. dazu ausführlich Kap. F. II. 2. 2. 2.

72. Knappstein, a.a.O., S. 1.

73. Köhler, a.a.O., S. 10.

74. Knappstein, a.a.O., S. 1.

75. Dieser Punkt wird in der Literatur, die sich mit der Entstehungsgeschichte der hessischen CDU befaßt und die sich nahezu ausnahmslos auf die inhaltlich übereinstimmenden Untersuchungen von Witt (Wie die Union entstanden ist, a.a.O., 1950), Schulz (Die CDU - Merkmale ihres Aufbaus, in: Parteien in der Bundesrepublik, a.a.O., 1955) und Wieck (Christliche und Freie Demokraten in Hessen ..., a.a.O., 1958) stützen, stets vernachlässigt. Es genügt nicht, wie es dort geschieht, den linken hessischen Gründungskreis darzustellen, ohne zu fragen, welchen Rückhalt diese Gruppe innerhalb der hessischen CDU 1945/1946 hatte. (Witt, a.a.O., S. 190; Schulz, a.a.O., S. 46 f; Wieck, a.a.O., S. 35 ff) Wichtige Ansätze zu einer kritischen Beurteilung der CDU-Politik und des christlichen Sozialismus 1945/1946 in Hessen liefert der Aufsatz von Dörr, a.a.O., S. 110 ff und 122.

Vgl. dazu auch Kap. C. III. 2. 2.

76. Vgl. dazu ausführlich Kap. F. II. 2. 2. und G.

77. In: Dokumente und Materialien ... Bd. III/1, a.a.O., S. 14 ff.

78. Ebda., S. 18 f; vgl. dazu auch die allerdings sehr einseitige Interpretation dieses Abschnittes des Aufrufs bei Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935 - 1946, Düsseldorf 1971, S. 200 ff.

Eine englische Übersetzung des Aufrufs reichte die hessische KPD als ihr offizielles Programm im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bei der amerikanischen Militärregierung ein. (Proclamation of the Communist Party, in: Material des Office of Military Government ... a.a.O.).

79. Die "Beschlüsse der Konferenz der KPD-Landesleitungen der amerikanischen und französischen Besatzungszone in Stuttgart vom 5. und 6. Dezember 1945" nahmen u.a. auch zu den von der amerikanischen Besatzungsmacht auf Ende Januar 1946 festgesetzten Gemeindewahlen Stellung. Unter Bezugnahme auf die "Grundlinien des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD vom 11. 6. 1945" wurde zur Eigentumsfrage ausgeführt: "Die Sicherung des Friedens und der Demokratie erfordert die Liquidierung der Vormachtstellung der Großunternehmer, d.h. die Beseitigung der Großbanken, Konzerne und Kartelle, die sowohl im ersten als auch im zweiten Weltkrieg die Urheber und Träger der imperialistischen Eroberungspolitik waren. Die Kommunistische Partei unterstützt deshalb alle privaten wie genossenschaftlichen Bestrebungen, die dem Wiederaufbau und der Wiederaufkurbelung der Wirtschaft zugunsten der Friedensproduktion dienen. ..." (Abgedruckt in: Dokumente und Materialien ..., Bd. III/1, a.a.O., S. 306 f).

Die hessische KPD ging in die Gemeindewahlen mit der Forderung: "Mit der Zerschlagung der feudalen Güter muß die Beseitigung der Großbanken, die Auflösung der Kartelle und Trusts Hand in Hand gehen. Die Neubildung von Unternehmerverbänden muß verhindert werden. Wir sind für die Förderung jeder privaten und genossenschaftlichen Initiative, soweit sie einer deutschen Friedenswirtschaft und der Befriedigung des dringlichsten Bedarfs Rechnung trägt." (Durch Einheit zu einer starken Demokratie, Wahlauf Ruf in der FR v. 4. Januar 1946; vgl. auch den Aufruf "Für Einheit und Demokratie", in: FR v. 18. Januar 1946).

80. Brief der KPD, Landesleitung Großhessen, an den Verfassungs-Ausschuß v. 5. Mai 1946, a.a.O.; vgl. auch Fisch, Verfassungsfragen - Machtfragen, in: WuT 1946, H. 2, S. 6. Hier wird als wesentlichster Einwand hervorgehoben, "daß in diesem einen Jahr seit Hitlers Sturz noch keine grundlegende Veränderung im Aufbau unserer Gesellschaft eingetreten ist und daß über die zukünftige Gestaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung in den breiten Schichten des Volkes noch keine Klarheit vorhanden ist."

81. Brief der KPD, Landesleitung Großhessen an den Verfassungs-Ausschuß ..., a.a.O.
82. Fisch, a.a.O., S. 7.
83. Brief der KPD, Landesleitung Großhessen an den Verfassungs-Ausschuß ..., a.a.O.; vgl. auch Kap. D. II. 3.
84. Gespräch mit Emil Carlebach: "Die KPD hatte keinen paragraphenmäßig ausgearbeiteten Verfassungsentwurf, wohl aber verfügte sie über ein verfassungspolitisches Programm: Wichtigste Zielsetzungen waren die Erhaltung der Einheit Deutschlands, die Verankerung von sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten und die Festlegung einer neuen Wirtschaftsverfassung (Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Mitbestimmung, einheitliche Bildung, einheitliche Sozialversicherung)."
85. "Erklärung der kommunistischen Landes-Parteien in der amerikanischen Zone zu den bevorstehenden Wahlen für die verfassungsgebenden Versammlungen in den 3 Ländern der amerikanischen Zone und zur Ausarbeitung von Verfassungen." (Sog. 13-Punkte-Programm der KPD, in: ZSg 1-65 (KPD), Nr. 45 V).
86. Verfassung und was weiter? Offener Brief der Kommunisten zu der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung am 30. Juni 1946. Hrsg.: Landesleitung der KPD Groß-Hessen, Frankfurt a.M. o.J. (1946), Exemplar in: RB.
87. "Was meinen wir damit? Die Macht der Großen, die die Preise diktieren, die Bodenschätze besitzen und ähnliches mehr, muß gebrochen werden, ihr Besitz muß in den Besitz der Allgemeinheit übergehen, weil nur sie allein in der Lage ist, die Reichtümer im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten und der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Es kann im modernen Leben nicht mehr jeder gegen jeden wirtschaften, sondern alle erkennen an, daß heute planmäßig gewirtschaftet werden muß, wollen wir nicht alle untergehen. Wir glauben z.B. daß die Bergwerke zu Unrecht einzelnen gehören. Sie müssen der Besitz der Allgemeinheit werden. Nur

diese wird die Ausbeutung der Bergwerke nach den Gesichtspunkten des Wohles des Volkes und nicht nach dem des Profites vornehmen. Sie wird auch dann eine gerechte Verteilung sichern können." (Verfassung und was weiter? a.a.O., S. 11 f).

88. Vgl. z.B. das Flugblatt "1 Jahr nach dem Zusammenbruch", in: ZSg 1-65 (KPD) Nr. 45 V und den Wahlauf Ruf in der FR v. 28. Juni 1946: "Das Reich muß uns doch bleiben ..."
89. WuT 1946, H. 2, v. 15. Juni 1946. Hier sind insbes. folgende Aufsätze zu nennen: Fisch, Verfassungsfragen - Machtfragen, S. 4 ff; Keil, Wirtschaftliche Grundsätze, S. 15 ff; Krüger, Mitbestimmung der Betriebsräte - ein Verfassungsgrundrecht, S. 21 ff; hinzu kam noch der Aufsatz Keils, Demokratisierung der Wirtschaft, in: WuT 1946, H. 1, S. 25 ff.
90. Keil, Wirtschaftliche Grundsätze, a.a.O., S. 17.
91. Keil, Demokratisierung der Wirtschaft, a.a.O., S. 25.
92. Keil, Wirtschaftliche Grundsätze, a.a.O., S. 17.
93. Krüger, a.a.O., S. 21 f.
94. Im Rahmen einer Planwirtschaft "treten die Kommunisten dafür ein, daß die Existenz der kleinen und mittleren Handels-, Handwerks- und Industriebetriebe verfassungsmäßig geschützt wird." (Keil, Wirtschaftliche Grundsätze, a.a.O., S. 17).
95. Keil, Wirtschaftliche Grundsätze, a.a.O., S. 16.

Im Gegensatz zu SPD und CDU setzte sich die KPD grundsätzlich für eine Übereignung an den Staat ein. Da noch nicht feststand, in welcher Form der staatliche Wiederaufbau vor sich gehen würde, hieß es hier noch "Übereignung ... an die Allgemeinheit" und an "Gemeinde, Kreis,

Provinz oder Land." Vgl. dazu auch Borosnjak, a.a.O., S. 712; Aufruf des ZK der KPD v. 11. Juni 1945, a.a.O., S. 19, Punkt 6 und 8.

96. Vgl. dazu auch das Gespräch mit Emil Carlebach, in: Kap. C. III. 2. 3. Anm. 181.

97. Vgl. dazu Huster/Kraiker u.a., a.a.O., S. 184 f.

98. Vgl. dazu den Brief der KPD, Landesleitung Großhessen an den Verfassungs-Ausschuß ..., a.a.O. (Kap. C. III. 2. 3. Anm. 183).

Verfassung und was weiter? a.a.O., S. 7:
"Wir müssen erst ein demokratisches Deutschland aufbauen, das tatsächlich dem Willen des Volkes entspricht. Das Volk möge dann entscheiden, wann auch in Deutschland der Sozialismus Wirklichkeit werden wird."

Gespräch mit Emil Carlebach: "Zunächst wurde daher eine parlamentarische bürgerlich-demokratische Republik angestrebt, die Ausgangspunkt für eine weitere Entwicklung zum Sozialismus sein konnte."

99. Bei SPD und KPD stand eine am Bedarf orientierte Wirtschaft im Vordergrund. Beide Parteien forderten eine umfassende Wirtschaftsplanung des Staates, die die Unternehmerinitiative nicht ausschloß, ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften und eine Eigentumsordnung mit sozialisierten Großbetrieben und privaten Klein- und Mittelbetrieben.

100. Bei beiden Parteien spielten Sozialisierungen als Abwehrmittel gegen antidemokratische Bestrebungen und als Ansatzpunkte für eine - langfristig ins Auge gefaßte - sozialistische Wirtschaftsordnung eine bedeutende Rolle.

101. Gespräch mit Emil Carlebach.

102. Drucks. III a, S. 129.

Wesentliche Unterschiede gab es allerdings in der Frage des zukünftigen Eigentumsträgers.

Während die SPD sich für die verschiedensten Formen gemeinwirtschaftlicher Institutionen unter Beteiligung des Staates einsetzte, forderte die KPD eine Verstaatlichung der betreffenden Betriebe. (Vgl. dazu Anm. 35 ff und 95 dieses Kapitels; Niclaß, a.a.O., S. 43 f).

103. Warum Sozialdemokratische Partei? Rundschreiben Nr. 2 v. 30. August 1945, a.a.O.
104. Brief der KPD, Landesleitung Großhessen an den Verfassungs-Ausschuß ..., a.a.O.; vgl. auch: Verfassung und was weiter? a.a.O., S. 7.
105. Abg. Bergsträßer (SPD) in der 3. Sitzung der Verfber. LV am 6. August 1946, in: Drucks. III, S. 37.
106. Abg. Krüger (KPD), in: Ebda., S. 42.
107. Verfassung und was weiter? a.a.O., S. 7.
108. Vgl. dazu die Rede Bauers (KPD) in der 2. Sitzung der Verfber. LV am 5. August 1946 (Drucks. III, S. 24 f): "Wir sind der Meinung, daß man keinem Volke den Sozialismus aufzwingen kann, wenn es ihn nicht haben will. Aber wir wissen genau, daß früher oder später die Mehrheit des Volkes den wahren Sozialismus, basierend auf der historischen Grundlage von Karl Marx und Friedrich Engels, fordern wird. Das ist so sicher, wie der Sommer auf den Frühling folgt. Deshalb können wir ehrlichen Gewissens eintreten für eine wahre bürgerlich-demokratische Verfassung, die als solche, wie jede Verfassung auf dieser Erde, nicht etwas für die Ewigkeit Gültiges ist, sondern sich entwickeln kann und entwickeln muß, wenn die Mehrheit des Volkes es fordert. Denn in jedem Verfassungsentwurf ... ist die Bestimmung enthalten, daß selbstverständlich eine Verfassung geändert werden kann, wenn das Parlament mit einer gewissen Stimmenmehrheit es beschließt und wenn das Volk es gutheißt. Selbstverständlich soll das auch in unserer Verfassung stehen."

109. Vgl. zur Literatur über die wirtschafts-politischen Vorstellungen der hessischen LDP Anm. 1 dieses Kapitels.

110. Das "Programm der Liberal-Demokratischen Partei Frankfurt am Main" forderte unter Punkt 7: "Beseitigung der nationalsozialistischen Zwangswirtschaft und schnellster Wiederaufbau einer organischen Volkswirtschaft, welche die Existenz des deutschen Volkes sicher zu stellen in der Lage ist, und die freie Betätigungsmöglichkeit jedes Staatsbürgers gewährleistet. - Eingliederung in die Weltwirtschaft. - Gewährleistung des Privateigentums als soziale Verpflichtung. - Gesunde Finanz- und Währungspolitik, planvolle Ernährung-, Wohnungs-, Lohn- und Preispolitik." (Exemplar in: NG, Nr. 8; die englische Übersetzung des Programms reichte die LDP im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bei der hessischen Militärregierung ein, in: Material des Office of Military Government, a.a.O.).

Während das Frankfurter Programm Eingriffe in die Eigentumsordnung nicht einmal erwähnte, hieß es im Gründungsaufruf der "Demokratische(n) Volkspartei, Marburg (Liberal-Demokratische Partei)": "Die Anerkennung des Privateigentums und der Privatinitiative als des Quells für jeden menschlichen Fortschritt ist uns selbstverständlich. Nur dort, wo sein Gebrauch zu gemeinschaftsschädigenden Vormachtstellungen führen würde, verlieren sie ihre Berechtigung. Die Partei fordert deshalb die Verstaatlichung des Bergbaues, der Energieversorgung, der wichtigsten Schlüsselindustrien und des Versicherungswesens." (Kopie des Gründungsaufrufs in: Luckemeyer, a.a.O., Anhang).

Über die Grundlagen der Wirtschaftsverfassung bestand aber von Anfang an Einigkeit. "Die Partei lehnt den politischen wie wirtschaftlichen Kommunismus ab. Der Schutz des Privateigentums ist alter liberaler Grundsatz und noch heute von Bedeutung. Selbstverständlich ist, daß soziale Verpflichtungen mit dem Privateigentum verknüpft sind. Schrankenloser Eigennutz ist für alle Zukunft ein Ding der

Unmöglichkeit und gehört in die Reihe der überlebten politischen Ordnung." (Liberal-Demokratische Partei. Unser Weg! Wahlanzeige in der FR v. 18. Januar 1946).

111. Noack-Bericht, a.a.O., S. 77; vgl. auch Kap. D. II. 3.

112. Demokratie in liberalem Geist, Wahlanzeige in der FR v. 28. Juni 1946.

113. Weinhausen, Verfassung Groß-Hessen, in: Privatarchiv Fertsch-Röver, Königstein. (Dieter Fertsch-Röver ist der Sohn des ersten Landesvorsitzenden der LDP nach dem Kriege, Georg Ludwig Fertsch).

Art. 27 Abs. 3 Weinhausen-Entwurf: "Eine Enteignung von Wirtschaftsunternehmen zwecks Überführung in Gemeineigentum ist insoweit unzulässig, als es das öffentliche Interesse nicht dringend gebietet. Sie kommt nur bei Großunternehmen in Betracht, die eine monopolartige Stellung innehaben und sie in einer dem Gemeinwohl abträglichen Weise ausbeuten. Vor Durchführung der Enteignung ist durch Verhandlung mit den Betroffenen zu klären, ob der mit der Enteignung verfolgte Zweck nicht auch auf andere Weise erreichbar ist. Eine solche Enteignung kann nur vorläufig sein. Die Entscheidung über ihre Endgültigkeit oder Aufhebung obliegt einer späteren gesamtdeutschen Volksvertretung."

Die z.T. wörtliche Übereinstimmung dieses Artikels mit der Stellungnahme, die die LDP gegenüber dem Vorb. VA abgab, ist nicht zu übersehen. (Vgl. dazu dieses Kapitel Anm. 111).

Weinhausen war Mitglied des Vorb. VA und der LDP. Er trat im Herbst 1946 aus der Partei aus, da "die Linie der LDP in Hessen von reaktionären Kräften geführt würde." (CDU-Mitteilungen v. 9. Dezember 1946; vgl. dazu auch die Stellungnahme der LDP in ihrem Wahlauf-ruf in der FR v. 30. November 1946. Danach war "gegen Herrn Weinhausen im Hochsommer 1946 ein Verfahren mit dem Ziel seines Ausschlusses aus der Partei wegen disziplin-widrigen und parteischädigenden Verhaltens

eingeleitet worden." Nähere Gründe für das Parteiverfahren wurden in dem Wahlauf Ruf nicht angegeben).

114. Euler, Entwurf einer Verfassung für Hessen. Nach den Beschlüssen der LDP-Fraktion in der verfassungsberatenden Landesversammlung, Exemplar in: PSt, Bd. I, Nr. 5.
115. Drucks. III, S. 9; vgl. auch Brünneck, a.a.O., S. 221.
116. Vorspann zum Euler-Entwurf.
117. Fetting, Was ist Liberalismus? in: Die Brücke 1947, H. 4, S. 13.

In Aufsätzen von LDP-Vertretern, insbes. von Hans Ilau, reduzierte sich allerdings die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen auf die des Unternehmers. Weitgehend frei von staatlichen Reglementierungen kam ihm die Aufgabe zu, im Wettbewerb mit anderen Unternehmern den Markt mit den erforderlichen Produkten zu versorgen. Indikator für den rationellen Einsatz der Produktionsmittel war der Gewinn des einzelnen Unternehmers. Privater Gewinn als Belohnung für volkswirtschaftlich richtiges Verhalten sollte die Triebkraft der Wirtschaft sein. (Vgl. dazu z.B.: Ilau, Der Fluch des Monopolismus, in: Ders., Sozialismus oder Vernunft? a.a.O., S. 16. Diese Broschüre ist ein Sonderdruck der von Juni - Oktober 1946 in der LDP-Zeitschrift "Die Brücke" erschienenen Ilau-Artikel, nach dem im folgenden alle Ilau-Aufsätze zitiert werden. Ilau war Geschäftsführer der IHK Frankfurt und Kandidat der LDP für die Verfber. LV. Er wurde aber erst am 1. Dezember 1946 als LDP-Spitzenkandidat von Frankfurt in den Hessischen Landtag gewählt).

Konsequenterweise reduzierte sich die Aufgabe des Staates darauf, "den Mißbrauch der Wirtschaftsfreiheit zu verhindern und zu ahnden" (Art. 34 Euler-Entwurf). Dazu bedurfte es eines "starken Staates, der über dem Kampf der wirtschaftlichen Sonderinteressen steht und sich eben dadurch seine Kraft und seine Integrität erhält, der Spielregeln für

den Wettstreit der wirtschaftlichen Interessen aufstellt und mit eiserner Energie für ihre Einhaltung sorgt, der seine vornehmste Aufgabe darin sieht, eine Synthese zwischen wirtschaftlicher Vernunft und warmherziger sozialer Fürsorge zu finden." (Ilau, Alarm! a.a.O., S. 24).

118. Ilau, Der Fluch des Monopolismus, a.a.O., S. 16. Vgl. auch Art. 34 Euler-Entwurf.
119. Böhm, Recht und wirtschaftliche Macht, in: Die Brücke 1946, H. 10, S. 22 f.
120. In einem Aufsatz Ilaus hieß es: "Solange eine Neuordnung des Geldwesens, also eine Beseitigung des aus dem Kriege stammenden Geldüberflusses, nicht durchgeführt ist, kann der Markt als Indikator der volkswirtschaftlichen Bedarfsskala nicht wirksam werden und daher die staatliche Plan- und Zwangswirtschaft nicht überflüssig machen." (Ilau, Planwirtschaft selbstverständlich? a.a.O., S. 14; vgl. auch Fetting, a.a.O., S. 12).

Nach Wiederherstellung des Marktes aber ist staatliche Wirtschaftsplanung ausschließlich störend. Die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus "verlangen den ganzen Spürsinn, die unbeschränkte Beweglichkeit und Kombinationsfreiheit des einzelnen Unternehmers. Kann man sich im Ernst vorstellen, daß unter solchen Verhältnissen eine staatliche Planungsbürokratie die unübersehbare und verwirrende Fülle der wirtschaftlichen Daten in ihren Dispositionen so koordiniert, daß nicht überall Stockungen und Verluste eintreten, die die Unternehmer zu tragen hätten? ... Staatliche Planwirtschaft und Privateigentum an den Produktionsmitteln sind eben unvereinbar." (Ilau, Planwirtschaft selbstverständlich? a.a.O., S. 14).

121. Ilau, Wirtschaftsdemokratie, a.a.O., S. 41.
122. Vorspann zum Euler-Entwurf.
123. Art. 18: "(1) Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet.

(2) Das Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst für das gemeine Beste sein.

(3) ..."

124. Demokratie in liberalem Geist, in: FR v. 28. Juni 1946; vgl. auch Anm. 112 dieses Kapitels.
125. Böhm, a.a.O., S. 21.
126. Preusker, Liberale Wirtschaftsfragen, in: Die Brücke 1946, H. 8, S. 12 f.
127. Ilau, Der Fluch des Monopolismus, a.a.O., S. 17.
128. Vgl. dazu Kap. C. III. 2. 4.

Anmerkungen zu Kapitel F.

1. Vgl. Kap. D. I. Anm. 2.
2. Gillen, State and Local Government, a.a.O., S. 51.
3. Ebda., S. 49; vgl. auch: Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 40.
4. Abgedruckt in: Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 40. Eine kurze inhaltliche Zusammenfassung des Gespräches befindet sich auch bei Gillen, State and Local Government, a.a.O., S. 49; Auszüge auch bei Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 117.

Latour/Vogelsang (a.a.O., S. 117 Anm. 60, 62 und 63) geben allerdings - trotz wörtlichen Zitats - keine Quelle an, sondern verweisen allgemein auf Gillen, State and Local

Government, a.a.O., S. 49 - 52. Dort ist dieses Zitat aber nicht abgedruckt. Das gleiche gilt für das Clay-Zitat ebenfalls auf S. 117. Auch dieses ist - entgegen der Darstellung von Latour/Vogelsang - nicht bei Gillen, State and Local Government, enthalten. Vielmehr sind beide Zitate bei Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 40 bzw. 43, abgedruckt. Dieser von der "Historical Division" herausgegebene Bericht war aber bei Erscheinen des Latour/Vogelsang-Buches (1973) noch als "confidential" eingestuft (vgl. Kap. A. I. Anm. 1), daher nicht zugänglich und ist - trotz auch ansonsten weitgehender Übereinstimmung der Darstellung - von Latour/Vogelsang angeblich nicht benutzt worden, zumindest ist er nicht im Literaturverzeichnis aufgeführt.

Vgl. zur Einflußnahme der Militärregierung auch: Neumann, New Constitutions in Germany, in: The American Political Science Review 1948, Number 3, S. 451: "While Allied Military Government favored and furthered the idea of establishing constitutional documents at an early stage, none of the occupying powers took a direct hand in guiding the various drafting committees and assemblies in their work. Certain general principles were drawn up both by the U.S. and the Soviet authorities, but those were principles which the respective German groups would probably have observed in any case."

Diese Darstellungen Daytons und Neumanns werden von hessischer Seite bestätigt: "Interventionen der amerikanischen Militärregierung hat es nicht gegeben, sondern nur Beratungen und Empfehlungen. 4 bis 5 Mitglieder des Verfassungsausschusses (der Verfber. LV, d.V.) haben sich ca. zweimal in der Woche mit Beratern der Militärregierung getroffen. Es wurden dann die jeweils behandelten Abschnitte der Verfassung mit diesen Beratern durchgesprochen. Dabei hat es Änderungswünsche der Amerikaner gegeben; es wurden aber keine Verbote für bestimmte Artikel ausgesprochen." (Gespräch mit Erwin Stein).

5. Caspary, a.a.O., S. 69; vgl. auch Kapitel B. III.

6. Vgl. dazu ausführlich die Kap. F. II. 2. 4. und G.; und die summarische Aufführung der amerikanischen Eingriffe in die Verfassungsberatungen bei Brünneck, a.a.O., S. 217, insbes. Anm. 7 und 8.
7. Vgl. dazu für die SPD: Probleme der neuen Großhessischen Verfassung. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der SPD Groß-Hessen, a.a.O.; Entwurf einer gemeinsamen Erklärung des Landespartei Vorstandes und des Verfassungsausschusses der SPD Groß-Hessen zur Wahl am 30. Juni 1946, in: NB; Für einen Rechtsstaat des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, Wahlauf ruf in der FR v. 28. Juni 1946.
CDU: Was sagt die Union zur Verfassung? a.a.O.; Fragen der Verfassung, a.a.O.; Jungwähler, bitte nur zwei Minuten! Wahlflugblatt der CDU, in: PSt, Bd. III, Nr. 21; Leitsätze der CDU zur neuen Verfassung, in: FR v. 28. Juni 1946.
KPD: Erklärung der kommunistischen Landes-Parteien in der amerikanischen Zone zu den bevorstehenden Wahlen für die verfassungsgebenden Versammlungen in den 3 Ländern der amerikanischen Zone und zur Ausarbeitung von Verfassungen, a.a.O.; 1 Jahr nach dem Zusammenbruch, Wahlflugblatt der KPD, a.a.O.; Verfassung und was weiter? Offener Brief der Kommunisten, a.a.O.; Das Reich muß uns doch bleiben, Wahlauf ruf der KPD in der FR v. 28. Juni 1946.
LDP: Warum liberale Demokratie? Wahlflugblatt, in: Ilau, Sozialismus oder Vernunft? a.a.O., S. 51 ff; Demokratie in liberalem Geist, Wahlauf ruf der LDP in der FR v. 28. Juni 1946.
8. GVBl v. 5. Juni 1946, S. 139 ff.
9. Ebda., S. 142 ff.
10. GVBl v. 4. August 1946, S. 167.
11. Die Ergebnisse der Wahlen in Groß-Hessen, Januar - Juni, in: StuW 1946, H. 1, S. 26.
12. Ebda., S. 24 ff.
13. Von den Splitterparteien trat nur noch die Offenbacher Arbeiter-Partei zur Wahl an.

14. Die Ergebnisse der Wahlen in Groß-Hessen ..., a.a.O., S. 24 ff.

Geht man von den absoluten Zahlen aus, verschiebt sich allerdings die Relation. Es wurden am 30. Juni 22877 Stimmen weniger abgegeben als bei den vorangegangenen Wahlen. Dennoch konnten die SPD 6407, die KPD 4079 und die LDP sogar 9609 Stimmen hinzugewinnen. Stimmenverluste mußten die CDU mit 2700 und die Splitterparteien mit 40272 hinnehmen. (Ebda.). Nur aufgrund der erheblich weniger abgegebenen Stimmen konnte die CDU prozentual noch einen Zuwachs verzeichnen.

15. Entgegen der Darstellung Beutlers, a.a.O., S. 141 Anm. 3, ist festzuhalten, daß die Verfber. LV nicht 89, sondern 90 Mitglieder und daß die SPD nicht 41, sondern 42 Sitze errungen hatte.
16. Vgl. dazu den Leitartikel von Walter Fisch in den Informationen der KPD v. 7, Juli 1946: Sozialistische Mehrheit.
17. Aufgrund einer Abgeordneten-Biographie im Archiv HLT lassen sich Aussagen über den beruflichen Werdegang, die Parteizugehörigkeit und -tätigkeit (jetzt und vor 1933), das Alter und über politische Verfolgungen der Abgeordneten im Dritten Reich machen. Aussagen über Zugehörigkeit oder enge Beziehungen zu Wirtschaftsverbänden sind nicht vorhanden; entsprechende Aussagen zu den Gewerkschaften liegen nur vor, wenn es sich um Abgeordnete in leitender gewerkschaftlicher Stellung gehandelt hat.

Die Biographie ist aber nur mit Vorbehalten zu benutzen. Zum einen handelt es sich um eigene Angaben der Abgeordneten, die - insbes. was ihre politische Vergangenheit vor und während des Dritten Reiches angeht - nicht immer korrekt sein dürften, und zum anderen ist die Biographie sehr ungenau geführt. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Erich Köhler, ist z.B. vergessen worden, ebenso der Landesvorsitzende der KPD, Walter Fisch. An Stelle von Fisch

ist Konrad v.d. Schmitt aufgeführt, der nach den Informationen der KPD v. 7. Juli 1946 und der offiziellen Liste der gewählten Mitglieder der Verfber. LV (in: Archiv HLT) nicht gewählt wurde. Schmitt rückte erst später für den erkrankten Fisch nach. (Vgl. dazu: Im Dienste des Volkes. Die Tätigkeit der KPD-Fraktion in der Verfassungsberatenden Landesversammlung, Frankfurt a.M. o.J. (1946), S. 3, Exemplar in: NB).

Bei mehreren Abgeordneten fehlen eindeutige Berufsangaben (ist z.B. ein "Landesprodukthändler" (Neff, SPD) ein Selbständiger oder ein Angestellter? Das gleiche gilt für Berufe wie z.B. "Journalist und Volksbildner" (Drott, SPD), "Chemiker" (Horst, CDU), oder es ist einfach als Beruf "Bürgermeister" angegeben, obwohl es sich aufgrund der Größe der Gemeinde lediglich um eine nebenberufliche Tätigkeit handeln kann (z.B. Bodenbender, SPD, in Salzböden; Lorenz, SPD, in Erzhausen; Dietz, KPD, in Wachenbuchen).

18. Regierungspräsidenten: Bergsträßer, Darmstadt; Nischalke, Wiesbaden.

Landräte: Arnoul, Offenbach; Knodt, Dillkreis; Rosenkranz, Alsfeld; Sauerwein, Hersfeld; Völker, Fritzlar.

Hauptamtliche Bürgermeister: Metzger, Darmstadt; Moosdorf, Bad Vilbel; Weidemann, Hofgeismar.

Hauptamtliche besoldete Stadträte: Nitsche, Kassel; Wittrock, Kassel.

19. Landräte: Beck, Hünfeld; Jansen, Schlüchtern; Schuster, Untertaunuskreis; Stieler, Fulda; Wagenbach, Main-Taunuskreis.

Hauptamtliche Bürgermeister: Günderoth, Lampertheim; Raabe, Fulda.

20. Bürgermeister Bleek, Marburg. Euler war nur bis Juli 1946 Landrat in Hersfeld, danach hauptberuflich Parteifunktionär.

21. V.d. Schmitt, der in der Abgeordneten-Biographie aufgeführt ist, war Oberschulrat. Er wird

aber hier nicht berücksichtigt, da sein Platz zunächst von Walter Fisch (Partei-funktionär) eingenommen wurde.

22. Vgl. dazu Anm. 17 dieses Kapitels.
23. Nach der Abgeordneten-Biographie hatte Rademacher sich vor 1945 politisch nicht betätigt.
24. Der Rückgriff aller Parteien auf Personen der Weimarer Zeit erklärte auch das hohe Durchschnittsalter der Abgeordneten. Es betrug bei der SPD 55 Jahre, bei CDU und LDP 53 und bei der KPD 45.

Von den 35 CDU-Abgeordneten hatten 9 (= ca. 25 %) berufliche Schwierigkeiten gehabt, 2 waren im KZ gewesen. (Raabe als Mitglied des Kreises um Goerdeler und Maria Sevenich als früheres Mitglied der KPD).

Von den 7 Abgeordneten der KPD hatten 6 während des Dritten Reiches illegal in Deutschland gearbeitet und konnten sich zum Teil nur durch rechtzeitige Flucht dem Zugriff des NS-Staates entziehen. 2 Abgeordnete waren wegen politischer Aktivitäten eingesperrt gewesen.

Kein LDP-Abgeordneter hatte in der nationalsozialistischen Zeit schwerwiegende berufliche Nachteile erlitten oder war sogar persönlich verfolgt worden. Lediglich Bleek wurde 1933 als Landrat in den einstweiligen Ruhestand versetzt, danach aber wieder bei verschiedenen Bezirksregierungen beschäftigt.
26. In der Abgeordneten-Biographie waren weder Mitgliedschaft noch enge Beziehungen zu Gewerkschaften - mit Ausnahme leitender Tätigkeit - einerseits und Wirtschaftsverbänden andererseits angegeben. Aufgrund fehlender Unterlagen aus dieser Zeit - viele werden auch verloren sein - lassen sich entsprechende

Verbindungen auch nicht mehr vollständig rekonstruieren, und über viele Beziehungen einzelner Parlamentarier zu bestimmten Industriegruppen werden auch kaum Auskünfte oder Unterlagen zu erhalten sein. Daher wird man sich darauf beschränken müssen, lediglich die allgemein bekannten und exponierten Vertreter beider Seiten zu nennen.

27. Bertsch, Die FDP ..., a.a.O., S. 190.
28. Entschliebung, angenommen auf dem 1. Hessischen Gewerkschaftskongreß ..., in: Niederschrift der Verhandlungen ..., a.a.O., S. 17 ff; die Entschliebung wurde als Sonderdruck an die Abgeordneten der Verfber. LV verteilt. (Exemplar in: Archiv HLT).
29. Ebda., S. 17.
30. Vgl. dazu Kap. F. II. 1. 1. Anm. 46.
31. Vgl. dazu die Denkschrift der Industrie- und Handelskammern: "Die Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen der amerikanisch besetzten Länder", a.a.O. und die "Entschliebung" des FGB Hessen, a.a.O.

Die Gewerkschaften haben während der Verhandlungen in der Verfber. LV keine weiteren Versuche unternommen, die Verfassungsberatungen - z.B. durch Massenaktionen - zu beeinflussen. Sie vertrauten ausschließlich auf ihre personelle Präsenz durch gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete in den einzelnen Parteien. Vgl. zum Verhalten der Gewerkschaften gegenüber den Verfassungsberatungen: Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 156 ff.
32. Ministerpräsident Geiler in der 1. Sitzung der Verfber. LV am 15. Juli 1946, in: Drucks. III, S. 6.
33. Hauptausschuß, Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft, kulturpolitischer Ausschuß, wirtschaftspolitischer Ausschuß, Wiederaufbauausschuß, sozialpolitischer Ausschuß, kommunalpolitischer Ausschuß, Finanz- und Haushaltsausschuß, Flüchtlingsausschuß. Liste der "Zusammensetzung der Arbeits-Ausschüsse" in: Archiv HLT.

34. Drucks. III a, S. 64.

35. Drucks. III a, S. 244. Es hatten vorher bereits einige nicht protokollierte Sitzungen stattgefunden. (Vgl. dazu Kap. F. II. 1. 2. 1. Anm. 79).

Die große Zahl der Ausschüsse (11) brachte für die beiden kleinen Fraktionen eine sehr starke Arbeitsbelastung mit sich. Beide hatten mit 6 bzw. 7 Abgeordneten 13 Ausschußsitze zu besetzen.

36. Brünneck, a.a.O., S. 223.

Vgl. dazu auch die Bitte des Präsidenten der Verfber. IV "für die Sitzungstage den Abgeordneten das Mittag- und Abendessen ohne Abgabe von Lebensmittelmarken zu verabfolgen", weil es ihnen nicht möglich sei, "neben der Versorgung ihrer Familie noch selbst Marken abzugeben für Einnahme von Essen auswärts." (Schreiben Wittes an die Hessische Staatskanzlei v. 3. August 1946, in: Archiv HStk, Nr. 3 a 02/03). Sie wurde vom zuständigen Staatssekretär abgelehnt, da die Staatskanzlei nicht über genügend Nahrungsmittel verfüge. (Schreiben Brills an Witte v. 9. August, in: Ebda.).

37. Kanka, in: Hallstein/Kanka/Walk, Gutachten des "Ausschuß zur Vorbereitung des Gesetzes nach Art. 41 Abs. 2 der Hessischen Verfassung", Frankfurt a.M. März 1947, S. 5. (maschinenschriftliches Exemplar in: NB).

Ende 1947 lagen die endgültigen Protokolle der Ausschußsitzungen immer noch nicht vor (die Plenums-Protokolle, = Drucks. III, erschienen noch 1946). In einem Schreiben des Landtagbüros an den früheren Vorsitzenden des VA, Bergsträßer, wurde dieser Zustand beklagt: "Die Verfassung ist nun bereits über ein Jahr in Kraft und es mehren sich bei mir die Anträge von Ministerien, Verbänden, Universitäten, Staatsrechtlern und Studenten (Doktoranden) auf Überlassung der Materialien zur Hessischen Verfassung. Es geht im Interesse des Ansehens des Hessischen Parlaments nicht an, daß ich auf diese Anträge dauernd einen

ablehnenden Bescheid ergehen lassen muß, weil das Protokoll (der Sitzungen des VA, d.V.) immer noch nicht fertiggestellt ist. (Schreiben des Landtagbüros an Bergsträßer v. 8. Dezember 1947, in: Archiv HLT). Die Ausschußprotokolle sind dann "erst nach Jahr und Tag auf Grund der Stenogramme rekonstruiert worden." (Brünneck, a.a.O., S. 223).

Auch der technische Apparat, der der Verfber. IV zur Verfügung stand, war ausgesprochen mangelhaft: "Es stand so gut wie keine einschlägige Literatur zur Verfügung; um die technischen Hilfsmittel der Arbeit im Parlament und den Ausschüssen war es denkbar schlecht bestellt; die Zeit für die Durcharbeitung und Anfertigung des Entwurfes war viel zu kurz bemessen; in der Landesversammlung saß kein einziger besonderer Kenner des Verfassungsrechtes; die Verfasser des Entwurfes hatten nicht die Zeit, bei bestimmten Sonderfragen die Ansicht und den Rat sachverständiger Fachleute zu hören." (Kanka, a.a.O., S. 6).

38. Die eigentlichen Verfassungsberatungen begannen erst mit der 2. Plenumsitzung am 5. August. (Drucks. III, S. 9 ff).
39. Drucks. I, Nr. 3 und 7. (Nr. 3 und 7 sind nicht im üblichen Druck erschienen, sondern lagen den Abgeordneten als Manuskript-Druck vor.).
40. Drucks. V, Nr. 2. (Drucks. V ist nicht im üblichen Druck erschienen, sondern die entsprechenden Schriftstücke wurden mit diesen Bezeichnungen handschriftlich versehen. Exemplare der Drucks. V-Schriftstücke in: Archiv HLT).
41. Die Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen der amerikanisch besetzten Länder, a.a.O. Diese Denkschrift ist in den Rang einer offiziellen Landtagsdrucksache erhoben worden (Drucks. V, Nr. 3), nicht aber die Gegen-Denkschrift der Gewerkschaften. Vgl. dazu auch Brünneck, a.a.O., S. 225 Anm. 78.

42. Die Stellungnahmen, die erst während der Beratungen in der Verfber. LV eintrafen, werden - entsprechend ihrer zeitlichen Reihenfolge - innerhalb der Kapitel, die sich mit den drei Lesungen der Verfassung beschäftigen, besprochen.
43. Zu den drei Lesungen der Verfassung liegen neben den Protokollen der Verfber. LV folgende Gesamtdarstellungen vor: Brünneck, Die Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946, a.a.O.; Caspary, Vom Werden der Verfassung in Hessen, a.a.O.

Vgl. ferner: Borosnjak, Der Kampf um Artikel 41 der Verfassung Hessens in den Jahren 1946/47, a.a.O.; Historical Report, July 1946 through December 1946. Hrsg. Office of Military Government for Greater Hesse (in: IfZ Fg 03/5); Freeman, Hesse, A New German State, Frankfurt a.M. 1948, S. 60 ff (Freeman schreibt allerdings z.T. wörtlich den in dieser Anmerkung aufgeführten Historical Report ab).

Im folgenden wird - entsprechend der Fragestellung dieser Arbeit - nur die Sozialisierungsdebatte der Verfber. LV verfolgt. Die Auseinandersetzungen über andere wirtschaftspolitische Fragen wie z.B. die der Mitbestimmung und die der Planung der Wirtschaft werden nur herangezogen, soweit es zum Verständnis der Sozialisierungsdebatte erforderlich ist.

Erwähnt sei noch, daß neben den Auseinandersetzungen um die Sozialisierung vor allem die Fragen der Mitbestimmung ausführlich des öfteren diskutiert worden sind. Vgl. dazu neben den in Drucks. III und Drucks. III a wiedergegebenen Verhandlungsprotokollen vor allem den Text des späteren Art. 37 HV und das nach heftigen Auseinandersetzungen am 26. Mai 1948 im Landtag verabschiedete Betriebsrätegesetz (GVBl 1948, S. 117 ff). Vgl. zum Betriebsrätegesetz: Engler, Kommentar zum Betriebsrätegesetz für das Land Hessen, Offenbach a.M. 1949 und den Entwurf eines Betriebsrätegesetzes (mit ausführlichen Erläuterungen) der KPD v. 18. Januar 1947. (in: IML I-10/26/4/3).

44. Drucks. III, S. 4 ff.

45. TB v. 15. Juli 1946.

46. Der Verfassungsausschuß der SPD trat am 30. Juli, 1. und 2. August zusammen (Protokolle in: NB) und besprach u.a. noch einmal die Forderungen der Partei zur Sozial- und Wirtschaftsverfassung. Willi Richter hatte - aufbauend auf dem Zinn/Arndt-Entwurf - einen Vorschlag zum "Sozial- und Wirtschaftsleben" erstellt (Richter, Das Sozial- und Wirtschaftsleben = 1. Richter-Entwurf, Exemplar in: NB).

Ein 2. von ihm vorgelegter Entwurf (Vorschläge zum Verfassungsentwurf, 3. Soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten = 2. Richter-Entwurf, Exemplar in: Archiv DGB) korrigierte und ergänzte seinen 1. Entwurf. Hier wurde - im Gegensatz zum Zinn/Arndt-Entwurf - auch eine Überführung der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Gemeineigentum gefordert.

Die Fraktion machte sich in der Sitzung vom 2. August die Auffassung des 2. Richter-Entwurfes zu eigen und bezog die chemische und pharmazeutische Industrie in den Sozialisierungskatalog mit ein. Diese Erweiterung bedeutete, daß ein Industriezweig mit mehr als 25000 Beschäftigten unter die Sozialisierungsbestimmungen fallen sollte. (Vgl. dazu: Die hessische Wirtschaft im Jahre 1946, in: StuW 1947, H. 1, S. 4; nach der dort angeführten Statistik waren in Hessen die meisten Beschäftigten in der chemischen Industrie tätig, dicht gefolgt von Maschinen- und Fahrzeugbau und der Lebensmittelherstellung; vgl. auch Borosnjak, a.a.O., S. 711).

Weitere inhaltliche Änderungen am Zinn/Arndt-Entwurf wurden - was die hier interessierenden Fragen betrifft - nicht vorgenommen.

Die CDU-Fraktion arbeitete in der Zeit zwischen den beiden Sitzungen den privaten - wenn auch mit Billigung und Unterstützung der CDU-Führung erstellten - Königsteiner Entwurf zum offiziellen Wiesbadener Entwurf

um (vgl. Kap. E. II. 1.; Brünneck, a.a.O., S. 221).

Im Auftrag der LDP-Fraktion erstellte Euler in dieser Zeit den "Entwurf einer Verfassung für Hessen", der dann am 5. August dem Plenum der Verfber. LV überreicht wurde (vgl. Kap. E. IV. 1.).

Die KPD hatte bis zum 5. August weder einen eigenen Entwurf noch eine Überarbeitung ihrer bisherigen Stellungnahmen vorgelegt.

47. Drucks. III, S. 9 ff.

48. Drucks. III, S. 12; die Rede ist auch abgedruckt in der Broschüre: Knothe/Bergsträßer/Stock, Im Kampf für eine neue Verfassung. ProgrammatISChe Reden, Frankfurt a.M. 1946, S. 2 ff.

Die Forderungen der SPD wurden durch Resolutionen der Gewerkschaften unterstützt. In nahezu gleichlautenden Erklärungen forderten Funktionäre und Betriebsräte die Abgeordneten der Verfber. LV auf, "eine wirkliche lebendige Wirtschaftsdemokratie" zu schaffen. (Schreiben verschiedener FGB-Bezirke v. Juli 1946 in: Archiv HLT).

49. Drucks. III, S. 15.

50. Drucks. III, S. 18.

51. Drucks. III, S. 22.

52. Drucks. III, S. 23; die Rede ist auch als Broschüre erschienen: Was nicht wahr ist, baut nicht. Rede von Leo Bauer, o.O. o.J. (1946), Exemplar in: IML I-10/26/6/2.

53. An der Spitze der Macht hätten nicht Großkapitalisten gestanden, sondern "Anstreicher und Eisenbahnarbeiter ..., die menschlichen Leidenschaften und Lasten erlagen." (Drucks. III, S. 27).

Vgl. auch zur Kritik der Euler-Rede die FR v. 6. August: "Der letzte Sprecher, Abg. Euler

(LDP), erregte durch sein Eingehen auf viele Detailfragen und seine Darlegungen über das Aufkommen des Nationalsozialismus und den Persönlichkeitswert in der Politik und bei den Wahlen viel Widerspruch im Haus. ... Vieles von dem, was Abgeordneter Euler grundsätzlich sagte, ging in der Unwilligkeit der linken Seite des Hauses unter, so daß der Standpunkt seiner Fraktion zu manchen Fragen nicht deutlich wurde."

54. Drucks. III, S. 33 ff.

55. Knappstein, Die Stunde der Sozialreform, a.a.O.

56. Drucks. III, S. 36.

Bergsträßer hatte am 1. August eine Unterredung mit Sam Wahrhaftig von der amerikanischen Militärregierung gehabt. In seinem Gedächtnisprotokoll des Gespräches hieß es: "Wahrhaftig sprach dann davon, daß es wohl wünschenswert sei, daß SPD und CDU die Verfassung zusammen machen. Die KPD werde sich in Bezug auf die Verfassung der Verantwortung entziehen und auch wenn sie das nicht tue, sei die Basis zu klein für das Referendum." Bergsträßer selbst hielt eine Einigung zwischen SPD und CDU für möglich: "Ebenso glaube ich, daß für die Sozialisierung eine Mehrheit mit der CDU zu erreichen sei, da in dieser Partei auch eine Reihe von Leuten sich deutlich für die Sozialisierung ausgesprochen hätten. (Protokoll in TB, S. 81 b).

57. Drucks. III, S. 41.

58. Drucks. III, S. 41 ff; Krüger, Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, ein Verfassungsgrundrecht, a.a.O.

59. Drucks. III, S. 45.

60. Drucks. III a, S. 89 ff.

61. Drucks. III a, S. 94 ff.

62. Drucks. III a, S. 97 ff.

Ursprünglich war geplant gewesen, die

Grundrechte mit den parallel arbeitenden Verfassungsberatenden Landesversammlungen in Stuttgart und München abzusprechen. Da die Grundrechte aber nach Ansicht der Militärregierung "nur dem Inhalt, nicht auch der Form nach übereinzustimmen hätten", wurde die geplante gemeinsame Tagung der Verfassungsausschüsse "im Hinblick auf die ohnehin sehr knapp bemessene Frist für die Schaffung der neuen Verfassungen" fallengelassen. (Vgl. das Schreiben Bergsträbers als Vorsitzender des hessischen VA an die Präsidenten der Verfassungsberatenden Landesversammlungen in München und Stuttgart v. 16. August und das Antwortschreiben aus Stuttgart v. 21. August; beide Schreiben in: Archiv HLT).

Auch zu anderen Verfassungsfragen ist es aus Zeitgründen zu keiner gemeinsamen Tagung von Vertretern der drei Länder der amerikanischen Zone gekommen.

63. Drucks. III a, S. 117 ff.

Zu Beginn der 5. Sitzung wurde zunächst Klarheit über das Ziel der Verfassungsberatungen erreicht. Anlaß zu dieser - nicht protokollierten (vgl. Drucks. III a, S. 114) - Grundsatzdebatte war ein - laut TB v. 20. August von Noack verfaßter - Artikel in der Frankfurter Neuen Presse v. 19. August (Um die Verfassung Hessens. Der Königsteiner Entwurf. Eine Verlautbarung der CDU), in dem auf die Möglichkeit hingewiesen worden war, "daß die CDU mit einem eigenen Verfassungsentwurf im November sich an das Volk von Hessen wenden würde", falls die CDU dem in der Verfber. LV ausgehandelten Entwurf nicht zustimmen könnte.

Nach einer Aussprache im VA wurde als "Amtliches Communiqué" verabschiedet, "daß er (der Artikel in der Frankfurter Neuen Presse, d.V.) weder eine Verlautbarung der Landesleitung noch der Fraktion der CDU ist. Im übrigen sind die im Verfassungsausschuß vertretenen vier Fraktionen der Auffassung, daß die Abstimmung am 3. 11. 46. (dem ursprünglich vorgesehenen Termin der Volksabstimmung über die

Verfassung, d.V.) nur auf das 'Ja' oder 'Nein' zu einem von der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen beschlossenen Entwurf abgestellt ist. Jede Partei, die diesem Entwurf nicht zustimmt, behält sich vor, für seine Ablehnung einzutreten." (Amtliches Kommuniqué über die Sitzung des Verfassungsausschusses der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen in der Zeit vom 20. bis 21. 8. 46, Exemplar in: NB). Vgl. dazu auch den Leitartikel in der FR v. 23. August "Verfassungen im Werden" von Wilhelm Karl Gerst.

64. Exemplare aller Verfassungsvorschläge in: NB; sie sind auch auszugsweise bei Caspary, a.a.O., S. 25 ff, wiedergegeben.

SPD: "Verfassungsfragen. Das Sozial- und Wirtschaftsleben."

Der Verfassungsvorschlag entsprach der vom Verfassungsausschuß der SPD am 2. August verabschiedeten 2. Fassung des Richter-Entwurfs (vgl. Anm. 46 dieses Kapitels). Die einzige Änderung war, daß die "Baustoffindustrie" noch mit in den Sozialisierungskatalog aufgenommen worden war.

CDU: "III. Sozial- und Wirtschaftsordnung".

Der Verfassungsvorschlag ging vom HE aus:

Art. 17: "Das Recht auf Eigentum wird gewährleistet. Jedermann ist berechtigt, Eigentum zu erwerben. ..."

Art. 30: "Das Eigentum an Betrieben, die den Anreiz zum Monopolkapitalismus in sich verkörpern, wird der Aufsicht der Allgemeinheit unterstellt. Diese Betriebe sind diejenigen der Erzeugung von Gas, Wasser und Elektrizität, der Eisenbahn und der Post, der Erzeugung von Kohlen, Eisen und Metallen, der Großbanken und des Versicherungsgewerbes."

Art. 31: "wird gestrichen". (Generalklausel im HE, die die Sozialisierung bei Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vorsah; vgl. Kap. D. II. 4. 3.).

KPD: "Das Sozial- und Wirtschaftsleben".

Der Verfassungsvorschlag ging vom HE aus:

Art. 29: "Das Privateigentum wird garantiert. Jedem sollen die Früchte seiner Arbeit, seines Fleißes und seiner Sparsamkeit sein, und er darf darüber frei verfügen, doch darf das Privateigentum auf keinen Fall zum Schaden anderer Menschen oder der Gesamtheit mißbraucht werden. ..."

Art. 30: "Jedes Monopol, jedes Kartell, jeder Trust oder jede irgendwie anders geartete wirtschaftliche Konzentration ist untersagt."

Art. 31: "Bodenschätze aller Art, die Unternehmen des Bergbaues, die chemische Großindustrie, die gesamte Schwerindustrie, alle Elektrizität-, Gas- und Wasserwerke, die Verkehrsmittel der Eisenbahn und Schifffahrt, die Post und der Rundfunk, alle Versicherungsgesellschaften, alle Kreditinstitute, der Grundbesitz über 100 ha, müssen zum Wohle des Volkes enteignet und in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden. Darüberhinaus müssen alle Vermögen und Unternehmen, die dem Wohle des Volkes schaden, in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden.

Das Nähere wird durch Gesetz geregelt."

LDP: "Sozial- und wirtschaftspolitische Rechte und Pflichten".

Der Verfassungsvorschlag war identisch mit dem entsprechenden Abschnitt des Euler'schen Verfassungsentwurfes (vgl. Kap. E. IV. 3.).

Die Wiedergabe dieser Artikel bei Caspary, a.a.O., S. 34 ff, ist z.T. ungenau. Es fehlen einzelne Worte bzw. werden frei ergänzt. Sinnentstellend ist aber, daß der letzte Satz des 1. Absatzes von Art. 31 des KPD-Vorschlages weggelassen worden ist.

65. Drucks. III a, S. 126 ff.

66. Drucks. III a, S. 126 f, 128 f, 129 f.

67. Vgl. Kap. E. II. 3.

68. Drucks. III, S. 18; vgl. auch Art. 30 des CDU-Verfassungsvorschlags (Anm. 64 dieses Kapitels).
69. Drucks. III a, S. 128.
70. Drucks. III a, S. 132.
71. Caspary, Drucks. III a, S. 131.
72. Bauer, Drucks. III a, S. 133.
73. Ebda.
74. Drucks. III a, S. 133.
75. Vgl. dazu auch Caspary, a.a.O., S. 36.
76. Die LDP meinte sogar, daß das Problem gar nicht relevant sei: "Ist es denn überhaupt erforderlich, jetzt schon Vorsorge zu treffen, daß Machtpositionen wirtschaftlicher Art ausgeschaltet werden? Das würde ja voraussetzen, daß es solche Machtpositionen gibt. Sie gibt es aber gar nicht mehr." (Euler, Drucks. III a, S. 135).
77. Es handelte sich um die Fraktionsobleute im VA: Caspary, Köhler, Bauer und Euler (Caspary, a.a.O., S. 42).
78. Caspary, a.a.O., S. 42 f.
79. Der VA beschäftigte sich erst in seiner 10. Sitzung, am 17. September, wieder mit der Wirtschaftsverfassung. In der Zwischenzeit trat er nur zweimal zusammen: Am 30. August und zu einer öffentlichen Sitzung am 5. September. (Drucks. III a, S. 144 ff, 146 ff).
Die erste protokollierte Sitzung des Siebener-Ausschusses fand am 4. September statt. (Drucks. III a, S. 244 ff). Es liegen aber Hinweise bzw. Beschlußprotokolle auf Sitzungen v. 23. August (TB v. 23. August), 27. August (TB v. 27. August, Protokoll der Vor- und Nachmittagssitzung im Archiv HLT und im NB) und 3. September (TB v. 3. September) vor.

80. Handschriftlicher Vermerk des Datums auf dem Exemplar des Entwurfes, das sich im NB befindet.

81. CDU: "III. Sozial- und Wirtschaftsordnung".

"Anstelle der Artikel 30 und 31 Hessischer Entwurf folgende Artikel:

Art. a: ...

Art. b: ...

Art. c: Nach Inkrafttreten dieser Verfassung werden

Abs. 1: in Gemeineigentum überführt: der Bergbau, die Betriebe der Eisen- und Stahl-erzeugung und die Betriebe der Energiewirtschaft.

Abs. 2: vom Staat nach Art. a Abs. 2 (Vermögen, das die Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht in sich birgt, d.V.) beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und die Versicherungsunternehmen."

Vgl. auch den vollständigen Abdruck der an Stelle von Art. 30 und 31 HE vorgeschlagenen Artikel bei Caspary, a.a.O., S. 37 f. Caspary sind bei der Wiedergabe des Textes allerdings folgende sinnentstellende Fehler unterlaufen: Art. b Abs. 1 muß heißen: "Gemeineigentum ist das Eigentum, das entweder der (Caspary: durch) öffentlichen Hand ... oder Anstalt des öffentlichen Rechts (Caspary: Amtsstellen) ..."

Art. c: "Nach Inkrafttreten dieser Verfassung werden ..." (das an dieser Stelle bei Caspary angefügte "nach Artikel a) Abs. 2" verkehrt den Sinn des Artikels in sein Gegenteil).

82. Fraktion der CDU. Parteiinterne Erklärung, Exemplar in: PSt, Bd. II, Nr. 12.

Vgl. auch TB v. 27. August: "Behandelt wurden (im Siebener-Ausschuß, d.V.) Grundrechte, soziales Leben und Wirtschaft. Dr. Köhler wollte nachmittags Schule behandeln, weil er offenbar wirtschaftliche Konzessionen, die er machte, gegen Schulkonzessionen der SPD aus-handeln wollte, ein Ausdruck, den er selbst gebrauchte."

83. Die Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen der amerikanisch besetzten Länder, a.a.O.
84. In einer Pressekonferenz des VA im Anschluß an die Sitzung v. 30. August fragte ein Vertreter der FR, ob die Denkschrift der Industrie- und Handelskammern Einfluß auf die Arbeiten am wirtschaftspolitischen Teil der Verfassung gehabt hätten. Er wies dabei insbesondere darauf hin, daß "in der Leitung der Industrie- und Handelskammern (...) sich Persönlichkeiten von großem politischen Einfluß (befinden), so ist z.B. der Hauptgeschäftsführer der Kammer in Frankfurt gleichzeitig Landesvorsitzender der CDU und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Groß-Hessen. Er vereinigt also auf sich eine Ämterfülle, sowohl in der Leitung der Wirtschaft als auch in der Leitung der Regierungsgeschäfte, die schon mehrmals zu der Überlegung führte, ob eine so enge Verflechtung maßgeblicher Wirtschaftsleitung mit Regierungsfunktionen gut und nützlich ist, zum mindesten auf die Dauer gesehen."

Ein Einfluß der Denkschrift, die in breiten Kreisen der Öffentlichkeit und bei SPD und KPD auf einhellige Ablehnung gestoßen war, auf die Verhandlungen in der Verfber. LV wurde von den Vertretern von SPD, CDU und KPD verneint. (Soll man auf den sozialen Fortschritt verzichten, weil es Reaktionäre gibt? Diskussion über eine Denkschrift der Industrie- und Handelskammern im hessischen Verfassungsausschuß, in: FR v. 3. September).

In der nächsten Pressekonferenz ließ Hilpert lediglich erklären, daß er nicht an der Denkschrift mitgearbeitet habe. "Es ist aus der Erklärung des Herrn Dr. Hilpert nicht zu erkennen, ob er sie billigt oder ob er mit den einzelnen Forderungen und der antisozialen Tendenz dieser Denkschrift einiggeht oder ob er sie mißbilligt. ... Abg. Euler (LDP) legt Wert darauf festzustellen, daß seine Fraktion, abgesehen von einigen Einzelheiten, den in der Denkschrift der Industrie- und Handelskammern niedergelegten Standpunkt teilt." (Dr. Hilpert und die Wirtschafts-Denkschrift, in: FR v. 6. September).

85. Vgl. den Verfassungsvorschlag der CDU v. 27. August, Art. b Abs. 2, abgedruckt bei Caspary, a.a.O., S. 37.
86. Drucks. III a, S. 244.
87. Drucks. III a, S. 251.
88. Drucks. III a, S. 252.
89. Drucks. III a, S. 279.
90. Drucks. III a, S. 249 f; vgl. auch den Verfassungsvorschlag der CDU v. 27. August, Art. a, abgedruckt bei Caspary, a.a.O., S. 37.
91. Caspary, Drucks. III a, S. 254.
92. Kanka, Drucks. III a, S. 254.
93. Caspary, Drucks. III a, S. 255.
94. Drucks III a, S. 278 f; der Vorrang des Gemeineigentums spielte auch bei Art. 37 eine wichtige Rolle. (Vgl. dazu die folgenden Seiten).
95. Drucks. III a, S. 253.
96. Drucks. III a, S. 258.
97. Die Probleme der Filmindustrie sollten in einem anderen Abschnitt der Verfassung behandelt werden, der sich mit dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht bei der öffentlichen Meinungsbildung befaßte (Drucks. III a, S. 259).
98. Caspary hatte bereits erklärt, daß "die normalen chemisch-pharmazeutischen Betriebe" nicht unter die Sozialisierung fallen sollten. "Gemeint sind die großen Konzerne: I.G. Farben, Merck usw." (Drucks. III a, S. 260).
Bezüglich der I.G. Farben wurde festgestellt, daß sie zwar grundsätzlich unter die Sofortsozialisierung fallen sollten, daß aber mit Rücksicht auf amerikanische Bestimmungen

auf die Regelung dieser Frage in der Verfassung verzichtet werden sollte. (Drucks. III a, S. 260).

Die grundlegende Regelung der Eigentumsverhältnisse am I.G. Farben-Konzern war durch das Gesetz Nr. 52 der amerikanischen Militärregierung v. 14. Juli 1945 erfolgt. (Sperrung und Kontrolle von Vermögen, in: Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Amerikanische Zone, Ausgabe A, v. 1. Juni 1946, S. 24 ff).

In der "Allgemeinen Anordnung Nr. 2" zu diesem Gesetz hieß es:

"1. Das gesamte Vermögen innerhalb der Amerikanischen Zone in Deutschland, welches mittelbar oder unmittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle der I.G. Farbenindustrie A.G. ... steht, wird hiermit ... als der Besitzergreifung, Leitung und Kontrolle der Militärregierung unterliegend erklärt." (Ebda, S. 31 f; vgl. dazu auch das Gesetz Nr. 9 des Kontrollrats v. 3. November 1945. (Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I.G. Farbenindustrie, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland v. 30. November 1945)).

Als Ersatz für die z. Zt. nicht mögliche Sozialisierung sollte eine entsprechende Entschliebung, die die Sozialisierung der I.G. Farben für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht nahm, von der Verfber. LV verabschiedet werden. Die Entschliebung wurde von der SPD in der 4. Sitzung der Verfber. LV, am 19. September, eingebracht (vgl. den Text in: Drucks. I, Nr. 48 und Drucks. III, S. 119), grundsätzlich angenommen und zur weiteren Bearbeitung an den VA verwiesen (Drucks. III, S. 122).

Der VA behandelte die Entschliebung am 1. Oktober (Drucks. III a, S. 235), der weitere Weg blieb unklar. Nach einer handschriftlichen Notiz im Drucks.-I-Exemplar im Archiv HLT wurde die Empfehlung am 4. Oktober an den Ministerpräsidenten weitergeleitet. Dieser antwortete dem VA am 28. November und am 20. Dezember kam die Entschliebung wieder zur SPD zurück, vermutlich weil die amerikanische

Besatzungsmacht ihre eigenen Pläne hinsichtlich der Entflechtung und damit auch der Eigentumsverhältnisse des I.G. Farben-Konzerns hatte.

99. Drucks. III a, S. 261.

100. Euler, Drucks. III a, S. 261.

101. Drucks. III a, S. 279; vgl. auch das Beschlußprotokoll des Siebener-Ausschusses v. 12. September, in: NB.

Die übrigen Artikel, die die zukünftige Eigentumsverfassung betrafen und von allen vier Parteien angenommen wurden, hatten folgenden Wortlaut:

Art. 36: "Gemeineigentum ist Eigentum des Volkes. Die Verfügung über dieses Eigentum und seine Verwaltung soll nach näherer gesetzlicher Bestimmung solchen Rechtsträgern zustehen, welche die Gewähr dafür bieten, daß das Eigentum ausschließlich dem Wohle des ganzen Volkes dient und Machtzusammenballungen vermieden werden."

Art. 39: "(1.) Selbständige Klein- und Mittelbetriebe in Landwirtschaft, Gewerbe, Handwerk und Handel sind durch Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und besonders vor Überlastung und Aufsaugung zu schützen.
(2.) Zu diesem Zweck ist die genossenschaftliche Selbsthilfe auszubauen."

Art. 40: "(1.) Das Privateigentum wird gewährleistet. Jeder ist berechtigt, auf Grund der Gesetze Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen.
(2.) (Gemeinwohlklausel und "klassische Enteignung").
(3.) (Gewährleistung des Erbrechts)."

Die Artikel sind abgedruckt in Drucks. III a, S. 279.

Die Wirtschafts- und Sozialordnung, wie sie der Siebener-Ausschuß am 12. September verabschiedet hat, liegt auch in einem maschinenschriftlich vervielfältigten

Manuskript vor: "Formulierung des Abschnittes III des ersten Hauptteils der Verfassung für Hessen, vorgelegt vom Siebener-Ausschuß", in: Nachlaß Stock (im folgenden: NSt), Nr. 10 im Staatsarchiv Darmstadt.

102. Die Verhandlungen um eine neue Wirtschaftsverfassung waren mit dem Kompromiß keineswegs auch nur vorläufig beendet. Auch außerhalb der Verfber. LV diskutierten die Parteien weiter. Die FR lud z.B. am 12. September Vertreter der vier Parteien, der Industri- und Handelskammern, der Gewerkschaften und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu einer Diskussion über die künftige Wirtschaftsordnung ein, bei der die Parteien durchaus unterschiedliche Standpunkte einnahmen. (Umbau der Industrie- und Handelskammern gefordert, in: FR v. 13. September).
103. Vgl. auch zu den Verhandlungen im Siebener-Ausschuß: Caspary, a.a.O., S. 44 ff und die sehr knappe Darstellung bei Brünneck, a.a.O., S. 227 f.

Nach der Direktive vom 4. Februar hatte die Verfber. LV die Aufgabe, "einen Entwurf der Landesverfassung am oder vor dem 15. September fertigzustellen." (Vgl. Kap. F. I. 1.). Da dieser Termin unmöglich einzuhalten war, hatte die Verfber. LV um Verlängerung er sucht, die mit Schreiben der Militärregierung an die Landesregierung vom 16. September gewährt wurde. In diesem Schreiben wurden folgende neue Termine festgesetzt:

"3. Bis spätestens 30. September 1946 wird der vollständige Entwurf der Landesverfassung, so wie er von der Verfassungsgebenden Landesversammlung vorbereitet wurde, der Zivilverwaltungsdivision der Militärregierung für Groß-Hessen überreicht, die sie der Amerikanischen Militärregierung für Deutschland (OMGUS) zu Händen der Zivilverwaltungsdivision zur Überprüfung weiterleiten wird.

4. Die Amerikanische Militärregierung für Deutschland (OMGUS) wird bis spätestens

10. Oktober 1946 die Überprüfung der Verfassungen beenden und sie dann den Verfassunggebenden Landesversammlungen zur endgültigen Verabschiedung übersenden.

5. Die endgültige Verabschiedung der Verfassungen durch die Verfassunggebenden Versammlungen wird bis spätestens 19. Oktober 1946 erfolgen.

6. Die Verfassunggebende Landesversammlung wird den Tag bestimmen, an dem der Volksentscheid (das Plebiszit) stattfinden soll. Spätester Termin ist der 8. Dezember 1946.

7. Die Wahl des Landtages wird an demselben Tage stattfinden, an dem der Volksentscheid herbeigeführt wird."

(Schreiben in: Archiv HLT).

104. Drucks. III a, S. 157 f.

105. Caspary, Drucks. III a, S. 158.

106. Art. 33: "Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohl des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen...." (Text nach Drucks. III a, S. 163).

107. Drucks. III a, S. 164. Aufgrund eines späteren SPD-Antrages lautete der Zusatz in der endgültigen Fassung des vom VA vorgelegten Entwurfs: "Ihre gemeinwirtschaftliche Gestaltung ist zu fördern." Auch diese Formulierung wurde von CDU und LDP abgelehnt, aber mit der SPD/KPD-Mehrheit im VA verabschiedet. (Vgl. Drucks. III a, S. 206).

108. Köhler, Drucks. III a, S. 164.

109. Ebda.

110. TB v. 23. - 28. September.

111. Die "Zweite Kammer" sollte ein weiteres - neben dem Landtag - an der Gesetzgebung beteiligtes Verfassungsorgan sein. Vgl. dazu die kurze Zusammenfassung der Diskussion in der Verfber. LV und die Kritik vor allem an der vorgeschlagenen politischen

Zusammensetzung der "Zweiten Kammer", die eine Stärkung der Unternehmer und eine Schwächung der Gewerkschaften bedeutete, bei Caspary, a.a.O., S. 7 ff.

112. Drucks. III a, S. 166.

113. TB v. 23. - 28. September.

114. Drucks. III a, S. 208.

115. CDU: "Wir beantragen die Abänderung der ersten Zeile (des Art. 37, d.V.), die wie folgt lauten soll: 'Nach Maßgabe besonderer Gesetze werden.' " (Drucks. III a, S. 208).

LDP: "Namens meiner Fraktion stelle ich den Antrag, den Artikel (37, d.V.) zu streichen, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Die Sozialisierung kann nicht im Ländermaßstab vorgenommen werden.

Zweitens: Der Inhalt des Artikels 37 widerspricht der allgemeinen Formel des Artikels 35 (da es sich nach Auffassung der LDP ausschließlich um Mittelbetriebe handelte, die sozialisiert werden sollten, d.V.).

Drittens: Eine Verfassung ist kein Sozialisierungsgesetz." (Drucks. III a, S. 208).

116. Drucks. III a, S. 206 ff.

Die für diese Arbeit relevanten Artikel des 3. Abschnittes entsprachen - bis auf die angeführten Änderungen - den am 12. September im Siebener-Ausschuß angenommenen Artikeln. Vgl. dazu den Text des vom VA mit Mehrheit verabschiedeten Entwurfs (im folgenden: EVA) in Drucks. III a, S. 8 ff, bei dem allerdings in Art. 31 c Abs. 1 der Zusatz ver-gessen worden ist "... und die Bildung hierzu geeigneter Unternehmervereinigungen". (Vgl. Drucks. III a, S. 207, Drucks. III, S. 145).

In Anpassung an den HE, der für den I. bis III. Abschnitt der Verfassung nur 31 Artikel vorsah, wurden die neuen zusätzlichen Artikel noch vor der 2. Lesung der Verfassung mit neuen Bezeichnungen versehen. Art. 37 entsprach jetzt z.B. Art. 31 e.

Die KPD beurteilte das im VA erzielte Verhandlungsergebnis folgendermaßen:

"Dieser Entwurf ist im wesentlichen das Produkt einer engen Zusammenarbeit (der, d.V.) SPD- und KPD-Fraktion, die äußerlich u.a. darin zum Ausdruck kam, daß zuletzt wiederholt gemeinsame Fraktionssitzungen stattfanden, und daß in allen entscheidenden Punkten oder in solchen, in denen Meinungsverschiedenheiten zu erwarten waren, eine vorherige Verständigung erfolgte. Man kann sagen, daß in einer Reihe von wichtigen Fragen die SPD sich unserer Initiative angeschlossen hat. Es war auf Grund dieser engen Zusammenarbeit der Linksmehrheit im Ausschuß wiederholt möglich, die CDU zu Rückzügen zu veranlassen. In vielen Punkten kam es zu einer einheitlichen Stellungnahme aller vier Parteien, in zahlreichen entscheidenden Fragen aber wurde der beschlossene Text durch Kampfabstimmung(en) erzielt, in denen die linke Mehrheit sich durchsetzte. Der vorliegende Text ist also zu einem großen Teil der Text der linken Mehrheit. Dies trifft insbesondere zu für den Abschnitt III (soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten). ..." (Schreiben der hessischen KPD-Landesleitung (Walter Fisch) an die württemberg-badische KPD-Landesleitung (Leibbrand) v. 30. September 1946, in: Bestand B 118 (KPD), Nr. 44.

117. Darunter wurde ein Organisationsstatut verstanden, das lediglich formelle Verfassungsfragen regelte, inhaltliche - zwischen den Parteien kontroverse - Fragen wie z.B. Schule und Erziehung, Staat und Kirche, Wirtschafts- und Sozialverfassung aber ausließ.
118. Drucks. III a, S. 222 ff. Bereits in der 13. Sitzung des VA, am 25. September, war die Schaffung eines Staatsgrundgesetzes diskutiert worden, nachdem die LDP die gemeinsame Grundlage vom 12. September aufgekündigt hatte (Drucks. III a, S. 184).

Euler hatte am 25. September eine "Gemeinsame Erklärung der 4 Parteien zum

Staatsgrundgesetz" entworfen, in dem er vorschlug, lediglich folgende Fragen zu regeln:

- die Freiheiten demokratischer Menschen
- die Spielregeln über den Wettstreit der Parteien
- den Aufbau der Staatsgewalt nach dem Gewaltenteilungsprinzip
- die Sicherungen zum Schutze der Demokratie. (Exemplar in: NB).

119. Drucks. III a, S. 222 ff.

120. Vgl. dazu den Wiesbadener Entwurf der CDU und den von Euler für die LDP aufgestellten "Entwurf einer Verfassung für Hessen".

121. Vgl. dazu den Zinn/Arndt-Entwurf und den Aufsatz Keils, Wirtschaftliche Grundsätze.

122. Caspary, a.a.O., S. 53.

123. Ebda., S. 5 f.

124. Die Frist zur Ablieferung des Verfassungsentwurfes lief am 30. September ab (vgl. das Schreiben der Militärregierung v. 16. September, a.a.O.) wurde dann aber bis zum 2. Oktober, dem letzten Tag der 5. Plenums-Sitzung, verlängert.

125. Antrag der SPD-Fraktion (Drucks. I Nr. 73; erwähnt werden hier und im folgenden nur inhaltliche Abänderungsanträge):

Art. 31 Abs. 2 EVA: "Das Streikrecht wird anerkannt. Das Nähere bestimmt das Gesetz."
SPD-Antrag: Satz 2 wird gestrichen.

Art. 31 e Abs. 1 EVA: "Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. ...

2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen."

SPD-Antrag: In Ziffer 2 ist anzufügen: "Das-selbe gilt für diejenigen Betriebe, die gemäß Ziffer 1 in Gemeineigentum überführt werden und deren Geschäftsleitung sich außerhalb Hessens befindet."

Antrag der KPD-Fraktion (Drucks. I Nr. 72):

Der Antrag zu Art. 31 e Abs. 1 Ziffer 2 deckt sich inhaltlich mit dem Antrag der SPD (s.o.).

126. Anträge der CDU-Fraktion (Drucks. I Nr. 58 und 61):

Zwischen den Abschnitten I. (Gleichheit und Freiheit) und III. (Sozial- und Wirtschaftsordnung) sollte ein neuer Abschnitt eingefügt werden, der das Eigentum garantierte:

"1. Das Eigentum wird gewährleistet, soweit nicht diese Verfassung Beschränkungen vorsieht. Jeder ist berechtigt, auf Grund der Gesetze Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen.

2. ...

3. ..."

Der Abschnitt III. sollte durch neue Formulierungen ersetzt werden. Im Vergleich zum EVA enthielt der CDU-Entwurf folgende inhaltliche Änderungen:

Art. 31 b EVA: "Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Ihre gemeinwirtschaftliche Gestaltung ist zu fördern. ..."

CDU-Entwurf (Art. m): Der 2. Satz ist gestrichen.

Art. 31 c EVA: "Jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit - insbesondere zum Ausbau monopolistischer Machtzusammenballungen und zur Erlangung politischer Macht - seitens einzelner Unternehmer oder Unternehmervereinigungen und die Bildung hierzu geeigneter Unternehmervereinigungen ist untersagt."

CDU-Entwurf (Art. o): Der Satzteil "seitens einzelner Unternehmer - ... geeigneter Unternehmervereinigungen" ist gestrichen.

Art. 31 e EVA: "Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum übergeführt: ... die Betriebe ... der chemischen Großindustrie..."

CDU-Entwurf (Art. q): "Nach Maßgabe besonderer Gesetze sollen alsbald
1. in Gemeineigentum übergeführt werden: ...
(die Betriebe der chemischen Großindustrie sind aus dem Katalog herausgenommen worden)."

Antrag der LDP-Fraktion (Drucks. I Nr. 67):

In Art. 31 b sind - wie bei dem CDU-Antrag -
der Satz "Ihre gemeinwirtschaftliche Gestaltung ist zu fördern" und in Art. 31 c
der Satzteil "seitens einzelner Unternehmer ...
geeignete Unternehmervereinigungen" gestrichen.

Art. 31 e (Sofortsozialisierung) ist vollständig herausgenommen worden.

127. Stein/Kanka, Verfassungsgrundgesetz für das Land Hessen (sog. Vollradser Entwurf, da auf dem Schloß Vollrads ausgearbeitet, Exemplar in: Archiv HLT).

Der Entwurf enthielt keinerlei Bestimmungen über die Sozial- und Wirtschaftsordnung, sah aber in Art. 80 vor, daß eine grundsätzliche Regelung des 3. Abschnitts später durch Verfassungsgesetze erfolgen sollte, die vom Volk durch Abstimmung angenommen werden müßten. (Vgl. dazu auch Brünneck, a.a.O., S. 231).

Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den VA überwiesen (Drucks. III, S. 133), hat dann aber wegen des Verfassungskompromisses zwischen SPD und CDU keine weitere Rolle mehr gespielt.

128. TB v. 23. - 28. September.

129. Drucks. III, S. 134 f.

130. Drucks. III, S. 135 ff.

131. Drucks. III, S. 138 ff.

132. TB v. 29. September.

133. TB v. 30. September; vgl. auch Caspary, a.a.O., S. 55.

Das Protokoll der o.a. Sitzung v. 30. September gibt unter Punkt I lediglich den

Wortlaut des Kompromisses wieder (vgl. Drucks. I Nr. 81 und 82). Über die Verhandlungen, die zu dem Kompromiß geführt haben, liegen keinerlei schriftliche Notizen vor.

Am Schluß des Protokolls heißt es unter Punkt II: "Die Fraktionen der SPD und CDU werden der Verfassung in der durch diese Abänderungsanträge bestimmten Form zustimmen und sich beim Volk für die Annahme der Verfassung einsetzen" und unter Punkt III: "Diese Vereinbarung tritt nach Zustimmung der beiderseitigen Gesamtfractionen in Kraft. Die Zustimmung kann nur für die Vereinbarung als ganzes erteilt oder versagt werden." ("Zwischen den Fraktionen der SPD und der CDU wurde heute folgendes vereinbart", Protokoll der Sitzung v. 30. September, in: NST, Nr. 10).

134. Der Text des Verfassungskompromisses wird im folgenden nicht nach dem Protokoll v. 30. September zitiert, sondern nach der endgültigen ausformulierten Fassung, wie sie in Drucks. I Nr. 81 niedergelegt ist.
135. Art. 31 Abs. 2 EVA: "Das Streikrecht wird anerkannt. Das Nähere bestimmt das Gesetz."
136. Art. 31 b Abs. 1 Satz 2 EVA: "Ihre gemeinschaftliche Gestaltung ist zu fördern."
137. Art. 31 c Abs. 1 EVA: "Jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit - insbesondere zum Ausbau monopolistischer Machtzusammenballungen und zur Erlangung politischer Macht - seitens einzelner Unternehmer oder Unternehmervereinigungen und die Bildung hierzu geeigneter Unternehmervereinigungen ist untersagt."

Art. 31 c Abs. 2 letzter Satz EVA: "Ob die Voraussetzungen für die Überführung in Gemeineigentum vorliegen, entscheidet das Gesetz."
138. Im Original-Protokoll heißt es dagegen genauer: "Im Artikel 31 e wird in Absatz 1 unter Ziffer 1 hinter Bergbau eingefügt: '(Kohlen, Kali, Erze)'."

139. Art. 31 e Abs. 1 EVA: "Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden
1. in Gemeineigentum übergeführt: der Bergbau, die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft, der chemischen Großindustrie und das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen.
2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen.
..."

Es war der CDU also gelungen, ihre wirtschaftspolitischen Forderungen, wie sie in Drucks. I Nr. 61 dokumentiert sind (vgl. Anm. 126 dieses Kapitels), bei der Formulierung der Art. 31 Abs. 2, 31 b Abs. 1, 31 c Abs. 1 und 31 e Abs. 1 Ziffer 1 durchzusetzen. Lediglich bei der Frage der Sofortsozialisierung (Art. 31 e Abs. 1) konnte sie ihre in Drucks. I Nr. 61 aufgestellten Ziele nicht in dem Text des Verfassungskompromisses verankern.

140. TB v. 30. September.

141. Ebda.

142. Art. 31 b Abs. 1 und 2 Kompromißfassung:
"Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die erforderlichen Maßnahmen anzuordnen, um die Erzeugung und Herstellung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.

Im Rahmen der hierdurch gezogenen Grenzen ist die wirtschaftliche Betätigung frei."

143. Caspary, a.a.O., S. 56; vgl. auch Bergsträßer, Rede Lokwerk, a.a.O., S. 6 f.
144. Das Kompromiß zwischen SPD und CDU, a.a.O., S. 3.

Es ist allerdings nicht zutreffend, daß erst durch den Verfassungskompromiß der Abs. 2

des Art. 31 b ("Im Rahmen der hierdurch gezogenen Grenzen ist die wirtschaftliche Betätigung frei") eingefügt worden ist. Diese Bestimmung war bereits in der von allen vier Parteien am 12. September im Siebener-Ausschuß verabschiedeten Fassung enthalten. (Art. 34; vgl. Drucks. III a, S. 278).

145. Caspary, a.a.O., S. 57.

146. Das Kompromiß zwischen SPD und CDU, a.a.O., S. 3.

147. Ebda.

148. "Die Grundlagen eines jeden Kriegspotentials einer Volkswirtschaft sind nach wie vor die Gewinnung von Kohle und Erz und die Erzeugung von Eisen und Stahl. Damit diese Produktionen nur friedlichen Zwecken dienen, dafür bietet die sicherste Gewähr, daß sie Gemeineigentum, nicht Eigentum einzelner, sondern Eigentum des ganzen Volkes sind." (Ebda., S. 4). Ob dieser Eigentumswechsel mit Inkrafttreten der Verfassung oder kurze Zeit später erfolge, "ist praktisch ohne Bedeutung." (Ebda.).

Für die Überführung gerade dieser Industriezweige sprachen auch volkswirtschaftliche Überlegungen: Die Produktion in den genannten Betrieben werde in Zukunft Zuschüsse erfordern, "die sich mit dem gewohnten Rentabilitätserfordernis privater Kapitalanlage nicht vereinbaren lassen. Schon aus diesem zwingenden volkswirtschaftlichen Grunde ist eine Besitzrechtsform für Kohle- und Erzgewinnung und letztlich auch für Eisen- und Stahlerzeugung erforderlich, die sich nicht nur mit einem Minimum an oder gar Verzicht auf Rendite aus Anlagekapital begnügen kann, sondern darüber hinaus im Hinblick auf ihren - sagen wir - gemeinnützigen Charakter mit Recht notfalls staatlichen Zuschuß beanspruchen kann." (Ebda.).

149. Die außerdem noch in Art. 31 e aufgeführten Betriebe der Energieversorgung und des

Verkehrswesens "befinden sich bereits fast durchweg in öffentlicher Hand." (Ebda., S. 8).

150. Ebda.

Auch die inhaltliche Gestaltung des Gemeineigentums, wie es die CDU propagierte, dürfte sich kaum mit den Vorstellungen der SPD gedeckt haben: "Gemeineigentum bedeutet die Umwandlung der privaten Besitzrechtsform eines Betriebes etwa in eine Genossenschaft oder eine Stiftung, deren Kapitaleigner eine Gemeinschaft aus folgenden Gruppen sein können: Betriebsstättengemeinde, Wohngemeinden der Belegschaft, Sozialversicherungsträger, Belegschaft selbst, Bezieher und Lieferanten, Gewerkschaften." (Ebda., S. 4).

151. Die beiden anderen o.a. Änderungen des EVA durch den Verfassungskompromiß berührten keine grundsätzlichen Fragen des Wirtschaftssystems.

"Die CDU erkannte an, daß das Streikrecht nur anerkannt werden solle, 'wenn die Gewerkschaften den Streik erklären.' Dies bedeutet nach Ansicht der SPD-Fraktion eine Verbesserung des mit der KPD möglichen Entwurfs." (Caspary, a.a.O., S. 56).

In diesem Punkt waren auch bei der späteren Interpretation des Kompromisses sich beide Parteien einig. "Der Unterschied (zum EVA, d.V.) besteht darin, daß der Streik nicht erklärt werden kann aus politischen Gründen, daß wir also wilde Streiks nicht anerkennen." (Bergsträßer, Rede Lokwerk, a.a.O., S. 8; vgl. auch Caspary, a.a.O., S. 56). Die CDU erklärte, diese Formulierung des Art. 31 "bietet die unbedingt erforderliche Gewähr dafür, daß keine wilden Betriebsstreiks entstehen können." (Das Kompromiß zwischen SPD und CDU, a.a.O., S. 7).

Bei der Kommentierung der neuen Fassung des Art. 31 c behauptete Caspary (a.a.O., S. 56), daß lediglich die "Aufzählung verkürzt" sei,

verschwieß also, daß - auch nach Ansicht der SPD in der Verfber. LV, die Caspary selbst vorgetragen hatte (vgl. Drucks. III a, S. 207) - es die Unternehmerverbände waren, von denen der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ausging. Bergsträßer war in seiner Interpretation ehrlicher: "Es ist ja tatsächlich so, daß nur Unternehmer die Möglichkeit zu monopolistischer Machtzusammenballung haben, nur Unternehmer den Versuch machen können, wie sie es ja getan haben, die wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken zu mißbrauchen. Herausgefallen sind nur die Worte 'Unternehmungen und Unternehmer'. Das ist auch deshalb geschehen, weil die CDU sagte: 'Warum nennt man dabei Unternehmer? Die Gewerkschaften oder sonst jemand, könnten ja so etwas vielleicht auch machen.' Wir haben uns damit einverstanden erklärt, die Unternehmer zu streichen. Unter diese Bestimmung fallen sie aber nach wie vor, werden nur nicht einzeln erwähnt." (Bergsträßer, Rede Lokwerk, a.a.O., S. 8).

Die CDU kommentierte den Kompromiß bei Art. 31 c unter der Überschrift: "Die Sicherung der wirtschaftlichen Freiheit in der Verfassung". "Die CDU hat dafür gesorgt, daß die einseitige Bestimmung" des wirtschaftlichen Machtmißbrauchs "aus der Verfassung fortgeblieben ist." Und an anderer Stelle hieß es: "Diese Bestimmung hätte im Widerspruch zum Artikel 1 der Grundrechte, nach der alle Menschen vor dem Gesetze gleich sind, gestanden und eine Diffamierung einer einzelnen Berufsschicht bedeutet." (Das Kompromiß zwischen SPD und CDU, a.a.O., S. 5 und 3).

152. Wahlanzeige der CDU in der FR v. 23. November 1946.
153. "Weiterhin wurde bei diesen Verhandlungen verabredet, eine gemeinsame Regierung anzustreben, wenn die Wahlergebnisse zum 1. Hessischen Landtag dieses zulassen sollten." (Gespräch mit Erwin Stein).
154. Kohlhöfer, a.a.O., S. 4.

155. Gespräch mit Erich Großkopf; vgl. auch Lewis, New Constitutions in Occupied Germany, Washington 1948, S. 4: "In Hesse a final compromise was reached between the two major parties. It was facilitated by the pressure of trade union groups in the Christian Democratic Union and by the fear of a possible Socialist-Communist combination."

156. Drucks. III, S. 187.

Die KPD brachte noch vor Bekanntgabe des Kompromisses einen Antrag auf Neuformulierung des Art. 31 c ein, der aber die von SPD und CDU vereinbarte Kompromißfassung nicht mehr beeinflussen konnte:

"Jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit, insbesondere jede Bildung von Trusts, Monopolen, Konzernen, Kartellen oder jeder andere Versuch zur wirtschaftlichen Machtzusammenballung und zur Erlangung politischer Macht seitens einzelner Unternehmer oder Unternehmervereinigungen und die Bildung hierzu geeigneter Unternehmervereinigungen ist untersagt." (Drucks. III, S. 176 und Drucks. I Nr. 86).

157. Drucks. III, S. 191.

158. Vgl. Drucks. III, S. 138 ff.

159. Drucks. III, S. 191 ff.

In einer "Erklärung der erweiterten Landesleitung der KPD Groß-Hessen zur Vorlage des Verfassungs-Entwurfes" wird die KPD-Kritik am Verfassungskompromiß wie folgt zusammengefaßt:

"2. Der Verfassungsentwurf enthielt ein eindeutiges Verbot des Mißbrauchs wirtschaftlicher Freiheit durch die Unternehmer, insbesondere zur Bildung von Monopolen, Trusts usw. Diese Formulierung ist umgebogen worden in eine farblose und unverbindliche Empfehlung, die praktisch auch gegen die Arbeitnehmerschaft in Anwendung gebracht werden kann.

3. In dem Artikel, der jene Produktionszweige nennt, die bei Inkrafttreten der Verfassung in Gemeineigentum überführt werden müssen, ist eine der wichtigsten Industrien in Hessen, die chemische Großindustrie, ausgenommen worden." (Erklärung v. 7. Oktober 1946, in: ZSg 1-65 (KPD), Nr. 17 I. Die Erklärung ist auch abgedruckt in dem wöchentlich erscheinenden Schreiben der KPD Landesleitung Groß-Hessen "An die Kreissekretariate, Ortsgruppen, Funktionäre und Mitglieder" v. 15. Oktober 1946, Exemplar in: ZSg 1-65 (KPD), Nr. 45 V).

160. Drucks. III, S. 194.

In einem Aufsatz in der Parteizeitschrift der LDP versuchte Euler seine Vorwürfe gegen die CDU zu konkretisieren:

Als feststand, daß eine Einigung der vier Parteien nicht möglich sein würde, habe die LDP die Schaffung eines Staatsgrundgesetzes vorgeschlagen, in dem u.a. die Wirtschaftsverfassung herausgelassen sei. "Indem sich SPD und CDU von diesem Gedanken lösten, haben sie den einfacheren Weg eines grundlegend falsch-angelegten Kompromisses zwischen ihren Parteiprogrammen gewählt, wobei die CDU ungleich mehr Konzessionen machte als die SPD.

Der Inhalt der Verfassung wurde durch das zwischen SPD und CDU getroffene Abkommen in entscheidenden Punkten derart bestimmt, daß die CDU in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen nahezu völlig die Auffassung der SPD annahm. ...

Zum Abschnitt 'soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten' sind folgende grundsätzliche Zugeständnisse der CDU herauszustellen: ...

3. Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen nicht nur in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Arbeitnehmer, sondern auch in personellen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebes (Artikel 37);
4. Sofortsozialisierung kraft Verfassung (Artikel 41);

5. Enteignung des Großgrundbesitzes unter politischen Gesichtspunkten (Artikel 42);
6. Entschädigung für sozialisiertes Vermögen - und zwar sowohl für industrielles Vermögen als auch für Großgrundbesitz - 'nach sozialen Gesichtspunkten', statt angemessener Entschädigung (Artikel 39 und 42)." (Euler, CDU?? Zum Verfassungskompromiß, in: Die Brücke 1946, H. 9, S. 6 f).

161. Vgl. Drucks. III, S. 194 ff.

162. "Präsident: Ich rufe weiter auf: ... Artikel 31 e. Dazu liegt der Antrag der LDP vor, den Artikel zu streichen. Dann ist von der SPD und der CDU der Antrag gestellt worden ... (die chemische Großindustrie zu streichen, d.V.).

Abg. Bauer (KPD) - zur Geschäftsordnung -:
... Wir bitten aber, über den Antrag der SPD getrennt abstimmen zu lassen, soweit es sich um das Herausstreichen der chemischen Großindustrie handelt. Das müssen wir ablehnen. Im übrigen werden wir für den Antrag der SPD stimmen. (Der Antrag der KPD auf getrennte Abstimmung wurde abgelehnt, d.V.).

Präsident: Ich lasse abstimmen zunächst über den weitestgehenden Antrag. Das ist der Antrag der LDP, den Artikel 31 e zu streichen. - Gegen 4 Stimmen abgelehnt.- Wir kämen dann zu dem Antrag der SPD und CDU ...

...
Ich bitte die Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. - Das ist die große Mehrheit. - Der Antrag ist angenommen.

(Zurufe von der KPD und LDP: Wir haben uns der Stimme enthalten!)" (Drucks. III, S. 196 f).

163. Drucks. III, S. 204.

164. Drucks. III, S. 204.

165. Drucks. III, S. 205.

Ein nach der Schlußabstimmung von der KPD noch eingebrachter Antrag, bei der Firma

Merck wie bei den I.G. Farben zu verfahren und die hessische Landesregierung aufzufordern, Merck "in Gemeineigentum zu übernehmen", wurde zunächst abgelehnt, weil auch 5 Abgeordnete der SPD zusammen mit CDU und LDP gegen diesen Antrag stimmten, und dann - nach nochmaliger Abstimmung - an den wirtschaftspolitischen Ausschuß verwiesen. (Drucks. III, S. 205).

Vgl. dazu auch die "Informationen der KPD" v. 9. Oktober ("Spaltung in der SPD-Fraktion"): "Haben die fünf Obengenannten (SPD-Abg., die gegen den KPD-Antrag gestimmt hatten, d.V.) ein Interesse daran, den Merck-Konzern zu schützen und wie konnten sie in der Fraktionssitzung, in der das Abkommen mit der CDU beschlossen wurde, die Mehrheit überstimmen?" und Bergsträbers Begründung der Ablehnung: "Solange wir dieses Kompromiß mit der CDU haben, daß die chemische Groß-Industrie aus der Sofortsozialisierung draußen bleibt, können wir natürlich die Sofortsozialisierung der chemischen Industrie nicht auf einem anderen Weg beschließen." (Bergsträber, Rede Lokwerk, a.a.O., S. 7 f).

166. Schreiben des Office of Military Government for Greater Hesse, a.a.O. Die in diesem Schreiben genannten Termine sind allerdings nicht eingehalten worden. Das Genehmigungsschreiben Clays lag nicht bis zum 10. Oktober vor, sondern traf erst während der 3. Lesung der Verfassung ein, die auch nicht bis zum 19. Oktober beendet wurde, sondern erst am 29. Oktober stattfand.
167. Vgl. dazu die Stellungnahme der Civil Administration Division v. 7. Oktober zum hessischen Verfassungsentwurf, in: NP, Nr. 69.
168. Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 41 f.
169. Schreiben Clays an das Kriegsministerium v. 23. August 1946, abgedruckt in: Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 39.

170. Gimbel, a.a.O., S. 159 f und 225 f; vgl. auch Kap. B.
171. Die Abänderungen der Verfassungsentwürfe, in: Die Neue Zeitung v. 14. Oktober; die Verhandlungen des VA über den Wunsch der Militärregierung wurden nicht protokolliert. (Vgl. Drucks. III a, S. 235).
172. Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 41.
173. Von der SPD waren anwesend: Bergsträßer, Caspary und Witte. Von der CDU: Köhler, Kanka und Stein. Von der KPD Bauer und der LDP Euler.
Über die Besprechung liegen "Aktennotizen" von Bergsträßer und Köhler vor, die - wenn auch mit unterschiedlichen Akzentsetzungen - eine übereinstimmende Wiedergabe des Gesprächs geben (Bergsträßer, Aktennotiz v. 22. Oktober, in: NB; Köhler, Aktennotiz v. 21. Oktober, in: PSt, Bd. II, Nr. 16.).
174. Bergsträßer, a.a.O.
175. Ebda.
176. Köhler, a.a.O.
177. Ebda.
178. Drucks. III, S. 18.
179. Abgedruckt in: Flechtheim, Bd. 2, a.a.O., S. 36 ff.
180. Die Aufgaben der Christlich-demokratischen Union bei dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, a.a.O.
181. Köhler, a.a.O.
182. Bergsträßer, a.a.O.
183. Ebda.

184. Gillen, American Influence ..., a.a.O., S. 41; vgl. auch die Darstellung bei Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 117.

185. Vgl. zur Einschätzung der amerikanischen Politik die Darstellungen bei Gimbel und Zink:

"Die Entscheidung Clays, hier eine besondere Abstimmung herbeizuführen, ist an sich schon interessant. Man könnte daraus entnehmen, daß er den Wählern nicht zutraute, den Wert einer Verfassung als Ganzes zu erkennen. Vielleicht zeigt sich hier aber auch seine Hoffnung - eine vergebliche Hoffnung -, die Wähler würden die Sozialisierung ablehnen, wenn dies die einzige Frage wäre, über die sie abzustimmen hätten." (Gimbel, a.a.O., S. 160).

"This (die Regelung des Art. 41, d.V.) was hardly welcome to General Clay and most of the OMGUS staff, to say nothing of public opinion in the United States, but after due consideration it was concluded that it would be improper for American military government to order the clause deleted. Therefore, it was determined to hold a special referendum in Hesse on this clause." (Zink, a.a.O., S. 181).

Über die Meinungsbildung der amerikanischen Militärregierung erschien am 2. November 1946 in der New York Herald Tribune ein damals sehr stark beachteter (vgl. SPD-Mitteilungsblatt v. 22. November: USA und Sozialismus in Hessen) und auch noch bei Brünneck (a.a.O., S. 236 Anm. 220) erwähnter Leitartikel: "Sozialismus in Hessen". Die Darstellung ist allerdings ungenau:

"Wenn man die Theorie zugrunde legt, daß eine besetzte Zone, in Umkehrung des bekannten Bildes vom Chamäleon, die Farbe ihrer Besatzungsarmee annimmt, so müßte Hessen etwas dem amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Muster Ähnliches hervorgebracht haben. So ist es tatsächlich auch bis zu einem gewissen Grade in anderen Teilen der amerikanischen Zone gekommen, obgleich

beispielsweise der Verfassungsentwurf von Württemberg/Baden die Verstaatlichung gestattet. Hessen hat jedoch die Verstaatlichung gewisser Industrien in sein Grundgesetz aufgenommen.

Dies ist nicht mit der vollen Zustimmung der amerikanischen Militärregierung geschehen. Vielmehr hat die Militärregierung sogar den Versuch gemacht, den Verstaatlichungsartikel aus der Verfassung zu tilgen, und als eine überwältigende Mehrheit der verfassunggebenden Nationalversammlung auf seiner Beibehaltung bestand, stimmte General Clay dem Artikel nur unter der Bedingung zu, daß das Hessische Volk über ihn besonders abstimmen solle." (Übersetzung des Artikels in: NG, Nr. 22).

186. Drucks. III, S. 212 f.

In einer Direktive v. 30. September 1946 mit dem Titel "Relationships Between Military and Civil Government (U.S. Zone) Subsequent to Adoption of Land Constitutions" (abgedruckt in: Pollock/Meisel, a.a.O., S. 174 ff und in: Constitutions of the German Laender, Berlin 1947, S. 10 f) hatte die Militärregierung bereits klargestellt, daß sie sich für die Zeit der Militärregierung - auch nach Annahme der Landesverfassungen und der Wahl demokratischer Parlamente und Regierungen - in allen wichtigen Fragen die letzte Entscheidung vorbehalte.

187. Brünneck, a.a.O., S. 235. Die Sitzung, in der auch noch andere Punkte auf der Tagesordnung standen, dauerte nur 3 1/2 Stunden, "die Einzelabstimmung mit Ausnahme der vier zurückgestellten Artikel nur etwa 1/2 Stunde." (Ebda. Anm. 216).

188. Drucks. III, S. 212 f; vgl. zum Genehmigungsschreiben Kap. F. II. 2. 4.

189. Drucks. III, S. 213.

190. Drucks. III, S. 213 ff.

191. Drucks. III, S. 216 ff.

Vgl. dazu die Resolutionen zahlreicher chemischer Betriebe in: Archiv HLT; vgl. ferner:

Informationen der KPD v. 23. Oktober.

Die KPD hatte vorgehabt, einen neuen Antrag auf Einbeziehung der chemischen Großindustrie einzubringen (vgl. Drucks. I Nr. 101), da aber neue Anträge in der 3. Lesung nicht zugelassen waren, kam der Antrag nicht mehr zur Abstimmung. (Drucks. III, S. 217).

192. Drucks. III, S. 216 ff.

193. Die LDP sah darin allerdings eine "Milchmädchenrechnung", denn "diese 22 Artikel enthalten eben die brennenden Fragen, die die CDU überwiegend auf die Weise löste, daß sie ihre Auffassung zu Gunsten der SPD preisgab." (Die sozialistische Einheitsfront, in: LDP-Kurier v. 3. November).

194. Drucks. III, S. 219 f.

Köhler gab in seiner Rede keine Begründung für die Zustimmung der CDU zum Art. 41. Auf einer Fraktionssitzung v. 28. Oktober, also einen Tag vor der Schlußabstimmung, waren folgende Argumente für den Art. 41 angeführt worden:

"1. Sinn ist: Krieg geächtet, daraus auch wirtschaftspolitische Folgerungen ziehen.
2. Ausschaltung des Monopolkapitalismus. ..."
(Privates Protokoll Erwin Steins von der Fraktionssitzung v. 28. Oktober, in: PST, Bd. II, Nr. 16; dem Verf. als Anlage zum Gesprächsprotokoll v. 24. Mai 1975 zur Verfügung gestellt).

195. Drucks. III, S. 220 ff.

196. Drucks. III, S. 223.

197. In Hessen wird über den Sozialismus entschieden, in: SPD-Mitteilungsblatt v. 8. November.

198. Von der neuen Verfassung, in: SPD-Mitteilungsblatt v. 25. Oktober.

199. Wahlanzeige der SPD in der FR v. 30. November.

200. Von der neuen Verfassung, a.a.O.; vgl. auch die Wahlanzeige der SPD in der FR v. 23. November.

Entsprechend ihrem Konzept der parteipolitisch neutralen Einheitsgewerkschaft hielten sich die Gewerkschaften im Wahlkampf sehr zurück und unterstützten die SPD nicht direkt. In einem Beitrag des Gewerkschaftsvorsitzenden und Abgeordneten der SPD in der Verfber. LV Willi Richter für die "Stimme der Arbeit" mit dem Titel "Die Gewerkschaften und die Verfassung" hieß es nach einem langen Exkurs über die Geschichte Hessens nach 1945 am Schluß des Artikels lediglich:

"Aus den auf Seite 85 (der "Stimme der Arbeit", d.V.) angeführten Artikeln der zur Abstimmung vorliegenden Verfassung kann jeder Gewerkschaftler ersehen, daß ein wesentlicher Teil der berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft in der hessischen Verfassung gesichert ist. Damit soll nicht gesagt werden, daß all unsere Wünsche und Hoffnungen erfüllt wurden. Wir können ihre Erfüllung aber erreichen, wenn alle Arbeitnehmer hierzu entschlossen sind.

Am 1. Dezember haben wir eine Möglichkeit, unseren Willen kundzutun.

Jeder Gewerkschaftler und seine Angehörigen stimmen für die Verfassung, stimmen für den Artikel 41, geben ihre Stimme den Kandidaten und Parteien, die für die Arbeitnehmerinteressen eintreten." (Stimme der Arbeit v. 30. November).

201. "Das Nähere regelt das Gesetz", in: CDU-Mitteilungen v. 18. November; vgl. auch die Wahlanzeige der CDU in der FR v. 30. November.

202. "Das Nähere regelt das Gesetz", a.a.O.; vgl. auch Köhler, Staatspolitische Verantwortung oder Opposition? in: Die Freiheit 1946, H. 7, S. 23 ff; Die LDP stimmte dagegen, in: CDU-Mitteilungen v. 25. November.

In dem zuletzt genannten Artikel hieß es zum Verhalten der LDP: "Der große Bruder hat

auch für den kleinen die Kastanien aus dem Feuer geholt und muß sich nun gefallen lassen, daß er wegen einiger Schrammen, die er sich holte, und einiger Sprünge, die er machen mußte, von ihm angeprangert wird."

Vgl. ferner die auf einem CDU-Flugblatt enthaltene Gegenüberstellung der CDU- und LDP-Forderungen, mit der die CDU nachzuweisen versuchte, daß sie konsequenter die wirtschaftliche Freiheit und allgemein die bürgerlichen Interessen vertrete als die LDP. (Was hältst Du von der Verfassung? Viel? - oder nichts? in: PST, Bd. II, Nr. 16).

203. Vom "christlichen Sozialismus" war im Wahlkampf der CDU nicht mehr die Rede. Er hatte ihr aber die Zustimmung zur Kompromißfassung des Art. 41 ermöglicht und lieferte die nach außen hin abgegebene Begründung, Art. 41 sei ausschließlich ein Artikel zur Sicherung des Friedens. Daher habe "die CDU die Sozialisierung jener Industrien, die nach ihrer Meinung nicht für Kriege verantwortlich zu machen sind, wie die Baustoffindustrie, die chemische und pharmazeutische Industrie, die Filmindustrie usw. verhindert." (Die LDP stimmte dagegen, a.a.O.; vgl. auch die CDU-Interpretation des Verfassungskompromisses in Kap. F. II. 2. 2. 2.).

204. Sehr prägnant kam diese Haltung der CDU in der bereits erwähnten Wahlanzeige der CDU in der FR v. 23. November zum Ausdruck:

"Rote Verfassung?

Der in erster Lesung angenommene Verfassungsentwurf war das Ergebnis einer Einigung der beiden marxistischen Parteien SPD und KPD. Es war tatsächlich eine rote Verfassung." Während sich die LDP "parteieegoistisch" verhielt, hat die CDU "die große Gefahr dieser Einigung zwischen KPD und SPD erkannt und hat in mühevoller Kleinarbeit versucht, den Einfluß der KPD auszuschalten. Dies ist ihr gelungen. Die rote Verfassung ist gefallen und an ihre Stelle trat die neue Verfassung christlich sozialer Prägung."

205. In einer von der "vorläufigen Kirchenregierung der Evangelischen Landeskirche in Hessen" veröffentlichten "Kundgebung der Kirchenleitung zum Volksentscheid und zur Landtagswahl am 1. Dezember 1946" hieß es lediglich: "Die Stellungnahme zu der vorgelegten Verfassung überlassen wir der gewissensmäßigen Entscheidung jedes einzelnen Christen. ... Die Kirche ist nicht gebunden an eine politische Partei. Sie weiß sich zum Dienst gegen alle verpflichtet. Es gibt in allen Parteien Menschen, die treu zu ihrer Kirche stehen." (Exemplar der "Kundgebung" in: PST, Bd. II, Nr. 16).

206. Zitiert nach SPD-Mitteilungsblatt v. 29. November.

Nach einem Bericht des "Tagesspiegel" v. 29. November (Klerus und Verfassung), der inhaltlich mit einem Bericht der "Frankfurter Neuen Presse" v. 25. November ("Keine Total-Sozialisierung") übereinstimmte, behauptete die SPD, "der Text des Hirtenbriefes sei in seiner ursprünglichen Fassung von der hessischen CDU, die darüber mit dem Bischof beraten habe, nicht akzeptiert worden. Die zweite Fassung sei wesentlich gemäßigter formuliert gewesen."

In der ersten Fassung des Hirtenbriefes war die Unterstützung der CDU-Politik schärfer zum Ausdruck gekommen und in einem besonderen Absatz, der in der zweiten Fassung nicht mehr erschien, hatte es geheißen:

"Wir danken den Parlamentariern (Unterstreichungen im Original, d.V.), die sich so mannhaft, trotz allen entgegenstehenden Schwierigkeiten, für die Wahrung der christlichen Belange eingesetzt haben. Wir schulden diesen Männern, die sich zu dem Grundsatz bekennen, daß Christus auch unser öffentliches Leben zu gestalten hat, unseren vollen Einsatz und unsere tatkräftige Unterstützung." (Exemplar in: PST, Bd. II, Nr. 16).

Vgl. zum Hirtenbrief auch den Leitartikel Karl Gerolds "Kanzel - oder politische Tribüne" in der FR v. 28. November 1946 und die

Erklärung des Sekretariats der KPD zum Hirtenbrief. (in Bestand B 118 (KPD), Nr. 48).

207. Vgl. dazu den "Offenen Brief" der KPD zur Wahl am 1. Dezember, in dem die Forderungen der KPD vor der Wahl mit dem in der Verfassung Erreichten verglichen wurden. Im Ergebnis wurde festgestellt, daß "ein Großteil der Forderungen der Kommunistischen Partei (...) nun in dem zur Volksabstimmung stehenden Verfassungsentwurf enthalten (sind)." (Exemplar in: ZSg 1-65 (KPD), Nr. 45 V).

Ebenso: Bauer, Verfassungsfragen sind Machtfragen, in: Informationen der KPD v. 8. November: "Vergleichen wir nun die Verfassung mit den von uns vor den Wahlen ... gestellten Forderungen, so müssen wir feststellen, daß trotz des Rückschlags durch den Kompromiß die wesentlichsten unserer Forderungen doch noch erhalten geblieben sind."

Vgl. auch die Wahlanzeige der KPD in der FR v. 23. November.

208. Bauer, Die Verfassung Hessens, in: WuT 1946, H. 6/7, S. 13.

209. Bauer, Verfassungsfragen sind Machtfragen, a.a.O.

210. Bauer, Für eine linke Mehrheit, in: Informationen der KPD v. 22. November.

211. Referenten-Material der hessischen KPD (Oktober/November 1946), in: ZSg 1-65 (KPD), Nr. 45 V.

212. Christentum oder Eigennutz? Flugblatt der KPD zur Wahl am 1. Dezember, in: Bestand B 118 (KPD), Nr. 48.

213. Wahlanzeige der SPD in der FR v. 30. November.

Vgl. für die CDU: Was hältst Du von der Verfassung? a.a.O.: Die LDP "hat nichts gelernt und die 12 Jahre einer unerhörten

Katastrophe sind anscheinend spurlos an ihren Vertretern vorbeigegangen."

Vgl. für die KPD: Bauer, Verfassungsfragen sind Machtfragen, a.a.O.: Die LDP sei ein Vertreter des "reaktionären Unternehmertums". Sie habe es übernommen, "den alten Zustand wiederherzustellen, d.h. eine Scheindemokratie zu schaffen, in der das Kapital den alleinigen Einfluß auf das politische Geschehen hat."

214. Die Parteien in der Landesversammlung, in: LDP-Kurier v. 13. November.
215. Wahlanzeige der LDP in der FR v. 23. November.
216. Warum gegen die Verfassung? in: LDP-Kurier v. 13. November.
217. Landtagswahl 73,2 %; Volksentscheid über die Verfassung 72,9 % und über Art. 41 72,8 %. Alle Zahlen hier und im folgenden aus: Volksentscheid und Landtagswahl in Hessen am 1. Dezember 1946, in: StuW 1947, H. 1, S. 20 ff.
218. Die "Nein-Stimmen" betrugen also insgesamt 23,2 % bzw. 28,0 %. Ihre Anzahl war in Marburg-Stadt mit Abstand am größten. Gegen die Verfassung sprachen sich hier 53,7 % und gegen Art. 41 56,8 % der Stimmberechtigten aus.
219. Vgl. dazu auch die Kritik an der irreführenden Darstellung Borosnjaks, a.a.O., S. 720, in Kap. A. II. Anm. 28.
220. Wahlen und Volksentscheid, in: CDU-Mitteilungen v. 9. Dezember; vgl. dazu auch die Stellungnahme der CDU in der FR v. 3. Dezember (Linksmehrheit im Hessischen Landtag) und: Die Kunst des Möglichen, in: Die Freiheit 1946, H. 8, S. 3 f.
Gleichzeitig versuchte die CDU, ihr schlechtes Abschneiden auch damit zu begründen, daß die Wähler angeblich auf die Wahlen nicht gut genug vorbereitet gewesen seien: "Viele Leute,

insbesondere Frauen, hatten keine Ahnung, was sie mit den drei Zetteln anfangen sollten, die ihnen in die Hand gedrückt wurden. Als das Wahlergebnis ausgezählt wurde, stellte sich in vielen Fällen ein oft sehr erheiterndes Durcheinander heraus. Da stimmten Leute für die Verfassung und den Artikel 41 und wählten gleichzeitig LDP. Andere lehnten die Verfassung ab, bejahten den Artikel 41 und wählten KPD. ..." (Wahlen und Volksentscheid, a.a.O.).

221. Frenz, a.a.O., S. 55.

222. "Die Reaktion betrachtete diesmal die LDP als die Partei, die in ihrem Interesse handeln wird. Die Stimmen der LDP entsprechen jedoch nicht den Neinsagern zur Verfassung und Artikel 41. Der rückschrittliche Teil der CDU hat mit der LDP gemeinsam den Artikel 41 und die Verfassung verneint." (Linksmehrheit im Hessischen Landtag, a.a.O.).

Vgl. auch Ilau, Das hessische Experiment beginnt, in: Die Brücke 1946, H. 10, S. 26 f und die Analyse der Wahlergebnisse von Kassel bei Frenz, a.a.O., S. 52 ff.

Anmerkungen zu Kapitel G.

1. Schreiben Eulers an Stock v. 19. Dezember 1946, in: NST, Nr. 2; vgl. auch: LDP nicht an der Regierung beteiligt, in: LDP-Kurier v. 23. Dezember 1946.
2. Schreiben Bauers an Stock v. 15. Dezember 1946, in: NST, Nr. 2.
3. Auftakt der Demokratie, in: CDU-Mitteilungen v. 20. Dezember 1946; vgl. auch: Koalition

SPD-CDU, in: CDU-Mitteilungen v. 15. Januar 1947; Die Wahrheit um die Regierungsbildung, in: Informationen der KPD v. 10. Januar 1947.

4. Drucksachen des Hessischen Landtags, 1. Wahlperiode 1946 - 1950, Sitzung v. 20. Dezember 1946, Abt. III, S. 8; vgl. auch: LDP-kurier v. 23. Dezember 1946, S. 1.
5. Übe keinen Verrat an der Arbeiterklasse! Offener Brief des Genossen Walter Fisch an Willi Knothe, in: Informationen der KPD v. 10. Januar 1947.
6. Regierung ohne Kommunisten, in: Informationen der KPD v. 10. Januar 1947.
7. Christian Stock zur Regierungsbildung. Gründe gegen eine Koalition SPD - KPD, in: SPD-Mitteilungsblatt v. 31. Januar 1947.

Damit hatte sich der rechte Flügel der hessischen SPD durchgesetzt. Im Dezember 1946 war die Ablehnung einer SPD/KPD-Koalition noch nicht so deutlich gewesen. Die CDU-Mitteilungen schrieben damals:

"Es läge nahe, zu meinen, daß auch die dritte Partei, die am 1. Dezember ihre Anhänger aufgefordert hat, die Verfassung und den Artikel 41 zu bejahen, an der Regierung beteiligt werden sollte oder gar müßte. Zweifellos wird die SPD diese Forderung zunächst erheben, schon um gegenüber dem mehr links gerichteten Teil ihrer Anhängerschaft das Gesicht zu wahren. Die SPD wird es also der CDU überlassen, gegen eine Beteiligung der KPD an der Regierung Einspruch zu erheben. Die CDU wird diesen Einspruch zweifellos zur Geltung bringen." (Auftakt der Demokratie, a.a.O.).

8. Koch war vorher Rechtsanwalt und Syndikus im Flick-konzern, nach dem Krieg kurze Zeit Finanzminister in Oldenburg gewesen. Er trat 1946 in die SPD ein. (Winter, Sozialisierung in Hessen 1946 - 1955, a.a.O., S. 160).
9. Kohlhöfer, a.a.O., S. 4.

10. Begrenzte Sozialisierung in Hessen, in: Die Neue Zeitung v. 6. Dezember 1946.

Diese Mitteilung der Militärregierung ist in der Literatur häufig überinterpretiert worden:

Bei Borosnjak, a.a.O., S. 722 heißt es: "Schon am 6. Dezember wurde eine Mitteilung der Militäradministration veröffentlicht, daß eine Reihe von Betrieben, alle Banken und Versicherungsgesellschaften aus dem Gültigkeitsbereich des Artikels 41 ausgenommen sind." Diese Feststellung ist objektiv falsch, da Banken und Versicherungen nicht unter die Sofortsozialisierung nach Art. 41 Abs. 1 Nr. 1 fallen, sondern lediglich unter die Staatsaufsicht nach Art. 41 Abs. 1 Nr. 2. Insoweit hat die Militärregierung lediglich den Wortlaut des Art. 41 Abs. 1 Nr. 2 korrekt wiedergegeben, und diese Betriebe sollten auch nach wie vor unter diese Bestimmung fallen.

Richtig ist dagegen der Satz Borosnjaks, die Militärregierung habe mitgeteilt, "dieser Artikel (sei) nicht im Sinne der Übergabe der Betriebe an den Staat aufzufassen (...), sondern im Sinne der 'staatlichen Aufsicht'." (Ebda.). Insoweit lag tatsächlich ein Eingriff der Militärregierung vor, der im krassen Widerspruch zum Art. 41 Abs. 1 Nr. 1 stand. Allerdings ist zu berücksichtigen, was Borosnjak und die sich auf ihn beziehende Literatur nicht erwähnen, daß dieser Befehl, wie die weitere Entwicklung zeigte, zu diesem Zeitpunkt nicht ausgeführt wurde.

Während bei Borosnjak noch der weitere Verlauf der Sozialisierungsdebatte, wenn auch sehr verkürzt und die Rolle und Bedeutung der KPD überinterpretierend, geschildert wird, fehlen in den anderen Darstellungen, die sich auf Borosnjak, bzw. auf die z.T. wörtlich bei ihm abgeschriebene Darstellung in der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (Bd. 6, Berlin (DDR) 1966, S. 206 f), stützen, Hinweise auf die weiteren Ereignisse. Es wird so getan, als ob mit der Mitteilung der Militärregierung vom 5. Dezember 1946 und einigen späteren Stellungnahmen Clays die Sozialisierungsdebatte in Hessen beendet wurde. Dabei wird nicht

erörtert, daß in Hessen tatsächlich Betriebe sozialisiert worden sind und daß erst auf Druck einer von CDU, LDP und amerikanischer Militärregierung forcierten restaurativen Gesamtentwicklung in Deutschland und nach einem beispiellosen juristischen Gutachterstreit diese Ansätze zurückgenommen wurden.

Vgl. dazu z.B. Schmidt, Die verhinderte Neuordnung ..., a.a.O., S. 85: "Daraufhin verfügte die amerikanische Militärregierung durch eine Mitteilung vom 6. 12. 1946 die sofortige Herausnahme einer Reihe von Banken und anderer Betriebe, so daß im Endeffekt nur noch wenig zu sozialisieren übrig blieb."

Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung, a.a.O., S. 33 Anm. 57 (unter Bezugnahme auf die "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", a.a.O.): "Obgleich diesem Artikel 71,9 % der Wähler zustimmten, hob die Militärregierung kurz nach dieser Volksabstimmung vom 1. Dezember 1946 die Verbindlichkeit dieses Artikels auf;"

Nach Huster/Kraiker u.a., a.a.O., S. 157 und Hartwich, a.a.O., S. 78, wurde Art. 41 sogar von der Militärregierung "suspendiert". Hartwich berief sich bei seiner Darstellung auf Zink, a.a.O., S. 181, der kurz und pauschal geschrieben hatte: "After the voters sustained it, General Clay decided that, while it would remain in the constitution, its operation would be suspended for the time being."

Bertsch, CDU/CSU demaskiert, a.a.O., S. 269, ging noch einen Schritt weiter: "Hier in Hessen, wo die Sozialisierung gesetzliche Formen angenommen hatte und auch in der CDU-Mitgliedschaft Bereitschaft zur Durchsetzung der Massenforderung bestand, genügten die Kniffe der Adenauerleute allein nicht mehr. So griff die amerikanische Militärregierung ein und setzte kurzerhand die ganze Verfassung außer Kraft."

11. Winter, a.a.O., S. 159 f; vgl. auch Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 203 und die der Aufstellung Winters zugrundeliegenden "Akten

des Ministers für Wirtschaft und Verkehr" von 1946 - 1956, Nr. 70 - 114, im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden.

12. Winter, a.a.O., S. 160.

13. Vgl. das am 15. März 1947 von ihnen vorgelegte "Gutachten des 'Ausschuß zur Vorbereitung des Gesetzes nach Artikel 41 Abs. 2 der Hessischen Verfassung' ", a.a.O.; vgl. ferner die Stellungnahme der KPD gegen diesen Ausschuß, da sie nicht in ihm vertreten war: Die praktische Durchführung des Artikels 41, in: Informationen der KPD v. 10. Januar 1947.

Die Arbeit des sog. "Hallstein-Ausschusses" wurde in einem Bericht der Militärregierung folgendermaßen charakterisiert: "Die Arbeit der SPD an der Ausführung des Artikel 41 konnten auch die konservativsten Christdemokraten nicht angreifen. Der Hallstein-Ausschuß, der nur scheinbar schnell in Wirklichkeit aber sehr langsam gearbeitet hatte, gab einen Bericht über die Möglichkeiten eines Gesetzes, der endlose Schwierigkeiten verursachte und viele gute Entschuldigungen für Inaktivität gab. ... er ließ viele Fragen offen und erweckte schwere Zweifel über die Durchführbarkeit jeglicher Sozialisierung." (Historical Report, April - June 1947, Hrsg.: Office of Military Government for Hesse, S. 10 f; Übersetzung zitiert nach Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 207.

14. Vgl. zur Person Kochs Anm. 8 dieses Kapitels; vgl. auch Kochs Darstellung der weiteren Sozialisierungsdebatte in seiner Ansprache am 1. Dezember 1976 im Hessischen Landtag anlässlich des 30. Jahrestages des Inkrafttretens der Hessischen Verfassung.

15. GVBl 1947, S. 72 f.

Vgl. zur Kritik an der langen Dauer, die für die Ausarbeitung des Gesetzes benötigt wurde, die "Resolution für die unverzügliche Durchführung des Artikels 41 der Hessischen Verfassung", die auf dem Parteitag des

Landesverbandes Hessen der KPD in Offenbach v. 8. - 9. März verabschiedet wurde (in: Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945, Bd. V, Berlin 1966, S. 318 ff): "Obwohl seit Annahme des Artikels 41 inzwischen mehr als drei Monate vergangen sind, ist seitens der zuständigen Verwaltungsbehörden bisher nichts geschehen, um den eindeutig zum Ausdruck gekommenen Volkswillen zu verwirklichen. Statt mit Nachdruck die beschlossene Überführung in Gemeineigentum zu fördern, hat man es für notwendig gehalten, sich ausschließlich der Gestaltung des als Übergangsmaßnahme gedachten Treuhänderverhältnisses zu widmen, und damit eine bedenkliche Verschleppungspolitik betrieben."

16. Koch (Hrsg.), Die Sozialgemeinschaften. Entwurf des hessischen Sozialisierungsgesetzes mit Begründung und einführenden Beiträgen der Mitarbeiter des Hessischen Wirtschaftsministeriums, a.a.O.

Es handelte sich um folgende Beiträge:

Koch, Von der Verfassung zum Gesetz, S. 1 ff;
Reuß, Zum Begriff "Gemeineigentum", S. 6 ff;
Ule, Zur verfassungsrechtlichen Entwicklung des Sozialisierungsgedankens in Deutschland, S. 10 ff
Dernedde, Auf der Suche nach neuen Formen, S. 15 ff; Koch, Gemeindееigentum - Gemeineigentum, S. 25 ff.

Vgl. auch: Koch, Rechtsform der Sozialisierung. Unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung in Hessen (auch erschienen unter dem Titel: Sozialisierung! Ein Weg zur Verwirklichung. Rechtsform der Sozialisierung unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung in Hessen), a.a.O.

Der Gesetzentwurf über die Sozialgemeinschaften, der in 194 Paragraphen jede Detailfrage regelte, sah die Überführung des von Art. 41 erfaßten Produktiveigentums in "Sozialgemeinschaften" vor, die in der "Landesgemeinschaft der Sozialgemeinschaften" zusammengefaßt waren (§§ 1 ff, 145 ff).

Die Organe der Sozialgemeinschaft waren: Die Geschäftsführung (kaufmännischer, technischer, Sozialdirektor, §§ 31 ff) und der Verwaltungsrat, der die Geschäftsführung überwachen sollte (§§ 47 ff). Ihm gehörten zu je 1/3 Vertreter der örtlichen Gewerkschaften, des Stadt- oder Landkreises und der Landesgemeinschaft der Sozialgemeinschaften an (§ 48). Dabei mußte mindestens die Hälfte der von der Landesgemeinschaft zu berufenen Mitglieder von einer Vorschlagsliste der Industrie- und Handelskammer stammen (§ 48).

Das Ziel der Sozialgemeinschaften war in § 66 festgelegt:

"(1) Die Sozialgemeinschaft hat ihre Geschäfte nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu führen.

(2) Sie soll insbesondere im Wettbewerb mit anderen Sozialgemeinschaften und mit privaten Unternehmen dem Wohle des ganzen Volkes dienen und durch soziale und technische Verbesserungen dazu beitragen, den Arbeitswillen zu stärken und die Wirtschaftsleistung zu steigern. Mit den von ihr erzeugten Wirtschaftsgütern soll sie den Bedarf der Allgemeinheit zu sozial gerechten Preisen decken."

Vgl. zu den Sozialgemeinschaften auch Kap. E. I. 3. Anm. 37; vgl. zur Kritik an dem Gesetzentwurf: Winter, a.a.O., S. 168 ff; Mu-
thetius, Sozial oder sozialistisch? Eine Studie zur Sozialisierungsfrage, Wiesbaden 1948; Sozialisierung, Verstaatlichung oder Privatwirtschaft. Eine Kollektivarbeit aus der Arbeitsgemeinschaft für den wissenschaftlichen Sozialismus zu den Wirtschaftstheorien des Genossen Dr. Zorn, Gauting bei München 1950, S. 43 ff; vgl. ferner: Sozialisierung, in: Bettermann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, Bd. III/1, 2. Aufl., Berlin 1972, S. 267 ff.

17. Vgl. dazu: Drucksachen des Hessischen Landtags, 1. Wahlperiode 1946 - 1950, Sitzung v. 25. Juli 1947, Abt. III, S. 517 und Abt. I, Nr. 326. Der Entwurf ist auch abgedruckt in: Mitteilungen für Referenten und Funktionäre der KPD Hessen v. 3. Juli 1947 (Exemplar in: IML, I-10/26/6/1).

In den §§ 1 und 2 Abs. 1 des nur 14 Paragraphen umfassenden Gesetzentwurfs hieß es:

"§ 1 Landeseigene Unternehmen des Landes Hessen.

(1) Die mit Inkrafttreten der Verfassung vom 1. Dezember 1946 in Gemeineigentum überführten Unternehmen des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft und des an Schienen und Oberleitungen gebundenen Verkehrswesens werden mit ihren gesamten Aktiven und Passiven bis zu einer gesamtdeutschen Regelung als landeseigene Unternehmen des Landes Hessen verwaltet. Maßgebend für die Feststellung des Vermögens ist die Schlußbilanz vom 30. 11. 1946.

(2) Als bereits in Gemeineigentum befindlich gelten solche Unternehmen, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden und deren Eigentum von der öffentlichen Hand derart verwaltet wird, daß es ausschließlich dem Wohle des ganzen Volkes dient.

§ 2 Verwaltung der landeseigenen Unternehmen.

(1) Mit der Verwaltung der landeseigenen Unternehmen wird das Wirtschaftsministerium beauftragt, das zu diesem Zwecke eine 'Abteilung landeseigene Unternehmen' errichtet." (zitiert nach dem Text in den "Mitteilungen").

Außer den Entwürfen von SPD und KPD sind noch zwei weitere Gesetzentwürfe diskutiert worden: Arndt, Ein Vorschlag zu Artikel 41, in: Sozialistische Tribüne 1947, H. 5, S. 7 ff; Fischer, Rechtsformen für sozialisierte Unternehmungen, in: SJZ 1947, S. 307 ff.

Vgl. zu den Gesetzentwürfen die Dissertation von Mumm, Sozialisierungsgesetze in England und Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, diss. jur., Frankfurt a.M. 1951.

18. Kriterium der CDU, in: SPD-Mitteilungsblatt v. 7. November 1947; vgl. auch Kohlhöfer, a.a.O., S. 6 ff.
19. Das gefährlichste Schlagwort, Kritische Bemerkungen eines Privatmannes, in: Die Freiheit

1947, H. 21/22, S. 35 und 38; vgl. auch:
Albrecht, Sozialisierung in Hessen, in:
Ebda., S. 27 ff.

20. D.p.d.-Meldung, Wiesbaden v. 6. Dezember 1948 (abgedruckt in den Tageszeitungen). Die Mitteilung der Militärregierung stützte sich auf das Gesetz Nr. 75 v. 10. November 1948 (Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaues und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, in: Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Amerikanisches Kontrollgebiet, Ausgabe I, v. 16. Dezember 1948, S. 22 ff), das die Entflechtung der entsprechenden Wirtschaftszweige vorsah und deren Beschlagnahme durch die Militärregierung verfügte (Art. I Nr. 2).
Vgl. dazu Gimbel, a.a.O., S. 226, der das Schreiben v. 2. Dezember ebenfalls abdruckt und mit dem Kommentar versieht: "Das bedeutete, es würde keine Sozialisierung geben, wenigstens nicht vor Bildung einer westdeutschen Regierung." Vgl. auch: Weiß-Hartmann, a.a.O., S. 352 ff.
21. Vgl. Anm. 20 dieses Kapitels.
22. Winter, a.a.O., S. 163.
23. Clay, zitiert nach Gimbel, a.a.O., S. 225.
24. Marshallplan, separate Währungsreform und die Praktizierung der sozialen Marktwirtschaft durch den Wirtschaftsrat waren die entscheidenden Tatsachen, die bereits vor Zusammenreten des Parlamentarischen Rates faktisch eine kapitalistische Wirtschaftsverfassung schufen (Sörgel, Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1969, S. 215). Die Absicherung dieses ökonomischen Prozesses erfolgte auf politischer Ebene durch die Vereinigung der drei Westzonen zur Bundesrepublik, die außenpolitische Westorientierung des deutschen Reststaates und das Grundgesetz, das - im Gegensatz zu den Länderverfassungen - kaum

wirtschaftspolitische Bestimmungen enthielt und die Frage der Wirtschaftsverfassung offenließ (BVerfGE 4, S. 18). Das bedeutete zu diesem Zeitpunkt aber die Beibehaltung des Status quo und damit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung; zwar wurden gemeinwirtschaftlich-sozialistische Vorstellungen, wie sie z.B. die Hessische Verfassung enthielt, durch das Grundgesetz nicht ausgeschlossen, doch mußten sie gegen den Status quo durchgesetzt werden.

25. GVBl 1946, S. 229 ff.
26. Drucks. I Nr. 98; Drucks. III, S. 210 und 213.
27. Diese Textunklarheit war allerdings seit 4 Jahren bekannt, und bis dahin hatte sie niemanden, auch die LDP/FDP nicht, zu der Annahme geführt, Art. 41 könnte deswegen nichtig sein. Die juristische Argumentation wurde hier zum Vorwand, um einen politisch nicht genehmen Artikel aus der Verfassung zu entfernen. (vgl. dazu: Backhaus, Politikwissenschaftliche Analyse interpretatorischer Veränderungen von Verfassungsnormen dargestellt anhand von Artikel 41 der hessischen Landesverfassung und Artikel 15 i.V.m. Artikel 14 III Grundgesetz, in: PVS 1976, S. 520 ff).

Art. 41 lautete in der von der Verfber. LV verabschiedeten Fassung (A):

Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden
1. in Gemeineigentum überführt ... das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen ...

Wer Eigentümer eines danach in Gemeineigentum zu überführenden Betriebes ist, hat ihn als Treuhänder des Landes ... weiterzuführen."

In dem verkündeten Verfassungstext (B) hieß es statt "und" "oder" und statt "zu überführenden" "überführten".

Fassung A sollte nach Ansicht der FDP beweisen, daß die Verfber. LV in Wahrheit keine Sofortsozialisierung, sondern lediglich einen Sozialisierungsauftrag an den Gesetzgeber beschlossen habe; eine Ansicht, zu der

man bei einer rein objektiven Auslegung des Verfassungstextes A kommen kann, die aber vollkommen abwegig ist, wenn anhand der Sitzungsprotokolle, Parteimaterialien und sonstigen Unterlagen die Auseinandersetzungen in der Verfber. LV (und damit der Wille des Gesetzgebers) rekonstruiert werden. Es war ja gerade die von der Verfber. LV beschlossene "Sofortsozialisierung", die die LDP 1946 veranlaßte, Art. 41 und die Verfassung abzulehnen.

Vgl. dazu Kap. F. II.; Zinn/Stein, 1954, a.a.O., S. 215 ff; Maunz, Die Verfassungsmäßigkeit der Hessischen Verfassung. Rechtsgutachten (erstattet im Auftrag der hessischen Landesregierung), Wiesbaden 1952. Jeweils mit weiteren Literaturangaben.

28. Pohl, Die Sozialisierung in Hessen. Die Artikel 39 bis 41 der Verfassung des Landes Hessen vom 11. Dezember 1946, a.a.O., S. 5.

Pohl führt das gesamte damalige juristische Schrifttum an und behandelt anhand dieser Literatur die wichtigsten juristischen Streitfragen:

- Mängel im Entstehungsvorgang des Art. 41
- der materiellrechtliche Inhalt der Art. 39-41
- der Einfluß des Grundgesetzes auf Geltung und Anwendung der Art. 39-41
- das Verhältnis von Art. 39-41 zum Besatzungsrecht
- die Ausführungsgesetze zu den Art. 39-41 (Treuhandergesetz, Gesetzentwurf über die Sozialgemeinschaften, Gesetzentwurf eines Überleitungs- und Entschädigungsgesetz).

29. Drucksachen des Hessischen Landtags, 1. Wahlperiode 1946 - 1950, Sitzung v. 25. Oktober, Abt. III, S. 3128 ff, 3150.

30. StA 1951, S. 531 ff (= AöR 77, S. 469 ff).

31. StA 1952, S. 516 ff (= DöV 1952, S. 564 ff).

32. StA 1952, S. 519, Nr. V 3 d und e.

33. Vgl. das Gesetz Nr. 75, a.a.O., die Mitteilung der hessischen Militärregierung v. 2. Dezember

1948, a.a.O. und das Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland v. 16. Mai 1950 (Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaues und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie, in: Amtsblatt der AHK v. 20. Mai 1950, S. 299 ff), das das Gesetz Nr. 75 ablöste.

34. Brünneck, a.a.O., S. 245 f.

35. GVBl 1954, S. 126 f; vgl. zum Abschlußgesetz auch Ibsen, Sozialisierungsabschluß, in: Festschrift Hermann Jahrreiss, Köln, Berlin 1964, S. 115 ff; Brünneck, Landesbericht Hessen, IX. Wirtschafts- und Sozialrecht, in: DÖV 1954, S. 722 f.

36. Die chemische Industrie war im Rahmen des Verfassungskompromisses v. 30. September 1946 aus dem Geltungsbereich des Art. 41 herausgenommen worden. Großbanken und Versicherungen fielen lediglich unter Staatsaufsicht, ebenso die Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung, Energiewirtschaft und des Verkehrswesens, die ihren Sitz nicht in Hessen hatten (Art. 41 Abs. 1 Nr. 2 HV; § 3 Abs. 2 Nr. 1 Abschlußgesetz).

Betriebe, die nach dem Gesetz Nr. 27 AHK (vgl. dazu Anm. 33 dieses Kapitels) in Einheits- oder Nachfolgegesellschaften überführt worden waren (und das war der größte Teil der Bergbau-, Eisen- und Stahlbetriebe, die ihren Sitz in Hessen hatten) blieben von Art. 41 HV ausgenommen (§ 5 Abs. 2 Abschlußgesetz).

Die Sozialisierung aller Energiewirtschafts- und fast aller Verkehrsbetriebe erübrigte sich, da sie bereits in Gemeineigentum standen (§ 3 Abs. 1 Abschlußgesetz).

Die Klein- und Mittelbetriebe der in Art. 41 genannten Wirtschaftszweige wurden von Art. 41 ausgenommen, weil sie den besonderen Schutz des Art. 43 HV genießen und Art. 41 nur die Großbetriebe treffen wollte (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 und § 4 Abschlußgesetz).

37. Akten des Ministers für Wirtschaft und Verkehr, a.a.O., Nr. 114; vgl. auch Winter, a.a.O., S. 168.
38. Winter, a.a.O., S. 168; vgl. auch: Huber, Wirtschaftsverwaltungsrecht, Bd. II, 2. Aufl., Tübingen 1954, S. 193 f; Behr, Vom Chaos zum Staat, Frankfurt a.M. 1961, S. 193.
39. Nach Winter, a.a.O., S. 168, zahlte das Land Hessen insgesamt 30,4 Millionen DM an Entschädigung, davon allein 19 Millionen DM an die Buderus'schen Eisenwerke in Wetzlar; vgl. zur Entschädigungssumme auch die Angaben bei Borosnjak, a.a.O., S. 725.
40. Zweites Abschlußgesetz zum Artikel 41 HV v. 19. Juni 1967, in: GVBl 1967, S. 119; vgl. auch die Ergänzung des 1. Abschlußgesetzes v. 1. Juli 1965, in: GVBl 1965, S. 121.
41. Winter, a.a.O., S. 168.

Anmerkung zu Kapitel H.

1. Wie bereits in der Einleitung (Kap. A.) ausführlich dargelegt, gibt es bisher keine Arbeit, die die verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen 1946 ausreichend aufarbeitet (vgl. insbes. Kap. A. II.). Die im folgenden zusammenfassend dargestellten Ergebnisse können sich daher - soweit es die politikwissenschaftliche Einschätzung der Sozialisierungsvorstellungen und -motivationen der hessischen Parteien 1946 und ihre Durchsetzung in der Verfber. LV betrifft - weitgehend nicht auf bereits vorhandene Literatur stützen.

II. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

1. Archivmaterialien

(Nach Standorten geordnet; aufgeführt werden hier nur vollständige Archivbestände, vgl. zu einzelnen Archivalien die Anmerkungen im Text)

Archiv des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf.

Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn.

- Bestand Schumacher.

Archiv des Hessischen Landtages, Wiesbaden.

Archiv der Hessischen Staatskanzlei, Wiesbaden.

Bundesarchiv, Koblenz.

- Bestand B 118 (KPD).
- Bestand kleine Erwerbungen (Nr. 336-5 und 336-6).
- Nachlaß Hermann L. Brills.
- Nachlaß James K. Pollocks (Kopie; Original in Ann Arbor, USA, Michigan Historical Collections).
- Nachlaß Willi Richters.
- Zeitgeschichtliche Sammlung.

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität, Marburg.

- Nachlaß Ludwig Bergsträbers.

Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden.

- Akten des Hessischen Ministers der Justiz.
- Akten des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr.
- Nachlaß Karl Geilers.

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentral-
komitee der SED, Berlin (DDR).

Institut für Zeitgeschichte, München.

- Tagebuch Ludwig Bergsträbers (Kopie).

Military History Office, Heidelberg.

Privatarchiv Dieter Fertsch-Rövers, Königstein/
Taunus.

Privatarchiv Erwin Steins, Annerod/Gießen.

Hessisches Staatsarchiv, Darmstadt.

- Nachlaß Christian Stocks.

- Tagebuch Ludwig Bergsträbers (Original).

2. Befragungen und schriftliche Auskünfte

(Die Gespräche werden nach dem vom jeweiligen
Gesprächspartner korrigierten und unterzeichneten
Protokoll zitiert)

Gespräch mit Emil Carlebach am 14. November
1975 in Frankfurt a.M.

Gespräch mit Dr. Erich Großkopf am 2. Mai 1975
in Herborn.

Gespräch mit Paul Krüger am 12. März 1975 in
Riedelbach.

Schreiben Ludwig Metzgers v. 8. Mai 1975.

Gespräch mit Ludwig Metzger am 5. Juni 1975 in
Darmstadt.

Gespräch mit Prof. Dr. Erwin Stein am 22. Mai
1975 in Annerod/Gießen.

Schreiben Dr. Georg-August Zinns vom 21. April
1975.

3. Ausgewertete Zeitschriften, Zeitungen, Ver-
handlungsprotokolle etc.

(In den hier aufgeführten Zeitschriften und
Zeitungen erschienene Aufsätze und Artikel sind
nicht in das Literaturverzeichnis aufgenommen
worden mit Ausnahme einiger weniger von grund-
sätzlicher Bedeutung)

Archiv der Gegenwart (Keesing's Archiv), Bonn,
Wien, Zürich 1945 - 1947.

Die Brücke, Halbmonatsschrift der Liberal-Demokra-
tischen Partei für Politik, Wirtschaft,
Kultur. Hrsg.: Landesleitung der LDP (Groß-)
Hessen, Frankfurt a.M. 1946 - 1947.

CDU-Mitteilungen. Christlich-Demokratische Union
(Groß-) Hessen. Hrsg.: Landesleitung der
CDU (Groß-) Hessen, Frankfurt a.M. 1946 -
1947.

(1946, Nr. 1 - 4 u.d.T.: Hessische Union;
1947, ab Nr. 28 u.d.T.: CDU-Echo).

Drucksachen der Verfassungsberatenden Landesver-
sammlung Groß-Hessen.

Abteilung I: Gesetzentwürfe, Vorlagen der
Regierung, Anträge der Regierung, Anträge der
Abgeordneten, Interpellationen, Nr. 1 - 115
(Nr. 1 - 4 und 7 nicht im Druck erschienen),
Wiesbaden 1946.

Abteilung II: (ohne Titelblatt, enthält Anträge und Berichte der Ausschüsse), Nr. 1 - 17, o.O. o.J. (Wiesbaden).

Abteilung III: Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen, Wiesbaden 1946.

Abteilung III a: Stenographische Berichte (zum Teil im Wortlaut gekürzt) über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Wiesbaden o.J.

Abteilung IV: Erklärungsschriften (im Druck nur das Titelblatt erschienen), Wiesbaden 1946.

Abteilung V: (enthält ausgewählte Schriftstücke, die nicht im Druck erschienen sind: Nr. 1: Auszüge aus der Geschäftsordnung des Reichstages zur Anwendung für die Verfassungsberatende Landesversammlung.

Nr. 2: Bericht über die Denkschriften und Entwürfe die bei dem Groß Hessischen Verfassungsausschuß eingereicht wurden.

Nr. 3: Denkschrift der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens und Württemberg-Badens: Die Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen der amerikanisch besetzten Länder.

Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M. 1945 - 1947.

Die Freiheit, Halbmonatsschrift für christliche Politik und Kultur. Hrsg.: Landesleitung der CDU (Groß-) Hessen, Frankfurt a.M. 1946 - 1947.

Historical Report, October 1945 through June 1946. July 1946 through December 1946. Hrsg.: Office of Military Government for Greater Hesse.

Informationen der KPD. Landesleitung (Groß-) Hessen. Hrsg.: Landesleitung der KPD (Groß-) Hessen, Frankfurt a.M. 1946 - 1947.

(1946, Nr. 1 - 13 u.d.T.: Der Hessische Landbote).

An die Kreissekretariate, Ortsgruppen, Funktionäre und Mitglieder! Hrsg.: Landesleitung der KPD (Groß-) Hessen, Frankfurt a.M. 1946 - 1947.

(ab April 1947 u.d.T.: Mitteilungen für Referenten und Funktionäre der KPD Hessen).

LDP-Kurier. Mitteilungsblatt der Liberal-Demokratischen Partei (Groß-) Hessen. Hrsg.: Landesleitung der LDP (Groß-) Hessen, Frankfurt a.M. 1946 - 1947.

Mitteilungsblatt des Regierungspräsidenten Darmstadt, Darmstadt 1945 - 1946.

(1945, Nr. 1 u.d.T.: Mitteilungsblatt der deutschen Regierung des Landes Hessen; 1945 Nr. 2 - Nr. 13 u.d.T.: Mitteilungsblatt für das Land Hessen; 1945, Nr. 14 - 1946, Nr. 2 u.d.T.: Mitteilungsblatt des Regierungspräsidenten Hessen.).

Monthly Historical Report. Hrsg.: Office of Military Government for Greater Hesse, 1945 - 1946.

Niederschrift der Verhandlungen des 1. Hessischen Gewerkschaftskongresses und 1. Bundestages des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen in Frankfurt am Main-Enkheim, Volkshaus, am 24. und 25. August 1946, Frankfurt a.M. o.J. (1946).

SPD-Mitteilungsblatt Land (Groß-) Hessen. Hrsg.: Landesleitung der SPD (Groß-) Hessen, Frankfurt a.M. 1946 - 1947.

(1946, Nr. 1 - 12 u.d.T.: Volksstimme; 1946, Nr. 13 u.d.T.: SPD-Mitteilungen Land Groß-Hessen; ab 1947, Nr. 12 u.d.T.: SPD-Mitteilungsblatt der SPD Hessen)

Sozialistische Tribüne. Eine Monatsschrift. Hrsg.: Landesleitung der SPD Hessen, Frankfurt a.M. 1947.

Staat und Wirtschaft in (Groß-) Hessen. Statistische Mitteilungen. Hrsg.: Statistisches Landesamt, Wiesbaden 1946 - 1947.

Stimme der Arbeit. Organ des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen, Frankfurt a.M. 1946 - 1947.

Wissen und Tat. Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Kultur. Hrsg.: Landesleitung der KPD (Groß-) Hessen, Frankfurt a.M. 1946 - 1947.

4. Quellensammlungen und Gesetzestexte

Constitutions of the German Laender. Prepared by Civil Administration Division, Office of Military Government (US), Berlin 1947.

Cornides, Wilhelm; Hermann Volle, Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941 - 1948 mit einem Bericht über die Londoner Außenministerkonferenz vom 25. November bis 15. Dezember 1947. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 6, Oberursel (Taunus) 1948.

Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945. Urkunden und Aktenstücke zur Neuordnung von Staat und Verwaltung sowie Kultur, Wirtschaft und Recht. Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Bd. 6, bearbeitet von Dr. Klaus Hohlfeld, Berlin und München 1952.

Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bearbeitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim, Berlin, Bd. 1 1962, Bd. 2 1963, Bd. 3 1963, Bd. 5 1966.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 3 Bd. 1, Mai 1945 - April 1946, Berlin (DDR) 1959.

Entwurf einer Verfassung für Hessen nach den Beschlüssen des Vorbereitenden Verfassungsausschusses für Groß-Hessen, Kassel-Sandershausen 1946.

Koch, Harald (Hrsg.), Die Sozialgemeinschaften. Entwurf des hessischen Sozialisierungsgesetzes mit Begründung und einführenden Beiträgen der Mitarbeiter des hessischen Wirtschaftsministeriums, Hamburg 1948.

Pollock, James K.; James H. Meisel, Germany under Occupation. Illustrative Materials and Documents, Ann Arbor, Michigan 1947.

5. Verfassungsentwürfe und -stellungennahmen

5.1. Vorbereitender Verfassungsausschuß

Jellinek, Walter, Grundrechte und II. Hauptteil. Entwurf für Großhessen.

Entwurf einer Verfassung für Hessen nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses zweiter Lesung vom 11. Juni 1946 und dritter Lesung vom 18. Juni 1946.

5.2. SPD

Caspary, Friedrich, Erster Diskussionsentwurf für die neue Groß-Hessische Verfassung. Aufgestellt im Auftrag des Groß-Hessischen Innenministers, 19. März 1946.

Verfassung des Landes Hessen. Vorentwurf Justizministerium I, Mai 1946.

Verfassung des Landes Hessen. Vorentwurf Justizministerium II, Juni 1946.

Probleme der neuen Großhessischen Verfassung. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der SPD Groß-Hessen, Juni 1946.

Caspary, Friedrich, Entwurf einer neuen hessischen Verfassung, 2. Juli 1946.

Zinn, Georg-August; Adolf Arndt, Entwurf einer Verfassung des Landes Hessen. Für die Sozialdemokratische Partei in Groß-Hessen als Diskussions-Entwurf ausgearbeitet, Juli 1946.

5.3. CDU

Leitsätze der CDU zur neuen Verfassung, Juni 1946.

Noack, Ulrich; Paul Kremer, Der Königsteiner Entwurf der Verfassung einer konstitutionellen Demokratie in Hessen, Juli 1946.

Noack, Ulrich; Paul kremer, Die Verfassung einer konstitutionellen Demokratie in Hessen. Gekürzte Fassung des "Königsteiner Entwurfs", Juli 1946.

Kanka, Karl, Entwurf einer hessischen Verfassung, Juli 1946.

Die Verfassung des Landes Hessen. Wiesbadener Entwurf der Christlich-Demokratischen Union, Juli 1946.

5.4. KPD

Erklärung der Kommunistischen Landes-Parteien in der amerikanischen Zone zu den bevorstehenden Wahlen für die verfassungsgebenden Versammlungen in den 3 Ländern der amerikanischen Zone und zur Ausarbeitung von Verfassungen.

Verfassungsnummer der Zeitschrift "Wissen und Tat", 15. Juni 1946.

5.5. LLP

Weinhausen, Georg, Verfassung Groß-Hessen, Juni 1946.

Euler, August Martin, Entwurf einer Verfassung für Hessen. Nach den Beschlüssen der LDP-Fraktion in der Verfassungsberatenden Landesversammlung, Juli/August 1946.

5.6. Gewerkschaften

EntschlieÙung des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen zur Wirtschafts- und Sozialordnung, 24./25. August 1946.

5.7. Unternehmerverbände

Denkschrift der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens und Württemberg-Badens: Die Wirtschaft in den Verfassungsentwürfen der amerikanisch besetzten Länder, 1. August 1946.

6. Allgemeine Darstellungen

(In die "Allgemeinen Darstellungen" wurde nur solche Literatur aufgenommen, die zumindest einen Themenkomplex dieser Arbeit ausführlicher behandelt, vgl. zur übrigen Literatur die Anmerkungen im Text)

- Abelshauser, Werner, Wirtschaft in Westdeutschland 1945 - 1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.
- Arndt, Adolf, Die staats- und verwaltungsrechtliche Entwicklung in Groß-Hessen, in: Deutsche Rechtszeitschrift 1946, S. 185 ff.
- Arndt, Adolf, Das Problem der Wirtschaftsdemokratie in den Verfassungsentwürfen, in: Süddeutsche Juristenzeitung 1946, S. 137 ff.
- Arndt, Adolf, Rechtsformen der Sozialisierung, in: Deutsche Rechtszeitschrift 1947, S. 37 ff.
- Arndt, Adolf, Ein Vorschlag zu Artikel 41, in: Sozialistische Tribüne 1947, H. 4/5, S. 7 ff.
- Badstübner, Rolf; Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945 - 1955, Köln 1975.
- Bauer, Leo, Die Verfassung Hessens, in: Wissen und Tat 1946, H. 6/7, S. 9 ff.
- Bauer, Leo, Was nicht wahr ist, baut nicht. Rede von Leo Bauer, Vorsitzender der Fraktion der KPD, auf der Plenarsitzung der Verfassungsberatenden Versammlung für Groß-Hessen am 5. 8. 1946 in Wiesbaden, o.O. o.J. (1946).
- Bergsträßer, Ludwig, Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1957, S. 397 ff.
- Bertsch, Herbert, CDU/CSU demaskiert, Berlin 1961.
- Bertsch, Herbert, Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789 - 1963), Berlin (DDR) 1965.
- Beutler, Bengt, Das Staatsbild in den Länderverfassungen nach 1945, Berlin 1973.
- Erste Bilanz der Arbeit, Eine statistische Untersuchung aus Groß-Hessen, in: Die Wandlung 1946, S. 797 ff.

- Borosnjak, Alexander, Der Kampf um Artikel 41 der Verfassung Hessens in den Jahren 1946/47, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1962, S. 711 ff
- Brandt, Harm-Hinrich, Die Industrie- und Handelskammer Kassel und ihre Vorläufer 1763 - 1963. (Zur Entwicklung der gewerblichen Selbstverwaltung). Hrsg.: Die Industrie- und Handelskammer Kassel, Kassel o.J. (1963).
- Brücke und Mittler. Der Regierungspräsident in Kassel, 1867, 1945, 1967. Hrsg.: Der Regierungspräsident in Kassel, Kassel 1967.
- Brünneck, Wiltraut von, Die Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Bd. 3, 1954, S. 213 ff.
- Büttner, Josef, Die Entwicklung und Aufgaben der Wirtschaftsverbände in der Bundesrepublik Deutschland, diss. jur. Würzburg 1956.
- Caspary, Friedrich H., Vom Werden der Verfassung in Hessen. Aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Offenbach a.M., 1946.
- Clay, Lucius D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. o.J.
- Demandt, Karl E., Geschichte des Landes Hessen, 2. Aufl., Kassel, Basel 1972.
- Deneke, J.F. Volrad, Die Entwicklung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland seit Kriegsende 1945, in: Europa-Archiv 1946, S. 299 ff.
- Deppe, Frank, Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945, in: Ders., Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 255 ff.
- Deuerlein, Ernst, Forschungsgrundlage und Forschungsproblematik 1945 - 1949, in: Politische Studien 1971, Nr. 195, S. 46 ff.

- Im Dienste des Volkes. Die Tätigkeit der KPD-Fraktion in der Verfassungsberatenden Landesversammlung. Um was es in den Ausschüssen ging. Hrsg.: KPD Landesleitung Groß-Hessen, Frankfurt a.M. o.J. (1946).
- Dörpinghaus, Bruno; Kurt Witt, Politisches Jahrbuch der CDU/CSU. Hrsg.: Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU für Deutschland, 1. Jahrgang 1950, Frankfurt a.M. o.J.
- Dörr, Manfred, Restauration oder Demokratisierung? Zur Verfassungspolitik in Hessen 1945/1946, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1971, S. 99 ff.
- Dokumentation. Die Geschichte der CDU. Hrsg.: Bundesgeschäftsstelle der CDU, 5. Aufl., Bonn 1973.
- Dokumentation 45. Offenbach am Main vor und nach der Stunde Null. Gesamtbearbeitung Eduard Ernst Günther. Offenbacher Geschichtsblätter Nr. 17, Offenbach a.M. 1967.
- Dorn, Walter L., Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944-45), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1958, S. 60 ff.
- Dorn, Walter L., Zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen. "Letter to the Editor", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1958, S. 191 ff.
- Dorn, Walter L., Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973.
- Ehni, Hans Peter, Sozialistische Neubauforderung und Proklamation des "Dritten Weges". Richtungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik 1945 - 1947, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 13, Bonn - Bad Godesberg 1973, S. 131 ff.
- Euler, August Martin, CDU?? Zum Verfassungskompromiß, in: Die Brücke 1946, H. 9, S. 5 ff.

- Falck, Richard, Das Rhein-Main Gebiet und die Stadt Lauterbach in Hessen während des Zusammenbruches und des Einmarsches der Amerikaner im Frühjahr 1945, in: Lauterbacher Sammlungen, H. 18, Lauterbach 1958.
- Flechtheim, Ossip K., Der Dritte Weg in der deutschen Parteipolitik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1973, B. 25, S. 3 ff.
- Foelz-Schroeter, Marie Elise, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945 - 1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit, Stuttgart 1974.
- Freeman, Dexter L., Hesse. A New German State, Frankfurt a.M. 1948.
- Freiheit und Recht müssen Staatsgesetz werden? Erklärungen und Forderungen führender Sozialdemokraten in der letzten Sitzung des Vorparlamentes Groß-Hessen. Hrsg.: SPD Land Groß-Hessen, o.O. 1946.
- Frenz, Wilhelm, Die politische Entwicklung in Kassel von 1945 - 1969. Eine wahlsoziologische Untersuchung, Meisenheim am Glan 1974.
- Geiler, Karl, Geistige Freiheit und soziale Gerechtigkeit im neuen Deutschland, Wiesbaden 1947.
- Gelber, H.G., Der Morgenthau-Plan, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1965, S. 372 ff.
- Gillen, J.F.J., American Influence on the Development of Political Institutions. U.S. Military Government in Germany. Historical Division. European Command, Karlsruhe 1950.
- Gillen, J.F.J., State and Local Government in West Germany, 1945 - 1953. With Special Reference to the U.S. Zone and Bremen. Historical Division. Office of the Executive Secretary. Office of the U.S. High Commissioner for Germany, o.O. 1953.

- Gimbel, John, Die Bedeutung der Besatzungszeit 1945 - 1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1965, B. 18, S. 47 ff.
- Gimbel, John, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945 - 1949, Frankfurt a.M. 1971.
- Gimbel, John, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945 - 1952, Köln, Berlin 1964.
- Grundsätze und Satzungen, Freier Gewerkschaftsbund Hessen, o.O. o.J. (Frankfurt a.M. 1946).
- Gutscher, Jörg Michael, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Meisenheim am Glan 1967.
- Hartwich, Hans-Hermann, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln, Op-laden 1970.
- Heininger, Horst, Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945 - 1950, Berlin (DDR) 1959.
- Hilpert, Werner, Der neue Sozialismus, in: Die Freiheit 1946, H. 1, S. 12 ff.
- Hoch, Fritz, Dankbares Erinnern, in: Brücke und Mittler, Kassel 1967, S. 101 ff.
- Hörter, Peter, Die Entstehung des Landes Hessen nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Mitwirkung der Besatzungsmächte, diss. jur. Würzburg 1968.
- Huster, Ernst-Ulrich; Gerhard Kraiker; Burkhard Scherer; Friedrich-Karl Schlotmann; Marianne Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 - 1949, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1973.
- Ilau, Hans, Sozialismus oder Vernunft? Eine Aufsatzreihe. Sonderdruck der Halbmonatszeitschrift "Die Brücke", Frankfurt a.M. 1947.

- Institut für Besatzungsfragen (Hrsg.), Einwirkungen der Besatzungsmächte auf die westdeutsche Wirtschaft. Dargestellt im Auftrag des Deutschen Büros für Friedensfragen mit Unterstützung des Büros der Ministerpräsidenten. Stand: 1. Mai 1949, o.O. o.J. (Tübingen 1949).
- Fünf Jahre Land Hessen 1945/46 - 1949/50, Hrsg.: Hessisches Statistisches Landesamt, o.O. (Wiesbaden) 1950.
- Jellinek, Walter, Zum Entwurf einer Verfassung für Hessen, o.O. o.J. (Heidelberg 1946).
- Jellinek, Walter, Die Verfassung des Landes Hessen, in: Deutsche Rechtszeitschrift 1947, S. 4 ff.
- Kaden, Albrecht, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964.
- Keil, Ludwig, Wirtschaftliche Grundsätze, in: Wissen und Tat 1946, H. 2, S. 15 ff.
- Klein, Jürgen, Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter. Hand in Hand gegen die Arbeiter, Hamburg 1974.
- Knappstein, Karl Heinrich, Die Stunde der Sozialreform, in: Frankfurter Hefte 1946, H. 3, S. 1 ff.
- Knothe, Willi; Ludwig Bergsträßer; Christian Stock, Im Kampf für eine neue Verfassung. Programmatistische Reden. Hrsg.: Landespartei-vorstand der SPD, Frankfurt a.M. 1946.
- Koch, Harald, Rechtsform der Sozialisierung. Unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung in Hessen (auch erschienen u.d.T.: Sozialisierung! Ein Weg zur Verwirklichung. Rechtsform der Sozialisierung unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung in Hessen), Hamburg 1947.

Köhler, Erich, Die Aufgaben der Christlich-demokratischen Union bei dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Rede vor über 600 Mitgliedern der gewerblichen Wirtschaft Wiesbadens am 3. März 1946, o.O. o.J. (Wiesbaden 1946).

Kohlhöfer, Paul, Krise in der Koalitionspolitik, in: Wissen und Tat 1947, H. 20/21, S. 2 ff.

Kolb, Johannes, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, Frankfurt a.M. 1970.

Das Kompromiß zwischen SPD und CDU, Hrsg.: CDU-Landesleitung Groß-Hessen, Frankfurt a.M. o.J. (1946).

Lange, Max Gustav, Die FDP - Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Parteien in der Bundesrepublik, Stuttgart, Düsseldorf 1955, S. 275 ff.

Latour, Conrad F.; Thilo Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944 - 1947, Stuttgart 1973.

Lengemann, Jochen, Fünfundzwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union in Kassel 1945 - 1970. Zweite Folge von Berichten und Materialien zur Geschichte des Kreisverbandes Kassel-Stadt der CDU, Kassel 1970.

Lengemann, Jochen, Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union in Kassel 1945 - 1965. Berichte und Materialien zur Geschichte des Kreisverbandes Kassel-Stadt der CDU, Kassel 1965.

Lewis, Harold O., New Constitutions in Occupied Germany, Washington 1948.

Lorei, Madlen; Richard Kirn, Frankfurt und die drei wilden Jahre. Ein Bericht, Frankfurt a.M. 1962.

Luckemeyer, Ludwig, Wolfgang Mischnick und die FDP Hessen 1945 - 1971. Hrsg.: FDP Landesverband Hessen, Frankfurt a.M. o.J. (1971).

Metzger, Ludwig, Neubeginn aus dem Nichts. Die ersten Tage einer neuen Zeit. Darmstadt vor zwanzig Jahren. Sonderdruck aus dem Darmstädter Echo vom 31. März bis 3. April 1965, o.O. o.J. (Darmstadt 1965).

Morgenthau, Henry Jr., Germany Is Our Problem, New York, London 1945.

Müller, Karlheinz, Preußischer Adler und Hessischer Löwe. Hundert Jahre Wiesbadener Regierung 1866 - 1966. Dokumente der Zeit aus den Akten, Wiesbaden 1966.

Narr, Wolf-Dieter, CDU - SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966.

Naphtali, Fritz, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, (Neudruck der 1. Auflage von 1928), Frankfurt a.M. 1966.

Neumann, Robert G., New Constitutions in Germany, in: The American Political Science Review 1948, Number 3, S. 448 ff.

Niclaß, Karlheinz, Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik 1945 - 1949, München 1974.

Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart, Düsseldorf 1955.

Plener, Ulla, Der bürgerliche Inhalt sozialdemokratischer Machtauffassungen, dargestellt an Hand der Auseinandersetzungen um Verfassungsfragen 1946/1947, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1969, S. 419 ff.

Pohl, Reinfried, Die Sozialisierung in Hessen. Die Artikel 39 bis 41 der Verfassung des Landes Hessen vom 11. Dezember 1946, diss. jur. Marburg 1954.

- Probleme der neuen Groß-Hessischen Verfassung, Beschlüsse des Verfassungs-Ausschusses der SPD Groß-Hessen. Hrsg.: Sozialdemokratische Partei, Unterbezirk Offenbach-Dieburg-Erbach, Offenbach a.M. o.J. (1946).
- Rupp, Hans Karl, Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die ersten Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945, Köln 1974.
- Schmidt, Eberhard, Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Frankfurt a.M. 1973.
- Schütz, Klaus, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik, Stuttgart, Düsseldorf 1955, S. 157 ff.
- Schulz, Gerhard, Die CDU - Merkmale ihres Aufbaus, in: Parteien in der Bundesrepublik, Stuttgart, Düsseldorf 1955, S. 3 ff.
- Schwarz, Hans-Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 - 1949, Neuwied, Berlin 1966.
- Seifert, Jürgen, Der Kampf um Verfassungspositionen, in: Neue Kritik, Nr. 35, April 1966, S. 4 ff.
- Strecker, Gabriele, Der Hessische Landtag. Beispiel des deutschen Nachkriegsparlamentarismus, Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1966.
- Sywottek, Arnold, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935 - 1946, Düsseldorf 1971.
- Tjaden-Steinhauer, Margarete; Karl Hermann Tjaden, Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus. Beitrag zur Analyse der Sozialstruktur unter besonderer Berücksichtigung der BRD, Stuttgart 1973.

- Verfassung und was weiter? Offener Brief der
Kommunisten zu der Wahl der Verfassungsgebenden
Versammlung am 30. Juni 1946. Hrsg.: KPD
Landesleitung Groß-Hessen, Frankfurt a.M.
o.J. (1946).
- Vogel, Walter, Westdeutschland 1945 - 1950. Der
Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungsein-
richtungen über den Ländern der drei west-
lichen Besatzungszonen, Teil I Koblenz 1956,
Teil II Boppard am Rhein 1964.
- Wahrhaftig, Sam L., In jenen Tagen/Marginalien zur
Frühgeschichte eines deutschen Bundeslandes
(Hessen), in: Frankfurter Hefte 1970, S.
785 ff, 863 ff; 1971, S. 93 ff.
- Weiß-Hartmann, Anne, Der Aufbau und die Politik
des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen von
1945 bis 1949, diss. phil. Marburg 1976.
- Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945 -
1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts
für Zeitgeschichte, München 1976.
- Wheeler, George S., Die amerikanische Politik in
Deutschland (1945 - 1950), Berlin (DDR) 1958.
- Wieck, Hans Georg, Christliche und Freie Demokraten
in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württem-
berg 1945/46, Düsseldorf 1958.
- Winter, Gerd, Sozialisierung in Hessen 1946 - 1955,
in: Kritische Justiz 1974, S. 157 ff.
- Witt, Kurt, Wie die Union entstanden ist, in: Dör-
pinghaus/Witt, Politisches Jahrbuch der
CDU/CSU 1950, Frankfurt a.M. o.J., S. 178 ff.
- Zink, Harold, The United States in Germany, 1944 -
1955, Princeton New Jersey, Toronto, New
York, London 1957.
- Zinn, Georg August; Erwin Stein, Verfassung des
Landes Hessen, Kommentar, Bad Homburg v.d.H.,
Berlin, Zürich 1954 und 1963.

III. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

- AHK, Alliierte Hohe Kommission
- AÖR, Archiv des öffentlichen Rechts
- Archiv DGB, Archiv des Bundesvorstandes des
Deutschen Gewerkschaftsbundes
- Archiv HLT, Archiv des Hessischen Landtags
- Archiv HStk, Archiv der Hessischen Staatskanzlei
- BA, Bundesarchiv
- BS, Bestand Schumacher
- BVerfGE, Amtliche Sammlung der Entscheidungen des
Bundesverfassungsgerichts
- BzG, Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
- CDP, Christlich-Demokratische Partei, Frankfurt
- DÖV, Die Öffentliche Verwaltung
- Drucks., Drucksachen der Verfassungsberatenden Landes-
versammlung Groß-Hessen und des Hessischen
Landtags
- DRZ, Deutsche Rechtszeitschrift
- EA, Europa-Archiv
- EVA, Entwurf einer Verfassung für Hessen nach
den Beschlüssen des Verfassungsausschusses
der Verfassungsberatenden Landesversammlung
- FGB, Freier Gewerkschaftsbund Hessen
- FH, Frankfurter Hefte
- FR, Frankfurter Rundschau
- GVBl., Gesetz- und Verordnungsblatt für (Groß-)
Hessen

HE, Hessischer Entwurf, Entwurf einer Verfassung
für Hessen nach den Beschlüssen des Vor-
bereitenden Verfassungsausschusses

HV, Hessische Verfassung

IfZ, Institut für Zeitgeschichte

IML, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zen-
tralkomitee der SED

JböffR NF, Jahrbuch des öffentlichen Rechts der
Gegenwart, Neue Folge

KJ, Kritische Justiz

LDP, Liberal-Demokratische Partei

Leitsätze, Leitsätze der CDU zur neuen Verfassung
vom Juni 1946

NB, Nachlaß Ludwig Bergsträbers

NBr, Nachlaß Hermann L. Brills

NG, Nachlaß Karl Geilers

Noack-Bericht, Bericht über die Denkschriften und
Entwürfe die bei dem Groß Hessischen Ver-
fassungsausschuß eingereicht wurden

NP, Nachlaß James K. Pollocks

NR, Nachlaß Willi Richters

NSt, Nachlaß Christian Stocks

OMGUS, Office of Military Government for Ger-
many, United States

PSt, Privataarchiv Erwin Steins

PVS, Politische Vierteljahresschrift

SJZ, Süddeutsche Juristenzeitung

StA, Staatsanzeiger für das Land Hessen

StuW, Staat und Wirtschaft in (Groß-) Hessen

TB, Tagebuch Ludwig Bergsträbers

USFET, United States Forces, European Theatre

VA, Verfassungsausschuß der Verfassungberatenden
Landesversammlung

Verfber. LV, Verfassungberatende Landesversammlung

VfZ, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vorb. VA, Vorbereitender Verfassungsausschuß

WuT, Wissen und Tat

ZSg, Zeitgeschichtliche Sammlung des Bundesarchivs

IV. LEBENS LAUF

Am 19. September 1947 wurde ich als Sohn des Historikers Prof. Dr. Hans Beyer und seiner Ehefrau Inge in Burg/Fehmarn geboren. 1954 wurde ich in Flensburg eingeschult und bestand am 23. Januar 1968 in Hamburg das Abitur.

Im Sommer-Semester 1968 begann ich in Heidelberg mit dem Jura-Studium. Im Winter-Semester 1969/1970 und im Sommer-Semester 1970 war ich als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für geschichtliche Rechtswissenschaft angestellt. Zum Winter-Semester 1970/1971 wechselte ich nach Marburg und bestand dort am 2. Februar 1973 die 1. juristische Staatsprüfung.

Anschließend setzte ich ein bereits im Sommer-Semester 1972 begonnenes Studium der wissenschaftlichen Politik und der Soziologie fort, bei dem eine sozialwissenschaftliche Vertiefung von Problemkreisen des öffentlichen Rechts im Vordergrund stand. Aus einem politikwissenschaftlichen Seminar im Sommer-Semester 1973, das sich u.a. auch mit der Entstehung der Länderverfassungen und des Grundgesetzes befaßte, ergab sich das Thema der Dissertation. Ihre Bearbeitung und Fertigstellung wurde durch ein ab Oktober 1974 gewährtes Promotionsstipendium ermöglicht.

Hans-Christoffer Meyer

